38. Jahrgang 1990 / 2. Heft / April ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

ELKE FRÖHLICH
Hitler und Goebbels im Krisenjahr 1944
Aus den Tagebüchern des Reichspropagandaministers

BRUNO THOSS
Die Lösung der Saarfrage 1954/55

CHRISTIAN TUSCHHOFF
Der Genfer „Waldspaziergang" 1982
Paul Nitzes Initiative in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen

BRADLEY F. SMITH
Die Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen

DOKUMENTATION
Eine unbekannte Himmler-Rede vom Januar 1943
(Richard Breitman/Shlomo Aronson)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben
von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke,
Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 126880, FAX 1231727

38. Jahrgang | Heft 2 | April 1990

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Elke Fröhlich — Hitler und Goebbels im Krisenjahr 1944. Aus den Tagebüchern des Reichspropagandaministers . . . 195

Bruno Thoß — Die Lösung der Saarfrage 1954/55 225

Christian Tuschhoff — Der Genfer „Waldspaziergang" 1982. Paul Nitzes Initiative in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen 289

MISZELLE

Bradley F. Smith — Die Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift im Lichte neuer Quellen 329

DOKUMENTATION

Richard Breitman/ Shlomo Aronson — Eine unbekannte Himmler-Rede vom Januar 1943 337

Zum Tod von Helmut Krausnick (Wolfgang Benz) 349

NOTIZ 353

ABSTRACTS 355

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ELKE FRÖHLICH

HITLER UND GOEBBELS IM KRISENJAHR 1944

Aus den Tagebüchern des Reichspropagandaministers

Pünktlich zu Mitternacht am 19. April 1944 rief Joseph Goebbels bei seinem „Führer" Adolf Hitler an, der sich auf den Obersalzberg zurückgezogen hatte. Zum 55. Geburtstag wünschte er ihm ein langes, „noch mindestens dreißig Jahre" währendes Leben. Die Eintragung in seinem Tagebuch über dieses Telefonat schloß der Propagandaminister mit einer Vision: „Ginge dieser Wunsch in Erfüllung, so würde er das [Reich] zur Weltmacht erheben und es zur Herrs[cherin] über Europa machen" (20. 4. 1944)[1]. Aus der Tatsache, daß Goebbels an dieser Stelle den Indikativ zugunsten des von ihm selten gebrauchten Konjunktivs verwarf, läßt sich wohl schwerlich der Schluß ziehen, Goebbels habe im Frühjahr 1944 – nach all den politischen und militärischen Niederlagen und angesichts drohender neuer schwerer Krisen – nicht mehr an einen Sieg der nationalsozialistischen Sache geglaubt. Andererseits ist es jedoch auffallend, daß er in den überlieferten Gesprächen mit Hitler im Jahre 1944 keinen Versuch mehr unternahm, den „Führer" zu Friedensverhandlungen mit dem Westen oder dem Osten zu bewegen, wie er es noch im September 1943 in dringlichster Form gewagt hatte[2]. Hitler war absolut nicht gewillt gewesen, einen Schritt in diese Richtung zu unternehmen, und Goebbels hatte inzwischen offensichtlich kapituliert.

Alarmierende Einbrüche an allen Fronten, Rückzugsbewegungen von bis dahin unbekannter Dimension, drohender und tatsächlicher Abfall der letzten Bündnispartner, schwere Menschenverluste auf den Schlachtfeldern und im Bombenkrieg ließen die beängstigenden Ereignisse sich überstürzen. Die schlechten Nachrichten

[1] IfZ-Archiv, Goebbels-Tagebuch 1944. Im folgenden verweisen Datumsangaben in runden Klammern auf den Bestand. In denjenigen Fällen, in denen zerstörte oder unleserlich gewordene Wort- und/oder Satzteile mit hoher Sicherheit oder eindeutig ergänzt werden können, geschieht das in eckiger Klammer. In denjenigen Fällen, in denen nur Wort- oder kleinere Satzteile (ein bis zwei Worte bis zu einer Länge von einer halben Zeile) zerstört oder unleserlich sind und nicht aufgrund eindeutiger Evidenz sinngemäß ergänzt werden können, wird die im Originalfragment bestehende Textzerstörung oder Leserlichkeitslücke einheitlich durch drei in eckige Klammern gesetzte Punkte gekennzeichnet. Auslassungen im Zitat werden wie üblich durch drei Punkte ohne Klammer deutlich gemacht. Absätze im Zitat werden zusammengezogen. In eckige Klammern gesetzte Daten sind rekonstruiert worden.

[2] IfZ-Archiv, F12/29, 23. 9. 1943 (Goebbels-Tagebücher).

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

begannen einander zu jagen. Selbst dem krisenerprobten Goebbels entfuhr es so beim Diktat einer Tagebucheintragung einmal: „Wenn man alles das zusammenrechnet, was an einem einzigen Tage an bösartigen und niederschmetternden Nachrichten auf einen einstürmt, dann wundert man sich nur darüber, wieviel ein Mensch im Zeitraum von 24 Stunden ertragen kann" (24. 6. 1944).

Im Verlaufe des Jahres 1944, in dem sich auch der Bombenkrieg in ungekanntem Ausmaß steigerte, galt es vor allem, die katastrophalen Nachrichten von der Ostfront zu ertragen. Nach dem auch rüstungswirtschaftlich schwerwiegenden Verlust der Ukraine im April 1944 folgte im Mai die Räumung der Krim. Die zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Streitkräfte sowie die Waffen- und Materiallieferungen der Alliierten an die Rote Armee erwiesen sich als so überwältigend, daß für die deutschen Truppen ein Halten der Front völlig aussichtslos geworden war. Sowjetische Verbände durchbrachen am 22. Juni, dem dritten Jahrestag des deutschen Überfalls auf Rußland, die dünn besetzte Front im Bereich der Heeresgruppe Mitte und drangen schnell nach Westen vor. Im Spätsommer erreichten sie Ostpreußen. In Italien trafen die Amerikaner zunächst auf heftigen Widerstand; Monte Cassino wurde zum Symbol für diesen „Abwehrkampf". Im Mai aber war er endgültig gebrochen, im Juni erreichten die Alliierten Rom, im Juli Pisa, im August Florenz, im Dezember Ravenna. Ebenso wie im Osten betraten die alliierten Truppen auch im Westen noch im Jahre 1944 deutschen Boden. Den am 6. Juni in der Normandie gelandeten Alliierten glückte noch im selben Monat die Eroberung des Hafens Cherbourg, womit der ungehinderte Nachschub nahezu gesichert war. Die ebenfalls erfolgreiche Landung der Alliierten an der französischen Riviera im August führte rasch zum Verlust von Lyon und dem Rhônetal bis Dijon. Ende August überschritten die Alliierten die Seine, der Weg nach Belgien und zur deutschen Westgrenze war frei. Nach längeren Kämpfen fiel am 21. Oktober Aachen. In diesem militärischen Desaster gelang der Wehrmacht mit der Offensive in den Ardennen am 16. Dezember noch einmal ein kurzlebiger Überraschungserfolg. Als der Vormarsch aber nach wenigen Tagen zum Stehen kam, waren die letzten Reserven endgültig verbraucht.

Um den Krieg nicht auf der Verliererseite zu beenden, versuchten die deutschen Verbündeten längst, sich aus diesem Krieg zurückzuziehen. Nach der rumänischen Kriegserklärung an Deutschland am 25. August gingen wenige Tage später die Erdölfelder bei Ploesti an die Rote Armee verloren. Im September besetzte sie ganz Bulgarien. Finnland schloß seinen Waffenstillstand mit der UdSSR am 19. September. Ungarn war, um einem möglichen Abfall des Landes zuvorzukommen, bereits am 19. März 1944 von deutschen Truppen besetzt worden.

In Goebbels' Tagebuch spiegelt sich dieses dramatische Geschehen keineswegs in entsprechender Intensität. Zwar ist immer wieder von Krisen die Rede, und Goebbels ist ständig in irgendeiner Weise mit deren Management beschäftigt, aber er beschreibt keine größeren Zusammenhänge, analysiert nicht, fragt nicht nach Ursachen. Fixiert auf die selbstauferlegte Chronistenpflicht, hält er vor allem die militärischen und politischen Tagesereignisse fest. Nach dem strikten Berichtsschema der

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

früheren Jahre rangiert der Bericht zur militärischen Lage weiterhin an erster Stelle. Danach folgt der ausführliche politische Lagebericht, der sich mit den Alliierten, den Neutralen, den Verbündeten und den Verhältnissen in den besetzten Gebieten auseinandersetzt. Erst daran knüpft die Schilderung eigener Tagesaktivitäten, Besuche, Besprechungen etc. an; den Schluß der Eintragung bildet jeweils eine Kurzfassung der „Abendlage".

Für das Jahr 1944 sind die Tagebücher von Joseph Goebbels in weit dichterer Folge überliefert als für die Jahre 1942/1943, wiewohl auch für diese zwölf Monate empfindliche Lücken zu registrieren sind; einige davon konnten durch Zusammenfügen einzelner Bruchstücke schon geschlossen oder wenigstens verkleinert werden. Vollständige Seiten und Teilstücke beliefen sich ursprünglich auf insgesamt über 6000 Blatt. Eine Tageseintragung umfaßt im Durchschnitt 25 bis 30 Schreibmaschinenseiten. An Tagen, an denen Goebbels mit Hitler sprach – zehn große Gespräche lassen sich nachweisen –, wurde zum Teil weit über das Doppelte erreicht. Diese Eintragungen stechen freilich nicht nur vom Umfang her, sondern auch aufgrund ihres Aussagewertes heraus. Für das Goebbels-Tagebuch 1944 gilt, was schon für die Niederschriften aus den vorangegangenen Jahren festgestellt wurde: Es ist ein „Schlüsseldokument"[3] nicht nur im Hinblick auf Tätigkeit und Gedankenwelt des Autors selbst, sondern auch im Hinblick auf die übrige NS-Prominenz. Insbesondere bietet das Tagebuch auch für 1944 wichtige Informationen über Reaktionen und Entscheidungen Hitlers. Aus diesem Grunde erschien es methodisch sinnvoll, in der folgenden ausschnitthaften Kurzpräsentation die Gespräche zwischen Hitler und Goebbels in den Mittelpunkt zu rücken.

I.

Im Verhältnis Hitler–Goebbels dokumentiert das Tagebuch von 1944 eine allmähliche Gewichtsverlagerung, deren Ursachen in den Krisen und den daraus folgenden Radikalisierungs- und Totalisierungstendenzen des Regimes lagen. Goebbels' Vertrauen in die angeblich turmhohe Überlegenheit des arischen „Menschenmaterials" und der deutschen Waffen erlitt mit dem immer bedrohlicheren Kriegsverlauf manche Erschütterung, gegen die zuweilen selbst Hitlers euphorische und suggestive Lobpreisungen des deutschen Arsenals wirkungslos blieben. So quittierte er einmal Hitlers Schilderung der „kolossalen Feuer- und Abwehrkraft" der deutschen Panzer-Divisionen mit der deprimierten Bemerkung: „Ich wünschte, daß diese [Pro]gnosen des Führers stimmen." Man sei aber „in letzter Zeit schon so oft enttäuscht worden, daß man einige Skepsis in sich aufsteigen fühlt" (4. 3. 1944).

Dessenungeachtet – oder vielleicht gerade deshalb – bedurfte Goebbels der Begegnungen mit Hitler im Kriegsjahr 1944 stärker als je zuvor, denn er schöpfte

[3] Vgl. Elke Fröhlich, Joseph Goebbels und sein Tagebuch. Zu den handschriftlichen Aufzeichnungen von 1924 bis 1941, in: VfZ 35 (1987), S. 489–522.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daraus die (auto)suggestive Kraft zur Bewältigung seiner täglichen Arbeit als Chefpropagandist des allseits abbröckelnden Dritten Reiches. Die Gespräche mit seinem „Führer" blieben bis zuletzt, was sie in all den Jahren ihrer Bekanntschaft und Komplizenschaft waren: Goebbels' Lebenselixier, Nährstoff seiner nationalsozialistischen Haltung und seines Aktivismus. In seiner Beschreibung dieses Prozesses verwandte Goebbels häufig Wendungen aus dem technischen oder medizinischen Bereich. Nach einem Gespräch mit Hitler, so resümierte er oft, gehe er weg „wie nach einer stärkenden Kur" (4. 4. 1944), fühle er sich wieder aufgeladen wie ein „Akkumulator" ([18. 4. 1944]). Aber nicht nur Goebbels zog aus diesen Gesprächen Gewinn. Angesichts der in immer kürzeren Abständen hereinbrechenden Katastrophen schien Hitler das Gespräch mit seinem vielleicht glühendsten Bewunderer aus dem inneren Führungszirkel häufiger als früher zu suchen, so daß das Verhältnis Goebbels–Hitler im Krisenjahr 1944 wieder deutlicher symbiotische Züge erkennen läßt.

Auch Goebbels registrierte einen Hauch dieser Entwicklung, wenn er vermerkte, daß Hitler bei ihm den Eindruck hinterlasse, „als sei er auf dem besten Wege, der alte Führer zu werden" (4. 3. 1944); im Kontext (und im Klartext) konnte das nur heißen: Für ihn, Goebbels, wurde Hitler wieder zu dem ihm einst so vertrauten und bewunderten Mann. In Anbetracht der kritischen Entwicklung der politischen und militärischen Lage bedurfte Hitler zunehmend des der Entspannung seiner strapazierten Nerven dienenden, von Goebbels – wie Speer ihm attestierte[4] – meisterhaft beherrschten Geplauders ebenso wie des Schwelgens in der Erinnerung an die aussichtslos scheinenden Situationen und letztlich doch so siegreich bestandenen Krisen der „Kampfzeit". Zu diesem Behufe hatte Hitler Goebbels schon im Herbst 1943 eingeladen, „ihn jede Woche wenigstens einen Tag zu besuchen", auch wenn nichts Besonderes vorläge, denn es sei für ihn „eine große Entspannung und Erleichterung", sich mit ihm „ein paar Stunden unterhalten zu können" (23. 9. 1943). Was sich in solchen Situationen abspielte, demonstriert beispielsweise die Aufzeichnung Goebbels' über sein behagliches Zusammensein mit Hitler in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni – die Nacht, in der die Alliierten sich anschickten, in der Normandie zu landen: „Wir sitzen dann noch bis nachts um 2 Uhr am Kamin, tauschen Erinnerungen aus, freuen uns über die vielen schönen Tage und Wochen, die wir zusammen erlebt haben ... Kurz und gut, es herrscht eine Stimmung wie in den guten alten Zeiten" (6. 6. 1944).

Aus den wöchentlichen Besuchen wurde nichts, aber für Unterhaltung garantierte Goebbels, wann immer Hitler danach verlangte. Besonders gerne versorgte er Hitler mit leichter Kost über die Situation in der vom Bombenkrieg heimgesuchten Reichshauptstadt: „Ich erzähle dem Führer vielerlei aus dem Berliner Luftkrieg, auch nette

[4] Albert Speer, Erinnerungen, Berlin 1969, S. 275: „Goebbels verstand es, Hitler zu unterhalten. Mit großer Beredsamkeit, mit geschliffenen Sätzen, mit Ironie am rechten Platz, mit Bewunderung, wo Hitler es erwartete, mit Sentimentalität, wenn Augenblick und Gegenstand es erforderten, mit Klatsch und mit Liebesaffairen. Meisterlich mischte er alles: Theater, Film und alte Zeiten; aber auch über die Kinder der Familie Goebbels ließ sich Hitler ... ausführlich erzählen."

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anekdoten, die ihm sehr viel Freude machen" (18. 4. 1944). Vom Erfolg in seiner Rolle als Unterhaltungskünstler auf dem Obersalzberg zeugt auch die Tagebuchnotiz vom 4. März 1944: „Alle sind froh, daß durch meinen Besuch oben etwas Leben in die Tischrunde hineinkommt." Hitler, der sich an der „sehr interessanten Unterhaltung" bald „auf das lebhafteste" beteiligte, bat Goebbels denn auch, noch ein paar Tage zu bleiben, was dieser seinem „Führer" aber abschlagen mußte, weil in Berlin „zu dringende Arbeiten" warteten (4. 3. 1944). Sich wiederholend, hält Goebbels in seinem Tagebuch fest: „Er hätte mich sehr gern noch am Abend und in der Nacht zu einigen Plauderstunden dort behalten" (4. 3. 1944). Zumal bei eigener Unabkömmlichkeit betrachtete Goebbels es mit Wohlwollen, wenn Eva Braun mit mehreren ihrer Freundinnen einen „Besuch" auf dem ‚Berg' abstattete, versprach er sich davon doch „einige Ablenkung" für Hitler. Und hinderten ihn „Berge von Arbeit" am Erscheinen, sandte Goebbels „eine Bibliothek leichter und unterhaltender, zum Teil belustigender Literatur", in der sicheren Erwartung, daß diese Hitler an seiner Statt „manche ents[p]annende Stunde in kritischen Tagen" ermöglichen werde (21. 4. 1944).

Goebbels' Bedeutung für Hitler erschöpfte sich allerdings nicht in seiner Rolle als sorgenverscheuchender Plauderer und kurzweiliger Zeitvertreiber. Im Krisenjahr 1944 wurde er zum wichtigsten Promoter der inneren Radikalisierung und der Totalisierung des Krieges.

Radikales Vorgehen hielten Hitler und Goebbels vor allem gegenüber den Juden für angebracht, aber auch gegenüber der Generalität und den Vertretern der Kirche. Während sie die Radikalität gegenüber den Juden als erfolgreich praktiziert bewerteten, sahen sie in anderen Bereichen für die Zeit nach Beendigung des Krieges noch Nachholbedarf, wie Goebbels seinem Stenographen diktierte: „Die Generalität insgesamt hält der Führer, wie er mir schon häufiger gesagt hat, für denkbar ekelhaft. Die Generäle haben kein inneres Verhältnis zu ihm; sie stehen in Reserve und möchten zum großen Teil lieber heute als morgen Schwierigkeiten machen. Stalin tut sich da leichter. Er hat die Generäle, die uns heute im Wege stehen, rechtzeitig erschießen lassen, sie können ihm deshalb heute nicht mehr in die Quere kommen. Einzig in der Judenfrage haben wir eine so radikale Politik betrieben. Sie war richtig, und heute sind wir ihre Nutznießer. Die Juden können uns keinen Schaden mehr stiften. Trotzdem aber hat man vor Anpackung der Judenfrage immer und immer wieder betont, daß die Judenfrage nicht zu lösen sei. Man sieht, daß es möglich ist, wenn man nur will. Aber ein Spießer wird das natürlich nicht verstehen können. Auch die Pfaffenfrage hat Stalin auf diese Weise gelöst. Er kann es sich heute leisten, eine Kirche wieder zu genehmigen, die absolut in seinen Diensten steht. Die Metropoliten fressen ihm aus der Hand, weil sie Angst vor ihm haben und genau wissen, daß sie, sobald sie gegen ihn opponieren, den Genickschuß bekommen. Wir haben auf diesem Gebiet noch einiges nachzuholen. Aber der Krieg ist dazu die ungeeignetste Zeit. Nach dem Kriege werden wir uns sowohl der Frage der Offiziere als auch der Frage der Pfaffen annehmen. Heute müssen wir gute Miene zum bösen Spiel machen" (4. 3. 1944).

Unverhohlene Bewunderung für Stalins brutale Ausrottungspolitik findet sich

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch an anderen Stellen des Tagebuchs, wenngleich nicht in dieser deutlichen Form, die den sowjetischen Diktator gleichsam in den Rang eines Vorbildes für weitere nationalsozialistische Maßnahmen erhob. Goebbels' Wunsch, gegen die „Pfaffen" scharf vorzugehen, sollte sich nicht mehr erfüllen, doch im Hinblick auf die Generalität bot sich nach dem mißglückten Attentat des 20. Juli reichlich Gelegenheit, Haß- und Rachegefühle abzureagieren; enorme Energien flossen danach in die Verfolgung und Vernichtung tatsächlicher oder vermeintlicher Angehöriger der militärischen und zivilen Opposition. Aber schon vor dem Versuch des Umsturzes ließ Goebbels keine Gelegenheit verstreichen, gegen die Generalität in toto oder einzelne ihrer Vertreter zu sticheln und zu hetzen: Die Militärs waren es ja auch vor allem, mit denen sich Hitler im Krieg umgeben hatte, zum Leidwesen des Zivilisten Goebbels, der sich in der Phase der „Blitzkriege" schmerzlich zurückgesetzt fand.

Mit den ersten Mißerfolgen der Wehrmacht schöpfte Goebbels wieder Hoffnung für die eigene Sache. Nach der Katastrophe von Stalingrad begann sein Stern bei Hitler wieder zu leuchten, um im Krisenjahr 1944 alle Konkurrenten zu überstrahlen. Zu diesem Zeitpunkt war das Verhältnis des „Führers" zu seinen Generälen schon derart gespannt, daß Goebbels nun sogar versuchen mußte, dieses Mißtrauen Hitlers abzubauen. Sehr deutlich ist das am Zustandekommen der Ergebenheitsadresse der Generalfeldmarschälle vom 19. März 1944 abzulesen, das im Tagebuch detaillierten Niederschlag findet. Ihr Autor war Goebbels, und er war darauf – das Bild sei in diesem Zusammenhang erlaubt – stolz wie Rumpelstilzchen, denn niemand außer dem Chefadjutanten der Wehrmacht beim Führer, General Schmundt, hatte Kenntnis von seiner Initiative für das Hitler so beglückende „Marschalls-Dokument". Hitler erzählte Goebbels von der Zusammenkunft der Feldmarschälle und ihrer Loyalitätserklärung, die „sehr eindeutig und ganz nationalsozialistisch" sei, und Goebbels diktierte dazu gespreizt in sein Tagebuch: „Ich freue mich sehr darüber, da ich ja der Verfasser der Erklärung bin, ohne daß der Führer es weiß. Ich glaube mir diese kleine Unwahrhaftigkeit im Interesse der Sache leisten zu dür[fen]" (18. 4. 1944). Goebbels mußte es schon sehr um die Sache zu tun gewesen sein, daß er so wider seine Natur zu handeln imstande war und sich über seine propagandistische Heldentat ausnahmsweise nur im stillen freute.

Seit der alliierten Invasion, genauer gesagt, seit deren für die deutsche Seite enttäuschendem Verlauf, witterte der Propagandaminister Morgenluft für seine schon anläßlich der Niederlage von Stalingrad entwickelten Pläne zur Totalisierung des Krieges[5]. Goebbels überzeugte Schmundt davon, daß angesichts der höchst kriti-

[5] In der Öffentlichkeit schlugen sich diese Bestrebungen am deutlichsten in seiner berüchtigten Sportpalast-Rede am 18. Februar 1943 nieder; Goebbels-Reden, hrsg. v. Helmut Heiber, Düsseldorf 1972, Bd. II, S. 172–208; vgl. auch Günter Moltmann, Goebbels' Rede vom Totalen Krieg am 18. Februar 1943, in: VfZ 12 (1964), S. 13–43; Willi A. Boelcke, Goebbels und die Kundgebung im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943. Vorgeschichte und Verlauf, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19 (1970); Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982, S. 202 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Lage in Italien, in Frankreich und womöglich auch bald im Osten, „außerordentliche Maßnahmen" zu treffen seien (14. 6. 1944). Schmundt bat Goebbels daraufhin „inständig", möglichst bald Hitler darüber Vortrag zu halten, berichtete diesem aber zunächst selbst „ausführlich" über seine Unterredung mit Goebbels. Hitler hörte eine Stunde lang schweigend zu, um anschließend seinen Propagandaminister „so schnell wie möglich" auf den Obersalzberg zu zitieren (16. 6. 1944). Es scheint, als habe sich Goebbels beim Diktieren dieser Passage vorsorglich selbst Mut zu machen versucht, zumal ihn stets – wie sein Staatssekretär Naumann es ausdrückte – „das Gefühl einer absoluten Unterlegenheit Hitler gegenüber, bemerkenswerterweise auch in geistiger Beziehung", begleitete[6]. Er werde die Gelegenheit nutzen, ermahnte sich Goebbels, „dem Führer ganz unverhohlen" seine Meinung über eine „Reihe von Mißständen" in der deutschen „militärischen und politischen Kriegführung zu übermitteln" (16. 6. 1944). Auf diese Unterredung, die durch Hitlers Reise zu den Feldmarschällen von Rundstedt und Rommel an die Westfront um einige Tage verschoben werden mußte, setzte Goebbels die größten Hoffnungen. Er war fest davon überzeugt, nun endlich über die verbalen Anstrengungen zur Totalisierung des Krieges hinaus zu konkreten Taten gelangen zu können (21. 6. 1944)[7]. Nach eigenem Bekunden stand Goebbels vor seinem „wichtigsten" Gespräch mit Hitler während der gesamten Kriegszeit und vor einem der „ernstesten", die er jemals mit ihm geführt hatte (22. 6. 1944).

---

[6] Zit. nach Jay W. Baird (Hrsg.), The Memoirs of Goebbels's Deputy, Dr. Werner Naumann (Chief of the Ministeramt and State Secretary, Reich Ministry for Public Enlightenment and Propaganda/ Brigadeführer SS), 2 Vols. (unpublished). In diesem Zusammenhang führte Naumann weiter aus: „Ich kann mich erinnern, daß bei der langen Diskussion über die Frage, wann wir unsere Denkschrift über die ‚Notwendigkeit einer Beendigung des Krieges' dem Führer überreichen, Goebbels mir oft entgegenhielt: ‚Lieber Naumann, es haben sich schon so viele beim Führer den Mund verbrannt, und zum Schluß hat sich immer herausgestellt, daß der Führer doch Recht hat. Ich weiß jetzt im Augenblick nicht, was der Führer vorhat, aber ich bin überzeugt, daß er Erfolg und damit Recht behalten wird.' – Diese Meinung war mir gegenüber nicht gespielt, das war seine tiefste Überzeugung." Und in bezug auf die „geistige Potenz" von Goebbels und Hitler: „Es ist eigentlich kaum zu verstehen, daß ein Mann wie Goebbels Hitler gegenüber so wenig Zivilcourage hatte. Goebbels war persönlich sehr tapfer. Ich kenne ihn aus der Zeit vor 1933, wo er unbewaffnet, nur von wenigen SA-Männern begleitet, mitten durch die Kommunisten-Menge ging, auch durch die superroten Straßen fuhr, wobei er von allen Seiten bedroht wurde. Wurde es zu wild, dann stieg er sogar aus dem Auto, setzte sich an die Spitze der marschierenden Kolonne und marschierte mit ihr durch den Wedding. Diese Haltung hat ihm ja auch seinen guten Ruf bei seinen Anhängern eingebracht. Genauso war es im Krieg. Mir ist als altem Frontsoldaten manchmal himmelangst geworden, wenn wir während eines Luftangriffs durch Berlin fuhren, und ich nicht nur die Sorge hatte, daß wir in irgendeinem Trichter landen, weil die Bomben vor und hinter uns explodierten. Der Mann kannte keine Angst; aber er hatte wenig Zivilcourage Hitler gegenüber." Naumanns Erklärung dafür lautete: „Goebbels hatte Hitler gegenüber ... bis zum Schluß seines Lebens die Rolle eines Jüngers gegenüber dem Herrn gespielt. Hitler war für Goebbels der große Prophet."

[7] Zur Vorgeschichte und zu Goebbels' gescheiterten Versuchen, eine Totalisierung des Krieges in die Wege zu leiten, vgl. vor allem Herbst, Totaler Krieg, S. 207 ff.; Willi A. Boelcke, Die Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 1114 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Stimmung schlug sich im Tagebuch in einem ungewöhnlich pessimistischen Ton nieder: „Wenn ich mir an einem solchen Tage die Gesamtbilanz der militärischen Entwicklung vor Augen halte, und zwar sowohl im Westen wie im Süden wie an der Karelien-Front als auch in der Luft, so wird mir leicht schwindlig vor den Augen. Man braucht sich nur auszurechnen, wie eine solche Entwicklung sich auf ein Jahr übertragen ausdehnen wird, um leicht feststellen zu können, wie kritisch doch augenblicklich die Situation bestellt ist" (21. 6. 1944). Und tags darauf: „Eine Last von Sorgen liegt auf mir, die schon am frühen Morgen wieder beginnen. Man wird es allmählich müde, sich mit diesen Sorgen abzuschleppen" (22. 6. 1944). Goebbels befand sich inmitten vorbereitender Besprechungen für die große Unterredung mit Hitler, als die Meldung von einem schweren amerikanischen Bombenangriff auf das Zentrum von Berlin eintraf und seine Sorgen vertiefte. Zwar blieben Goebbels' Ministerium und Wohnhaus „gänzlich unversehrt", aber die alte Reichskanzlei, das Zeitungsviertel und die Gegend Unter den Linden erlitten „schwerste Schäden", Dom und Schloß standen in Flammen (22. 6. 1944).

Wie viele wichtige Gespräche Hitlers, so fand auch jenes mit Goebbels in der großen Halle, deren Fenster den oft beschriebenen Ausblick auf die Bergwelt boten, statt. Anschließend diktierte Goebbels für sein Tagebuch: „Im großen und ganzen führe ich alle die Argumente an, die ich in meinem Leitartikel für das ‚Reich'[8] niedergelegt habe. Ich trage ihm alle Bedenken gegen einen durch nichts [b]egründeten Optimismus, um nicht zu sagen Illusionismus, vor und übe an den Personen schärfste Kritik. Vor allem beklage ich mich d[arüber,] daß der totale Krieg bei uns nur eine Phrase [dar]stelle und in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sei. Dieser Meinung wären nicht nur ich, sondern weite Kreise im deutschen Volk, und zwar die besten. Die Krise, in der wir augenblicklich lebten, müsse erkannt werden, ehe man sie überwinden könne ... Vor allem sei es notwendig, eine Reform der Wehrmacht an Haupt und Gliedern vorzunehmen. Der Führer habe jetzt einen Scharnhorst und einen Gneisenau, nicht aber einen Keitel und einen Fromm nötig. Das Führungsper[sonal der Wehr]macht müsse gewechselt werden; daneben aber s[ei es] notwendig, die Wehrmacht selbst zu reformieren [und] ihren zum Himmel schreienden Menschenluxus schnellstens abzustellen. Ich erkläre mich dem Führer gegenüber bereit und in der Lage, durch Maßnahmen einschneidendster Art ihm eine Million Soldaten zur Verfügung zu stellen, und zwar dadurch, daß ich die Organisation der Wehrmacht sowohl wie das zivile Leben rigoros auskämme ..., denn es sei nun kurz vor 12" (22. 6. 1944).

Offensichtlich von dem Gefühl geleitet, seine Katastrophenschilderung könnte dem kritikentwöhnten Hitler zu weit gegangen sein, betonte Goebbels am Ende seiner Ausführungen, sein „Realismus" sei nicht mit „Defaitismus" und seine „Sorge um das Vaterland" keinesfalls mit „Schlappmacherei" zu verwechseln. Erleichtert konnte er aber feststellen, daß Hitler ihm „sehr ausführlich, sehr gewissenhaft, sehr gründlich und vor allem aus seinem ganzen Herzen heraus" antwortete (22. 6.

[8] Der Artikel erschien erst Tage später in „Das Reich" vom 2. 7. 1944.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1944). Das hieß im Klartext, Hitler hatte eine seiner typischen Suaden über Goebbels ergossen, ihm die Gesamtgeschichte der deutschen Wehrmacht seit den Anfängen in der Reichswehr geschildert und behauptet, daß darüber die gründliche nationalsozialistische Schulung zu kurz gekommen sei. Hitler war sich laut Goebbels darüber im klaren, daß ein „Teil der Generalität Gegner des Nationalsozialismus" sei, „denn sie seien niemals durch unsere Vorstellungen hindurchgegangen". Auf dieses Potential aber während des Krieges zu verzichten, „sei ein Unding", hielt Hitler dem Zivilisten Goebbels entgegen. „Selbstverständlich wisse er auch, daß Generaloberst Fromm ein reiner Techniker sei; solange man ihn aber nur durch einen anderen Techniker ersetzen könne und man zu seinem Ersatz nicht ein organisatorisches Genie zur Verfügung habe, müsse man ihn belassen. Dasselbe sei bei Keitel der Fall." Goebbels will diese Behauptung Hitlers „energisch" in Frage gestellt haben. Und auf sein Angebot, eine Million neue Soldaten auszuheben, habe Hitler bemerkt: „Soldaten allein könnten ihm nicht viel nützen; er müsse sie ausbilden und bewaffnen. Dafür habe er Ausbildungspersonal und Waffen nötig, und die könne er nur bis zu einem gewissen Umfange schaffen." Damit leitete Hitler auf das „große Verdienst" Speers über, dem er es zu verdanken habe, daß die neu aufgestellten Divisionen auch bewaffnet werden könnten.

Nach einigen weiteren Gesprächswendungen drehte Hitler schließlich auf das führungsinterne Dauerthema ab, das „Versagen" Görings: „Die Luftwaffe selbst mache eine außerordentlich schwere Krise durch, und zwar nicht nur materiell, sondern auch moralisch. Göring habe sie technisch langsam verkommen und ins Hintertreffen ge[raten las]sen, und zwar gegen den Willen und die bessere [Ein]sicht des Führers. Der Führer habe sich aber, wei[l] Göring und seine gesamten Jagdmatadore anderer Meinung waren, demgegenüber nicht durchgesetzt. Der Führer erklärt mir, wie schwer es ihm gewesen sei und heute noch wäre, sich gegen die Luftwaffengeneralität durchzusetzen, denn hier sei er leider nicht als Fachmann angesehen, während er in der Panzerwaffe mit seinem fachmännischen Urteil absolut dominiere. Der größte Fehler, den Göring mache, sei, daß er sich nicht orientiere, daß er nur das Angenehme hören wolle, daß er den Dingen nicht auf den Grund gehe, daß er seine Umgebung dazu erzogen habe, ihm nur glückliche Nachrichten zu bringen, [Göring] infolgedessen in einem Reich völliger Illusion[en] lebe. Infolgedessen habe er die Luftwaffe in d[ie] schwerste Krise dieses Krieges hineingeführt, un[d] das, was heute aus der Luftwaffe geworden sei, könne nur mit eigenem absoluten Versagen bezeichnet werden. Auch hier müsse also die Reform einsetzen, nicht nur beim Heer. Diese Reform sei schon in die Wege geleitet. Beim Heer habe sie auch bereits erkleckliche Erfolge gezeitigt. Es sei nicht an dem, daß alles seinen gewohnten Gang gehe, sondern der Führer greife, wo er überhaupt Fehler entdecke, rigoros ein. Eine Unmenge von Todesurteilen – auch gegen hohe Offiziere – seien schon ausgesprochen und vollstreckt. Er handele ohne Säumen und lasse sich auf nichts mehr ein" (22.6. 1944).

Hitler hatte viel Zeit und Rhetorik aufgewandt, um Goebbels' Rigorismus zu dämpfen und ihn mit seinen Forderungen zur Intensivierung der Kriegsanstrengun-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen ad calendas graecas zu vertrösten. Goebbels hielt das Ergebnis seiner Niederlage in der folgenden Passage fest: „Alles das zusammen bringt den Führer zu der Meinung, daß es im Augenblick noch nicht an der Zeit sei, sich mit einem großen Appell zum totalen Kri[eg] im wirklichen Sinne des Wortes an das deutsche Vo[lk] zu wenden. Er wolle sich vorläufig noch mit den b[is]her eingeschlagenen Methoden behelfen. Ich plädiere zwar leidenschaftlich dagegen und erkläre, daß es unter Umständen, wenn wir zu diesem Mittel griffen, zu spät sein würde; trotzdem aber kann der Führer sich im Augenblick mit meinen Vorschlägen nicht befreunden. Er glaubt, daß wir mit den Krisen, die wir augenblicklich durchleben, auf die bisher gewohnte Weise fertig werden. Allerdings, wenn noch schwerere Krisen einträten, würde er auch zu vollkommen anormalen Mitteln greifen ... Der Führer sieht die Krise noch nicht als so stark und überzeugend an, daß sie ihn veranlassen könnte, die letzten Register zu ziehen" (22. 6. 1944).

Doch Goebbels gab sich noch nicht geschlagen. Hartnäckig unterbrach er immer wieder Hitlers monologisch vorgetragene Kritik am Militär und plädierte für praktische Konsequenzen. Was selten geschah – Hitler vermochte Goebbels nicht zu überzeugen: „Die Organisation der Wehrmacht findet natürlich die schärfste Kritik des Führers. Er spricht von den alten Offizieren aus dem Weltkrieg, die bei Beginn des Krieges, statt daß man sie in ihrem wirtschaftlichen Beruf gelassen hätte, in die Wehrmacht hineingezogen wurden, wo jeder von ihnen sich einen Apparat aufgebaut habe. Diese Apparate sind da und können nur langsam und unter sehr starkem Druck zur Auflösung gebracht werden. Ich schlage vor, die Offiziere selbst abzubauen, damit ihre Apparate umso leichter zusammenfallen; aber der Führer erwidert mir darauf, daß er nicht wüßte, was er mit diesen Offizieren anfangen könnte. Die Wirtschaft wollte sie nicht, im Staatsleben könne man sie nicht gebrauchen; wo sollte man sie hinstellen. Ich gebe darauf zur Antwort, daß man schließlich nicht wegen 40- oder 50000 unbrauchbarer Offiziere einen Riesenleerlauf in der Wehrmacht mit in Kauf nehmen könne; aber auch hier will der Führer sich zu weiteren Maßnahmen, die über das bisher verfolgte Maß hinausgehen, noch nicht verstehen. Jedenfalls wende ich alle meine Beredsamkeit auf, um dem Führer eindringlich meine Bedenken vor Augen zu führen. Er erklärt mir auch, daß er in dem Augenblick, in dem er zu den letzten Maßnahmen greifen wird, sofort mich zu sich bestellen würde, um mir große Vollmachten zu geben. Aber vorläufig will er eben den evolutionären und nicht revolutionären Weg gehen. Ich kann die Richtigkeit dieser Methode nicht ganz einsehen. Ich unterscheide mich mit dem Führer nicht so sehr in der grundsätzlichen Auffassung als in der Methodik, die heute zur Anwendung gebracht werden soll ... Vor allem kann ich auch nicht verstehen, war[um der] totale Krieg nicht schon in Angriff geno[mmen] wird. Sollte tatsächlich die große Krise nicht eintreten, so ist es ja immer besser, Reserven im Rücken zu haben, als daß man es einfach darauf ankommen läßt" (22. 6. 1944).

Selbst nach dieser definitiven Absage – Hitler hatte eingehend die politische und militärische Lage erörtert – kam Goebbels starrsinnig auf sein Anliegen zurück und handelte sich eine abermalige Ablehnung seiner Vorschläge ein, nun allerdings

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemildert durch Hitlers Versicherung, er freue sich, „so radi[kale] und durchgreifende Ideen und Vorschläge" zu hören. Hitler versprach, er werde bei einer Verschärfung der Krise „auf alle diese Pläne zurückgreifen"; Goebbels werde dann „sein nächster Berater". Nach Stunden unter vier Augen brachte Goebbels seinem Diktat zufolge den „Wunsch zum Ausdruck, daß es dann hoffentlich nicht zu spät sein möge", beruhigte sich dann aber selbst mit dem Hinweis, Hitler habe bisher noch immer instinktiv den richtigen Moment gewählt.

Goebbels' Dilemma bestand darin, daß er demjenigen das Plazet für seinen Griff nach der inneren Führung abringen wollte, der sie nur scheinbar nicht wahrnahm. Nach einer Abfuhr, wie der Propagandaminister sie hatte hinnehmen müssen, hätte ein unabhängiger Kopf den – das sah auch Goebbels – zumindest physisch maroden „Führer" alleine oder im Verein mit Gleichgesinnten wenn nicht beiseitegestellt, so doch umgangen. Nicht so Goebbels. Dieser dokumentierte wieder einmal sein Selbstverständnis als „Jünger" und notierte mit Eifer ihm zugetragene Äußerungen, wie sehr dem „Propheten" sein „radikaler Standpunkt" gefallen habe; daß er „zu den wenigen gehöre, auf die er sich immer verlassen könne, und daß, wenn einmal ganz große und entscheidende Handlungen zu vollziehen wären, er immer" auf ihn „als ersten zurückgreifen würde" (24. 6. 1944). Nicht gegen, sondern mit Hitler wollte Goebbels sein Vorhaben verwirklichen. Eitelkeit führte seine Feder, als er nochmals festhielt: „Ich kann mich also der Hoffnung schmeicheln, daß, wenn einmal die große Krise eintreten würde, das Programm, das ich seit langem propagiere, auch zur Durchführung kommt" (24. 6. 1944).

Die große Krise kam eher als erwartet. Sie hatte ihre Ursachen weniger in den erfolgreichen Offensiven der Alliierten als in dem Attentat des 20. Juli 1944, das die nationalsozialistische Führung völlig überraschte. Es setzte in der braunen Führungsspitze längst lahmgelegte Handlungspotentiale frei, gab es damit doch endlich wieder einen greifbaren politischen Gegner, den es zu vernichten galt. Insbesondere bei Hitler trat dieser Effekt ein, und nun griff er auch auf Goebbels' Totalisierungspläne zurück: Radikalität und rigoroser Vernichtungswille waren angesagt, und dafür war im innersten Führungszirkel kaum einer besser ausgewiesen als der Propagandaminister. Die haßerfüllte Energie, die Hitler gegenüber den Generälen und Offizieren entlud, fand ihre perfekte Entsprechung bei dem ebenso haßgesteuerten Goebbels. Im Moment höchster Bedrohung rekurrierte Hitler auf den krisenbewährten Propagandisten, der nun nach jahrelanger Abseitsstellung ein schaurigglänzendes ‚Comeback' feierte.

Nicht ahnend, daß ihm ein „Offiziersputsch" die Arbeit abnehmen würde, hatte sich Goebbels zur Erlangung dieser Position mit einigen aus der Führungscrew verbündet, um wenigstens den sogenannten Dreierausschuß (Bormann, Lammers, Keitel) kaltzustellen und durch eine neue Mannschaft abzulösen. Zu seinem Hauptverbündeten wurde Speer. Einen Tag nach seinem letzten Gespräch mit Hitler verschlechterte sich die Lage durch die sowjetische Sommeroffensive weiter. Kurz darauf notierte dazu Goebbels in sein Tagebuch: „Die Prognosen, die unsere Generalität von der Ostfront gestellt hatte, haben sich nicht bewahrheitet. Man kann wie-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

derum im Osten feststellen, zu welchen ungeheuren Effekten eine totale Kriegführung führen kann. Die Bolschewisten tun das, was wir bisher versäumt haben, nämlich ein ganzes Volk für den Krieg zu erziehen und einzusetzen. Wir schonen uns zu viel; un[d] unsere Mißerfolge sind zum großen Teil Folgen dieser falschen Schonung, die wi[r] uns selbst angedeihen lassen. Wenn ich mir vorstelle, was heute im deutschen Volke noch an überflüssigem Tand und Luxus vorherrscht, wieviel überflüssige Arbeit noch getan wird, an wie vielen Arbeiten drei statt einem oder keinem beschäftigt sind, dann habe ich ein plastisches Bild des Versagens unserer inneren Organisation zur Ausschöpfung unseres gesamten Kriegspotentials" ([26]. 6. 1944).

Mit Speer, dessen Ansehen bei Hitler während seiner langen Krankheit gesunken, nach der Rückkehr durch neue Rüstungserfolge aber bald wiederhergestellt war, verband Goebbels nach eigener Einschätzung eine „wunderbare" Zusammenarbeit. Wie zu Anfang des Jahres 1943 machte er ihn deshalb erneut zu seinem Kombattanten in der Totalisierungsfrage. Bis zwei Uhr nachts besprachen sich die beiden am 10. Juli, und dabei wurde deutlich, daß auch Speer der Meinung war, „daß noch einige Millionen Arbeitskräfte un[d] Soldaten aus dem deutschen Volke herausgezogen werden könnten, wenn wir nicht nur vom totalen Krieg redeten, sondern ihn praktisch durchführten" (11. 7. 1944). Speer meinte zu wissen, daß Hitler inzwischen für die Notwendigkeit eines totalen Krieges viel eher zu haben sei als zum Zeitpunkt von Goebbels' Demarche. Aber Goebbels scheute vor einem nochmaligen mündlichen Vortrag zurück und entschloß sich statt dessen zu einer Denkschrift. Speer wollte ebenso verfahren; eine gemeinsame Denkschrift schlossen sie wegen des möglichen Verdachts einer Komplizenschaft aus.

Beiden Denkschriften war keine unmittelbare Wirkung beschieden; sie wurden von den Ereignissen überrollt. Zwei Tage nach dem Attentat fand in Lammers' Feldquartier eine schon vorher anberaumte Ministerbesprechung zum Thema „totaler Kriegseinsatz" statt[9]. In seinem Tagebuch referierte Goebbels, der durch seine Kaltblütigkeit bei der Niederschlagung des Aufstandes an Gewicht gewonnen hatte, was Lammers, er selbst, Keitel, Bormann, Funk und Sauckel zum Thema zu sagen hatten. Als ihm die Diskussion zu zerfließen schien, riß er das Wort an sich: „Speer spricht noch zu seiner Denkschrift. Seine Ausführungen sind etwas tolpatschig und erregen bei vielen Teilnehmern Opposition, so daß daraus eine unangenehme Diskussion entsteht. Vor allem die von Speer angegebenen Zahlen werden von verschiedensten Seiten angezweifelt. In der sich daraus ergeben[den] Aussprache entsteht hier und da eine etwas kritische Situation, und es ist die Gefahr gegeben, daß die ganze Diskussion in ein endloses Palaver ausartet, vor allem da Sauckel in sie ein-

[9] BA, R 43 II/664a Bl. 82ff., Protokoll zur Chefbesprechung am 22. 7. 1944; abgedruckt bei Wolfgang Bleyer, Pläne der faschistischen Führung zum totalen Krieg im Sommer 1944, in: ZfG 17 (1969), S. 1326ff.; vgl. auch Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 513ff.; Peter Longerich, Joseph Goebbels und der Totale Krieg. Eine unbekannte Denkschrift des Propagandaministers vom 18. Juli 1944, in: VfZ 35 (1987), S. 289–314; die Denkschrift spielte bei der Chefbesprechung keine Rolle.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

greift und mit einem hohlen Pathos seine etwas weichlichen Ansichten zum besten gibt. Funk benimmt sich auch nicht gerade sehr geschickt. Er geht auf diese Debatte der Einzelheiten ein, die ich unter allen Umständen vermieden sehen möchte, da es mir unbedingt darauf ankommt, erst einmal Vollmachten zu bekommen; denn erst wenn diese Vollmachten gegeben sind, kann man an die Behandlung der sachlichen Probleme herantreten. Ich lenke deshalb die Diskussion wieder auf diese Frage zurück, schlichte die entstandenen Gegensätze, veranlasse Speer, seine Denkschrift als nicht mehr diskutabel zurückzuziehen." Zum Ergebnis der Konferenz heißt es: „Alle teilnehmenden Herren sind der Meinung, daß der Führer größte Vollmachten ausgeben muß, und zwar einerseits für die Wehrmacht, andererseits für Staa[t] und öffentliches Leben. Vorgeschlagen werden dafür Himmler für die Wehrmacht, ich für Staat- und öffentliches Leben. Bormann soll entsprechende Vollmachten bekommen, um die Partei in diesen großen Totalisierungsprozeß einzuspannen, und Speer habe bereits die entsprechenden Vollmachten, um den Rüstungsprozeß zu intensivieren. Wir wollen beim Führer am Sonntag gemeinsam vorstellig werden." Goebbels' Kommentar dazu: „Wenn wir das, was in der Sitzung bei Lammers beschlossen worden ist, beim Führer erreichen, so ist damit praktisch eine innere Kriegsdiktatur eröffnet. Ich fühle mich stark genug, diese auszufül[le]n und die Vollmac[h]ten so auszunutzen, daß e[in] gr[ößt]möglicher Kriegseffekt dabei herausspringt" (23.7. 1944).

Festzuhalten ist: Hitler blieb auch in dieser Runde sakrosankt, sein Führungsanspruch unangetastet. Keiner der Teilnehmer, auch nicht Goebbels, der noch am ehesten so etwas wie Realitätssinn erkennen ließ, kam auf die Idee, sich angesichts der katastrophalen Lage gegen Hitler aufzulehnen; vielmehr gaben sich alle von der Notwendigkeit überzeugt, mit ihren Vorschlägen bei Hitler „vorstellig" werden zu müssen. Drei Tage nach der Konferenz, am 25. Juli, ernannte Hitler seinen Propagandaminister zum Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz[10]. Goebbels triumphierte, durfte er doch mit Sicherheit davon ausgehen, daß diese Ernennung als faktische Schwächung Speers zu werten war und als Affront gegen Göring. Letzterer hatte dies auch so verstanden und sich gekränkt nach Karinhall zurückgezogen, wo ihn wochenlang niemand dazu bewegen konnte, das Führerhauptquartier aufzusuchen. Freilich vermochte auch Goebbels' brachialer Eifer die nahende Niederlage nicht aufzuhalten.

Das Attentat hatte seine Schatten auf die innere Führungsstruktur des Dritten Reiches geworfen. Goebbels hielt Hitlers wütende Reaktion auf den versuchten Staatsstreich in seinem Tagebuch fest: „Der Führer ist außerordentlich aufgebracht gegen die Generalität, insbesondere die des Generalstabs. Er ist fest entschlossen, nun ein blutiges Beispiel zu statuieren und eine Freimaurerloge auszurotten, die uns seit jeher feindlich gesonnen ist und nur auf den Augenblick gewartet hat, um uns in der kritischsten Stunde des Reiches den Dolch in den Rücken zu stoßen. Das Straf-

[10] RGBl. I, S. 161 f. Zu den Einschränkungen, denen Goebbels dabei ausgesetzt war, vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 516 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gericht, das jetzt vollzogen werden muß, muß geschichtliche Ausmaße haben." Und weiter diktierte Goebbels: „Die Folgen des Attentats werden sicherlich sehr weitgehend sein. Zuerst wird die Reinigung stattfinden. Der Führer ist entschlossen, den ganzen Generalsklan, der sich gegen uns gestellt hat, mit Stumpf und Stiel auszurotten, um damit die Wand niederzubrechen, die von dieser Generalsclique künstlich zwischen dem Heer einerseits und Partei und Volk andererseits aufgerichtet worden ist. Zweifellos ist dieser Ausrottungsprozeß mit einer momentanen Krise verbunden, ähnlich den Krisen, die bisher immer mit den Putschen innerhalb der Partei oder des Staates verbunden gewesen sind. Ich mache den Führer darauf aufmerksam, daß sowohl die verschiedenen Strasser- und Stennes-Krisen als auch der Röhm-Putsch am Ende zu einer ungeheuren Stärkung des nationalsozialistischen Regimes geführt haben. Das wird auch hier der Fall sein. Ich sehe deshalb außerordentlich vertrauensvoll in die Zukunft. Wir müssen jetzt noch eine schwierige Zeit durchschreiten; aber dann werden wir über den Berg hinüber sein. Zweifellos wird Himmler aus der Wehrmacht ungeheure Kräfte freimachen[,] und gibt man mir die entsprechenden Vollmachten, so wird mir dasselbe auch im zivilen Leben gelingen. Den Staatsapparat werde ich mit eiserner Hand durchforsten, um hier wieder klare Kompetenzen zu schaffen und einen dem Kriegsablauf schädlichen Leerlauf zu vermeiden. Kurz und gut, die Dinge liegen so, daß, wenn wir jetzt richtig zugreifen, wir meiner Ansicht nach die Krise des Krieges überwunden haben" (23.7. 1944).

Krisen hatten Goebbels von jeher zu großer Form auflaufen lassen, Krisenmanagement war seine ureigene Domäne. Diese „Generalskrise" aber bedeutete für ihn qualitativ noch etwas anderes als die so zahlreichen politischen und vor allem militärischen Krisen des Jahres 1944: Hitler näherte sich ihm wieder mit einer Vertrautheit, die nur mit der Beziehung in den Kampfjahren vergleichbar war. Das riß Goebbels zu den aus früheren Jahren bekannten Adorationsformeln hin: „Ich habe ihn nie von einer so innerlichen Wärme gesehen wie an diesem Tage. Man muß ihn direkt lieb haben. Er ist das größte geschichtliche Genie, das in unserer Zeit lebt. Mit ihm werden wir zum Siege kommen, oder mit ihm werden wir heroisch untergehen" (23.7. 1944).

Goebbels' Bewunderung für Hitler hatte im Laufe der einander ablösenden Krisen bis zum Sommer 1944 an Intensität stark nachgelassen. Gerade in der Beurteilung des militärischen Geschehens waren Hitler und Goebbels häufig unterschiedlicher Auffassung, und Goebbels' Bewunderung für das ‚Feldherrengenie' beschränkte sich oft nur noch auf die Momente, in denen dieses bei extrem krisenhafter Frontlage „souveräne Haltung" bewies. Wie schwer es ihm mitunter gefallen sein muß, das körperliche Wrack Hitler in einen vor Aktivität berstenden „Führer" umzustilisieren, dessen zum Teil absurde Platitüden in große wegweisende Pläne umzumünzen, kurz, den Führer-Mythos bei sich selbst wieder in Wirkung zu setzen, läßt ein Auszug aus einer Tagebuch-Eintragung von 6. Juni 1944 ahnen: „Man meint aus der Entfernung, in ihm einen schwergeprüften, tiefgebeugten Mann vorzufinden, dessen Schultern unter der Last der Verantwortung zusammenzubrechen drohen, und in Wirklichkeit tritt einem eine aktive und entschlußfreudige Persön-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichkeit gegenüber, die sich nicht das geringste von Depression oder von seelischer Erschütterung anmerken läßt. Auch die Pläne, die der Führer mir für die nähere und weitere Zukunft des Krieges entwickelt, sind groß gefaßt und zeugen von einer außerordentlich tiefgründigen Phantasie. Der Führer ist heute der Überzeugung, daß man mit England nicht zu einem Arrangement kommen kann. Er hält England für verloren und ist deshalb auch entschlossen, ihm, wenn er auch nur die geringste Gelegenheit dazu bekommt, den Todesstoß zu versetzen. Wie er das im einzelnen durchführen wird, ist mir zwar im Augenblick noch unerfindlich; aber der Führer hat ja tausendundeine Gelegenheit geschaffen, um Pläne, die im Augenblick absurd klangen, in späterer Zukunft doch zu verwirklichen."

Solchen Schwankungen zwischen realistischen Zweifeln und ersehnter Bewunderung setzte das Stauffenberg-Attentat ein Ende. Es ließ die alte Atmosphäre wieder erstehen und umgab Hitler erneut mit einer gottähnlichen Aura, in der Goebbels zu seiner alten, für ihn lebensnotwendigen Hitler-Adoration zurückfinden konnte. Die Wende wird im Tagebuch deutlich, wenn Goebbels von seinem ersten Zusammentreffen mit Hitler nach dem Attentat berichtet: „Ich bin auf das tiefste ergriffen, ihn so heil und gesund vor mir zu sehen. Die Begrüßungsszene entbehrt nicht einer gewissen Feierlichkeit. Ich habe [das] Empfinden, in ihm vor einem Menschen zu stehen, [der] unter Gottes Hand arbeitet" (23.7. 1944). Hitler zeigte ihm den Raum, in dem Stauffenbergs Bombe explodiert war, und Goebbels hielt ehrfürchtig fest, was Hitler ihm erzählte: Hitler habe nach dem Attentat „zuerst bei sich selbst festgestellt, daß er noch im Besitz, wie er sagt, seines Kopfes, seiner Augen, seiner Arme und seiner Beine war. Dann habe er weiter festgestellt, daß er sich bewegen konnte, und dann nach der ersten Schockwirkung versucht, unter allen Umständen ins Freie zu kommen, da er [...] von Flammen eingehüllt war. Das sei ihm auch gelungen. Bei dem Versuch, aus dem Raum herauszugehen, sei Keitel ihm entgegengestürzt und ihm weinend in die Arme gefallen" (23.7. 1944).

Der 20. Juli 1944 bildete fortan einen roten Faden in Goebbels' Tagebuch. Jede neue Information über die Hintergründe des gescheiterten Aufstandes oder über einen seiner Teilnehmer veranlaßte Hitler zu langen Tiraden über die „Verräterclique". Zu Recht stellte Goebbels ein paar Monate später fest, der 20. Juli sei zu Hitlers Lieblingsthema geworden, um sogleich eine übergeordnete historische Begründung nachzuschieben: „In der Tat ist ja der 20. Juli nicht nur der tiefste Tiefpunkt unserer Kriegskrise, sondern der Stichtag unserer Wiedererhebung" (4. 12. 1944). Hitler wie Goebbels eignete monströse Realitätsflucht, wenn auch in graduell unterschiedlicher Ausprägung. Wie falsch ihre Prognosen waren und welchem Ausmaß an Illusionismus sie jeweils unterlagen, läßt sich an ihrer Perzeption der Kriegsentwicklung in diesem Krisenjahr gut verfolgen.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Bereits Anfang des Jahres 1944 verdichteten sich bei Hitler und Goebbels die Befürchtungen, daß es infolge der ungünstigen Kriegslage in absehbarer Zeit zum Abfall des einen oder anderen Verbündeten des Deutschen Reiches kommen werde. Insbesondere Finnland und Ungarn standen unter dem Verdacht des Bündnisverrats. Für den Fall, daß Finnland die sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen annehmen sollte, beabsichtigte Hitler, dort militärisch einzuschreiten. Die Reaktion des „Führers" auf die Ablösungsbestrebungen Ungarns beschrieb Goebbels unter dem 4. März so: „Im Zusammenhang mit der finnischen Angelegenheit ist der Führer jetzt auch fest entschlossen, die ungarische Frage zu lösen. Die Ungarn üben Verrat am laufenden Band. Er wird ihnen Dutzende Male nachgewiesen, aber sie reagieren nicht auf unsere Proteste. Der Führer hat nun keine Lust, die ungarischen Verhältnisse sich genau so zuspitzen zu lassen, wie die finnischen Verhältnisse sich zugespitzt haben. Der Verrat muß bestraft werden. Infolgedessen will der Führer jetzt handeln. Er will die ungarische Regierung absetzen und verhaften ... Der Staatsstreich in Ungarn würde mit der Entwaffnung der Armee anfangen, wofür uns ausreichende Kräfte zur Verfügung stehen. Ist die Armee einmal entwaffnet, dann kann man an die Frage der ungarischen Aristokratie und vor allem des Budapester Judentums herangehen. Denn solange die Juden in Budapest sitzen, kann man mit dieser Stadt und auch mit dem Lande, insbesondere aber mit seiner öffen[tlic]hen Meinung, nichts machen. Aus der ungarischen Armee können wir eine Unmenge von Waffen herausholen, die uns natürlich für die kommenden schweren Schlachten sehr gut zustatten kommen werden. Außerdem haben die Ungarn große Ölvorräte gehortet, die auch ausna[hms]los in unsere Hand fallen würden. Dazu kommen noch Ölquellen, über die sie ja auch in ziemlichem Umfange verfügen, ganz zu schweigen von den Lebensmittelreserven, die zwar nicht schwer für uns zu Buch schlagen, aber immerhin etwas bedeuten."

Abgesehen von der hier dokumentierten Beutementalität kleiner Gangster, ist in dieser Passage vor allem der Hinweis auf das ungarische Judentum von Bedeutung. Bereits vor der Besetzung Ungarns hatte Goebbels drohend festgestellt, in Ungarn befänden sich „700 000 Juden; wir werden sorgen, daß sie uns nicht durch die Lappen gehen" (13. 3. 1944). In diesem Zusammenhang erinnerte sich Goebbels auch der etwa 6000 teils „privilegierten", teils „geduldeten" Juden, die noch in Berlin lebten. Er nahm sich vor, diese im Auge zu behalten und den Versuch zu machen, sie bei der „erstbesten Gelegenheit" ([16. 3. 1944]) abzuschieben[11]. Nach dem Ein-

[11] Unter den zahlreichen Passagen des Goebbels-Tagebuches, die sich auf die „Entfernung" der Juden beziehen, sei nur auf einige wenige verwiesen. Unter dem 25. 7. 1938 hielt Goebbels nach einer Besprechung mit Hitler über die Judenfrage fest, Hauptsache sei, daß diese „in 10 Jahren" aus Deutschland „entfernt" seien. Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, hrsg. v. Elke Fröhlich, München 1987, Teil I, Bd. 3, S. 490. Nach Kriegsausbruch notierte der Minister, „dieses Judentum muß vernichtet werden", Tagebücher, 17. 10. 1939, S. 612. Nach einigen Meldun-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

marsch deutscher Truppen in Ungarn am 19. März 1944, der von Goebbels weniger als militärische Besetzung denn als Anschluß wie im Falle Österreichs interpretiert wurde, galt die offizielle Version, Ungarn sei entschlossen, den Krieg „treu und unbeirrt" an der Seite Deutschlands weiterzuführen. Der anfängliche Widerstand des Reichsverwesers Horthy in den ersten Tagen der Besetzung führte bei den deutschen Stellen zu der Überzeugung, sie hätten bei der ihnen vorschwebenden „Lösung der Judenfrage" auch bei der neuen Regierung Widerstand zu gewärtigen. Es wurde deshalb zunächst eine langsamere Gangart eingeschlagen[12]. Goebbels hielt dazu fest, die Juden in Ungarn könnten nicht wie vorgesehen verhaftet, sondern müßten vorerst in Ghettos gesperrt werden, doch der Reichspropagandaminister tröstete sich mit dem Gedanken, immerhin gäben sie gute Geiseln gegen feindliche Luftangriffe ab (23. 3. 1944).

Unmittelbar nach Eintreffen eines Sondereinsatzkommandos unter der Führung von Adolf Eichmann begannen dann die Massentransporte in die Vernichtungslager[13]. Bereits vier Wochen später konnte Goebbels festhalten: „Die antisemitischen Maßnahmen in Ungarn schreiten weiter fort. Die Juden haben augenblicklich besonders in Budapest nichts zu lachen. Aber es muß noch sehr viel getan werden, bis der Stand der Judenfrage in Ungarn dem im Deutschen Reich angepaßt ist" (22. 4. 1944). Keine Woche danach stellte Goebbels befriedigt fest, Horthy stehe den „Reinigern des öffentlichen Lebens in Ungarn" nicht mehr im Wege, sondern entwickele im Gegenteil eine „Mordswut auf die Juden". Er habe nichts mehr dagegen einzuwenden, diese als Geiseln zu benutzen. Es seien mittlerweile „300 000 Juden in Ungarn" in Konzentrationslager verbracht worden, angeblich vorgesehen für den Einsatz in schwierigen Programmen der Kriegsproduktion. „Jedenfalls", so stellte Goebbels abschließend fest, „werden die Ungarn aus dem Rhythmus der Judenfrage nicht mehr herauskommen. Wer A sagt, [mu]ß B sagen, und die Ungarn haben einmal angefangen mit der Judenpolitik, sie können sie deshalb nicht [mehr] abbremsen. Die Judenpolitik treibt sich von [ein]em gewissen Zeitpunkt ab selbst. Das ist jetz[t bei] den Ungarn der Fall" (27. 4. 1944). Wie er aus seinem Gespräch mit Hitler die feste Überzeugung gewann, dessen Judenhaß habe eher zugenommen als abgenommen, so resümierte er als gemeinsame Auffassung die Ansicht, daß eine „Politik auf weite Sicht in diesem Kriege" nur verwirklicht werden könne, wenn man von der „Judenfrage" ausgehe (27. 4. 1944). Gegenüber diesem programmatischen Diktum wirkte der Kommentar eine Woche später beinahe harmlos: „Auch die Judenfrage wird jetzt in Ungarn ene[r]gischer angefaßt. Ich dringe darauf, daß Maßnah-

gen, Berlin sei bald „judenfrei", steht unter dem 11. 5. 1942 in seinem Tagebuch zu lesen, daß sich immer noch 40 000 Juden in Berlin aufhielten; IfZ-Archiv F 12/14, Goebbels-Tagebücher.

12 Vgl. László Varga, Ungarn, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Dimension des Völkermords. Zur Zahl der jüdischen Opfer im Nationalsozialismus, erscheint voraussichtlich 1991.

13 Im einzelnen zur Vernichtung des Judentums in Ungarn Randolph L. Braham, The Destruction of Hungarian Jewry. A documentary account, New York 1963; Eugene Levai, Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry, Zürich 1948; Raul Hilberg, La Destruction des Juifs d'Europe, Paris 1988.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men gegen die Juden, die in Ungarn ergriffen werden, auch eine sachliche Begründung erfahren. Es ist nicht damit getan, daß man nur in der Presse mitteilt, was geschieht, sondern man muß es auch erklären. In Budapest beginnt man damit, die Juden in Ghettos zusammenzulege[n.] Die Ghettos werden in der Nähe von Rüstungsfabriken errichtet, da hier wahrscheinlich Luftangriffe zu erwarten sind" (4. 5. 1944)[14]. Damit reißen, von vereinzelten unbedeutenden Bemerkungen abgesehen, die Kommentare zur nationalsozialistischen Judenpolitik in Ungarn im Tagebuch ab.

Der von Goebbels nicht nur wegen seines radikalen Vorgehens gegen die Kirche und die Generalität, sondern auch wegen seines „ziemlich rigorosen" (27. 4. 1944) Durchgreifens gegen die jüdische Bevölkerung heimlich bewunderte Generalissimus Josef Stalin hatte mit der sowjetischen Frühjahrsoffensive mittlerweile beträchtliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Im Kessel von Tscherkassy waren beispielsweise etwa 50000 deutsche Soldaten eingeschlossen worden. Ohne vorherige Verständigung Hitlers hatte Generalfeldmarschall von Manstein Befehl zum Durchbruch gegeben. Im Schutze der Nacht und unter Hinterlassung von Waffen und Gerät konnten sich ungefähr 30000 Mann zu den eigenen Linien durchschlagen. Von der nationalsozialistischen Propaganda wurde diese nächtliche Aktion zu einem großen militärischen Erfolg umgemünzt. Unbesehen übernahm Goebbels dazu offenbar schlicht die Berichte der Generäle, die aus dem Kessel von Tscherkassy ausgebrochen waren und die er zum Essen eingeladen hatte: „Sie erzählen mir wahre Wundertaten an Heldenmut, die unsere Tr[uppen] im Kessel vollbracht haben. Wir haben uns hier ein ganz falsches Bild von der dortigen Lage gemacht. Die 60000 eingeschlossenen Soldaten haben weder an Lebensmittel- noch an Munitionsmangel gelitten. Das Gebiet, in dem sie eingeschlossen waren, entspricht der Größe Belgiens. Man kann sich also vorstellen, daß die Sowjets es nicht leicht gehabt hätten, sie wi[rk]lich wieder zu unterteilen, und das ist auch wohl der Grund, warum sie nicht vernichtet werden konnten. Der Durchbruch durch die feindlichen Linien geschah in der Nacht, und zwar mit der blanken Waffe. Es ist ein ausgesprochener Überraschungscoup gewesen und deshalb wohl auch gelungen. Jedenfalls sind unsere Verluste in diesem Kessel nicht größer als bei einer normalen schweren Schlacht. Die Herren erklären mir, daß sie mindestens 90% ihres Mannschaftsbestandes aus dem Kessel herausgebracht haben" ([22. 2. 1944]). Die Wirklichkeit sah anders aus[15].

---

[14] Diese Passage muß vor folgendem Hintergrund gesehen werden: Am 4. Mai 1944 endete die Konzentrierung der Juden aus der ersten Zone, bei fünf weiteren Zonen stand in kürzester Frist dieselbe Konzentrierung bevor. Am 15. Mai begannen die ersten Deportationen. Bis zum Ende des Horthy-Regimes am 15. 10. 1944 wurden 444 152 Juden aus Ungarn deportiert; vgl. Varga, Ungarn. Zur Judenpolitik der Nachfolgeregierung vgl. Margit Szöllösi-Janze, Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn, München 1989, S. 426 ff.

[15] „In Wirklichkeit waren zwei weitere Armeekorps zerschlagen worden. Die Schlacht von Tscherkassy gab den Russen die Möglichkeit, die im Süden stehenden deutschen Armeen zu isolieren, sie ans Schwarze Meer zu drängen und zu vernichten." So Raymond Cartier, Der Zweite Weltkrieg

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anfang März registrierte Goebbels mit Bewunderung die trotz der ungünstigen Geländebedingungen imposanten Fortschritte der sowjetischen Offensive. Man könne „immer nur staunen", schrieb er in sein Tagebuch, „was Stalin aus seinen doch schon stark dezimierten Truppen" noch heraushole. An der ganzen Front herrsche „jetzt König Schlamm", weshalb sich die Wehrmacht eine Ruhepause erhofft habe (6. 3. 1944). „Die Sowjets" hätten es aber „trotz des schlechten Wetters fertiggebracht, hier hundert Kilometer vorzurücken". „Man muß nur immer wieder staunen", wiederholte Goebbels, „welche Reserven Stalin noch ins Feld führen kann und wie doch die Sowjets in der Lage sind, Schwierigkeiten, von denen man im allgemeinen annimmt, daß sie unüberwindlich seien, am Ende doch zu überwinden. Wenn wir endgültig hinter den Bug zurückmüssen, dann wird eine sehr ernste Krise für unsere Truppen auf der Krim entstehen ... Jedenfalls steht fest, daß von einer Ruhe an der Ostfront überhaupt nicht geredet werden kann. Ganz im Gegenteil, wir haben allzu großes Vertrauen auf die Schlammperiode gesetzt, und dies Vertrauen wird durch die Ereignisse in keiner Weise gerechtfertigt" (10. 3. 1944).

Ganz anders die Reaktion Hitlers, dem die Entwicklung an der Ostfront nach dem Eindruck des Ministers offenbar „innerlich und äußerlich" nichts anzuhaben schien. Er verfüge über eine „souveräne Ruhe", notierte Goebbels unter dem 14. März 1944 nach einem Gespräch mit Hitler: „Die Ostlage beurteilt der Führer ruhig und bestimmt. Er wird, so glaubt er, mit den Belastungen und Krisen fertig, was ich ihm auch absolut zutraue. Wir werden zwar wieder einmal Haare lassen müssen, aber ein strategischer Erfolg großen Ausmaßes wird den Sowjets versagt bleiben." Trotz des Hitlerschen Optimismus gelang es Goebbels aber nicht vollständig, seine Zweifel zu unterdrücken. Er schätzte die sogenannte Russen-Angst vieler Landser, die Furcht vor den sowjetischen Panzerrudeln und vor der Überlegenheit der Sowjetunion (die vor allem auf der „Zahl ihrer Menschen" und der „Primitivität ihres Geräts" beruhe) im allgemeinen ziemlich realistisch ein. Hitler hingegen entwickelte seinem Minister gegenüber ans Absurde grenzende Gedanken: „Der Führer möchte jetzt geradezu, daß die Invasion käme, um im Westen in einer relativ kurzen Zeit tabula rasa machen zu können. Dann, glaubt er, habe er genügend Divisionen frei, um im Osten wieder aktiv zu werden. Er geht sogar heimlich mit dem Plan um, eine Reihe von Divisionen aus dem Westen zum Schein zurückzuziehen, um die Engländer und Amerikaner hereinzulocken und sie dann, wenn sie kommen, blutig zurückzuschlagen" (15. 3. 1944). Das ging selbst dem gläubigen Goebbels zu weit. Er nahm nicht an, daß die Alliierten mit ihren gut funktionierenden Nachrichtendiensten auf einen plumpen Trick dieser Sorte hereinfallen könnten. Aber an den Plan Hitlers, wieder bis zum Dnjepr vorzustoßen, klammerte er sich, wenn er auch zweifelnd diktierte: „Aber wer wagt im Augenblick daran zu denken!" (15. 3. 1944). Trotzdem, Goebbels hatte sich durch das Gespräch mit Hitler für die nächsten Wochen wieder einmal mit einer ausreichenden Portion Illusionismus versorgt.

1939–1945, München 1967, Bd. 2, S. 702; vgl. Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik, München [7]1982, S. 259.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einen Monat später erhielt er von seinem „Führer" die nächste Dosis, und entgegen jeglicher Realität diktierte er hoffnungsvoll in sein Tagebuch, Hitler meine, er habe „die Ostfront zum Stehen gebracht" (18. 4. 1944). Diese selbstsichere Lagebeurteilung Hitlers riß Goebbels zu dem Ausruf „das wäre wunderbar" hin, und hoffnungsfroh notierte er, Hitler wolle auf jeden Fall wieder offensiv werden, „wann, das allerdings könne" dieser „im Augenblick noch nicht sagen" (18. 4. 1944). Aufgrund gewisser waffentechnischer Neuerungen glaube Hitler aber, „spätestens bis Ende des Sommers ... die Krise des Ostens restlos überwinden zu können" ([18. 4. 1944]).

Im Vergleich zu dem oben erwähnten überheblichen Gedankenspiel Hitlers, die Vernichtung der alliierten Armeen bald nach der Invasion dafür zu nutzen, um im Osten mit einer dann genügenden Anzahl von Divisionen rasch wieder aktiv werden zu können, nahmen sich die Prognosen des britischen Feldmarschalls Montgomery, die von Goebbels als schiere „Invasionsprahlerei" bezeichnet wurden, sehr realistisch aus. Danach sei damit zu rechnen, daß nach der Invasion der Krieg gegen Deutschland möglicherweise noch ein volles Jahr andauern werde. Bei Hitler und Goebbels herrschte in bezug auf die Invasion größte Unsicherheit, die nur noch von beider Überheblichkeit übertroffen wurde. Sie wußten weder wann, noch wo die Westmächte auf dem Kontinent landen würden. Ihre Argumentation erscheint völlig beliebig. Das eine Mal bewiesen sie sich die Unmöglichkeit einer Landung, das andere Mal das Gegenteil. Im April urteilte Goebbels, Churchill werde schon seines „gereiften Alters wegen keine absoluten Wahnsinnsakte" mehr begehen – eine „Invasion wäre ein solcher" (7. 4. 1944). Hitler sagte zehn Tage später, er glaube fest an eine Landung; sie komme vielleicht noch im Laufe des Monats. Zudem bekannte er sich zu der sicheren Überzeugung, daß sie mißlingen werde und er den Gegner „in hohem Stil zurückschlagen" könne (18. 4. 1944). Da Hitler glaubte, infolge des Mißlingens der Invasion werde die Krise in England ein „rapides Tempo" erlangen, erhoffte er sich von der Invasion nichts weniger als die Kriegsentscheidung im Westen. Aufgrund dieser positiven Analyse der Lage faßte Goebbels das Gespräch mit Hitler folgendermaßen zusammen: „Der Luftkrieg kann uns nicht mehr anhaben, als das bisher der Fall gewesen ist. Unsere Vergeltung liegt noch im Skat. Unsere Anti-Invasionstruppen stehen sprungbereit. Die Engländer und Amerikaner werden auf eine Küste in Panzern stoßen. Sie sollen also kommen! Ich bin sehr erfreut über die souveräne Ruhe, mit der der Führer diese Entwicklung kennzeichnet" (18. 4. 1944).

Das Rätselraten über Ort und Zeit der Invasion verstärkte sich im Mai bei der deutschen Führung erheblich, trotzdem machte Goebbels sich vor, daß das Invasionsgerede lediglich bei den Alliierten täglich hysterischer würde. „Die Engländer und Amerikaner", notierte er Mitte Mai, brächten „jeden Tag neue Meldungen, die uns die Fassung rauben sollen, so z. B., daß in England die Kirchen geöffnet würden, sobald der Tag D da sei, daß die Amerikaner ihre Freiheitsstatue wieder beleuchten wollen, um von dort aus mit Morsezeichen den Stand der Invasionsoperationen bekannt zu geben; kurz und gut, man tut so, als sei die Invasion bereits

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewonnen, und man brauche nur noch dafür zu beten" (12. 5. 1944). Am 17. Mai machte er sich lustig und warf sich dazu noch in die Brust: „Die Zeitungen sprechen bereits von einer ‚Invasionitis', die über das englische Publikum hereingebrochen sei. Was ich vorausgesagt hatte, ist eingetreten: Die Nervenkampagne, die eigentlich gegen uns gestartet wurde, ist auf den Gegner selbst zurückgefallen. Man bezeichnet die augenblicklich in England herrschende Stimmung als schlimmer als während des deutschen ‚Blitzes' vom Sommer und Herbst 1940." Obwohl Goebbels durch das Forschungsamt erfahren hatte, daß die französische Untergrundbewegung angewiesen war, sich auf die bevorstehende Invasion vorzubereiten, er zumindest ahnen konnte, daß es in den nächsten Tagen „losgehen" werde, witzelte er unter dem 5. Juni weiter über die „Invasionitis" und erging sich in Abwegigkeiten. Angeblich habe eine „Fernschreiberin in London sich im Fernschreiben nach den USA geübt" und dabei einen Satz gebraucht, der den „Beginn der Invasion" zum Gegenstand gehabt habe. „Diese Erklärung" sei natürlich „ein aufgelegter Mumpitz". Die „Tour des Nervenkrieges" der Engländer, so Goebbels, mache „keinerlei Eindruck".

Hitler habe nach der Beobachtung des Propagandaministers eine ans Unheimliche grenzende Ruhe gewahrt und der Invasion mit „vollem Vertrauen" entgegengesehen (6. 6. 1944). Goebbels selbst befürchtete immerhin, bei einer Invasion im Westen könne „die feindliche Luftüberlegenheit" ähnliche Schwierigkeiten bereiten wie in Italien. Doch seinen Mitarbeiter Ingemar Berndt, der eben von einem Besuch an der Westfront zurückgekehrt war und einen alarmierenden Bericht erstattete, qualifizierte er als „unseriösen Berichterstatter" ab, der „wahnsinnig übertrieben" habe (6. 6. 1944). Speers Mutmaßung einer Landung der Alliierten im Raum Hamburg hingegen wurde von ihm und dem „Führer" ernsthaft erörtert.

Unter allen Themen, die zwischen Hitler und Goebbels am Vortage der Invasion berührt wurden – im Gespräch vor dem Mittagessen, während des Essens, beim Tee wie beim Abendessen –, nahm deren unterschiedliche Auffassung über Ribbentrop und dessen Politik den breitesten Raum ein: „Der Führer ist mit Ribbentrop nur noch zum Teil einverstanden; allerdings hält er ihn für einen eiskalten Taktiker und intelligenten Disponenten, der genau weiß, was er will, manchmal nur in seinen Mitteln zu starr und zu unelastisch ist. Das gute Urteil, das der Führer sich von Ribbentrop gebildet hat, ist meiner Ansicht nach ziemlich allein dastehend. Es wird wenigstens von niemandem, der im Staat und in der Partei zu bestimmen hat, geteilt. Ich halte Ribbentrop für vom Führer sehr überschätzt. Wenn Ribbentrop eine außenpolitische Konzeption hätte, so würde er diese jetzt auch unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges in die Wirklichkeit zu übersetzen versuchen. Ich entdecke aber in seiner Außenpolitik auch nicht die Spur einer solchen Konzeption. Der Führer gibt auch zu, daß Ribbentrop einen übermäßig aufgeblähten Apparat aufg[eb]aut hat und infolgedessen für die eigentlich führend[en] Stellen der deutschen Außenpolitik keine geeigneten Persönlichkeiten besitzt. Die dafür geeigneten Persönlichkeiten werden in Aufgaben verbraucht, die andere Stellen in Staat und Partei viel besser als das Auswärtige Amt lösen könnten, so z. B. [d]i[e] Aufgaben, die in mein Ressort gehören. Der Führer teilt hier meine [Me]inung, daß Rib-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bentrop diese Apparate auflösen muß und daß er sich darauf zu beschränken hat, mit einem kleinen Apparat wirkliche konstruktive Außenpolitik zu betreiben. Aber der Führer scheut sich im Augenblick, Ribbentrop gegenüber das befehlsmäßig anzuordnen, weil er fürchtet, daß Ribbentrop daraus weitgehende Konsequenzen ziehen würde. Aber so kann man ja keine Personalpolitik betrei[ben.] Wo geraten wir hin, wenn der Minister den Führer zu Maßnahmen zwingen kann, die der Führer für falsch hält, indem er ihm ständig mit Belästigungen oder mit der Drohung des Rücktritts im Nacken sitzt. Jedenfalls ist die Penetranz und Sturheit Ribbentrops für mich allmählich auf die Nerven fallend. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Führer Gefallen daran findet, und als wir nach dem Tee im Teehaus allein zurückspazieren, sagt er mir auch ganz offen, daß er oft schon mit dem Gedanken gespielt habe, Ribbentrop von seinem Amt zu entbinden, daß er aber weit und breit keinen Nachfolger entdecken könne. Als der Führer als Nachfolger, der eventuell einmal in Frage kommen könnte, Rosenberg nennt, bin ich geradezu entsetzt. Rosenberg anstelle von Ribbentrop, das hieße vom Regen in die Traufe kommen. Rosenberg würde den Apparat Ribbentrops nicht verkleinern, sondern vergrößern. Er ist ein blasser Theoretiker und besitzt zu einer praktischen Politik nicht die geringste Begabung. Im übrigen hatte ich bei dieser Unterredung gar nicht die Absicht, dem Führer meine Schwierigkeiten mit Ribbentrop zu klagen; aber der Führer lockt einfach meine Meinung aus mir heraus, und ich stehe nicht an, sie ihm darzulegen. Im Augenblick allerdings sehe ich ein, daß der Führer nicht in der Lage ist, etwas Entscheidendes gegen Ribbentrop zu unternehmen. Man muß versuchen, die Dinge gleiten zu lassen" (6. 6. 1944).

Nach dem Teehaus-Spaziergang fuhr Goebbels nach Berchtesgaden zurück. Etwa um 22 Uhr erhielt er hier bereits erste, auf der Auswertung des feindlichen Funkverkehrs beruhende Nachrichten, nach denen im Laufe der Nacht die Invasion beginnen werde. Er schenkte ihnen aber keine Beachtung und fuhr zum Abendessen mit Hitler auf den Obersalzberg zurück. In dem folgenden nächtlichen Gespräch mit Hitler erzählte er „dem Führer tausendundeine Angelegenheit", beschwor die „guten alten Zeiten", auf die brisanten Nachrichten kam er aber nicht zu sprechen. Erst als der Minister gegen 4 Uhr morgens wieder nach Berchtesgaden zurückgekehrt war, nahm er zur Kenntnis, daß die Invasion „noch in den frühen Morgenstunden, und zwar im Westen" beginnen werde[16]. „Damit wäre dann also der entscheidende Tag des Krieges angebrochen. Ich nehme schnell noch ein paar Stunden Schlaf; denn ich glaube, daß der nächste Tag für mich mit einigen Sorgen und Belastungen ausgestattet sein wird" (6. 6. 1944).

Hitlers Reaktion auf die Invasion hielt der Propagandaminister tags darauf fest: „Der Führer ist über diese Tatsache mehr als glücklich. Ich bemerke an ihm einen Vorgang, den ich schon häufiger früher bei schweren Krisen beobachtet hatte, daß er nämlich so lange gedrückt ist, als noch die Krise nicht zur Auslösung gekommen ist, daß er aber in dem Augenblick, in dem die Krise zur Auslösung kommt, es ihm

[16] Vgl. Rudolf Semmler, Goebbels – the man next to Hitler, London 1947, S. 127.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie Zentnerlasten von der Seele fällt ... Der Führer ist außerordentlich aufgekratzt. Die Invasion findet genau an der Stelle statt, an der wir sie erwartet hatten, und auch genau mit den Mitteln und Methoden, auf die wir uns vorbereitet haben. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht damit fertig würden. Die Luftlandetruppen, die im Hinterland herumzigeunern, schätzt der Führer nicht allzu hoch ein. Sie werden, wenn wir die Bildung eines größeren Brückenkopfes und die Einnahme eines Hafens durch den Feind verhindern können, in Bälde aufgerieben werden. Leider hat der Feind schon einige Panzereinheiten eingesetzt; aber dagegen werden jetzt unsere operativen Reserven mobil gemacht. Zwei erstklassige Panzerdivisionen, die in 150 km Entfernung standen, sind in Marsch gesetzt. Sie werden bis nachmittags um 6 Uhr zum unmittelbaren Einsatz bereitstehen. Der Führer ist fest davon überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, die gelandeten Einheiten des Feindes wieder hinauszuwerfen und vor allem die Luftlandetruppen zu vernichten. Es ist bezeichnend, daß der Führer absolut sicher ist und nicht das geringste Schwächezeichen zeigt ... Der Führer ist begeistert über die Tatsache, daß diesmal uns das Wetter einmal zur Hilfe kommt" (7.6. 1944). Der ebenfalls anwesende Göring zeigte sich optimistisch. Für ihn war die Schlacht schon fast gewonnen. Ribbentrop war ebenfalls mehr als zuversichtlich, „ohne im einzelnen, wie der Führer die Gründe dafür angeben zu können", wie Goebbels süffisant notierte. Himmler setzte alle Hoffnungen auf die Waffen-SS, Jodl blieb in seinem Urteil reserviert. Dann kam der Abschied von seinem „Führer", und der Reichspropagandaminister hielt über sein Zusammentreffen mit Hitler in Schloß Kleßheim fest: „Der Führer ist beim Abschied sehr gerührt. Er gibt seiner unumstößlichen Gewißheit Ausdruck, daß es uns gelingen wird, in verhältnismäßig kurzer Zeit den Feind vom europäischen Boden herunterzuwerfen. Es ist imponierend, mit welcher Sicherheit der Führer an seine Sendung glaubt. Es wäre schön, wenn jetzt uns das Glück auch einmal wieder hold sein wollte. Wir sind in den vergangenen zwei Jahren so viel vom Unglück verfolgt worden, daß wir uns ein bißchen Glück schon verdient hätten. Aber trotzdem ist man von schweren Sorgen belastet. So eine Operation, in der es schließlich um alles geht, zerrt doch an den Nerven" (7.6. 1944).

Die militärische Lage im Westen blieb für Goebbels erst einmal mehrere Tage lang unklar, was ihn nicht davon abhielt, auf propagandistischem Feld zu triumphieren. Mehrmals hielt er stolz fest, in der Nachrichtenpolitik über die Invasion sei Deutschland in der Welt führend. Die Begeisterung über seinen eigenen propagandistischen Feldzug konnte gelegentliche Zweifel aber nicht gänzlich überlagern. Gewißheit über die tatsächliche Entwicklung erhielt er eine Woche nach der Invasion durch General Schmundt. Der Minister konnte seine Enttäuschung nur schwer verhehlen, doch bezeichnenderweise suchte er die Verantwortung für die nicht allzu vielversprechende Lage nicht bei Hitler, der durch die militärische Entwicklung wieder einmal Lügen gestraft worden war, sondern bei der Wehrmacht, die ihre zahlreichen Versprechungen abermals nicht eingelöst habe.

Als besonderen Erfolg verbuchte Goebbels den am 15. Juni beginnenden Einsatz von V-Waffen: „Man kann wohl sagen, daß das deutsche Volk seit langem keinen

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so glücklichen Tag erlebt hat wie diesen, da zum ersten Male die Nachricht vom Bombardement von London in das Reich dringt", notierte er (17. 6. 1944). „Unsere Aktien sind also nicht nur im eigenen Volke, sondern auch in der Weltöffentlichkeit enorm gestiegen. Das deutsche Volk befindet sich fast in einem Fieberrausch ... Zum Teil werden bereits Wetten abgeschlossen, daß der Krieg in drei oder vier oder acht Tagen zu Ende gehe" (18. 6. 1944). Goebbels erkannte andererseits deutlich die Gefahr, daß das Regime für den mit Sicherheit zu erwartenden nachfolgenden „Katzenjammer" verantwortlich gemacht werden würde. Er gab deshalb Anweisung an Presse und Rundfunk, die „Vergeltungspropaganda" wesentlich zu dämpfen. Hitlers Weisungen an die Presse waren gegensätzlicher Art, doch gelang es Goebbels, den „Führer", der die Wirkung der neuen Waffe extrem hoch veranschlagte, in dieser Sache umzustimmen. Über die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Waffe, die zunächst unter der Bezeichnung „Höllenhund" firmierte und erst auf die Intervention von Goebbels die Bezeichnung V-1 erhielt[17], waren sich weder Hitler noch Goebbels im klaren.

Bald darauf löste die Nachricht, daß die Halbinsel Cotentin abgeriegelt sei und die Hafenstadt Cherbourg in Kürze geräumt werden müsse, einen „kleinen Schock" aus. Hitler war noch am 21. Juni „auf das bestimmteste" davon überzeugt, daß der Brückenkopf der Alliierten wieder eingedrückt werden könne. Goebbels hielt Hitler diesmal sogar seine Zweifel entgegen, doch kam er, wie er feststellte, gegen die Argumentation des „Führers" nicht an. Inzwischen hatte sich Hitler „schweren Herzens" entschlossen, zwei Panzer-Divisionen von der Ostfront abzuziehen, obgleich er „auf das bestimmteste mit dem Ausbruch der Offensive am morgigen Donnerstag" rechnete, und zwar deshalb, weil der Jahrestag des Beginns des deutschen Rußlandfeldzuges am 22. Juni 1941 den Feind gewiß reizen werde. Goebbels war skeptisch, „ob der Führer recht hat oder ich, das wird sich ja schon in 24 Stunden – wenigstens zum Teil – erweisen" (22. 6. 1944). Schon bald mußte der Minister akzeptieren, daß Stalin, „wie der Führer vermutet hatte, am 22. Juni" tatsächlich die große Sommeroffensive gestartet hatte (25. 6. 1944). Zu diesem Zeitpunkt trafen bereits die ersten alarmierenden Nachrichten ein. Der Roten Armee sei ein tiefer Einbruch gelungen, und das an einer Stelle, die als „absolut sicher und fest" gegolten habe. Langsam machte sich Ernüchterung über die Entwicklung an beiden Fronten breit.

„Das OKW hat bezüglich Cherbourgs eine Nachrichtenpolitik betrieben, die unter aller Kritik ist. Man hat uns die Lage in und um Cherbourg weitaus günstiger geschildert, als sie tatsächlich war. Jetzt haben wir das Nachsehen. Es wäre für uns natürlich viel leichter gewesen, den Fall von Cherbourg unserem eigenen Volke und der Weltöffentlichkeit klarzumachen, wenn wir genügend Zeit gehabt hätten, [uns] darauf vorzubereiten. Dasselbe kann über die Ostlage gesagt werden. Wie aus heiterem Himmel trifft die Nachricht ein, daß den Bolschewisten ein Durchbruch großen Stils gelungen ist ... Es bahnt sich wieder einmal eine sehr ernste Ostkrise an. Wer

[17] 18., 20., 22. 6. 1944; siehe auch Semmler, Goebbels, S. 131.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätte das erwartet! Unsere Militärs haben sich so stark gemacht; sie haben erklärt, noch niemals sei das Polster an Reserven im Osten so dick gewesen wie jetzt, und es gelingt den Sowjets, die immer als militärisch und menschlich unterlegen geschildert werden, in zwei Tagen ein Durchbruch von außerordentlicher Weite ... Man muß schon froh sein, wenn es uns gelingen wird, Minsk in der Hand zu behalten. Die Sowjets erklären ganz rund und frech, daß ihr Vorstoß auf Berlin ziele" ([26.] 6. 1944).

Wie üblich kam Goebbels nicht auf den Gedanken, in Hitler selbst den Verantwortlichen für die beschriebene katastrophale Lage zu sehen, sondern er suchte und fand die Schuldigen diesmal im Oberkommando der Wehrmacht. Er brach sogar einen „solennen Krach" wegen dessen Nachrichtenpolitik im Falle Cherbourgs vom Zaun. Im OKW saßen „hemmungslose Überoptimisten, um nicht zu sagen Illusionisten", die „sich selbst einen blauen Dunst" vormachten, schimpfte er. „Jede unangenehme Nachricht von der Front" werde „mit einer Sauce von Beschönigung übergossen" ([26.] 6. 1944). Goebbels war es leid, sich für dumm verkaufen zu lassen, und entschied, sich vom OKW keine Kommentare zur Lage mehr vortragen zu lassen.

Die Entwicklung an der Ostfront nahm unterdessen von Tag zu Tag bedrohlichere Ausmaße an. Die sogenannten „einschneidenden" Gegenmaßnahmen bestanden im wesentlichen in der Abkanzelung des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall Busch, und dessen Ablösung, da dieser in „geradezu sträflicher Weise seine Pflicht" versäumt habe. Recht geschehe es ihm, meinte Goebbels, „hätte er aufgepaßt", hätte ihm die „Massierung der Sowjets seiner Front gegenüber nicht entgehen können" (28. 6. 1944). Sein enger Mitarbeiter Werner Naumann, der erschüttert von einer dreitägigen Reise an die Front zurückgekehrt war, öffnete dem Minister die Augen über die Ostlage. Nach einem Blick auf die Karte stellte Goebbels ernüchtert fest, „sehr viel" würde sich die Wehrmacht „an Rückzügen nicht mehr leisten können"; an der Ostfront wie an der Westfront stünden die Truppen nicht mehr allzu weit „von der deutschen Reichsgrenze entfernt" (28. 6. 1944). Zwei Wochen später zog Goebbels sein Fazit aus dem Zusammenbruch der Ostfront. Wenn auch die Angaben über die Entfernung, die die Spitzen der Roten Armee noch von der ostpreußischen Grenze entfernt seien, zwischen 130 und 250 Kilometern schwankten, „im einen wie im anderen Falle" sei diese Distanz nicht unüberbrückbar. Die Etappe habe bereits die Flucht ergriffen und böte „wahre Elends- und Schreckensbilder" (11. 7. 1944). Im Oktober 1944 waren im Führerhauptquartier „bereits alle Akten gepackt", war man sprungbereit, obwohl Hitler „kategorisch verboten" hatte, von „Aufbruch und Verlassen des Führer-Hauptquartiers überhaupt zu sprechen", da er der Überzeugung war, die „Lage im ostpreußischen Raum" sei in „einigen Tagen zu meistern" (24. 10. 1944).

Auch im Westen hatte sich im Spätsommer die Lage dramatisch zugespitzt. Durch die „überraschenden Vorstöße insbesondere der Amerikaner über die Argonnen hinaus" waren die deutschen Truppen in eine „äußerst peinliche Bedrängnis" geraten, notierte Goebbels Anfang September: „Die Amerikaner exerzieren uns jetzt densel-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ben Blitzkrieg vor, den wir den Franzosen und Engländern im Jahre 1940 vorexerziert haben. Der Führer hat in der Nacht bis zwei Uhr mit seinen militärischen Beratern zusammengesessen, um die notwendigen Maßnahmen zu besprechen; aber ich fürchte, daß der Führer erstens mit Divisio[nen] operiert, die praktisch nicht mehr oder nur noch zum Teil vorhanden sind, zweitens die Wehrmachtführung im Westen, vor allem die Divisionsk[om]mandeure, ziemlich versagen. Es ist das alte Lied, daß die führenden Offiziere nicht mehr an den Sieg glauben und deshalb im Rückzug den besseren Teil der Tapferkeit sehen. Würden [an] den entscheidenden Frontstellen brutale Parteimän[ner] regieren und führen, so wäre die Sache vermutlich gänzlich anders. Ich sehe im Westen wiederum eine ausgesprochene militärische Führungskrise. Das wird mir auch klar aus den Berichten, die ich aus Metz und Luxemburg bekomme. Dort flutet über die Grenze in w[ildem] Zug das ganze Etappenpack und die Trosse und bietet damit für die einheimische Bevölkerung ein Bild, das grauenhaft ist und das sie bisher noch nicht zu sehen bekommen hat. Man könnte verzweifeln, wenn man denkt, daß einem solchen Pack vier Jahre lang in Frankreich ein Wohlleben gegönnt worden ist und daß es heute in der entscheidenden Stunde völlig versagt. Wir sind im Westen in eine wahrhaft tragisc[he Si]tuation hineingeraten" (2. 9. 1944).

Als die ersten amerikanischen Soldaten auf deutschem Boden standen, stellte Goebbels zufrieden fest, daß sie „nur sehr kühl und nüchtern empfangen" würden. Sie hätten sich – was an manchen Orten aber tatsächlich der Fall war – wohl eingebildet, man werde sie „mit Blumen begrüßen" ([19. 9. 1944]). Einen guten Monat später notierte er in ähnlich verfehlter Selbstbeschwichtigung: „Die Amerikaner sind sehr ungehalten über die Zustände, die sie in Aachen vorgefunden haben. Dort befinden sich nach ihren Angaben nicht tausend Menschen mehr, und selbst diese sind noch, wie sie erklären, Nazis und denken nicht daran, dem Führer die Treue zu brechen" (24. 10. 1944).

Über den seit August bei Hitler reifenden Plan, mit einer großen Gegenoffensive im Westen allen militärischen Krisen mit einem Schlag ein Ende zu bereiten, war Goebbels frühzeitig informiert. Als dem am 16. Dezember beginnenden Großangriff in den Ardennen dann die ersten Anfangserfolge beschieden waren, rief ein vor Freude überschäumender Hitler nachts um 1 Uhr bei Goebbels an. Schon an der Stimme seines „Führers" erkannte der Reichspropagandaminister, daß dieser „durch die bereits errungenen Erfolge eine grundlegende Wandlung seiner ganzen Mentalität" erfahren habe. Hitler war überzeugt, „daß die 1. USA-Armee als völlig zerschlagen angesehen werden könne. Die bisher gemachte Beute sei unübersehbar." Sogar die Luftwaffe, die sich dem Feind mit „unerhörtem Schneid entgegengeworfen" habe, erntete jetzt hohes Lob (19. 12. [1944]). Goebbels fühlte sich „sehr glücklich", daß sein „Führer sich in einem so fabelhaften körperlichen und seelischen Zustand" befand. Er gratulierte ihm „herzlich" und empfand es als „großes Glück", Hitler in diesen „entscheidenden Stunden" persönlich sprechen zu können. Das Telefonat endete sehr persönlich mit Hitlers Glückwünschen an Magda zum Hochzeitstag, den sie vor mehr als einem Jahrzehnt gemeinsam auf dem Gut Severin

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gefeiert hatten. Schon wenige Tage nach dem Telefonat Hitler–Goebbels war klar, daß die Ardennen-Offensive ihre weitgesteckten Ziele nicht erreichen würde.

Die lobende Hervorhebung der Luftwaffe des Reichsmarschalls Hermann Göring gegen Ende des Kriegsjahres 1944 dürfte für Joseph Goebbels beinahe noch verblüffender gewesen sein, als die Nachricht von der angeblichen Vernichtung der First United States Army des Generals Courtney H. Hodges. Wie in der Bevölkerung, so gehörte es auch im engsten nationalsozialistischen Führungszirkel längst zum guten Ton, sich über das schmähliche Versagen der Luftwaffe auszulassen. Erst Anfang Dezember hatte sich Hitler in einem ausführlichen, sich bis in die frühen Morgenstunden hinziehenden Gespräch mit Goebbels[18] lang und breit über Göring ausgelassen: „Über das Versagen Görings, und zwar sowohl menschlich als auch sachlich, ist der Führer außerordentlich traurig. Er kann es nicht verstehen, da[ß er] bei der jetzigen Härte des Krieges im[mer noch] seinen alten luxuriösen Lebensstil pflegt, daß er sich in pompöse Uniformen [k]leidet. So berichtet mir der Führer beispielsweise, daß er bei einem Besuch einer Fallschirmdivision plötzlich vor ihm in Fallschirmjägeruniform erschienen sei, was geradezu grotesk gewirkt und bei den umstehenden Generälen des Heeres nur Lächeln erregt habe. Der Führer ist mit Recht diesen Dingen gegenüber, die man in Friedenszeiten als kurios ansehen konnte, außerordentlich empfindlich geworden. Der Führer hat Göring auch dringend angeraten, nicht so viel bei seiner Familie in Karinhall zu leben. Der Oberbefehlshaber eines Wehrmachtteiles gehört nicht zu seiner Familie, sondern zu seinen Soldaten. Der ganze Lebensstil, den Göring augenblicklich pflegt, ist dem Führer [. . .] widerwärtig und ekelhaft geworden. Er ist natürlich nur eine Folge der übertriebenen Genußsucht des Reichsmarschalls, die er zu überwinden einfach nicht die Kraft besitzt. Der Führer betont ganz richtig, daß Göring durchaus nicht eine so eis[erne] Persönlichkeit ist, wie er früher immer geschild[ert] wurde; er ist au fond ein weichlicher und anfälliger Mensch, der zwar mit einem großen Elan eine bestimmte Aufgabe anfassen kann, sie aber nicht durchhält, wenn sie Zähigkeit und verbissenen Tro[tz] erfordert. Der luxuriöse, um nicht zu sagen sybaritische Lebensstil Göring[s] hat sich nat[ürlic]h in der Luftwaffe nach unten fortgepflanzt, un[d] darauf ist in der Hauptsache die Korruption und die moralische Anfälligkeit der Luftwaffe zurückzuführen. Die Waffe kann zu großen Teilen als verdorben angesehen werden. Göring hat keinen einzigen alten Nationalsozialisten als Mitarbeiter, sondern er hat sich in der Hauptsache von seinen alten Weltkriegskameraden Loerzer, und wie sie alle heißen umgeben. Diese alten Weltkriegskameraden haben natürlich mit dem Nationalsozialismus nur sehr wenig zu tun; aber was noch schlimmer ist, sie sind auch ihren Aufgaben sachlic[h] nicht gewachsen. Der Führer ist es nun leid, Göring ewig Vorhaltungen zu machen. Er pflegt jetzt mit [der] Luftwaffe und mit Göring nur noch auf dem Be[fehlswe]g zu verkehren. Er gibt Göring klare Anordnungen u[nd er]sucht um Vollzugsmeldungen. Der Führer ist der [Mei-

[18] Laut Hitlers Terminkalender, der von seinem Diener Heinz Linge geführt wurde, zog sich das Gespräch bis morgens 5.30 Uhr hin; IfZ-Archiv, F 19/14.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung,] daß man Göring am besten damit dient, wenn man ihm ganz klar sagt, wie es augenblicklich um ihn und um seine Sache steht. Er läßt, und das ist das Erfreuliche beim Führer, keinen Zweifel darüber, daß er an Göring mit einer richtigen Nibelungentreue hängt, daß er nicht daran denkt, ihn irgendwann einmal fallen zu lassen, daß man aber die Unarten und die üblen Passionen Görings bekämpfen muß, wo das überhaupt nur möglich ist, vor allem wenn sie anfangen, dem Reich und dem deutschen Volk abträglich zu werden. Auch ist dem Führer ekelhaft, [daß] Göring sich in Karinhall mit l[aut]er alten Tan[ten und Co]usinen und Schwägerinnen umgibt, die ihm den [Kopf] hei[ß] reden und ihn in eine Großmannssucht hinein [. . .]chen, die für die seelischen Entwicklung Görings nur nachteilig sein kann . . . Das Unglück Görings ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß er seinen alten Weltkriegskameraden die Treue zu halten versucht, obschon diese ihn und seine Luftwaffe von einem Rückschlag in den anderen hineingeführt haben. Der Führer muß deshalb auch auf dem Befehlswege beispielsweise dafür sorgen, daß Loerzer von der Führung des Personalamtes in der Luftwaffe abgelöst wird. Überhaupt ist der Führer fest entschlossen, die Kamarilla um Göring herum zu brechen, um den guten Teil in Görings Charakter wieder zum Vorschein bringen zu lassen. Während der Führer noch vor einigen Wochen mit einem gewissen nachsichtigen Lächeln das Auftreten [Gö]rings in langen Schlafröcken und in Pelzschuhen vermerkt hat, ist er heute doch darüber sehr ungehalten, vor allem weil Göring in diesem mehr als skurrilen Aufzug auch seine Generäle empfängt, was sich natürlich schnellstens bis an die Front durchspricht. Auch als ich das letzte Mal bei Göring zu Besuch war, erschien er in solchem Aufzug, was auf meine Umgebung geradezu niederschmetternd gewirkt hat. In normalen Zeiten könnte man das noch hinnehmen aber heute macht Göring sich damit geradezu unm[ögl]ich, . . . und auch hier vertritt er den Standpun[kt,] daß man das Göring in aller Offe[nheit sagen] muß, [wenn] man überhaupt no[ch] etwas an ihm ändern [wi]ll" ([2. 12. 1944]).

Solche Klagen über Göring hatten lange Tradition in den Gesprächen der NS-Prominenz[19] und dienten Hitler wohl auch zur Gruppenintegration. Wirkliche Konsequenzen ergaben sich daraus für den Reichsmarschall aber nicht; im Dezember 1944 kam er beispielsweise dreimal öfter mit Hitler zusammen als Goebbels[20]. Hitler hatte auch in den zurückliegenden Jahren seine schützende Hand über den Reichsmarschall gehalten, warb auch 1944 noch, wenn die Rede auf das Fiasko in Görings Verantwortungsbereich kam, um Verständnis, erklärte, daß aus Gründen der Partei- und Staatsräson die Autorität Görings gestärkt werden müsse und bat um menschliche Unterstützung für den Marschall. Unter dem 4. März 1944 hielt Goebbels beispielsweise fest: „Der Führer hat volles Verständnis dafür, daß Göring in seiner

[19] Vgl. etwa Alfred Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986; Stefan Martens, Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers" und „Zweiter Mann im Reich", Paderborn 1985; Richard Overy, Göring. The „Iron Man", London 1984; Heinrich Fraenkel und Roger Manvell, Hermann Göring, Hannover 1964.

[20] Vgl. den Terminkalender Hitlers; IfZ-Archiv, F 19/14.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegenwärtigen Situation etwas nervös ist. Aber er meint, daß wir ihm deshalb umso mehr helfen müssen. Er kann augenblicklich keine Kritik vertragen"; man müsse „sehr vorsichtig" bei ihm vorgehen, „um ihm das eine oder das andere zu sagen."

Manchmal versuchte Hitler deshalb das Versagen der Luftwaffe im Kampf gegen die amerikanischen und britischen Bomberverbände herunterzuspielen. Und es gelang ihm sogar, dem Luftkrieg über Deutschland auch positive Aspekte abzugewinnen, wie Goebbels am 14. März seinem Tagebuch anvertraute: „Der Führer ist der Überzeugung, daß, so schlimm der feindliche Luftterror augenblicklich, insbesondere für unsere mittelalterlichen Städte, ist, er doch auch insofern etwas Gutes hat, als er diese Städte überhaupt für den modernen Verkehr aufschließt. Eine Stadt wie Regensburg beispielsweise würde doch in absehbarer Zeit ein Museumsstück werden. Es ist beglückend, einige solcher Städte erhalten zu können; aber in ihrer Vielzahl würden sie einer gesunden Entwicklung unseres modernen Verkehrs- und Wirtschaftslebens nur immer wieder hindernd in den Weg treten. Im übrigen ist nur einiges an dem, was an Kunstwerten zerstört wird, unersetzlich. Wenn beispielsweise von der mittelalterlichen Schönheit des Kölner Doms gesprochen und geschrieben wird, so vergißt man meist, daß der Kölner Dom ja erst im 19. Jahrhundert das geworden ist, was er heute ist." Mit welcher Beliebigkeit der „Führer" seine Argumentation gegenüber dem Minister aber auch wechseln konnte, zeigt eine dazu scharf kontrastierende Passage von Ende April 1944, in der Goebbels notierte, daß Hitler der Luftkrieg auch „seelisch schwer zu schaffen macht. Er leidet ungeheuer unter den starken Verlusten, die wir vor allem unter der Bevölkerung und an Kulturwerken zu verzeichnen haben" (27. 4. 1944).

Besondere Beachtung fand bei Hitler und Goebbels, wie prominente Künstler mit den Belastungen des Bombenkrieges fertig wurden: „Schade, daß eine Reihe unserer maßgebenden Künstler von einer geradezu panischen Bombenangst befallen sind", bemerkte der Minister Ende Februar 1944. „Zu diesen gehören Clemens Krauß, Ewald Balser und Emil Jannings. Sie benehmen sich wie die Kinder, weigern sich kategorisch, nach Berlin zu kommen, und legen eine Feigheit an den Tag, die alles andere als rühmlich für sie ist. Ich werde mit einigen von ihnen Fraktur reden" (29. 2. 1944). Bei nächster Gelegenheit, am 3. März, hintertrug er seinen kritischen Befund Hitler persönlich. Doch Hitler wollte sich der Empörung seines Ministers nicht so recht anschließen: „Der Führer will nicht, daß Richard Strauß Unbill angetan wird. Er hat sich nur sehr über ihn geärgert, daß er sich in der Frage der Aufnahme von Evakuierten so schofel benommen hat. Trotzdem sollen seine Werke ungehindert aufgeführt werden. Große Hochachtung bringt der Führer Furtwängler entgegen. Er hat sich in nationalen Fragen tadellos benommen; das werden wir ihm nach dem Kriege nicht vergessen. Der Führer hat auch angeordnet, daß ihm ein Bunker gebaut wird. Es wäre für ihn, so sagt er, eine schreckliche Vorstellung, daß Furtwängler einem Bombenangriff zum Opfer fallen könnte" (4. 3. 1944). Die Enttäuschung von Goebbels über einige der von ihm protegierten Künstler hielt an. Er war der Meinung, jene, die in guten Zeiten so viel Vergünstigungen vom NS-Regime erhalten hatten, „sollten wenigstens so viel Anstand besitzen" (27. 4. 1944),

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch jetzt loyal zu ihm zu stehen. Immerhin, Hitler und Goebbels nahmen sich vor, das Verhalten der Größen aus Theater, Film und Musik in diesem Krisenjahr nicht zu vergessen, denn nach dem Krieg sollten „die Tapferen belohnt und die Feigen bestraft werden" (14. 3. 1944).

Von den häufigen Erörterungen der Haltung einzelner Künstler gegenüber dem Regime und den endlosen, Hitler fraglos vorübergehende Entspannung verschaffenden Räsonnements über Fragen der Kunst und des künstlerischen Geschmacks mündeten die Gespräche zwischen Hitler und Goebbels zumeist im Privaten und Familiären, wobei es der Minister nie versäumte, jede herzliche Bemerkung und freundliche Geste seines „Führers" in seinem Tagebuch festzuhalten. Das letzte Gespräch unter vier Augen in diesem Krisenjahr 1944, an dessen Ende die Armeen der Anti-Hitler-Koalition im Osten wie im Westen auf deutschem Boden standen und sich zur Schlußoffensive in das Innere des Deutschen Reiches anschickten, hatten der „Führer" und sein Propagandaminister Anfang Dezember: „Ich erzähle dem Führer einige Einzelheiten aus dem Familienleben, lese ihm aus dem Tagebuch von Helmut einen Aufsatz über den 9. November 19[18] vor, über den wir Tränen lachen. Es ist für mich direkt b[eg]lückend zu seh[en], wie der Führer [s]ich schüttelt vor Heiterkeit. Helmut hat auch [d]as Thema in einer so grotesk komischen Weise angefaßt, daß man seiner Darstellung kaum anmerkt, daß es sich bei dem Schreiber um den Sohn eines Schriftstellers handelt. Wir tauschen dann im Auf- und Abgehen durch das Arbeitszimmer des Führers wieder alte Erinnerungen aus, freuen uns der gemeinsamen Kampfzeit, sind glücklich, daß wir uns im Kern nicht geändert haben" ([2. 12. 1944]).

Wir stellen zur Subskription

DER VERTRAG VON VERSAILLES

Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten nebst dem Schlußprotokoll und der Vereinbarung betr. die militärische Besetzung der Rheinlande

Amtlicher Text der Entente
(französische u. englische Fassung)
und amtliche deutsche Übersetzung

Mit einer Einführung von Reiner Pommerin.
Ca. 528 Seiten, Ln. Subskriptionspreis: DM 88,—,
später: DM 98,—. ISBN 3-412-13588-7

Der Friedensvertrag von Versailles hat in großem Ausmaß nicht allein die deutsche, sondern auch die europäische Geschichte zwischen 1919 und 1939 mitgestaltet. Trotz der Bedeutung, die dem Vertragstext als historischer Quelle zukommt, ist er jedoch für ein breites Publikum und selbst für Spezialisten nur schwer zu erreichen. Der geplante Neuabdruck enthält sowohl den Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten sowie das Schlußprotokoll und die Vereinbarung über die militärische Besetzung des Rheinlandes. Um sowohl die Textunterschiede, die sich aus der französischen und englischen Fassung ergeben und um den Neudruck auch außerhalb Deutschlands nutzen zu können, erfolgt die Wiedergabe des amtlichen Textes der Entente sowie die amtliche deutsche Übersetzung in den drei Sprachen, ebenso die Einführung in den Forschungsstand und eine kurze Würdigung des Versailler Vertragswerkes.

BÖHLAU VERLAG KÖLN WIEN

Postfach 600180, D. 5000 Köln 60 — Postfach 581, A-1011 Wien

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

BRUNO THOSS

DIE LÖSUNG DER SAARFRAGE 1954/55*

Die Saarproblematik gehört zum festen Bestand der an zeitgenössischen und historiografischen Kontroversen gewiß nicht armen Diskussion um die internationale Standortbestimmung des westdeutschen Teilstaates in seiner Gründungs- und Konsolidierungsphase. Wie die Europa-, die Sicherheits- und die Deutschlandfrage ist sie an jener Schnittkante anzusiedeln, an der sich innerdeutscher Grundsatzstreit und internationaler Bewegungsspielraum der jungen Bundesrepublik aneinander rieben. Ähnlich dem Berlinproblem für die Ost- und Deutschlandpolitik ragte sie dabei aus der späten Besatzungszeit als Gradmesser für die Europa- und Westpolitik in die Frühphase der westdeutschen Außenpolitik hinein. Selbst geringfügige Pendelausschläge an diesem neuralgischen Punkt strahlten daher wie in einem System konzentrischer Kreise von der Saar auf die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen und von da aus auf die multilateralen Ebenen der westeuropäischen Integrations- wie der transatlantischen Allianzpolitik aus.

Was die Saarfrage indes bei aller Vergleichbarkeit dennoch aus dem Rahmen der übergeordneten gesamtdeutschen Problematik heraushob, war ihre frühzeitige faktische Ablösung vom alliierten Konsens über eine fortdauernde Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes. Dafür sorgten insbesondere die anglo-amerikanischen Zusagen von 1947 über eine dauerhafte politische Trennung der Saar vom übrigen Deutschland und ihre wirtschaftliche Anbindung an Frankreich, die auch für den Fall eines späteren Friedensvertrages mit Deutschland fortgelten sollten. Paris konnte für sich ins Feld führen, daß nur über die Nutzung der saarländischen Montanindustrie die schwerwiegende Schädigung Frankreichs aus deutscher Besetzung im Zweiten Weltkrieg wettgemacht und das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den Nachbarn beiderseits des Rheins für die Zukunft ausbalanciert werden konnte. Vor dem Hintergrund dieser innerwestlichen Vorfestlegung mußte die westdeutsche Außenpolitik seit 1949 überhaupt erst wieder eine über die rechtlichen Ansprüche hinausreichende politische Saaroption aufzubauen versuchen. Alles ge-

* Neben den Saarakten im Public Record Office (PRO) London und in den National Archives (NA) Washington sowie den Bänden 1954/55 der Documents Diplomatiques Français (DDF) konnten auch die Bestände Akten Büro Staatssekretär (BStS) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (PAA) Bonn eingesehen werden, die aber als Verschlußsachen noch nicht allgemein für die Forschung zugänglich sind und daher auch nur in ihren offenen Teilen zitiert werden können. KAG ist die Abkürzung für Keesing's Archiv der Gegenwart.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinschaftliche Beharren der westdeutschen Parteien auf einem völkerrechtlichen Offenhalten der Saarfrage bis zu ihrer friedensvertraglichen Regelung mußte mithin solange im rein Deklaratorischen steckenbleiben, wie kein politischer Hebel zu ihrer Reaktivierung zugunsten der deutschen Interessen gefunden wurde. Zusätzlich erschwert wurde die Bonner Position im übrigen dadurch, daß Paris und Saarbrükken anhand der Landtagswahlergebnisse von 1947 und 1952 auf die zunehmende Akzeptanz der in der Saarverfassung von 1947 gewährten Halbautonomie verweisen und damit die Legitimierung der Bundesrepublik als Vertreterin der authentischen Wünsche der Saarländer in Abrede stellen konnten[1].

Eine Veränderung der Situation kündigte sich erst als Nebenprodukt von Adenauers Sicherheits- und Westpolitik an, seit auf der New Yorker NATO-Außenministerkonferenz im Herbst 1950 die Grundsatzentscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag innerhalb der westlichen Allianz gefallen war und mit den EVG-Verträgen von 1952 dafür auch ein politisch-organisatorischer Rahmen gefunden schien. Insbesondere die damit verbundene Festlegung der Westmächte auf eine aktive Unterstützung bei der Wiedererlangung der nationalen Integrität für ein wiedervereinigtes Deutschland mußte auch die Saarfrage schrittweise aus einer durch siegerstaatliches Oktroi entschiedenen in eine partnerschaftlich zu lösende Angelegenheit verwandeln. Die Regierung René Mayer suchte der schleichenden Erosion ihrer Saarinteressen schließlich 1953 dadurch zu begegnen, daß sie die Ratifizierung der EVG-Verträge abhängig machte von einer vorherigen dauerhaften Lösung der Saarfrage[2]. Mit diesem Junktim wurde Adenauer andererseits eine deutschlandpolitische Kostenrechnung für seine Politik einer festen Westeinbindung der Bundesrepublik präsentiert, die ihn als Kanzler einer Koalition mit stark nationalem Zuschnitt bis tief in die Reihen der Unionsparteien in doppeltem Sinne bedrängte. Ein Eingehen auf die französischen Wünsche würde ihm als Ausverkauf deutscher Interessen ausgelegt, und wegen der Rückwirkungen auf die Grenzfrage zudem als Präzedenzfall für die ungelöste Frage der deutschen Ostgrenzen wirken.

Die Lösung der Saarfrage war damit in der ganzen ersten Jahreshälfte 1954 in den Rang einer Nagelprobe für das Verhältnis zwischen Paris und Bonn gerückt. Dabei war sich Adenauer, wie er am 29. April 1954 vor dem Bundestag eingestand, mit Blick auf die Westmächte bewußt, daß für eine alleinige Betonung des deutschen Rechtsstandpunkts „eine Unterstützung außerhalb Deutschlands nicht zu erwarten" sei[3]. Vielmehr lag der Bundesregierung der Schwarze Peter auf dem Tisch, daß sie bei eigener Härte in den Saarverhandlungen für ein daraus resultierendes Scheitern des Gesamtpakets der Westverträge verantwortlich gemacht würde. Andererseits

[1] Vgl. Konrad Repgen, Die Saar-Frage im Bundesparteivorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands 1950–1955, in: Urs Altermatt/Judit Garamvölgyi (Hrsg.), Innen- und Außenpolitik, Festschrift zum 60. Geburtstag von Walther Hofer, Bern/Stuttgart 1980, S. 93 f.

[2] Vgl. Per Fischer, Die Saar zwischen Deutschland und Frankreich, Frankfurt/M., Berlin 1959, S. 143–147.

[3] Die Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, 26. Sitzung, 29. 4. 1954, S. 1067.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war aber auch der innenpolitische Spielraum des Kanzlers für ein Entgegenkommen an Paris zunehmend enger geworden. Aus dem Dilemma eingeschränkter Kompromißfähigkeit in beiden Ländern hatte schließlich allein der mit dem Namen des niederländischen Sozialisten Goes van der Naters verbundene Plan einer Europäisierung des Problems einen gangbaren Ausweg gewiesen. Danach sollten zwar die wirtschaftlichen Bindungen zwischen Paris und Saarbrücken erhalten bleiben, die politische Zugehörigkeit aber durch eine Auflösung nach Europa hin, also durch eine volle Autonomie des Saargebietes unter der außen- und sicherheitspolitischen Obhut der EVG aus der deutsch-französischen Rivalität herausgehoben werden[4]. Auf dieser Basis hatten sich im Mai 1954 Adenauer und der stellvertretende französische Ministerpräsident Teitgen auf einen Kompromiß geeinigt, zu dessen Garantierung bis zu einem Friedensvertrag auch die angelsächsischen Mächte ihre Unterstützung zugesagt hatten[5]. Da die Nationalversammlung in Paris die Einigung indes nicht mittrug, hatten sich die bilateralen Verhandlungen im Sommer 1954 erst einmal monatelang festgefahren. Doch auch der neue Regierungschef Mendès France hatte während dieser gesamten Zeit nie einen Zweifel daran gelassen, daß eine französische Zustimmung zur westdeutschen Aufrüstung nur um den Preis einer irgendwie gearteten europäischen Autonomielösung für die Saar zu haben war.

I.

Mit dem Einsturz des europäischen Dachs am 30. August 1954 stand deshalb zu befürchten, daß die Saarfrage zum eigentlichen Stolperstein für jede denkbare EVG-Alternative werden konnte. Solche Besorgnis erhielt auch sofort Nahrung, als ein auftrumpfender Artikel des Düsseldorfer „Industriekurier" den Weg der Europäisierung als gescheitert und das Verbleiben einer profranzösischen Saarregierung im Amt als verdeckte Form eines historisch überholten „Kolonialismus" abqualifizierte. Die Rückkehr der Saar als westdeutsches Bundesland in den deutschen Staatsverband sei daher unaufschiebbar geworden. Im Ton moderater, in der Sache aber ähnlich deutlich äußerten sich in den nächsten Tagen die Unionspolitiker Tillmans und Krone gegenüber US-Hochkommissar Conant, wenn sie eine unbefriedigende Saarregelung zum Spaltpilz für die Bonner Koalition erklärten[6]. Umgekehrt zwang aber auch Mendès France das Stimmungstief bei den profranzösischen Kräften an der Saar zu rascher Klarstellung seiner Absichten. Schon am 8. September

[4] Vgl. Fischer, Saar, S. 161–172.

[5] Ebenda, S. 183 f. sowie Foreign Relations of the United States (FRUS), 1952–1954, Vol. V/1, S. 967 ff.

[6] Zum Artikel des Industriekuriers: Hoyer Millar aus Bonn, 31. 8. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/370; zu den Gesprächen Conants mit Tillmans, 2. 9. und Krone, 4. 9. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/9-754.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wies er seine Diplomaten in Washington, London und Bonn daher an, eine Saarlösung als unabdingbare Voraussetzung jeder Alternative für eine westdeutsche Aufrüstung herauszustellen[7].

Wie ernst man die Lage insbesondere in London beurteilte, mußte der britische Vertreter beim Europarat, Lord Henderson, auf seine Bitte um eine neue Direktive zur Saarhaltung Großbritanniens erfahren. Staatsminister Nutting konnte im Augenblick nur registrieren, daß nach den gegenläufigen Informationen aus Bonn und Paris zunächst keine Basis mehr für eine Europäisierung der Saar gegeben schien[8]. Als daher wenig später Goes van der Naters die europäische Depression über die forcierte Ausarbeitung eines neuen Saarstatuts überwinden wollte und für den Europarat oder die Montanunion als Ersatz für die EVG eintrat, verhielt sich das Foreign Office ablehnend. In der momentanen „überhitzten Atmosphäre" sei es das Beste, möglichst wenig zur Saar zu sagen und sich erst einmal auf die Reparatur der sicherheitspolitischen Schäden zu konzentrieren. Ähnlich zurückhaltend blieb der französische Saarbeauftragte Grandval, da Frankreich offenbar den bilateralen Interessenausgleich mit Bonn suchte und deshalb nicht unter den Kompromißdruck einer europäischen Organisation kommen wollte[9]. Diese Hoffnung auf ein direktes Arrangement mit Adenauer, der aus gesamtpolitischer Einsicht nicht um ein Einlenken herumkommen würde, teilten auch die angelsächsischen Mächte. Nur mußte dazu Mendès France seine harte Linie revidieren, die ein Saarabkommen zur „Vorbedingung" jeder EVG-Alternative machte, da eine unter französischen Pressionen zustandegekommene Einigung schwerlich vor den westdeutschen Kritikern des Kanzlers Bestand haben würde[10].

Vorläufig liefen deutsche und französische Verlautbarungen freilich noch weit auseinander. Der Fraktionsvorstand der CDU stellte am 13. September ausdrücklich fest, daß nach dem Wegfall der EVG „die alten Verhandlungsgrundlagen nicht mehr bestünden". Noch apodiktischer äußerten sich führende FDP-Politiker gegenüber dem US-Hochkommissar. Mehr als wirtschaftliche Konzessionen an Paris seien für ihre Partei nach dem Zurückliegenden nicht mehr möglich; eine profranzösische Regelung würde vielmehr „die Koalition zerstören"[11]. Auf der Gegenseite rückte aber auch Mendès France beim Besuch des saarländischen Ministerpräsiden-

---

[7] Bericht des frz. Geschäftsträgers Filliol aus Saarbrücken, 2. 9. und Weisung von Mendès France, 8. 9. 1954, in: DDF 1954, Tome 1, S. 250–253 bzw. 298.

[8] Gesprächsnotiz Nuttings, 6. 9. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/377.

[9] Brit. Stellungnahme zum Vorschlag von Goes van der Naters: Scarlett aus Straßburg, 11. 9. und Antwort Hancocks, 13. 9. 1954, in: ebenda, CW 1081/378; Grandval aus Saarbrücken, 11. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 331–336.

[10] Conant aus Bonn, 7. 9., in: FRUS V/2, S. 1153 und Aktennotiz Hancocks, 13. 9. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/378.

[11] Sitzung des CDU-Fraktionsvorstandes, 13. 9. 1954, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) St. Augustin, VIII-001-1502/1 sowie Gespräche US-HICOG mit Euler und Pfleiderer, 14. bzw. 15. 9. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/9-1454 bzw. /9-1554.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Hoffmann in seinem Landhaus in Marly am 12. September nicht von seiner Festlegung ab, „die Politik Frankreichs in Bezug auf die Saar bleibe unverändert"[12].

Als der britische Außenminister Eden daher Mitte September zu seiner Rundtour durch die westeuropäischen Hauptstädte aufbrach, um die Risse aus dem EVG-Debakel zu kitten, versuchte er das Störpotential Saar zunächst auszuklammern. Schon auf seiner Bonner Station hatte ihn die Frage jedoch sehr zu seinem Leidwesen bereits wieder eingeholt. Damit blieb ihm nichts anderes übrig, als sie nun doch auf die Tagesordnung seiner Gespräche zu nehmen. Adenauer ließ erkennen, daß zunächst alles auf eine rasche Einigung in der Sicherheits- und Souveränitätsfrage ankomme. Bei Fortschritten auf diesen Feldern wäre er dann bereit, „getrennt" davon auch über irgendeine Form der Europäisierung der Saar mit sich reden zu lassen[13]. Wie steinig der Weg bis dahin noch war, bekam Eden allerdings schon beim Abschluß seiner Europareise in Paris zu spüren. Mendès France hielt unverrückt an seiner Position fest, die ein Saarabkommen zur „Vorbedingung" von Fortschritten bei der Suche nach einer westeuropäischen Sicherheitslösung machte, obwohl dies Eden ebenso eindeutig für „unmöglich" erklärte[14].

Dabei lag das Problem nicht eigentlich darin, daß Adenauer oder Mendès France die Saarfrage persönlich zur Conditio sine qua non gemacht hätten. Der Kanzler hatte bereits gegenüber Eden erste Kompromißbereitschaft signalisiert, und der französische Regierungschef sollte während der Londoner Konferenz durchblicken lassen, daß er anders als viele seiner Landsleute in einem Anschluß der Saar an Frankreich die Gefahr einer dauerhaften Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses wie früher im Falle von Elsaß-Lothringen sah[15]. Nur standen beide Regierungschefs unter so starkem innenpolitischen Erfolgsdruck in dieser Frage, daß sie sich um des Erfolges der späteren Ratifizierungsdebatten in ihren nationalen Parlamenten willen keine essentiellen Zugeständnisse leisten konnten. Mendès France konnte als Gegenpräsent für eine französische Akzeptanz der westdeutschen Aufrüstung nicht mit weniger in Händen nach Hause kommen als seine Vorgänger, und Adenauer brauchte zuerst ein französisches Zugeständnis in der Sicherheits- und Souveränitätsfrage, bevor er mit diesem Rückenwind versehen an der Saar Konzessionen anbieten konnte. Wichtig war daher, daß die Saar nicht bereits in das für London Ende September geschnürte Paket einer Grundsatzeinigung über einen westdeutschen NATO-Beitritt eingepackt wurde. Dies war für Mendès France freilich äußerst problematisch, mußte er doch gewärtigen, daß ihm die volle Einbringung seiner Saarinteressen nach einer einmal erzielten Einigung über die deutsche

[12] Aufzeichnungen Grandvals, 12. 9. 1954, in: DDF 1954, S. 350ff.; vgl. auch Johannes Hoffmann, Das Ziel war Europa, München/Wien 1963, S. 376.

[13] Bericht über Edens Bonn-Besuch, 15. 9. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/380; vgl. auch FRUS V/2, S. 1183.

[14] Gespräch Eden-Mendès France, 16. 9., in: DDF 1954, Annexes, S. 153 sowie Bericht Dulles' über seine Europa-Reise, 20. 9. 1954, in: FRUS V/2, S. 1215.

[15] Notiz von F. Roberts, 4. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/390.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufrüstung später nur noch schwer gelingen würde[16]. Einen zeitlich begrenzten Ausweg wies schließlich sein Vorschlag beim Besuch des US-Sonderbotschafters Murphy in Paris. Zwar hielt er an seiner „Vorbedingung" im Grundsatz fest, erklärte sich aber zu einem dem deutschen Interesse entgegenkommenden Zeitplan bereit. Danach sollte die Frage erst bei den Expertengesprächen zwischen den Konferenzen von London und Paris eingebracht werden, die vorrangige Suche nach einem EVG-Ersatz also zunächst nicht beeinträchtigen. Später mochte dann der um Italien und die Bundesrepublik erweiterte Brüsseler Pakt das gesuchte europäische Dach für die Saar abgeben.

Mit einer zeitweiligen Vertagung allein war freilich in den Augen der Angelsachsen wenig gedient. Es bestand vielmehr die Gefahr, daß eine Grundsatzeinigung in London über die Sicherheits- und Deutschlandfrage schon auf der Expertenebene an einem so wichtigen offenen Hindernis wie der Saar rasch wieder zerbrechen konnte. Deshalb setzten Briten und Amerikaner den Abgesandten des Bundeskanzlers, Blankenhorn, bei den Vorbereitungsgesprächen für die Londoner Konferenz zunächst hart unter Druck, um die Deutschen schon jetzt zu einer generellen Zusage für eine Europäisierung der Saar zu bewegen. Adenauer war indes „fest entschlossen, die Saarfrage nicht zum Gegenstand von Verhandlungen in London zu machen". Deshalb suchte Blankenhorn den Schwarzen Peter an die Franzosen weiterzuschieben, denen er unterstellte, daß sie offenbar mit der Saarfrage nur eine zusätzliche Hürde für ihre Verzögerungstaktik gegen einen westdeutschen Wehrbeitrag aufzubauen versuchten[17]. Da auch Hallstein mit Blick auf ein mögliches Zusammenspiel von SPD und FDP – der SPD-Saarexperte Mommer hatte eben im Europarat einen konsensfähigen Saarvorschlag unterbreitet[18] – dringend vor jeder Erörterung des Problems zur Unzeit für den Kanzler warnte, hielt Eden Adenauers Position im Augenblick für „zu schwach", um weiteren Druck auf ihn auszuüben[19]. Dulles hatte sich bei seinen ersten Kontaktgesprächen in London mit den Benelux-Außenministern inzwischen gleichfalls davon überzeugt, daß man die Franzosen erst zu einer Zustimmung zum NATO-Beitritt der Bundesrepublik bringen mußte, bevor man die Saar in die gefundene Lösung einbetten konnte. Da beim ersten Vorgespräch des US-Außenministers mit Mendès France am selben 27. September die Saarproblematik im übrigen gar nicht angeschnitten wurde und aus Bonn Informationen eingingen, daß der französische Regierungschef bei der Londoner Konferenz

[16] Grandval aus Saarbrücken, in: DDF 1954, S. 455–459 und Dillon aus Paris, beide 24. 9. 1954, in: FRUS V/2, S. 1258.

[17] Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 321 f. sowie Gespräch des Leiters der Europa-Abt. im State Department, Merchant, mit Blankenhorn in London, 25. 9. 1954, in: FRUS V/2, S. 1273.

[18] Vgl. Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945–1957, Dritter Band: Entfaltung der Saarpolitik vom Scheitern der EVG bis zur Wiedervereinigung (1954–1957), Berlin 1962, S. 26 ff.

[19] Stellungnahme Edens zu einem Vorschlag Jebbs, 28. 9. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/394; vgl. auch Hoyer Millar aus Bonn und Stellungnahme Foreign Office, 26. 9. 1954, in: ebenda, CW 1081/387.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„nicht ernsthaft" auf ihrer Behandlung bestehen werde, schlossen sich die Amerikaner Edens und Adenauers Vertagungswünschen an[20].

Als dennoch aus britischer Sicht kurzzeitig die Gefahr bestand, daß Mendès France die Saarfrage doch noch in London als Sprengstoff aufwerfen könnte, ließ sich Eden am 1. Oktober vom Kabinett die Warnung an die französische Adresse absegnen, daß in diesem Falle auch die britische Zusage über den Verbleib ihrer Truppen auf dem Kontinent wieder in Frage gestellt sei, an der Frankreich besonders gelegen war[21]. Tatsächlich kam es jedoch nur zu einem kurzen deutsch-französischen Kontakt, bei dem der französische Regierungschef dem Kanzler erneut zusagte, daß er nicht die Absicht habe, schon jetzt eine Saardiskussion vom Zaun zu brechen. Hallstein nahm aus dem Gespräch sogar den Eindruck mit, daß damit die Saar als Vorbedingung generell ausgestanden sei. Im Foreign Office wertete man das allerdings als „zu optimistisch"[22]. Den Beweis lieferte ein Gespräch von Mendès France mit dem britischen Staatssekretär Kirkpatrick während der Unterzeichnungszeremonie der Londoner Schlußakte. Der französische Ministerpräsident hatte sich lediglich dazu verstanden, die Suche nach einer Ersatzlösung für die EVG nicht zusätzlich zu belasten. Er ging aber davon aus, daß die notwendigen Verhandlungen um die Saar schon in den nächsten Wochen nachgeholt würden, da ohne angemessene deutsche Konzessionen auf diesem Felde die angestrebten Westverträge niemals durch die Nationalversammlung zu bringen seien[23].

Daß ein weiteres Hinausschieben von jetzt an nicht mehr möglich war, sah auch Adenauer klar. Nur hoffte er, intolerablen Festlegungen dadurch entgehen zu können, daß er Paris mit wirtschaftlichen Konzessionen an der Saar entgegenkam, da er in der wirtschaftlichen Sanierung Frankreichs das Hauptinteresse des französischen Ministerpräsidenten erkannt hatte[24]. Pessimistischer fiel dagegen die Bestandsaufnahme von Dulles aus, der Paris in Verdacht hatte, mit der Saar eine bewußte Sollbruchstelle in den Londoner Generalkonsens eingebaut zu haben. Aus Paris meldete allerdings US-Botschafter Dillon, daß die Zustimmung der Nationalversammlung zur Londoner Schlußakte voraussichtlich keine Probleme bereiten werden. Eine Saarlösung werde man vielmehr erst nach den Pariser Konferenzen benötigen[25]. Auch die Briten folgten der pessimistischen Sicht von Dulles nicht. Foreign Office und Pariser Botschaft blieben jedoch in ihren Auffassungen über den weiteren briti-

---

[20] Gespräch Dowlings (US-HICOG) mit dem deutschen Saarexperten Thierfelder, 28. 9. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/9-2854.

[21] Sitzung des brit. Kabinetts, 1. 10. 1954, in: PRO, CAB 128/27, C.C.62(54).

[22] Gespräch von Roberts mit Hallstein, 1. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/390.

[23] Wie Anm. 15.

[24] Sitzung des Bundeskabinetts, 5. 10. 1954, Bundeskanzleramt (BKA), B 136, Bd. 20A; vgl. auch Bérards Bericht über die Sitzung des Bundestagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, 15. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 266 ff.

[25] Dulles an Eisenhower, 3. 10. sowie sein Bericht im National Security Council, 6. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1370 bzw. 1372; zur Einschätzung der Erfolgsaussichten der Londoner Schlußakte in der Nationalversammlung: Dillon aus Paris, 6. 10. 1954, in: ebenda, S. 1373 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Saarkurs gespalten. Kirkpatrick in London blieb seiner Maxime treu, die Frage als rein deutsch-französische Angelegenheit zu betrachten und nur auf ausdrücklichen Wunsch beider Konfliktparteien vermittelnd einzugreifen. Jebb in Paris wies dagegen erneut auf die Gefahren einer nicht rechtzeitig erreichten Übereinkunft hin. Adenauer sei durch die Londoner Ergebnisse innenpolitisch so gestärkt worden, daß man ihm die notwendigen Zugeständnisse durchaus auch mit sanftem britischen Druck zumuten könne[26].

Tatsächlich machten die „Europäer" in der Nationalversammlung ihrem Ministerpräsidenten auch bereits am 8. Oktober unmißverständlich klar, daß für sie eine „definitive" Saarregelung unabdingbare Voraussetzung für ihre Zustimmung zu einem westdeutschen NATO-Beitritt blieb. Mendès France ließ deshalb Churchill vorsichtshalber bitten, im richtigen Moment Adenauer „das Notwendige zu sagen"[27]. Der französische Regierungschef hatte durch sein Einschwenken in die westliche Einheitsfront in London seinen Teil des saarpolitischen Risikos auf sich genommen. Taktisch gesehen hatte er damit Adenauer in Zugzwang gebracht. Würde der Kanzler seine Koalition nicht für die nötigen Kompromisse hinter sich bekommen, dann hatte er den nachträglichen Mißerfolg des gesamten Londoner Konsenses zu tragen.

Der Kanzler schickte noch am 7. Oktober Blankenhorn nach Paris, um über den Kabinettschef des Ministerpräsidenten, Soutou, erste Absprachen zum weiteren Prozedere zu treffen. Wenige Tage später ließ der Quai d'Orsay daraufhin wissen, daß man mit dem vorgeschlagenen bilateralen Treffen der beiden Regierungschefs am Vorabend der Pariser Konferenzen einverstanden sei, so daß Soutou nun seinerseits zur weiteren Abgleichung nach Bonn kommen werde. Nur war damit noch nichts über die inhaltliche Kompromißlinie ausgesagt, auf der man sich zu treffen hoffte. Conant und Hoyer Millar entnahmen ihren Gesprächen in Bonn, daß man hier die Chancen für eine Übereinkunft nach den positiven Erfahrungen des Kanzlers mit Mendès France auf der Londoner Konferenz wesentlich optimistischer einschätzte. Adenauer war bereit, den Franzosen „weitreichende wirtschaftliche Zugeständnisse" an der Saar zu machen, wenn sich dafür eine provisorische Lösung des territorialen Problems bis zu einem allgemeinen Friedensvertrag erreichen ließ[28]. Die französische Seite zeigte sich tatsächlich besonders interessiert an Adenauers wirtschaftlichen Überlegungen, wollte diese aber auf den Gesamtbereich des deutsch-französischen Marktes einschließlich der französischen Überseeterritorien ausgedehnt wissen. Als Kaufpreis für eine provisorische Saarregelung sah man sie dagegen nicht an. Sofort eingeleitete französisch-saarländische Wirtschaftsverhandlungen[29] deuteten statt dessen auf eine französische Gegenstrategie hin. Zum einen

[26] Bestandsaufnahme im Foreign Office über die brit. Saarhaltung, 5./6. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 606/CW 1081/400 sowie Jebb aus Paris, 6. 10. 1954, in: ebenda, CW 1081/391.

[27] Jebb aus Paris, 13. 10. 1954, in: ebenda, 109 437/CF 1022/8.

[28] Conant aus Bonn, 12. 10., in: FRUS V/2, S. 1386 sowie Hoyer Millar aus Bonn, 12. u. 14. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/401 bzw. 404.

[29] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 21–26.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten damit noch vor der bilateralen Verhandlungsrunde Bonn-Paris Vorfestlegungen zwischen Paris und Saarbrücken getroffen werden; daneben würde man aber seinerseits den Deutschen mit dem Angebot künftiger liberalisierter Wirtschaftsbeziehungen auch zwischen Bonn und Saarbrücken eine „definitive" politische Saarregelung abzuhandeln versuchen. Wohl sah Mendès France die Schwierigkeit für Adenauer, mit Blick auf die deutschen Ostgrenzen einer endgültigen Grenzziehung im Westen zuzustimmen. Deshalb war er zwar bereit, die Endgültigkeit einer deutsch-französischen Saarvereinbarung „technisch" bis zu einer späteren friedensvertraglichen Regelung offen zu halten; in der Substanz sollte auf einer Friedenskonferenz aber letztlich die schon jetzt zu findende Form einer Europäisierung der Saar nur noch angenommen werden[30].

Briten und Amerikaner standen nunmehr vor der Frage, ob und wie sie zur weiteren Annäherung der Standpunkte beitragen sollten, da sie von Mendès France zur Unterstützung aufgefordert wurden. Ihre Diplomaten in Paris plädierten nach dem Verlauf der letzten Debatten in der Nationalversammlung unbedingt für eine Beeinflussung der Deutschen in französischem Sinne. Die Hochkommissare in Bonn lehnten dies ebenso vehement ab, da Adenauers Position gerade in dieser Frage außerordentlich fragil sei[31]. Im Foreign Office neigte sich die Waagschale schließlich bei einer Gegenüberstellung der deutschen und der französischen Position den Bonner Argumenten zu. Adenauer trage keine Schuld daran, daß Paris die vorteilhafte Übereinkunft mit Teitgen vom Mai nicht sogleich unter Dach und Fach gebracht habe. Seine Stellung sei außerdem innenpolitisch durch das Scheitern der EVG angeschlagener als die von Mendès France. Jebb in Paris wurde daher angewiesen, den Franzosen die Einbringung „vitaler wirtschaftlicher Interessen" als das Optimum des Erreichbaren anzuempfehlen[32]. Das deckte sich weitgehend mit den Auffassungen des State Departments. Beide angelsächsischen Mächte kamen daher überein, vor einem eigenen Aktivwerden zunächst einmal die Ergebnisse des Treffens von Mendès France und Adenauer abzuwarten[33].

Inzwischen schienen sich die Erfolgsaussichten für das zum 19. Oktober vorgesehene, deutsch-französische Treffen der Regierungschefs weiter zu verbessern. Die Gespräche Soutous in Bonn führten bereits am 16. Oktober zu einer erheblichen Annäherung der Standpunkte. Die Franzosen gaben zu verstehen, daß sie in der Frage eines Definitivums zu Abstrichen bereit seien, während die deutsche Seite

---

30 Dillon aus Paris, 13. u. 14. 10., in: FRUS V/2, S. 1387 f. bzw. 1389 f.; ebenso Reilly aus Paris, 14. u. 15. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/422.

31 Dillon aus Paris, 16. und Conant aus Bonn, 17. 10., in: FRUS V/2, S. 1394 ff. bzw. 1396 sowie Reilly und Jebb aus Paris, 15. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/422 bzw. 421.

32 Positionspapier von Hancock „The Saar", 14. 10. sowie Information des Foreign Office an die britische Botschaft in Paris, 16. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/418, Aufzeichnung von Roberts „The Saar", 18. 10. 1954, in: ebenda, CW 1081/424 sowie Meldung Aldrichs über die brit. Haltung aus London, 18. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1397.

33 Leishman aus Washington, 18. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/427.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

umfangreiche Konzessionen wirtschaftlicher Art in Aussicht stellte[34]. Dieser Optimismus fand jedoch beim direkten Gespräch zwischen Mendès France und Adenauer am 19. Oktober 1954 in Celle Saint-Cloud nicht die erhoffte volle Bestätigung. Wohl schilderten beide Seiten den angelsächsischen Beobachtern die Gesprächsatmosphäre nach den Verwerfungen des 30. August jetzt als ausgesprochen gut[35]. Das lag nicht zum wenigsten an der beiderseitigen Taktik, die Saarfrage zunächst in den größeren Rahmen eines allgemeinen deutsch-französischen Rapprochements zu stellen, bei dem langfristige wirtschaftliche Kooperation und kulturelle Zusammenarbeit bis hin zum Jugendaustausch dem Streitpunkt Saar seine herausragende Schärfe nehmen sollten.

Dies gelang auch insoweit, als die anschließenden Fragen um eine fortdauernde französisch-saarländische Wirtschaftsunion kaum Kontroversen aufwarfen und rasch zur Detailfixierung an die Experten überwiesen werden konnten. Die Saar sollte daneben ein Autonomiestatut erhalten, das nach seiner Annahme durch die Saarbevölkerung bis zu einem allgemeinen Friedensvertrag in Geltung bleiben würde. Strittig war jedoch die exakte Formel, da der französische Vorschlag „Statut Européen definitif sous réserve du Traité de Paix" das für deutsche Ohren verdächtige Wort „definitiv" enthielt. Nach Aussage Soutous bei seiner Unterrichtung der angelsächsischen Beobachter war hier jedoch noch Kompromißspielraum vorhanden. Auch die Frage, ob die Zustimmung der Saarländer auf französischen Wunsch in einer Volksabstimmung eingeholt oder, wie es Adenauer aus Sorge vor einem Aufwühlen nationaler Leidenschaften bevorzugt hätte, nach Abhaltung freier Landtagswahlen durch einen Beschluß des saarländischen Parlaments herbeigeführt werden sollte, blieb zwar offen, schien aber schon jetzt nicht unlösbar. Ähnliches traf für die Bestellung eines internationalen Saarkommissars zu, der im Auftrage des Europarats oder des Brüsseler Pakts die Einhaltung des Saarstatuts zu übernehmen haben würde.

Es war wohl auf diesen weiten Bereich an Übereinstimmungen und die relativ unproblematisch anmutenden, offenen Streitpunkte zurückzuführen, daß Soutou und Blankenhorn in ersten Informierungen der Angelsachsen unisono den weiteren Verhandlungen optimistisch entgegensahen. Nur konnten sie nicht daran vorbeisehen, daß ihre Regierungschefs an einem entscheidenden Punkt in einer Sackgasse gelandet waren: einer Zulassung der prodeutschen Parteien an der Saar und ihrer vollen politischen Betätigungsfreiheit. Mendès France war zwar zu ihrer Wiederzulassung bereit, wollte sie aber durch einen Paragraphen im Statut daran binden, daß

[34] Hoyer Millar aus Bonn über seine Unterrichtung durch Hallstein betr. Soutou-Besuch, 17. bzw. 18. 10.1954, in: ebenda, CW 1081/411 und 416. Soutou selbst gab der brit. Botschaft in Paris am 18. 10. 1954 einen entsprechenden Bericht über seine Bonn-Reise, in: ebenda, CW 1081/417.

[35] Zum Treffen in Celle Saint-Cloud liegen Berichte Soutous an die brit. und amerik. Botschaft in Paris vor: Jebb und Reilly aus Paris, 19. bzw. 20. 10. 1954, in: ebenda, CW 1081/423 und 426 sowie Dillon aus Paris, der die frz. und die dt. Version am 20. 10. 1954 referierte, in: FRUS V/2, S. 1402 ff.; vgl. auch Adenauer, Erinnerungen, S. 368 ff. und Armand Bérard, Un ambassador se souvient, Washington et Bonn 1945–1955, Paris 1978, S. 586 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie jeder Agitation gegen dessen Inhalt abschwören mußten. Würden sie sich also weiterhin für die Rückkehr zu Deutschland aussprechen, so ließ sich dies als Verstoß gegen das Statut werten und damit ihr neuerliches Verbot rechtfertigen. Hier mußte sich der Widerstand des Bundeskanzlers versteifen, da ein potentielles Offenhalten der Saarfrage bis zu einem Friedensvertrag über die Hintertür derart essentieller Einschränkungen der demokratischen Freiheiten bereits jetzt faktisch verbaut und somit eine Zustimmung des Bundestages unmöglich gemacht worden wäre. Andererseits fuhr der französische Ministerpräsident sein stärkstes Geschütz mit der Drohung auf, im Weigerungsfalle werde er ohne Saarübereinkunft auch die Ergebnisse der eben beginnenden Pariser Konferenzen nicht unterzeichnen. Adenauer würde diese ultimative Festlegung später gegenüber Carlo Schmid im Bundestag erfolglos herunterzuspielen versuchen. Soutou bestätigte das Druckmittel den angelsächsischen Beobachtern gegenüber nämlich ausdrücklich und bedauerte lediglich, daß es durch eine Indiskretion bereits in die Presse gelangt sei[36]. Im übrigen gestand er auch ein, daß man in dieser Sache erst einmal an einem „vollständig toten Punkt" angekommen sei, da Adenauer nunmehr erst nach Zuziehung der deutschen Parteiführer weiterverhandeln wollte[37].

Einen Vorgeschmack auf die verhärtete Haltung seines wichtigsten Koalitionspartners bekam der Kanzler schon am folgenden Tag aus einer kompromißlosen Rede Dehlers in Stuttgart zu spüren. Dessen Mitarbeiter Pfleiderer sprach außerdem noch am selben Tag bei den angelsächsischen Hochkommissaren vor, um sie ebenfalls von der strikten Ablehnung jeder definitiven Saarregelung im französischen Sinne durch die FDP zu unterrichten. Seine Partei sei zwar auf der Kanzlerlinie zu weitgehenden wirtschaftlichen Konzessionen bereit. Jeder weitere Schritt zu einer verdeckten Abtrennung der Saar von Deutschland werde aber auf ihren erbitterten Widerstand stoßen. Die Mahnung des britischen Hochkommissars, das Gesamtprogramm eines deutschen NATO-Beitritts und die parlamentarischen Schwierigkeiten in Paris doch nicht aus den Augen zu verlieren, quittierte der FDP-Politiker mit der Gegenwarnung, daß auch der Bundeskanzler bei allzu großzügigem Umgang mit deutschen Interessen einen schweren Gang vor dem Bundestag vor sich haben würde[38].

Adenauer war jedenfalls gut beraten, sich für das nächste Gespräch mit den Franzosen erst einmal innenpolitisch rückzuversichern. Koalitionsintern stand schnell fest, daß eine wie immer geartete, definitive Saarformel auf keinen Fall akzeptiert werden konnte. Auf Anregung Brentanos und Dehlers wurden schließlich auch die

---

[36] Zur Auseinandersetzung Adenauers mit Mommer und Carlo Schmid im Bundestag Mitte Dezember 1954: Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern-München-Wien 1979, S. 560; zur Taktik von Mendès France geben die Berichte Soutous Auskunft, vgl. Anm. 35.

[37] Reilly aus Paris, 20. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/426; Dillon aus Paris, 20. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1402.

[38] Zur Dehler-Rede: Bérard, Ambassador, S. 587; zu Pfleiderers Vorsprache bei den angelsächsischen Hochkommissaren: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/425; zum Saarplan des FDP-Ministers Preusker: Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 28.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD-Politiker Ollenhauer, Schmid, Wehner und Mommer zu internen Konsultationen nach Paris gebeten[39]. Das Schauspiel einer hochrangigen deutschen Parteiführerbesprechung am 21. Oktober unter den Augen der französischen Öffentlichkeit hatte zweifellos die doppelte Zielsetzung, dem Verhandlungspartner die Grenzen Adenauerscher Konzessionsfähigkeit eindrucksvoll vorzuführen und dabei gleichzeitig durch versuchsweise Einbindung der eigenen innenpolitischen Partner und Gegner den zu erwartenden Widerstand gegen einen für Adenauers Westpolitik unvermeidlichen Kompromiß abzumildern. Der Kanzler mochte in seinen Memoiren später den Eindruck erwecken, „notfalls" sei er sogar bereit gewesen, „Paris zu verlassen"[40]; doch erscheint es mehr als zweifelhaft, daß er in letzter Konsequenz tatsächlich das Odium auf sich geladen hätte, die gerade von ihm so dringend geforderte Einheit des Westens durch einen solchen Schritt zu sprengen.

Immerhin standen die Pariser Konferenzen an ihrem vorletzten Tag praktisch Gewehr bei Fuß, da sich die französische Haltung – zusätzlich verhärtet durch die Forderung des saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann nach unbedingter Fortsetzung der bisherigen Politik[41] – vorerst nicht bewegte und Adenauers Verhandlungsspielraum nach Zuziehung der Parteiführer ebenfalls eher noch enger geworden war. Die Deutschen sprachen jetzt nicht einmal mehr von einem „Statut", sondern nur noch von einer weniger bindenden „Regelung". Und selbst die schon weitgehend erreichte Übereinstimmung in Wirtschaftsfragen schien zunächst wieder in Frage gestellt[42]. Für die Angelsachsen tauchte damit erneut das Problem auf, ob sie sich nunmehr selbst aktiv durch Druck auf die eine oder andere Seite in die bilateralen Verhandlungen einschalten sollten. Soutou hatte davon jedoch bereits in seinen ersten Informationsgesprächen mit den angelsächsischen Diplomaten abgeraten, und auch Mendès France war bei einem Treffen mit Dulles am 20. Oktober mit keinem Wort auf seine früheren Vermittlungswünsche mehr eingegangen. Wenn das System der Westverträge auf ein dauerhaftes deutsch-französisches Fundament gestellt werden sollte, dann mußte sich seine Tragfähigkeit jetzt am emotional so vorbelasteten Problem der Saar erweisen. Eden lud daher Mendès France und Adenauer am 22. Oktober zum Abendessen in die britische Botschaft ein und hielt sich selbst für das anschließende Gespräch unter vier Augen lediglich bereit, auf eventuellen beiderseitigen Wunsch im weiteren Diskussionsverlauf vermittelnd zu wirken[43].

---

[39] Bericht Bérards über die Hintergründe der Parteiführerbesprechung in Paris, in: DDF 1954, S. 599f.; vgl. auch Paul Noack, Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Düsseldorf 1977, S. 131f.; Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit, Berlin 1981, S. 352f.; Adenauer, Erinnerungen, S. 370ff.

[40] Adenauer, ebenda, S. 373f.

[41] Hoffmann an Grandval, 22. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 590f.

[42] Dillon aus Paris, 21. und 22. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1458f. bzw. 1461f.

[43] Zum Abendessen in der brit. Botschaft und dem anschließenden Gespräch Adenauer/Mendès France am 22. 10. 1954: Adenauer, Erinnerungen, S. 372–379; Sir Anthony Eden, Memoiren 1945–1957, Zürich 1961, S. 202f.; zur Ablehnung einer angelsächs. Vermittlung durch Soutou: Reilly aus Paris, 20. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/426; zum Treffen Dulles/Mendès France, 20. 10. 1954: FRUS V/2, S. 1410f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Da Mendès France noch während des Abendessens im Beisein der britischen Gastgeber sein striktes Junktim zwischen einer Saarregelung und seiner Unterschrift unter die fertigen Westverträge festklopfte, stand sein anschließendes entscheidendes Gespräch mit Adenauer von vornherein unter extremer Spannung. In den zurückliegenden sieben Wochen seit dem 30. August war mit französischer Zustimmung ein NATO-Beitritt der Bundesrepublik ausgehandelt worden, der vorher in vier Jahren nicht durchzusetzen gewesen war. Das zentrale Ziel Adenauerscher Politik einer festen Einbindung seines Landes in den Westen war damit zum Greifen nahe. Wieviel Manövriermasse hatte der Kanzler daher in diesem Augenblick überhaupt noch? Sein anwesender Mitarbeiter Lahr sprach deshalb zu Recht von der „glänzenden taktischen Lage", in der sich Mendès France befand[44]. Er hatte auf der übergeordneten Ebene der Pariser Konferenzen die Konzessionen gemacht, die ihm an der Saar die Berechtigung eintrugen, nicht mit geringerer Münze abgespeist zu werden als seine Vorgänger. Da Adenauer außen- und sicherheitspolitisch mehr erhielt als im eingeengteren EVG-Rahmen, durften seine westlichen Partner zumindest von ihm erwarten, daß er nicht hinter seine Saarkonzessionen vom Frühjahr 1954 zurückfiel. Als der französische Regierungschef daher nach zähem Ringen das ominöse Wort „definitiv" für das Statut fallenließ, räumte der Kanzler seine Positionen zugunsten eines Plebiszits und einer Festlegung für die Saarparteien, daß sie ein einmal durch Volkswillen gebilligtes Statut nicht mehr in Frage stellen durften[45].

Mit seinem unbedingten Beharren auf einer Absegnung der Vereinbarung vom 23. Oktober 1954 durch eine Volksabstimmung und nicht, wie Adenauer dies gewünscht hätte, durch einen frei gewählten Landtag, hatte Mendès France allerdings unbeabsichtigt selbst das Schlupfloch für die Saarbevölkerung geöffnet, das diese im Herbst 1955 nutzen würde. Da den Saarparteien nämlich nach einem positiven Votum zugunsten des Statuts seine öffentliche Infragestellung für die Zukunft untersagt sein würde, blieb den prodeutschen Kräften im Abstimmungskampf nichts anderes, als alle Kraft darauf zu verwenden, der Saarbevölkerung die Gefahren eines indirekten Definitivums durch die Hintertür ihres späteren deutschlandpolitischen Betätigungsverbotes drastisch vor Augen zu führen. Der von Adenauer dagegen so stark herausgestellte Friedensvertragsvorbehalt als deutscher Verhandlungserfolg hätte die erhoffte Wirkung eines langfristigen Offenhaltens der Saarfrage wohl schwerlich erfüllt. Neben einer eventuellen jahrzehntelangen Gewöhnung an ein derartiges Provisorium stellte nämlich Mendès France schon in der unmittelbaren Folgezeit deutlich heraus, daß der jetzt unterzeichnete Saarvertrag für die französische Politik faktisch als definitiv betrachtet wurde. Ein späterer Friedensvertrag werde überhaupt nur zustandekommen, wenn ihm auch Frankreich zustimme, und

---

[44] Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981, S. 221.

[45] Zum Umschwung in den Nachtverhandlungen des 22. 10. 1954: Adenauer, Erinnerungen, S. 372 und Wilhelm Hausenstein, Pariser Erinnerungen, München 1961, S. 113; vgl. auch die Bestandsaufnahme am Quai d'Orsay, 23. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 603 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu müßten vorher erst seine Saarinteressen durch Beibehaltung der nunmehrigen Autonomielösung abgesichert sein[46]!

Die Kanzlermitarbeiter hatten denn auch kein allzu gutes Gefühl, da sie „zu Hause viel Ärger" auf sich zukommen sahen. Schließlich bot das Ergebnis auch in ihren Augen „viele Angriffsflächen" für die innenpolitische Kritik, gegen die man nur die extreme Eilbedürftigkeit eines Abschlusses vor Konferenzende und die daraus resultierenden Druckmöglichkeiten der Franzosen ins Feld führen konnte[47]. Mochte Gerstenmaier seinen Kanzler daher auch „uneingeschränkt" zu einem „guten Kompromiß" beglückwünschen, Adenauer selbst blieb nüchtern genug, von den Westmächten einen Aufschub bei der Veröffentlichung der Saarvereinbarung bis zum 26. Oktober zu erbitten, um ihm Zeit zur Vorbereitung des Terrains in Bonn zu gewähren[48]. Ohne daß dies bereits allgemein erkennbar gewesen wäre, hatte der Kanzler allerdings schon jetzt einen kleinen Startvorteil für die Zukunft gewonnen. In einem ersten Telegramm an Eisenhower zum erfolgreichen Abschluß der Pariser Saargespräche machte Dulles nämlich noch am 23. Oktober deutlich, daß die Deutschen für ihn „bis dicht an die politisch noch zu tolerierende Grenze" mit ihren Zugeständnissen gegangen waren[49]. Die nächsten Wochen sollten zeigen, daß die USA beim schnell einsetzenden deutsch-französischen Tauziehen um eine Nachbesserung zu keinen weiteren Belastungen der deutschen Position mehr zu bewegen sein würden.

II.

Wie berechtigt die Sorgen der deutschen Delegation über das öffentliche Echo auf ihre Saarvereinbarung in der Bundesrepublik waren, erfuhr der Bundeskanzler schon in der ersten Kabinettssitzung nach seiner Rückkehr[50]. Um die Kritik nicht sofort auf die Problempunkte durchschlagen zulassen, suchte er deshalb das Saarabkommen argumentativ mit den Erfolgen einer deutsch-französischen Verständigung und einer sicherheitspolitischen Einigung des Westens unter gleichberechtigter deutscher Teilnahme zu verknüpfen. Anders als später vor dem Bundestag gestand er auch offen die Druckausübung durch Mendès France ein. Dieser habe sich mit einem ausdrücklichen Kabinettsbeschluß munitioniert, der ihm im Falle unzurei-

[46] Vgl. Noack, Scheitern, S. 133 f. und Heinrich Schneider, Das Wunder an der Saar, Stuttgart 1974, S. 241 f.

[47] Lahr, Zeuge, S. 221; vgl. auch Wilhelm Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1979, S. 205.

[48] Vgl. Gerstenmaier, Streit, S. 348; zur Bitte Adenauers um einen Aufschub bei der Veröffentlichung des Saarabkommens: Edens Bericht aus Paris, 23. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/436.

[49] Dulles an Eisenhower, 23. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1463.

[50] Protokoll der Kabinettssitzung vom 15. 10. 1954, BKA, B 136, Bd. 21 A; vgl. auch Erich Kosthorst, Jakob Kaiser. Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen 1949–1957, Stuttgart 1972, S. 344 und Bérard aus Bonn, 29. 10. 1954, in: DDF 1954, S. 628.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chender deutscher Konzessionen die Nichtunterzeichnung des Gesamtpakets der Westverträge erlaubt hätte. Zudem habe sich der Kanzler dem allgemeinen Erwartungsdruck seiner Partner zur Beseitigung dieser letzten Hürde vor dem Konferenzerfolg ausgesetzt gesehen, da man seit der Londoner Konferenz im Westen allgemein täglich mit dem Einsetzen einer sowjetischen Propaganda-Offensive gerechnet habe. Unter solchen Begleitumständen sei das Ergebnis von Paris auch für die Saar als Optimum zu betrachten, wobei für Adenauer vor allem drei deutsche Ziele erreicht worden waren: (1) Durch eine zweite Volksabstimmung an der Saar über die Beschlüsse einer künftigen Friedenskonferenz war die Saarfrage auch nach einem positiven ersten Referendum rechtlich weiterhin offengehalten; (2) die Wiederherstellung der politischen Freiheiten für die Saarparteien sicherte das innenpolitische Gleichgewicht zwischen profranzösischen und prodeutschen Kräften; (3) das französische Zugeständnis künftiger gleichartiger Wirtschaftsbeziehungen von Paris und Bonn nach Saarbrücken mußte langfristig zugunsten der dynamischeren westdeutschen Industrie und ihrer traditionellen Schwerkraft auf die Saarwirtschaft ausschlagen.

Gegen diese Erfolgsbilanz traten Dehler und Kaiser mit ersten kritischen Nachfragen an. Der FDP-Vorsitzende monierte, daß die Saarländer beim ersten Referendum letztlich nur pro oder contra Saarstatut abstimmen konnten, ohne ihren politischen Willen für eine Rückgliederung an Deutschland direkt zum Ausdruck bringen zu können. Wenn der Kanzler demgegenüber jetzt wie in der Öffentlichkeit[51] immer wieder darauf abhob, daß die Bevölkerung an der Saar nunmehr selbst „das letzte Wort" behalte, dann überging er geflissentlich den psychologischen Druck, der von nun an auf den Saarländern lasten würde. Ohne in ihrem Abstimmungsverhalten durch die Möglichkeit einer Rückgliederung abgesichert zu sein, würde bei einer Ablehnung des Statuts auf ihnen allein das Odium einer neuen schweren Belastung der deutsch-französischen Beziehungen haften bleiben.

Auch für Jakob Kaiser überwog daher bei aller Zustimmung zum Pariser Gesamtergebnis im Falle der Saarvereinbarung die Skepsis. Dabei schrieb er dem Kanzler das verhandlungstaktische Versäumnis ins Stammbuch, daß er sich anders als sein Gegenspieler nicht ebenfalls mit einem vorbauenden Kabinettsbeschluß für die Verhandlungen gewappnet habe. Deshalb wollte der Gesamtdeutsche Minister wenigstens nachträglich die eigentlichen Betroffenen an der Saar in die parlamentarischen Debatten in Bonn einbezogen wissen. Dazu stellte er im Kabinett eine Einladung von Saarvertretern zu den kommenden Sitzungen des gesamtdeutschen und des auswärtigen Bundestagsausschusses zur Diskussion. Damit stieß er allerdings sofort auf Adenauers Widerstand, der innenpolitisch die Saarauseinandersetzungen auf kleiner Flamme halten und außenpolitisch nicht schon kurz nach Vertragsabschluß in den Verdacht äußerer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Saar geraten wollte.

---

[51] So in seiner Erklärung im NWDR und beim Kanzlertee, 25. 10. 1954, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 203 vom 27. 10. 1954 bzw. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, bearb. v. Hans Jürgen Küsters, Berlin 1984, S. 567.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dagegen konnte er sich einem weiteren Kritikpunkt aus seiner Ministerrunde nicht entziehen. Erste Äußerungen in der französischen Presse ließen nämlich befürchten, daß Paris mit dem Verlangen an die angelsächsischen Mächte herantreten wollte, ihre früheren Garantien über eine profranzösische Haltung bei künftigen Friedensverhandlungen zu erneuern. Hatte Mendès France damit Erfolg, dann wäre das von Adenauer so groß herausgestellte rechtliche Offenhalten der Saarfrage schon jetzt in der politischen Praxis entwertet worden. Für den Kanzler war also Eile geboten, wollte er seinen Kritikern in und außerhalb der Koalition nicht neuen Anlaß zum Gegensteuern liefern. Die Kabinettssitzung hatte ihm gezeigt, daß sich um die Saarfrage eine Opposition zusammenbraute, die bereits einige seiner deutschlandpolitischen Kritiker in CDU und FDP verband und nur zu rasch Widerhall auch bei den kleineren Koalitionsparteien BHE und DP finden konnte. Die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen taten ein übriges zur Steigerung der Nervosität im Regierungslager, sahen sich Adenauers koalitionsinterne Opponenten doch durch die Wahlkampfführung der SPD gegen das Saarabkommen zu eigener Verdeutlichung ihrer vom Kanzlerkurs abweichenden Auffassung herausgefordert. Für Adenauer war dies umso mißlicher, als speziell die FDP mit ihrer Taktik der bedingten Zustimmung zu den Westverträgen deren attraktive Bestandteile um die Souveränitätsgewinne der Bundesrepublik voll auf die eigenen Werbemühlen zu leiten und gleichzeitig deren saarpolitische Kosten allein dem größeren Koalitionspartner anzulasten suchte. Hatte sie damit Erfolg beim Wähler, dann war abzusehen, daß auch der Mißmut in einigen Landesverbänden der Union wie bei den kleineren Koalitionspartnern erheblichen Auftrieb erhalten konnte.

Wollte der Kanzler also die auch nach seiner Einschätzung anstehende „Quittung für meine Außenpolitik"[52] bei den Landtagswahlen positiv beeinflussen, dann mußte er jetzt unmittelbar reagieren. Das Gesamtpaket der Pariser Verträge konnte und sollte nicht mehr aufgeschnürt werden. Deshalb versuchte Adenauer in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder deutlich zu machen, daß die Westverträge nur zusammen mit dem Saarabkommen zu haben waren. Seinen Kritikern machte er daher die Rechnung auf, daß ihr „Übernationalismus" die Verantwortung dafür zu tragen haben werde, wenn das real Erreichbare durch illusionäres Draufsatteln deutscher Maximalpositionen verspielt wurde. Da der Vertragstext selbst aber Ansatzpunkte zu unterschiedlicher Auslegung offenließ, sollte wenigstens in weiteren Zweiergesprächen sichergestellt werden, daß sich Paris nicht auf diesem Umweg nachträgliche Vorteile verschaffte. Daneben mußte Einfluß auf die Angelsachsen genommen werden, um dem französischen Versuch zu begegnen, über eine Erneuerung der früheren profranzösischen Saargarantien doch noch einem faktischen Definitivum näherzukommen. Dazu war größtmögliche diplomatische Vertraulichkeit vonnöten, sollten sich aus solchen Nachverhandlungen nicht umgekehrt unkontrollierbare innenpolitische Belastungen für Mendès France ergeben, die den gesam-

[52] Adenauer, Erinnerungen, S. 383 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten Ratifizierungsprozeß in Frankreich beeinträchtigen konnten. Bei aller Genugtuung über das an der Saar Erreichte hatten sich nämlich auch in Paris bereits kritische Stimmen vernehmen lassen, die ihren Ministerpräsidenten am Verhandlungsauftrag der Nationalversammlung maßen, der schließlich eine „definitive" Saarregelung gefordert hatte. Je prekärer die innenpolitische Lage beider Regierungschefs also in den kommenden Wochen während der Ratifizierungsdebatten wurde, desto größere Anstrengungen würden sie auf der Suche nach saarpolitischen Nachbesserungen unternehmen müssen.

Dabei sollte die erste Runde eindeutig an den Kanzler gehen, der Blankenhorn schon am 26. Oktober zu den Hochkommissaren schickte, um seine Schwierigkeiten bei einer öffentlichen Erneuerung der angelsächsischen Saarzusagen vortragen zu lassen[53]. Die angelsächsischen Diplomaten waren unterdessen auch aus Kontakten zu opponierenden Koalitionspolitikern über die Schärfe der Kanzlerkritik im Regierungslager unterrichtet. Da sie außerdem selbst unter dem Eindruck standen, daß „mit Blick auf die Saar 80% der Konzessionen von der deutschen Seite kamen", empfahlen sie ihren Außenministerien dringend, die Position Adenauers keinen weiteren Belastungsproben mehr auszusetzen. Zwar sei eine Annahme der Saarvereinbarung im Bundestag auch mit der einfachen Unionsmehrheit gesichert. Doch dürfe man schon deshalb kein weiteres „Salz in deutsche Wunden reiben", weil die Regierung für die notwendigen Änderungen des Grundgesetzes als Voraussetzung für die Wehrgesetzgebung eine Zweidrittelmehrheit brauche. Weder Hoyer Millar in Bonn noch das Foreign Office glaubten an sich, daß die FDP das Gesamtpaket der Westverträge in letzter Konsequenz platzen lassen würde[54]. Da Jebb indes aus Paris signalisierte, daß Mendès France auch ohne zusätzliche Absicherung durch eine Erneuerung der angelsächsischen Saargarantien über die Hürden seiner Nationalversammlung kommen werde, ließen Foreign Office und State Department der Bundesregierung beruhigende Erklärungen zugehen[55].

Inzwischen hatte der Kanzler selbst die Gelegenheit seiner USA-Reise zu weiterem Terraingewinn genutzt. Gerade weil man sich in Washington und London der innenpolitischen Probleme bewußt war, die Adenauer mit der Saarvereinbarung auf sich genommen hatte, tat die amerikanische Regierung ihr Bestes, um diesen Besuch zu einem vollen Erfolg werden zu lassen. Eisenhower und Dulles umgaben ihren Gast mit einer selbst für britischen Geschmack „außergewöhnlich herzlichen" Atmosphäre, während Presse und State Department bei jeder Gelegenheit das staatsmännische Format des Kanzlers herausstellten. Zur Krönung des Ganzen konnte die westdeutsche Delegation zudem ihren ersten Freundschaftsvertrag nach

[53] Hoyer Millar aus Bonn, 26. 10. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 607/CW 1081/442.

[54] Notiz Hancocks sowie Gespräch Nuttings mit dem deutschen Vertreter in London, Schlange-Schöningen, 27. 10. und Hoyer Millar aus Bonn, 28. 10. 1954, in: ebenda, CW 1081/442 u. 109 608/CW 1081/463 sowie CW 1081/466.

[55] Jebb aus Paris, 27. 10., Makins aus Washington, 28. 10. und Weisung des Foreign Office an Hoyer Millar aus Bonn, 28. 10. 1954, in: ebenda, 109 607/CW 1081/447, 453 und 442.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1945 mit nach Hause nehmen[56]. Adenauer suchte die Gelegenheit aber auch für eine Prophylaxe gegen künftige französische Nachbesserungen in der Saarfrage zu nutzen. Da er der Einhaltung der nur zögernd gewährten, politischen Freiheiten für die Saarparteien nicht ganz traute, regte er bei Dulles seinerseits eine angelsächsische Garantie zugunsten des Saarstatuts an. Dabei dachte er allerdings anders als Mendès France nur an eine Laufzeit bis zu einer friedensvertraglichen Regelung. Sein Hintergedanke war, durch Einbindung der Angelsachsen als Garantiemächte eine politische Instanz ins Spiel zu bringen, an die sich Westdeutsche und Saarländer bei restriktiver Handhabung der gewährten Meinungsfreiheit im bevorstehenden Abstimmungskampf an der Saar wenden konnten. Damit brachte er seinen Gastgeber indes in einige Verlegenheit, der sich Dulles nur mit dem Verweis auf konstitutionelle Schwierigkeiten für eine derartige Erklärung ohne Einschaltung des Kongresses entziehen konnte. So wenig Amerikaner und Briten nämlich für eine die deutsche Seite belastende, profranzösische Saargarantie zu haben waren, so sehr scheuten sie andererseits einen Schachzug zugunsten der Bundesrepublik, der sich psychologisch negativ auf die französische Ratifizierungsdebatte auswirken konnte[57].

Mendès France ließ sich unterdessen nicht von seinem Ziel abbringen, zeitgerecht zu den Debatten in der Nationalversammlung eine erneuerte Saargarantie Washingtons und Londons zu seinen Gunsten einzufordern. In London wurden entsprechende Fühler jedoch mit der Begründung abgewiesen, man könne bestenfalls an die Unterstützung eines gemeinsamen deutsch-französischen Garantieverlangens denken. Ähnlich wie Adenauer suchte der französische Ministerpräsident daher seine Washington-Reise Mitte November zu einem direkten Vorstoß bei der amerikanischen Administration zu nutzen. Schon im Vorfeld dieses Besuches ließ Dulles den Bundeskanzler indes wissen, er möge sich keine Sorgen machen[58]. Auch in Washington dachte niemand daran, Adenauers augenblickliche innenpolitische Schwierigkeiten noch zu erhöhen.

Die Gespräche von Mendès France mit Eisenhower und Dulles endeten daher in diesem Punkt mit einer schweren französischen Enttäuschung. Zwar zeigten sich die Amerikaner bereit, zu gegebener Zeit gemeinsam mit den Briten eine Garantieerklärung bis zu einem Friedensvertrag ins Auge zu fassen. Den weitergehenden französischen Wunsch nach einer Erneuerung der profranzösischen Erklärung Achesons von 1950 lehnten Präsident und Außenminister dagegen strikt ab. Was dabei auf Mendès France besonders schockierend wirkte, war das Argument von Dulles, daß schon aus konstitutionellen Gründen die Erklärung der Vorgängerregierung für die Eisenhower-Administration nicht mehr bindend sein könne. Als der französische

[56] Bericht Makins' aus Washington über den Kanzlerbesuch, 19. 11. 1954, in: ebenda, 109 768/CW 10345/20.

[57] Leishman aus Washington, 4. 11. 1954, in: ebenda, 109 608/CW 1081/481 sowie Protokoll über das Gespräch Dulles-Conant-Adenauer, 28. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1465.

[58] Gespräch Dulles-Krekeler, 15. 10. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/10-1554.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Regierungschef daraufhin eine entsprechende Saarerklärung anführte, die US-Botschafter Dillon noch am 8. Juni 1954 für die derzeitige US-Regierung zugunsten Frankreichs abgegeben habe, präsentierte ihm Dulles die Rechnung des an französischem Verschulden gescheiterten EVG-Projekts. Unter den Bedingungen der EVG seien Franzosen und Deutsche mit einer dauerhaften Europäisierung der Saar einverstanden gewesen[59].

Vorerst verlagerte sich das Tauziehen um saarpolitische Nachbesserungen somit erst einmal auf die bilaterale deutsch-französische Ebene. Für seine Koalitionspartner hatte der Kanzler nämlich mit der Abwehr einer profranzösischen Saargarantie der Angelsachsen nur den ersten Teil einer nachträglichen Positionsverbesserung erreicht. Offen standen immer noch die Auslegungsdifferenzen um einzelne Bestimmungen des Statuts selbst, die sich bei restriktiver Handhabung durch Paris und Saarbrücken nur zu rasch als administrative Verhinderung dessen herausstellen konnten, was man deutscherseits vertraglich abgesichert glaubte. Die FDP wollte insbesondere die politische Betätigungsfreiheit der prodeutschen Parteien an der Saar eindeutiger ausgewiesen sehen, als dies im Artikel VI des Statuts niedergelegt war, da sie anders als der Kanzler ihre langfristigen Hoffnungen weniger auf ein rechtliches Offenhalten der Saarfrage, sondern wesentlich auf die politische Stärkung des Rückgliederungswunsches in der Saarbevölkerung richtete. Daß sich dabei auch Dehler keinen Illusionen über die Länge der Durststrecke hingab, die den Saarländern voraussichtlich noch auferlegt sein würde, und daß deshalb auch er das Programm der politischen und militärischen Westbindung der Bundesrepublik nicht durch überzogene Intransigenz in der Saarfrage zu gefährden gedachte, erfuhr das Foreign Office vertraulich über die deutsche Vertretung in London[60].

Um aus der Zerreißprobe zwischen den nationalen Wünschen der eigenen Basis und der Koalitionstreue ihres Regierungsflügels herauszukommen, gleichzeitig aber auch das deutsch-französische Verhältnis nicht weiter zu strapazieren, schlug Vizekanzler Blücher seinem Kanzler seitens der FDP daher vor, die Saarfrage auf WEU-Ebene zu heben. Da die künftige WEU nach seiner Interpretation als eigentliche Garantin für seine Durchführung das Statut als Ganzes billigen mußte, konnte man ihr doch deutsche und französische Auslegungsdesiderata zuleiten und sie damit von neutraler Seite entscheiden lassen[61]. Dadurch wäre die Streitfrage den nationalen Wünschen und Emotionen der beiden Kontrahenten entzogen und wieder stärker an das ursprüngliche europäische Lösungsmodell herangerückt worden. Im Interimsausschuß, der bis zum Inkrafttreten der Pariser Verträge die Vorarbeiten für die Ausgestaltung der künftigen WEU zu leisten hatte, stellte man sich jedoch auf Antrag der Regierungen in Bonn und Paris auf den Standpunkt, die Saarfrage auf

[59] Gespräche von Mendès France mit Eisenhower und Dulles, 18. u. 19. 10. 1954, in: FRUS V/2, S. 1481–1485 bzw. in: DDF 1954, Annexes, S. 180; vgl. auch Makins aus Washington, 20. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 609/CW 1081/510 sowie François Seydoux, Beiderseits des Rheins, Frankfurt/M. 1975, S. 187.

[60] Notiz Hancocks, 4. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 608/CW 1081/474.

[61] Blücher an Adenauer, 6. 11. 1954, in: Zwischenarchiv Hangelar, B 136/937.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bilateraler Ebene zu belassen[62]. Damit erledigte sich Blüchers Vorschlag, der letztlich daran krankte, daß er der WEU europapolitisches Gewicht beimaß, das sie faktisch nicht besaß.

Freilich stand zunächst auch die bilaterale Kontaktaufnahme zwischen Blankenhorn und Soutou noch unter einem Unstern. Anders als vereinbart waren diese Fühler nämlich vorzeitig an die Bonner Öffentlichkeit gedrungen und deshalb in der ersten Verärgerung von Soutou rundweg dementiert worden. Besonders übel nahm man es der Bundesregierung dabei, daß sie den Eindruck möglicher substantieller Nachverhandlungen zu erwecken suchte, wo Paris bestenfalls zur Klärung einiger Verfahrensfragen über die Anwendung des vereinbarten Statuts bereit war. Adenauer habe mit NATO-Beitritt und Souveränität genügend innenpolitisch verwertbare „Munition" aus den Pariser Konferenzen mitgenommen. Daher brauche man die Bonner „Agitation über die Saar nicht allzu tragisch nehmen", da der Kanzler voll Herr der Lage sei. Das französische Außenministerium lehnte deshalb jede Verschlechterung der innenpolitischen Position von Mendès France durch nachgeschobene Saarverhandlungen in Richtung auf ein „interpretatorisches Protokoll" strikt ab[63].

Adenauer spielte die Tragweite der innerkoalitionären Saarkritik zu diesem Zeitpunkt ebenfalls noch herunter. Für ihn verbarg sich dahinter nur das übliche taktische Geplänkel im Angesicht der bevorstehenden Landtagswahlen. Danach, so ließ er Hoyer Millar wissen, würden die innenpolitischen Temperaturen ganz von selbst sinken und es ihm ermöglichen, seine kleineren Koalitionspartner wieder „in die Reihe zu bringen"[64]. Im übrigen erhoffte sich der Kanzler vorteilhafte Wirkungen von einem Eingehen auf die Wünsche der kleineren Parteien bei der Neufassung des Wahlgesetzes, durch die ihnen eine Art politischer Überlebensgarantie bei künftigen Wahlen gegeben werden sollte. Vor allem BHE und DP würden sich damit vermutlich ködern lassen[65]. Da auch aus der FDP beruhigende Nachrichten über eine sichere Kanzlermehrheit für die Westverträge vorlagen, ließ London sich selbst durch wesentlich alarmiertere Analysen des State Department nicht von seinem lediglich beobachtenden Kurs abbringen[66].

Inzwischen ließ Soutou wissen, daß er Blankenhorn nunmehr in Paris empfangen werde. Wohl sehe man Adenauers Schwierigkeiten auch jetzt noch nicht als „unüberwindlich" an, doch sei man zur Diskussion einiger offener Verfahrensfragen bereit. Nur durften sich daraus keine generellen interpretatorischen Festlegungen

---

[62] Sitzung des Interimsausschusses der WEU, 28. 10., Fragebogen seines Generalsekretärs, 6. 11. und dessen Bericht über die Außenministersitzung der künftigen WEU-Staaten, 21. 12. 1954, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), Freiburg, BW 2/584.

[63] Jebb aus Paris, 6. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 608/CW 1081/477 u. 478; vgl. auch Mendès France an Bérard, 10. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 678 ff.

[64] Hoyer Millar aus Bonn, 8. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 608/CW 1081/482.

[65] Conant aus Bonn, 9. 11. 1954, in: FRUS V/2, S. 1469.

[66] Mende an Hoyer Millar, 22. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 608/CW 1081/485; dagegen Analyse der US-Hochkommission, 5. 11. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/11-554.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ergeben, durch die Mendès France in den Augen der französischen Öffentlichkeit seiner in den Saarverhandlungen erzielten Erfolge verlustig gehen würde. Blankenhorn machte dagegen klar, daß er mehr im Sinne hatte als lediglich die Feinabstimmung in Verfahrensfragen. Die deutsche Seite strebte vielmehr, wie in Paris befürchtet, einige noch nicht näher konkretisierte „Zusätze" zum Statut an, die von beiden Regierungen unterzeichnet und damit zum nachträglichen Vertragsbestandteil gemacht werden sollten[67].

Daß sich der Kanzler der in Paris zu erwartenden Schwierigkeiten voll bewußt war, machte seine Taktik am 12. November im Kabinett deutlich. Während Blankenhorn bereits zu Nachverhandlungen nach Frankreich unterwegs war, kämpfte Adenauer vor seinen Ministern mit harten Bandagen für saarpolitischen Realismus. Seinen Kritikern warf er „übersteigerten Nationalismus" vor, durch den der größere Gedanke einer deutsch-französischen Versöhnung zerredet werde. Insbesondere stemmte er sich gegen den FDP-Vorschlag, Pariser Verträge und Saarabkommen getrennt ratifizieren zu lassen. Damit wollten sich die Saarkritiker einen Ausweg für ihre grundsätzliche Zustimmung zur Westpolitik des Kanzlers bei gleichzeitiger Ablehnung seiner getroffenen Saarübereinkunft öffnen. Eine derartige Lastenverteilung war aber durchaus nicht nach dem Geschmack des Kanzlers. Deshalb warnte er seine kleineren Partner vor unterschiedlichem Abstimmungsverhalten, das die gesamte Koalition in Gefahr bringe. Freilich konnte schließlich auch er sich dem mehrheitlichen Verlangen seiner Minister nicht entziehen, die beschleunigte interpretatorische Klärungen in Paris empfahlen. Dies schien schon deshalb unumgänglich, da eine Überprüfung des Saarabkommens auf seine Verfassungsmäßigkeit bevorstand, die bei fortbestehenden Auslegungsdifferenzen zwischen Bonn und Paris den ganzen Ratifizierungsprozeß anhalten konnte[68].

Wenn Adenauer also mit dem Gedanken gespielt haben sollte, Blankenhorn lediglich als Zeichen seines guten Willens nach Paris zu schicken, im übrigen aber die Erwartungen im Kabinett von vornherein auf ein Minimum zurückschrauben zu können, dann mußte er sich an diesem 12. November eines Besseren belehren lassen. Mit umso größerer Erleichterung mußte er es daher empfinden, wenn neben der diskreten Zusicherung von Dulles über eine Nichterneuerung der profranzösischen Saargarantie jetzt auch Blankenhorn erste hoffnungsvolle Nachrichten aus Paris mitbrachte. Zwar hatte der Emissär schnell erkennen müssen, daß die Substanz des Saarabkommens nicht mehr verhandelbar, wohl aber Entgegenkommen bei dessen Durchführung zu erlangen war. Für den bevorstehenden Abstimmungskampf an der Saar lenkte Paris nämlich in der Frage einer gemeinsamen Überwachungskommission der WEU ein. Anders als von der FDP gewünscht, würde sie allerdings nicht als permanentes Organ bis zum Abschluß eines Friedensvertrages institutionalisiert werden. Immerhin konnte sie aber bis zur ersten Volksabstimmung die Gewähr

[67] Jebb aus Paris über Gespräch mit Soutou, 10. 11. und Hoyer Millar aus Bonn über Gespräch mit Blankenhorn, 11. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 608/493 bzw. 494.

[68] Sitzung des Bundeskabinetts, 12. 11. 1954, BKA, B 136, Bd. 21 A.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dafür bieten, daß Frankreich oder die Saarregierung die eben gewährten politischen Freiheiten nicht durch restriktive Handhabung teilweise wieder kassieren würden[69].

Unmißverständlich klang allerdings auch eine parallel dazu eintreffende Mahnung aus Washington, daß Regierung und Öffentlichkeit in den USA fest mit einer deutschen Ratifizierung des gesamten Vertragswerkes einschließlich des Saarvertrages rechneten. Anderenfalls werde die Schuld am Scheitern des westlichen Einigungswerks allein der Bundesrepublik zufallen[70]. Vor diesem Hintergrund suchte Adenauer am 19. November seine widerstrebenden Minister mit einer taktischen Mischung aus Erfolgsmeldung und Warnung wieder auf seinen Kurs zu zwingen[71]. Zunächst ließ er sein Kabinett wissen, daß der französische Vorstoß für eine Erneuerung der angelsächsischen Saargarantien faktisch abgewiesen sei. Dann aber nahm er seine Kritiker in seltener Deutlichkeit an. Wenn mit Blick auf die Saar aus Koalitionskreisen behauptet werde, daß niemand das Recht zum Ausscheiden aus dem deutschen Staatsverband habe, so erinnere er daran, daß der Fortbestand des Deutschen Reiches „nur eine Fiktion" sei. In der Politik entscheide aber allein die „Realität", und die zeige nun einmal, daß die Saar de facto gar nicht zum Bundesgebiet gehöre. Versuche man also das Problem mit deutschen Maximalforderungen zu lösen, dann setze man die Bundesrepublik der Gefahr der Isolierung aus.

Doch die Kanzlerkritiker, allen voran Jakob Kaiser, waren nicht zu überzeugen, sondern forderten erneut getrennte Abstimmungen im Bundestag über die verschiedenen Teile der Pariser Verträge sowie weitere Nachverhandlungen mit Frankreich. Die Situation verschärfte sich, als nunmehr auch aus den Reihen von DP und BHE zeitlicher Aufschub für die Ratifizierung bis zum Abschluß von Blankenhorns Kontakten zur französischen Regierung gefordert wurde. Daher mußte Adenauer jetzt seine Gegenwehr gegen getrennte Abstimmungsgesetze aufgeben. Als auch dies die Situation im Kabinett nicht voll bereinigte, ließ der Kanzler als letzte Waffe endlich Blankenhorn über seine Pariser Gespräche berichten.

Kaiser und die FDP-Minister konnte er damit nicht umstimmen, da sich der Gesamtdeutsche Minister durch bohrende Nachfragen schon kurz nach Blankenhorns Rückkehr ein eigenes Bild von den Ergebnissen dieser Reise gemacht hatte. Dabei war vor allem zutage getreten, daß Paris, wie befürchtet, unbeschränkte Meinungsfreiheit für die prodeutschen Saarparteien nur bis zum ersten Referendum und nicht bis zu einem Friedensvertrag zulassen würde[72]. Wenigstens zeigten sich jetzt aber die schwankenden Minister von DP und BHE nach interner Beratung während einer Sitzungspause dazu bereit, die Westverträge einschließlich des Saarabkommens unter folgenden Bedingungen mitzutragen:

---

[69] Protokoll der Besprechung Blankenhorn-Soutou, 13. 11., in: DDF 1954, S. 713–716, sowie Allen aus Bonn, 13. u. 15. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 608/CW 1081/498 bzw. 499.

[70] Krekeler aus Washington, 16. 11. 1954, in: PAA, BStS.

[71] Sitzung des Bundeskabinetts, 19. 11. 1954, BKA, B 136, Bd. 21A; vgl. auch François-Poncet aus Bonn, 20. 11. 1954, in: DDF 1954, S. 761 f.

[72] Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 344.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Die Westverträge durften nicht als Paket, sondern mußten in vier getrennten Ratifizierungsgesetzen im Bundestag eingebracht werden.
2. Auf die weiterhin ablehnenden Kabinettsmitglieder durfte kein Gewissenszwang ausgeübt werden.
3. Blankenhorn mußte auf jeden Fall seine Sondierungen mit Soutou zur weiteren Klärung von Auslegungsproblemen fortsetzen.

Damit war dem Kanzler zwar eine Schadensbegrenzung innerhalb seiner Koalition gelungen, doch der Preis dafür war hoch. Erstmals mußte er in einer zentralen außenpolitischen Frage eine gespaltene Abstimmung seines Kabinetts und seiner Koalition hinnehmen.

Wie alarmiert Bonns Partner über die Verhärtung insbesondere in der FDP waren, deren Fraktion und Vorstand sich inzwischen einstimmig gegen das Saarstatut ausgesprochen hatten[73], zeigt die Reaktion der britischen Hochkommission auf die Nachrichten über die letzte Kabinettssitzung. Hier spielte man jetzt offen mit dem Gedanken an eine direkte Einwirkung auf die Liberalen und ihren Vorsitzenden Dehler. Dabei wollte man gemeinsam mit den Amerikanern vorgehen, um den Dissidenten die internationalen Gefahren ihres Verhaltens möglichst eindringlich vorzuführen. Freilich war sich Hoyer Millar der Probleme solcher Vorstöße bewußt, die leicht den gegenteiligen Effekt erzielen konnten, wenn sie bei der FDP als äußere Pressionen ankamen. Deshalb suchte er den Gedankenaustausch mit den Kanzlerberatern Blankenhorn und Globke. Wenig Ermutigendes bekam er vom Kanzleramtschef zu hören. Der Kanzler überlege ernsthaft, wie lange er die Abweichung der FDP von seiner politischen Linie noch hinnehmen könne und ob er ihre Minister nicht schon in Kürze vor die Kabinettsfrage stellen müsse. Beruhigender klang da schon Blankenhorns Stellungnahme, der momentan noch von direktem angelsächsischen Druck auf Dehler abriet. Man sollte vielmehr erst einmal seine weiteren Gespräche mit Soutou und das Treffen Adenauers mit den Länderchefs abwarten[74].

Unterstützt vom stellvertretenden französischen Hochkommissar Bérard nahm Hoyer Millar dennoch schon einen Tag nach der Kabinettssitzung die Gelegenheit wahr, um Justizminister Neumayer (FDP) bei einem Abendessen auf die Probleme bei einem Aufschnüren des Vertragspakets hinzuweisen. Paris werde den deutschen NATO-Beitritt nicht akzeptieren, solange die deutsche Zustimmung zur Saarvereinbarung ausstehe. Verzögere sich dadurch aber der gesamte Ratifizierungsprozeß, dann käme schließlich die Bundesrepublik vor der westlichen Öffentlichkeit in die Rolle des Störenfrieds wie Frankreich in der Endphase der EVG. Neumayer beharrte dagegen auf der Parteilinie, daß der Westen den Deutschen an der Saar einen unbilligen Preis für die Pariser Verträge abverlange. Die Aufstellung von

---

[73] Fraktionsbeschluß vom 29. 10., Vorstandsbeschluß vom 5. 11. 1954, KAG 1954, S. 4821 F bzw. 4829 D.

[74] Hoyer Millar aus Bonn, 22. 11. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 609/CW 1081/540. Der Kanzler selbst erklärte François-Poncet sogar, nach den Landtagswahlen werde er „rundheraus und brutal" die Koalitionsfrage aufwerfen, da er Dehlers Quertreibereien leid sei, in: DDF 1954, S. 782 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwölf Divisionen für die gemeinsame Verteidigung sei für sich genommen schon ein Verlangen, das in der Bundesrepublik keinen ungeteilten Beifall finde. Dies aber auch noch mit der Preisgabe von einer Million Deutscher an der Saar zu bezahlen, sei mehr, als man seiner Partei zumuten könne[75].

Zunächst richteten sich indes alle Blicke auf die neue Verhandlungsrunde zwischen Blankenhorn und Soutou, die für den 26. November, also unmittelbar vor den als wichtigste Stimmungsbarometer angesehenen Landtagswahlen in Bayern und Hessen, angesetzt war. Neben dem Wunsch nach schriftlicher Absicherung des französischen Zugeständnisses für eine WEU-Überwachungskommission im Abstimmungskampf nahm der deutsche Emissär drei weitere Verhandlungspunkte mit: gemeinsame deutsch-französische Vorschläge an die WEU über die Funktionen eines künftigen Saarkommissars und die Regelung des Abstimmungsverfahrens beim ersten Referendum sowie die Zustimmung Frankreichs zu einem Schiedsgericht der WEU für Auslegungsdifferenzen über das Statut. Dabei war Blankenhorn nach den Erfahrungen seines ersten Treffens zuversichtlich, daß sich zumindest jenes Minimum an Nachbesserungen erreichen ließ, das die Koalitionskrise mildern half. Dieser Optimismus wurde durch zusätzliches französisches Entgegenkommen zunächst durchaus gerechtfertigt. Die Medien sollten im Abstimmungskampf für alle Parteien offenstehen und die Autonomielösung zumindest von Einzelpersonen, wenn auch nicht von organisierten Gruppen oder Parteien, selbst nach Inkrafttreten des Statuts kontrovers diskutiert werden dürfen. In der US-Hochkommission blieb man daher zwar weiterhin skeptisch über die endgültige Haltung der Franzosen, sah beide Kontrahenten mit dem eingeschlagenen Kurs aber immerhin auf dem richtigen Weg[76].

Auf einer ganz anderen Ebene versuchte sich der Kanzler inzwischen selbst Erleichterung zu schaffen. Trotz der Vereinbarung im Kabinett, die Dissidenten keinem Gewissenszwang auszusetzen, forderte er seinen widerspenstigen Gesamtdeutschen Minister Kaiser schriftlich auf, „völlige Klarheit ... über Ihre Einstellung zu den sämtlichen Pariser Verträgen und Vereinbarungen" herzustellen. Gleichzeitig versuchte er, wenn auch erfolglos, dem Gesamtdeutschen Ministerium das Saarreferat zu entziehen. Eine Kampagne des Deutschen Saarbundes, einer Vereinigung von Parlamentariern aller Bundestagsparteien, die in dem Satz gipfelte, „Kain, wo ist Dein Bruder Abel? Adenauer, wo ist die Saar?", nahm er schließlich zum Anlaß, Kaiser zur Rechnungslegung über alle Zahlungen aufzufordern, die aus seinem Ministerium an die Statutsgegner geleistet wurden. Freilich ging er nicht so weit, diese kaum getarnten Unterstützungsgelder an die prodeutschen Organisationen und Parteien jetzt oder während des Abstimmungskampfes zu unterbinden. Auch in seinem Interesse lag schließlich eine langfristige Stärkung dieser Kräfte, die zudem bis in seine Koalition Widerhall fanden[77].

---

[75] Hoyer Millar aus Bonn, 22. 11. 1954, wie Anm. 74.

[76] Conant aus Bonn, 26. 11. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/11-2654.

[77] Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 314 und 342 f. sowie Schneider, Wunder, S. 346.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Dissens mit Kaiser und Dehler reichte indes zu tief ins Prinzipielle der Deutschlandpolitik, als daß derartige Disziplinierungsversuche noch die erhoffte Wirkung zeitigen konnten. Eine wenigstens zeitweilige Entlastung durfte der Kanzler vielmehr erst vom Wahlausgang in Bayern und Hessen am 28. November erwarten. In beiden Bundesländern verloren die Unionsparteien zwar im Vergleich zum guten Ergebnis bei der Bundestagswahl von 1953; gegenüber den Landtagswahlen von 1950 legten sie dagegen zu. Der Stimmenzuwachs ihrer schärfsten saarpolitischen Gegner, SPD und FDP, erhöhte sich wohl im Verhältnis zur Bundestagswahl, lag aber nicht wesentlich über den letzten Landtagswahlen. Einigermaßen beruhigt analysierte die US-Hochkommission daher, daß die Außenpolitik trotz der Heftigkeit der Saarauseinandersetzungen nicht wirklich auf das Wahlverhalten durchgeschlagen habe, das Ergebnis mithin zumindest als „ein moralischer Sieg für den Kanzler" zu bewerten sei[78].

Der relative Erfolg des Kanzlers an den Wahlurnen zog freilich nicht nur positive Wirkungen nach sich. Das bekam Blankenhorn bei seinem nächsten Treffen mit Soutou zwei Tage später zu spüren. Die französische Konzessionsbereitschaft war wie weggewischt. Statt dessen setzte jetzt geradezu ein „Wettbewerb" darüber ein, „welche Seite das schwärzere Bild von der innenpolitischen Lage der eigenen Regierung zeichnen konnte"[79]. Doch auch eine andere Seite wurde bei dem Tauziehen dieser Wochen zwischen Paris und Bonn sichtbar. Bei allem Fixiertsein auf die eigenen Schwierigkeiten verloren die beiden Regierungschefs und ihre engsten Mitarbeiter doch nie ganz aus den Augen, wie sehr sie für den Gesamterfolg der Konferenzergebnisse von London und Paris aufeinander angewiesen waren. Wie Soutou in den beiden Wochen vor den wichtigen Landtagswahlen um Entgegenkommen bei seinen deutschen Verhandlungspartnern bemüht war, so erkannte jetzt Blankenhorn die gestiegenen französischen Schwierigkeiten an und zeigte sich daher zu einem Aussetzen der bilateralen Verhandlungen bis nach Abschluß der Debatten in der Nationalversammlung bereit[80].

Anfang Dezember kamen zudem hoffnungsvolle Signale aus dem Quai d'Orsay. Es verbreitete sich nicht nur der Eindruck, daß Mendès France endlich sein Streben nach einer Erneuerung der angelsächsischen Saargarantien aufgegeben hatte. Wesentlicher für seine innenpolitische Lage schien eine maßvolle Rede de Gaulles am 4. Dezember, die erwarten ließ, daß die Gaullisten bei den Ratifizierungsdebatten um die Pariser Verträge keine Obstruktion um jeden Preis betreiben würden. Soutou gab sich jedenfalls im Gespräch mit Jebb und Dillon nicht mehr allzu besorgt wegen der Saarfrage. Adenauer liege mit den Blankenhorn-Missionen hauptsächlich daran, den Nachweis laufender Nachverhandlungen vor der politi-

[78] US-HICOG aus Bonn, 29. 11. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/11-2954; ähnlich Hoyer Millar aus Bonn, 8. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 610/CW 1081/569; die Wahlergebnisse sind abgedr. in: KAG 1954, S. 4870C.

[79] Jebb aus Paris über Gespräch mit Böker von der Deutschen Diplomatischen Vertretung, 3. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 610/CW 1081/565.

[80] Gespräch Kirkpatricks mit Blankenhorn, 1. 12. 1954, in: ebenda, CW 1081/544.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik zu erbringen. Zudem werde sich die französische Regierung trotz ihrer momentanen restriktiven Haltung schließlich doch wieder zu Konzessionen verstehen. „Ganz unakzeptabel" sei allerdings die weitergehende deutsche Forderung, den Saarländern auch nach dem ersten Referendum die permanente Infragestellung des Statuts zu erlauben. Hier lege das Saarabkommen eindeutig fest, daß sein Inhalt bis zu einem Friedensvertrag nicht mehr zur öffentlichen Disposition stehe[81].

Wie verfrüht indes selbst so vorsichtiger Optimismus zu diesem Zeitpunkt noch war, sollten schon die nächsten Tage zeigen. Da alle Vorstöße Blankenhorns für eine gemeinsame deutsch-französische Interpretation des Statuts faktisch gescheitert waren und neue Verhandlungen wegen der augenblicklichen innenpolitischen Schwierigkeiten in Paris nicht zweckmäßig erschienen, beschritt die Bundesregierung in ihrer eigenen Zwangslage den Weg einseitiger Ausdeutung. In ihrer „Begründung" des Ratifizierungsgesetzes zum Saarabkommen für Bundesrat und Bundestag stellte sie vor allem drei deutsche Erfolge der Pariser Verhandlungen heraus: Mit den Vereinbarungen vom 23. Oktober sei lediglich „eine Art provisorischer modus vivendi" für die Übergangszeit bis zu einem Friedensvertrag geschaffen worden; die politischen Freiheiten der Saarländer, auch nach dem ersten Referendum „für eine bestimmte Regelung der Saarfrage im Friedensvertrage einzutreten", sei gewahrt; mit dem Grundsatz, daß künftig zwischen der Bundesrepublik und der Saar „gleichartige" Wirtschaftsbeziehungen wie zwischen Paris und Saarbrücken entwickelt werden sollten, werde schließlich die einseitige französisch-saarländische Wirtschaftsunion in der Zukunft durch dreiseitige Abmachungen abgelöst[82].

Mendès France, der seit dem 1. November neben den anlaufenden Ratifizierungsdebatten auch noch mit den innenpolitischen Rückwirkungen des Aufstandes in Algerien zu kämpfen hatte, reagierte sofort nach Bekanntwerden der deutschen Absicht zu dieser einseitigen Interpretation. Noch am 3. Dezember ließ er London und Washington wissen, daß er sich nunmehr zu einer Gegendarstellung gezwungen sehe, wolle er nicht die Ratifizierung der Westverträge in der Nationalversammlung in Gefahr bringen[83]. Eine Mahnung des Foreign Office zur Mäßigung fruchtete da wenig. Schon einen Tag später konnte Le Monde aus „autorisierten Kreisen" eine geharnischte Antwort gegen die deutsche Ausdeutung des Statuts abdrucken: Der Rechtsstandpunkt der Bundesregierung über den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sei eine Sache, die Fakten aus dem Saarabkommen deckten sich damit jedoch nicht. Weder sei eine Europäisierung der Saar, wie in der deutschen „Begründung" behauptet, bereits endgültig passé – Artikel I des Statuts fasse sie geradezu als „Ziel" im Rahmen der WEU erneut ins Auge –, noch treffe

[81] Zwei Berichte Jebbs aus Paris über Gespräche mit Soutou, 6. 12. 1954, in: ebenda, CW 1081/561 bzw. 563; de Gaulles Rede vom 4. 12. 1954 ist auszugsweise abgedr. in KAG 1954, S. 4884 D.

[82] Die Begründung Adenauers zum Saarabkommen ist abgedr. in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Anlagenband 33, Drucksache 1062 vom 10. 12. 1954.

[83] Weisung an François-Poncet zur Übergabe einer Protestnote an Adenauer, die gleichzeitig an London und Washington mitgeteilt wurde, 1. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 827 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Interpretation aus Bonn im Falle eines Friedensvertrages den Kern der Sache. Frankreich habe durchaus nicht die Verpflichtung übernommen, bei einem dann notwendig werdenden Referendum die Saarländer „über das endgültige Schicksal der Saar" entscheiden zu lassen; vielmehr würde ihnen lediglich das Ergebnis der vorher am Konferenztisch festgelegten Friedensbedingungen bezüglich der Saar zur Zustimmung vorgelegt. Und um endgültige Klarheit zu schaffen: „Frankreich wird offenbar in diesem Zeitpunkt (auf einer Friedenskonferenz, Anm. d. Verf.) die definitive Konsolidierung des europäischen Statuts verlangen." Im übrigen könne auch keine Rede davon sein, daß Paris und Saarbrücken zwischen erstem Referendum und Friedensvertrag eine „ständige Agitation" gegen das einmal abgesegnete Statut zulassen würden. Ähnlich abweichend vom Vertragstext sei schließlich die deutsche Aussage zu den künftigen Wirtschaftsbeziehungen. Festzuhalten bleibe, daß Artikel XII des Statuts ausdrücklich die Fortdauer der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion festschreibe[84].

Schlimmer hätte es für Adenauer in der Sache kaum kommen können. Noch hielt Paris seine Gegenvorstellungen allerdings im Rahmen des Halbamtlichen. Hinter den Kulissen bemühte sich der französische Botschafter in Washington dagegen um eine Intervention des State Department bei der Bundesregierung, um diese in letzter Minute zu einer weniger weitreichenden Begründung ihres Ratifizierungsgesetzes zu bewegen. Doch die USA gingen mit einer Mahnung zu maßvoller, möglichst eng am Vertragstext orientierter Interpretation auf Äquidistanz zu ihren beiden Verbündeten[85]. Ein Gleiches riet Jebb seiner Regierung aus Paris an. Erst wenn das angekündigte „exposé des motifs" der französischen Regierung „ungebührlich provokativ" ausfallen sollte, sei der Zeitpunkt für ein britisch-amerikanisches Eingreifen in Paris und Bonn gekommen[86]. Als sich der aufs höchste durch den Le Monde-Artikel alarmierte Bundeskanzler daher direkt an Kirkpatrick mit dem Vorschlag für ein sofort einzusetzendes Sachverständigengremium der Westmächte und der Bundesrepublik wandte, um damit möglichst schon bei der 1. Lesung der Ratifizierungsgesetze im Bundestag vom 15. bis 17. Dezember wenigstens auf weiterlaufende Nachverhandlungen verweisen zu können, holte er sich in London eine glatte Absage. Die Stellung von Mendès France sei im Augenblick „so prekär, daß es unklug wäre, vor der Debatte in der Kammer irgendetwas in der Saarfrage zu unternehmen"[87].

Erneut waren Paris und Bonn damit auf den bilateralen Weg zurückverwiesen. Hier war man sich freilich des Teufelskreises bewußt, in dem beide Regierungschefs vor ihren Parlamenten gefangen waren. Adenauer konnte es beim Zustand seiner Koalition nicht mehr wagen, seine Interpretation eines reinen Provisoriums an der Saar abzuschwächen, während Mendès France genau dieses Herausstellen des Vorläufi-

---

[84] Der Le Monde-Artikel ist abgedr. in: KAG 1954, S. 4883 B.

[85] Makins aus Washington, 6. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 610/CW 1081/559.

[86] Jebb aus Paris, 7. 12. und Stellungnahmen im Foreign Office, 7./8. 12. 1954, in: ebenda, CW 1081/566 bzw. 571.

[87] Adenauer an Kirkpatrick, 8. 12. und dessen Antwort, 9. 12. 1954, in ebenda, CW 1081/576.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen seines Verhandlungserfolges nicht mit der ausdrücklichen Auflage der Nationalversammlung nach einer definitiven Saarlösung in Einklang bringen konnte. Sobald der Bundeskanzler daher seine Ratifizierungsgesetze nebst Begründung an das Bundestagspräsidium offiziell weiterleiten würde, war der französische Regierungschef zur öffentlichen Gegendarstellung mit seinem „exposé des motifs" gezwungen.

Die Nachricht über den endgültigen Schritt des Kanzlers in die Öffentlichkeit erreichte Paris während einer Sitzung des auswärtigen Parlamentsausschusses, der sich gerade mit der denkbar geringsten Mehrheit von 16 zu 15 Stimmen bei 11 Enthaltungen für eine positive Empfehlung der Pariser Verträge an die Nationalversammlung ausgesprochen hatte. Der Sozialist Bouhey griff die Meldung sofort zu der Klarstellung auf, daß auch unter den Befürwortern einige nur unter der Voraussetzung zugestimmt hätten, daß die Saarlösung nicht mehr in Frage gestellt werde[88]. Diese unmißverständliche Warnung ließ Mendès France wenig Spielraum zu einer moderaten Reaktion, selbst wenn Adenauer ihm eigene Mäßigung vor dem Bundestag zusagte[89]. Immerhin konnte Botschafter Hausenstein bei Soutou erreichen, daß das französische „exposé des motifs" vor seiner Veröffentlichung dem Kanzler übersandt wurde, um ihm einen minimalen Informationsvorsprung zu geben. Paris hielt sich an diese Absprache und übermittelte die deutsche Fassung am 13. Dezember vormittags an Bonn. Hier löste das Papier Katastrophenstimmung aus. Conant, der zufällig die ersten Reaktionen Adenauers miterlebte, sah einen Kanzler, der völlig konsterniert über den endgültigen Wortlaut wirkte. In dieser Form mache Mendès France seine Stellung im Bundestag „unmöglich". Er lasse ihm letztlich keine andere Wahl, als nun seinerseits eine Reihe französischer Interpretationen mit entsprechender Deutlichkeit öffentlich zurückzuweisen. Der dann ausbrechende Schlagabtausch aber werde die Ratifizierungsdebatten in beiden Ländern schädigen. Sofort war auch der alte Verdacht des Kanzlers wieder geweckt, daß Mendès France die Saarfrage bewußt als Bruchpunkt für die Westverträge hochspiele[90].

Was in Bonn vor allem schockierte, war die zu diesem Zeitpunkt nicht mehr erwartete Erneuerung der französischen Forderung nach öffentlicher Wiederholung der früheren angelsächsischen Saargarantien, womit ein entscheidender Baustein aus der deutschen Argumentation vom Provisorium der derzeitigen Lösung herausgebrochen worden wäre. Die Situation war besonders mißlich, da nach übereinstimmenden Beobachtungen von Hoyer Millar und Bérard jetzt erstmals in dem wochenlangen Tauziehen der Kanzler deutliche Anzeichen nachlassender Spannkraft und Zuversicht zeigte. Er wirkte deprimiert, ja geradezu apathisch, gestand gegenüber dem britischen Diplomaten sogar offen ein, „er wisse einfach nicht, was er als nächsten Schritt vorschlagen solle". Blankenhorn befürchtete gar, daß unter

[88] Dillon aus Paris, 10. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1492.

[89] Adenauer an Mendès France, 9. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 877 f.

[90] Conant aus Bonn, 13. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1492 f.; ähnliche Beobachtungen machten auch Hoyer Millar, in: PRO, F.O. 371/109 610/CW 1081/585 und Bérard, 598 f. (Tagebuch 14. 12. 1954) sowie François-Poncet, 13. 12. 1954, in: DDF 1954, S. 903 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesen Umständen selbst eine „größere Revolte" innerhalb der CDU nicht mehr auszuschließen war. Als Ausweg sah er im Augenblick nur ein Absetzen der Saarfrage von der Tagesordnung der bevorstehenden Parlamentsdebatte, um einen Eklat zu vermeiden und Zeit für „Dringlichkeitsgespräche" der Westmächte mit der Bundesregierung zu gewinnen[91].

„Ausgesprochen ungehalten" reagierte aber auch Dulles gegenüber dem britischen Botschafter Makins. Nach der deutlichen Sprache während des Besuches von Mendès France in den USA bewertete er insbesondere dessen erneuten Vorstoß in der Garantiefrage als „ein weiteres Beispiel für die abwegigen Methoden" des französischen Regierungschefs. Nur wußte auch Dulles im ersten Moment nicht, was er konkret unternehmen sollte. Doch schloß er nicht aus, daß die USA jetzt den mehrfachen Bitten aus Bonn entsprechen und in der Garantiefrage ihre ablehnende Haltung klarstellen könnten, selbst auf die Gefahr einer Belastung der Ratifizierungsdebatte in Paris hin. Jedenfalls ließ er London schon am folgenden Tag wissen, daß der Schwerpunkt der amerikanisch-britischen Anstrengungen erst einmal bei der Sicherstellung des Ratifizierungsprozesses in der Bundesrepublik liegen müsse[92].

Blankenhorn riet seinem Kanzler zudem, die Saarfrage ganz von der Tagesordnung zu nehmen, um wenigstens das Gesamtwerk der Pariser Verträge nicht unter den jüngsten deutsch-französischen Querelen leiden zu lassen. Nur wäre damit schon rein optisch in französischen Augen das Junktim gleichzeitiger Ratifizierungen der Westverträge und des Saarabkommens durchbrochen worden. Deshalb intervenierte Bérard sofort im Kanzleramt und bei der US-Hochkommission mit der Warnung, daß dies auf die französische Nationalversammlung durchschlagen und hier wahrscheinlich zu einer generellen Vertagung der Vertragsdebatten führen werde. Die Verantwortung für den dann eintretenden Zeitverzug im gesamten Ratifizierungsprozeß aber werde allein die Bundesregierung zu tragen haben. Dieses Argument wirkte sofort; Hoyer Millar konnte schon am nächsten Tag Entwarnung in der Vertagungsfrage nach London melden[93].

Nicht ganz so reibungslos ließ sich ein weiterer deutscher Vorschlag entschärfen: die Forderung nach einer sofortigen Viererkonferenz der Westmächte mit der Bundesrepublik oder zumindest deren Ankündigung. Damit wäre der Bundeskanzler im Parlament in der Lage gewesen, sich mit dem Hinweis auf anlaufende Nachverhandlungen einer inhaltlichen Debatte über die Saarfrage zu entziehen. Dieser Schachzug versprach schon deshalb mehr Aussicht auf Erfolg, da er zunächst wenigstens bei der britischen Regierung auf Sympathie stieß. Freilich machte London seine endgültige Zustimmung von einer gemeinsamen deutsch-französischen Einladung zu einer solchen Konferenz abhängig, da schließlich wenig mit einem

---

[91] Blankenhorns Idee einer „Dringlichkeitssitzung" der Westmächte mit der Bundesregierung wird von Hoyer Millar und Bérard überliefert, wie Anm. 90.

[92] Makins aus Washington, 13. und 14. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 610/CW 1081/586 bzw. 588.

[93] Hoyer Millar aus Bonn, 14. 12. 1954, in: ebenda, CW 1081/590; zur Intervention Bérards: ders., Ambassador, S. 598.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einseitigen Schritt für Bonn und damit gegen Paris gewonnen war. Mendès France lehnte den Vorschlag dagegen kategorisch ab. Er hatte die Deutschen vielmehr im Verdacht, ihre Erregung über sein Exposé „über Gebühr aufzublasen", um durch diese Hintertür doch noch zu den von Frankreich stets abgelehnten, substantiellen Nachverhandlungen zu kommen. Damit entfiel aber auch die ursprüngliche britische Bereitschaft zur Unterstützung des deutschen Vorschlags[94].

Wo war unter diesen Umständen überhaupt noch Erleichterung für den angeschlagenen Kanzler zu finden, ohne daß man in Paris verlor, was man in Bonn gewann? Der Hebel mußte am härtesten Brocken für die deutsche Seite angesetzt werden, beim französischen Wunsch nach einer Erneuerung der früheren angelsächsischen Saargarantien. Hier hatte Mendès France alle Warnlampen überfahren, die von London und Washington seit den Pariser Konferenzen aufgestellt worden waren. Auf Adenauers dringenden Hilferuf, der von Conant unterstützt wurde, ließ Dulles dem Kanzler daher noch am 13. Dezember abends eine Botschaft zugehen, die erneut klarstellte, daß die USA nicht bereit waren, über eine im Saarstatut selbst (Art. VIII) vorgesehene Garantie allein für die Laufzeit des jetzigen Abkommens hinauszugehen. Auch auf einer Friedenskonferenz werde Washington nur eine Lösung unterstützen, „die auf der vollen Zustimmung der Saarbevölkerung und der betroffenen Regierungen gleichermaßen beruhte"[95].

Am Vorabend der Bundestagsdebatten war die erste Hektik in Bonn immerhin soweit abgeklungen, daß Adenauer sich dafür einzusetzen versprach, die „Temperaturen" im Parlament abzukühlen. Vieles hing jedoch davon ab, ob das französische Exposé, wie zu befürchten, schon am ersten Debattentag in der Öffentlichkeit bekannt sein würde. Doch selbst dann wollte der Kanzler versuchen, möglichst allgemein darüber hinwegzugehen, einige offene „Streitpunkte" mit Paris einzuräumen, im übrigen aber auf weitere diplomatische Gespräche darüber abzulenken. Conant und Hoyer Millar registrierten diese ruhigere Haltung des Kanzlers zwar mit Genugtuung, blieben aber skeptisch, ob Adenauer mit dieser „simplen Erklärung" vor einem aufgewühlten Bundestag durchkommen würde. Gelang dies nicht, dann hätte es Hoyer Millar lieber gesehen, wenn der Kanzler seine Situation mit dem Hinweis auf Vorgespräche über ein Viererreffen zur Saarfrage zu meistern versuchen würde. Da dieser Ausweg aber an der strikten Ablehnung Frankreichs gescheitert war, blieb in Conants Augen im schlimmsten Fall wohl nur der Rückgriff auf die Dulles-Antwort in der Garantiefrage[96].

---

[94] Zum Tauziehen um den deutschen Konferenzplan: Befürwortung durch Hoyer Millar, Stellungnahme des brit. Kabinetts und Antwort an Hoyer Millar, alle 14. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/591 und CAB 128/27, C.C.86(54); zur französischen Ablehnung: Jebb aus Paris, 13. 12. 1954, in: ebenda, CW 1081/585 und Dillon aus Paris, 13. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1493 f.; zur Haltung des State Department: Makins aus Washington, 14. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/594.

[95] FRUS V/2, S. 1494 f.

[96] Conant an Merchant, 14. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1496 sowie Gespräche Hoyer Millars mit Adenauer und Blankenhorn am 14. 12. 1954 abends, in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/590 bzw. 595.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Noch in der Nacht vom 14. auf 15. Dezember unternahmen Dulles und Eden letzte Anstrengungen, um den Kanzler dringend davor zu warnen, im Eifer des Gefechts bei der kommenden Debatte allzu viel deutsch-französisches Porzellan zu zerschlagen. Vor allem müsse alles vermieden werden, was über langwierige Nachverhandlungen um die Saar in das lähmende Tauziehen bei der Ratifizierung der Westverträge aus EVG-Zeiten zurückführe[97]. Doch bei aller grundsätzlichen Bereitschaft zur Mäßigung beim Kanzler war der öffentliche Dissens zwischen Paris und Bonn nicht mehr aufzuhalten. Wie befürchtet hatten die Abgeordneten des Bundestages noch vor Debattenbeginn deutsche Übersetzungen des französischen Exposés in den Händen; die Kritiker konnten also den Kanzler in der folgenden Debatte direkt stellen. Adenauer blieb unter diesen Umständen auch nach Meinung amerikanischer Beobachter vor Ort gar keine andere Wahl, als nun seinerseits die offenen Auslegungsdifferenzen mit Frankreich einzugestehen und entsprechend der britischen Empfehlung deutsch-französische Kontakte als Voraussetzung für baldige Vierergespräche über die ungeklärten Streitpunkte in Aussicht zu stellen[98].

Daß Adenauer dabei der französischen Regierung Abweichungen in ihrem Exposé vom Vertragstext vorhielt, rief in Paris erheblichen Ärger hervor. Bérard erfuhr aus dem Umkreis des Ministerpräsidenten, daß man am Quai d'Orsay den Vorwurf nicht hinnehmen werde, als habe das Exposé den Saarvertrag „denaturiert"[99]. Wenn Bonn außerdem trotz der bekannten französischen Ablehnung seinen Plan von Vierergesprächen über die Saar wieder aufgreife, so werde es Frankreich nicht an diesem Konferenztisch vorfinden. Paris sehe zwar die innenpolitischen Schwierigkeiten des Kanzlers und sei auch nach den Debatten in Bundestag und Nationalversammlung bereit, die Kontakte Blankenhorn-Soutou über Verfahrensfragen wieder aufzunehmen. Dagegen irre man sich in Bonn, wenn man versuche, durch Mobilisierung innerdeutschen und internationalen Drucks auf Frankreich etwas erreichen zu können [100].

Mendès France spielte damit auf Gerüchte an, daß Adenauer die westdeutschen Parteiführer in den letzten Tagen auf eine Linie eingeschworen habe, das Saarabkommen in 1. Lesung passieren zu lassen und dadurch die Ratifizierung in der Nationalversammlung zu erlangen, um dann in der 2. oder 3. Lesung im Bundestag auf eine härtere deutsche Gangart umzusteigen. Solchen Spekulationen auf „Musik im Januar" nach den französischen Kammerdebatten wollte Mendès France schon jetzt mit aller Deutlichkeit entgegentreten[101]. Wie dies gedacht war, konnte US-Botschafter Dillon aus den ersten Reaktionen in Paris auf die Bundestagsdebatte ent-

---

[97] Zu den gemeinsamen Anstrengungen von Dulles und Eden: FRUS V/2, S. 1501 Anm. 3.

[98] Verhandlungen des deutschen Bundestages, 2. WP 1953, Stenographische Berichte, 61. Sitzung, 15. 12. 1954, S. 3129; Kommentar Conants an Dillon, 15. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1501 f.

[99] Bérard, Ambassador, S. 600.

[100] Jebb aus Paris, 15. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/601.

[101] Ebenda.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen. Die Befürworter einer Ratifizierung der Westverträge würden zwar weiterhin alle Anstrengungen für ein positives Votum der Nationalversammlung noch vor Jahresende unternehmen. Über die dann noch offenen Saarprobleme wollte man mit den Deutschen aber schon vor den 2. Lesungen im Bundestag und im französischen Senat zu einem Ergebnis kommen. Sollte man in der Bundesrepublik also bewußt auf Zeit spielen, dann würde Paris im Frühjahr 1955 zeigen, wie virtuos es mit der eigenen Waffe der noch ausstehenden Ratifizierung im Senat umzugehen verstand[102].

Trotz immer nachhaltigerer Abmahnungen durch London und Washington ließ der französische Regierungschef auch die Garantiefrage nicht auf sich beruhen. Er nutzte vielmehr schon die nächste Gelegenheit der NATO-Außenministerkonferenz Mitte Dezember, um nochmals nachzuhaken. Was er seinen Kollegen Dulles und Eden an diesem 16. Dezember 1954 lieferte, war selbst in den Augen des ebenfalls anwesenden Schatzkanzlers Macmillan „ein brilliantes Stück Kreuzverhör"[103]. Zunächst wiederholte er noch einmal seine Haltung zum Saarstatut insgesamt, das für ihn in der Substanz unantastbar, zur Erleichterung von Adenauers Position aber in Verfahrensfragen bilateral präzisierbar sei. Dabei stellte er klar, daß nicht er, sondern die Bundesregierung mit ihrer interpretierenden Begründung den Weg in die Öffentlichkeit gesucht habe. Damit sei ihm zur Sicherung der Pariser Verträge im französischen Parlament gar nichts anderes übriggeblieben, als dagegenzuhalten. Wenn Adenauer in seiner Bedrängnis einem Aufschnüren des Gesamtpakets der Westverträge nachgebe, dann müßten die Angelsachsen ihm „ernsthaft" die Gefahren einer solchen Versuchung vor Augen führen. Die Warnung war unüberhörbar, daß sonst auch Frankreich nicht zur Ratifizierung der ungeliebten Verträge ohne weitere Verzögerung zu bewegen sei.

Dann ging der französische Regierungschef zu seinem eigentlichen Anliegen, der Garantiefrage, über. Schnelle Übereinstimmung wurde erzielt, daß Amerikaner und Briten eine Garantieerklärung für die Einhaltung des Saarstatuts gemäß seinem Art. VIII vorbereiten und auf gemeinsamen deutsch-französischen Wunsch hin veröffentlichen würden. Zur Unterstützung der laufenden Ratifizierungsdebatten wollten Dulles und Eden außerdem ihre Bereitschaft dazu in einer öffentlichen Absichtserklärung schon jetzt ankündigen. Doch das war nur der erste Teil des von Mendès France Anvisierten. Völlig unberührt von der Vielzahl britisch-amerikanischer Hinweise auf die Unmöglichkeit einer Erneuerung der seit 1946/47 gegebenen Zusagen steuerte er genau diesen wunden Punkt erneut und offensiv an. Glänzend vorbereitet durch das Detailstudium aller früheren Saarversprechen forderte er bei seinen Partnern das gegebene Wort ein. Unausgesprochen stand dahinter die Frage, wie er die Franzosen jetzt für die Einhaltung ihrer vertraglichen Zusagen von London und

[102] Dillon aus Paris, 16. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1503 f.

[103] Harold Macmillan, Tides of Fortune, 1945–1955, London 1969, S. 568; brit. Protokoll in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/630; US-Protokoll in: FRUS V/2, S. 1505 ff.; frz. Protokoll in: DDF 1954, Annexes, S. 187–192.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Paris bewegen sollte, wenn ihnen gleichzeitig ein derartiger Wortbruch ihrer Hauptverbündeten zugemutet wurde. Dulles versuchte mit dem Argument abzuwiegeln, wenn erst einmal das Statut ratifiziert und durch das folgende Referendum abgesichert sei, arbeite die Zeit doch ganz von selbst für Frankreich, da ein Friedensvertrag in absehbarer Zeit nicht in Sicht sei. Doch sein Widerpart ging nicht darauf ein, suchte vielmehr seinerseits seinen beiden Kollegen eine goldene Brücke zu bauen, indem er sie für eine geheime Erneuerung der früheren Zusagen zu gewinnen suchte. Eine solche Erklärung ließe sich ihm selbst und zwei oder drei einflußreichen und diskreten Mitgliedern der Nationalversammlung gegenüber abgeben. Mehr als eine Andeutung von Dulles, der sich durch die ständigen Verweise auf die Serie amerikanischer Versprechen von 1947 bis 1954 zunehmend in die Enge getrieben sah, „daß überhaupt kein Zweifel bestehen könne über die amerikanische Sympathie für Frankreich (auf einer Friedenskonferenz; Anm. d. Verf.)", war indes nicht aus den Angelsachsen herauszuholen. Der amerikanische Außenminister griff schließlich den französischen Vorschlag auf, sich für eine Bedenkzeit zu vertagen, um aus der zusehends ungemütlicheren Anklagesituation herauszukommen. Macmillan kommentierte die „perfekte Vorstellung" des französischen Regierungschefs: „Das war gutes Debattieren, aber vielleicht keine sehr gute Diplomatie, denn es verärgerte beide, Dulles und Eden."[104]

Und in der Tat einigten sich die Außenminister Großbritanniens und der USA intern noch am selben Tag darauf, dem Drängen der Franzosen unter keinen Umständen nachzugeben. Mehr als eine Garantie des Statuts bis zu einem Friedensvertrag, deren Wortlaut Mendès France „in begrenztem Maße zufriedenstellen und gleichzeitig Adenauer nicht schaden würde", sollte es nicht geben. Sollte Paris dennoch auf seiner weitergehenden Garantieforderung beharren, dann würden State Department und Foreign Office die Dulles-Formel aus dessen Schreiben an Adenauer wiederholen, daß man auf einer Friedenskonferenz nur eine Lösung unterstützen könne, die im übereinstimmenden Interesse der Saarländer wie der Regierungen in Paris und Bonn läge. Mendès France mußte erkennen, daß mehr für ihn nicht zu erreichen war, und akzeptierte daher die begrenztere Garantieformel für die Laufzeit des jetzigen Statuts[105].

Parallel zu den Gesprächen der Westmächte in Paris waren in Bonn inzwischen die Debatten um die 1. Lesung der Vertragsgesetze zum Abschluß gekommen. Amerikanische und britische Hochkommission konnten erleichtert nach Hause berichten, daß trotz erheblicher Bedenken innerhalb der Koalitionsfraktionen alle Versuche der Opposition abgewiesen worden waren, die Saarvereinbarungen solange aus dem Vertragspaket herauszunehmen, bis die vom Kanzler angekündigten Nachverhandlungen über divergierende Interpretationen erfolgreich abgeschlossen waren. Die Vertragsgesetze waren vielmehr an die Ausschüsse zur Vor-

[104] Macmillan, ebenda, S. 569.

[105] Gespräch Dulles-Eden, 18. 12. sowie deren Unterredung mit Mendès France, 18. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1507 f. bzw. 1513 f.; vgl. auch Macmillan, ebenda S. 570 (Tagebuch v. 18. 12.).

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereitung der 2. und 3. Lesung überwiesen worden[106]. Offenkundig war aber auch geworden, daß der Kanzler im Februar 1955 nicht mit einer ähnlich komfortablen Mehrheit für seine Saarlösung würde rechnen können wie für die übrigen Vertragsteile. Umso dankbarer griff Bonn daher die französische Bereitschaft auf, die Kontakte zwischen Blankenhorn und Soutou wieder anzuknüpfen. Der Kanzlervertraute fuhr also noch während der laufenden Bundestagsdebatte erneut nach Paris. Über sein Ergebnis zeigte er sich nach seiner Rückkehr „sehr zufrieden". Soutou würde nach dem erhofften Abstimmungserfolg in der Nationalversammlung Anfang Januar nach Bonn kommen, um ein Treffen der beiden Regierungschefs in Baden-Baden zwischen dem 10. und 15. Januar 1955 vorzubereiten. Dabei sollte ein umfassender Meinungsaustausch alle offenen Konfliktpunkte im deutsch-französischen Verhältnis auszuräumen versuchen[107]. Jedenfalls ging Adenauer nach einer Mitteilung Globkes an die US-Hochkommission nunmehr davon aus, daß daraus zwar kein französisches Einlenken in Interpretationsfragen, wohl aber ein Entgegenkommen bei den Durchführungsbestimmungen für das Referendum wie bei den Funktionen eines künftigen Saarkommissars zu erwarten war. Dies würde dem Kanzler zumindest so weit voranhelfen, daß die Zahl der Schwankenden wenigstens bei CDU/CSU und DP bei der 2. und 3. Lesung der Saarvereinbarung unterhalb einer für die Annahme gefährlichen Marge gehalten werden konnte[108].

Dazu mußte Mendés France allerdings erst einmal die Hürde seiner Nationalversammlung nehmen. Im Tonfall moderat, in der Sache aber präzise wie bisher ließ er in seiner zentralen Rede schon bei der ersten Debatte am 23./24. Dezember keine Zweifel aufkommen, daß für ihn die Saarvereinbarung „ein unwiderrufliches europäisches Statut" darstelle und Frankreich deshalb auch künftig „keinen Friedensvertrag akzeptieren (werde; Anm. d. Verf.), der nicht den französischen Wünschen betreffend die Saar konform wäre". So kündigte er zwar erneut Gespräche mit Adenauer über die „Modalitäten der Anwendung", nicht aber über die Substanz des Statuts an, allerdings unter der Bedingung, daß die Saarvereinbarung „nicht von der Gesamtheit der anderen Pariser Abkommen gelöst werden darf"[109]. Mit dieser erneuten Festlegung auf den Verhandlungsauftrag, den ihm die Nationalversammlung für eine definitive Lösung mit auf den Weg in die Pariser Konferenzen gegeben hatte, ging schließlich das Saarabkommen ohne Gegenwind durch das Parlament in Paris. Die Frage war nur, wieviel Spielraum die beiderseitigen Festlegungen vor

[106] Conant aus Bonn, 17. 12. 1954, in: FRUS V/2, S. 1508 f. sowie Allen aus Bonn, 17. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/610; die Debatten vom 15.–17. 12. 1954 sind zusammengefaßt in: KAG 1954, S. 4908 B.

[107] Hoyer Millar über Gespräch mit Blankenhorn, 12. 12. 1954, in: PRO, F.O. 371/109 611/CW 1081/621; vgl. auch Gespräch Blankenhorns mit Dulles in Paris, in: FRUS V/2, S. 1514 f.

[108] Gespräch O'Shaughnessy (US-HICOG) mit Globke, 23. 12. 1954, in: NA, RG 59, 762A.00/12-2354.

[109] Alle Zitate in: KAG 1954, S. 4929 A.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihrer Öffentlichkeit den beiden Regierungschefs für die nachfolgende Kompromißsuche noch lassen würde.

III.

Doch zunächst entspannte sich die Lage um die Saar zu Jahresbeginn 1955 erst einmal. Mendès France ließ wissen, daß er schon bei seinem für Mitte Januar geplanten Treffen mit Adenauer das deutsch-französische Verhältnis nachhaltig zu entkrampfen gedachte[110]. Zur Vorabstimmung reiste Soutou am 5. Januar nach Bonn. Seine Gespräche mit Blankenhorn verliefen nach beiderseitigem Bekunden so erfolgreich, daß schon jetzt alle Zeichen auf einen Erfolg des kommenden Spitzentreffens vorauswiesen. Soutou kehrte zu seiner Kompromißlinie in Durchführungsfragen zurück, akzeptierte also eine WEU-Überwachungskommission für das Referendum sowie einen gemeinsamen Vorschlag für die Befugnisse eines künftigen Saarkommissars und legte sogar seinerseits den Entwurf für eine Vereinbarung zur Sicherstellung der Meinungsfreiheit im Abstimmungskampf vor. Probleme bereitete Blankenhorn allerdings der französische Plan, noch vor der Ratifizierung der Westverträge im Senat ein Wirtschaftsabkommen mit Saarbrücken abzuschließen, das die bestehenden Präferenzen Frankreichs in der Saarwirtschaft „einfrieren" sollte[111]. Mendès France wollte damit frühzeitig parlamentarisches Terrain für die weitere Ratifizierungsdebatte gutmachen, während Bonn um die von Adenauer so groß herausgestellte Gleichartigkeit der deutschen und französischen Wirtschaftsbeziehungen fürchten mußte.

In London maß man den Wirtschaftsfragen indes zunächst keine allzu große Bedeutung bei, interpretierte vielmehr den allgemeinen Optimismus in Paris für die Begegnung in Baden-Baden als Indiz dafür, daß die Saarfrage ihre Blockadewirkung für den weiteren Ratifizierungsprozeß verloren hatte[112]. Günstig standen die Vorzeichen für das Treffen vor allem auch wegen des Vertrauensgewinns, den Mendès France durch sein Stehvermögen in der Nationalversammlung bei Adenauer persönlich errungen hatte. Schließlich hatte er zustandegebracht, was seine Vorgänger mit Blick auf die Einigung des Westens immer versprochen, aber nie durchgesetzt hatten. In ausgesprochen entspannter Atmosphäre konnte daher jetzt die Mehrzahl der offenen Saarprobleme einvernehmlich gelöst werden. Paris und Bonn würden gemeinsam bei den Angelsachsen um eine Garantie des Statuts für seine Laufzeit einkommen und der WEU gemeinsam Vorschläge über das anstehende Referendum und die Befugnisse eines künftigen Saarkommissars machen. Offen blieb in Baden-Baden nur noch die wirtschaftliche Problematik, doch auch darin sah

[110] Gespräche von Mendès France mit Jebb, 3. und 6. 1. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 195/WG 1071/1 bzw. 7.

[111] Bericht Blankenhorns, 7. 1., in: ebenda, 118 272/WG 1082/2 sowie vorbereitendes Papier des Quai d'Orsay über offene deutsch-französische Fragen, Anf. Jan. 1955, in: DDF 1955, S. 17–23.

[112] Braun aus London, 8. 1. 1955, in: PPA, BStS.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mendès France keine schwerwiegenden Hindernisse mehr. Jedenfalls würde Bundeswirtschaftsminister Erhard schon in den nächsten Tagen zu entsprechenden Verhandlungen nach Paris kommen[113].

Für die Bundesregierung hatte die neue französische Doppelstrategie – Entgegenkommen in Durchführungsfragen, Härte bei den Wirtschaftsbeziehungen – allerdings einen Haken. Wieder wie bei den Pariser Verhandlungen vom Oktober 1954 drohte damit nämlich eine Situation, in der Paris den auf Ausräumung letzter Saarhindernisse drängenden Angelsachsen Kompromißwillen auf einem Teilgebiet vorführen und Bonn dadurch in den essentielleren Wirtschaftsfragen zu unverhältnismäßigen Konzessionen zwingen konnte. Blankenhorn und Erhard bekamen diese Taktik schon in der zweiten Januarhälfte bei ihren Gesprächen in Paris zu spüren. Während der eine bei der Abgleichung letzter Formulierungen in Durchführungsfragen mit Soutou gut vorankam, traf der andere bei Mendès France selbst mit seinen Vorschlägen zu gleichartigen Wirtschaftsbeziehungen im Dreieck Paris-Saarbrücken-Bonn auf deutliche Reserve. Besondere Sorgen bereiteten den Deutschen konkrete Hinweise auf französische Anstrengungen, die in Baden-Baden in Aussicht genommenen Dreierverhandlungen durch vorgeschaltete bilaterale Absprachen zwischen Paris und Saarbrücken zu unterlaufen[114].

Doch diesmal blieb auch die deutsche Seite nicht untätig. Noch vor Erhards Reise nach Paris gab Bonn seine bisher geübte Quarantäne gegen die „Separatisten"-Regierung an der Saar auf und schickte den Referatsleiter im Auswärtigen Amt für Westeuropa, Rolf Lahr, insgeheim zum saarländischen Ministerpräsidenten[115]. Für Johannes Hoffmann versprachen die Fäden zu Bonn politischen Gewinn in zweifacher Hinsicht. Vor der Saarbevölkerung mußten die zu gegebener Zeit auf offizielle Ebene zu hebenden Kontakte die Person des Ministerpräsidenten nach der jahrelangen Isolation aufwerten und ihm gleichzeitig für seine kommenden Wirtschaftsgespräche in Paris größeren Bewegungsspielraum verschaffen. Adenauer nahm andererseits den partiellen Prestigegewinn des ungeliebten Saarländers in Kauf, da er zu diesem Zeitpunkt noch äußerst skeptisch über den Ausgang des ersten Referendums dachte[116] und deshalb langfristig auf die Karte wirtschaftlicher Ausgewichtung des französischen Einflusses an der Saar setzte. Die Geheimmission Lahrs zeigt mithin, daß der Bundeskanzler durchaus nicht kampflos deutsche Saarinteressen preiszugeben gedachte.

Einen herben Rückschlag erlitt die deutsche Taktik freilich schon am 18. Januar, als sich Erhard – nach Blankenhorns Auffassung bedingt durch seine außenpolitische Unerfahrenheit – von Mendès France überrumpeln ließ. Statt sich strikt an die

[113] Frz. Protokoll über die Unterredungen in Baden-Baden, 14. 1., in: DDF 1955, Annexes, S. 232 sowie Berichte von Mendès France an Jebb, 16. 1. und von Blankenhorn an Allen, 17. 1. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 196/WG 1071/50 bzw. 118 197/WG 1071/60.

[114] Beith aus Paris, 28. 1. und Hoyer Millar aus Bonn, 5. 2. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 272/WG 1082/29 bzw. 32.

[115] Vgl. Hoffmann, Ziel, S. 386–389 und Lahr, Zeuge, S. 225–229.

[116] Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 105; Lahr, ebenda, S. 226.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am Vorabend in der deutschen Delegation abgesprochene Marschroute zu halten, daß der französische Ministerpräsident unter allen Umständen bei seiner Baden-Badener Zusage festgehalten werden mußte, alle Fragen von dreiseitigem Interesse den vorgesehenen Dreierverhandlungen Bonn-Saarbrücken-Paris vorzubehalten, ließ sich der Wirtschaftsminister auf einen Kompromiß ein. Um die Ratifizierung der Westverträge im Senat zusätzlich abzusichern, sollte Paris schon jetzt bilateral mit Saarbrücken verhandeln dürfen, die erzielten Ergebnisse aber erst zusammen mit dem Saarstatut in Kraft setzen. Bis dahin würde die Bundesregierung Gelegenheit zur Vorlage der eigenen wirtschaftlichen Wünsche an der Saar haben, die aber erst nach der 3. Lesung der Ratifizierungsgesetze im Bundestag bei den vorgesehenen Dreierverhandlungen zur Sprache gebracht werden konnten. Für Blankenhorn kam das einer „Katastrophe" gleich. Nach allen Erfahrungen mit Härte und Verhandlungsgeschick der Franzosen war erneut zu besorgen, daß Paris seine Ernte bereits rechtzeitig eingefahren hatte, bevor Bonn überhaupt in Erscheinung treten konnte[117].

Da half es auch wenig, daß Erhard am 2. Februar eine Erklärung abgab, die aus dem Saarstatut eine deutsche Mitverantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung der Saar ableitete. Für Paris widersprach dieser Versuch, den Fortbestand der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion durch „eine Art deutsch-französisches Kondominium" auszuhöhlen, eindeutig den Festlegungen im Saarabkommen[118]. Wollte die Bundesregierung also ihre eigene Auflockerungsarbeit in Saarbrücken noch zeitgerecht vor Beginn der französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen voranbringen, dann war Eile geboten. Ministerpräsident Hoffmann ließ sich die Fortsetzung seiner mit Lahr begonnenen Gespräche Ende Januar allerdings durch ein weiteres Bonner Entgegenkommen bezahlen. Diesmal mußte Adenauer sich bereits auf die Entsendung eines Bundesministers, nämlich Erhards, zum nächsten Gespräch mit Hoffmann im Pariser Hotel „Royal Monceau" einlassen. Dabei ließ die Saarregierung immerhin deutliches Interesse an einer Verbesserung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik erkennen. Kein Glück hatten Erhard und seine Begleiter jedoch beim Versuch, daraus deutschlandpolitisches Kapital zu schlagen, indem sie Einfluß auf die Verfassungsrevision zu nehmen suchten, die nach Inkrafttreten des Saarabkommens anstand. Hoffmann wollte zwar durch dosiertes Eingehen auf die Bonner Wirtschaftsavancen etwas aus dem übermächtigen Schatten Frankreichs treten, dies aber nicht mit einer Gefährdung der Autonomielösung erkaufen[119]. Bevor das neuerliche Tauziehen um die Saar allerdings in seine entscheidende Phase treten konnte, verwirrten sich die Verhältnisse Anfang Februar erst einmal durch den Sturz der Regierung Mendès France.

---

[117] Frz. Aufzeichnungen über die Pariser Gespräche, 20. 1. 1955, in: DDF 1955, S. 107 f.; vgl. auch Lahr, ebenda, S. 228 und Hoffmann, Ziel, S. 386.

[118] Analyse der Erhard-Erklärung, 2. 2. und Forderung des frz. HICOG nach Richtigstellung durch den Bundeskanzler, 5. 2. 1955, in: DDF 1955, S. 144 f. bzw. S. 145 Anm. 1.

[119] Zu den Gesprächen zwischen 30. 1. und 1. 2. 1955 Lahr, Zeuge, S. 228; Hoffmann, Ziel, S. 387 ff.; DDF 1955, S. 178 Anm. 1.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einen Gewinn trug dem Kanzler die neue Verhandlungsrunde mit Paris und das Spiel hinter den Kulissen mit Saarbrücken aber schon jetzt ein: das Kleinhalten der innerparteilichen Kritikergruppe auf der CDU-Vorstandssitzung am 5. Februar. Adenauer hätte eine Saardiskussion an sich lieber vermieden und seinen schärfsten Opponenten um Kaiser und Altmeier durch Hallstein separaten Einblick in den Stand der Saarverhandlungen gewähren wollen. Doch wie in den Kabinettssitzungen des Vorjahres zwang der Gesamtdeutsche Minister seinem Kanzler eine Generaldebatte vor dem Gesamtvorstand auf. Ähnlich wie seine Minister suchte Adenauer auch seinen Vorstand durch die große Linienführung seiner Außenpolitik und den Verweis auf die konkreten Verbesserungen für die Saarländer im Statut selbst wie durch die seither geführten Nachverhandlungen zu überzeugen. Da sich die Außenpolitiker der Union mit Kiesinger und v. Brentano an der Spitze geschlossen hinter den Kanzler stellten, gelang auch diesmal trotz „einer sehr erregten Debatte" die Isolierung der Kritiker auf die drei Dissidenten Kaiser, Altmeier und dessen Innenminister Zimmer[120].

Nach den einigermaßen entspannten deutsch-französischen Beziehungen im Januar standen jetzt im Februar aber die Unwägbarkeiten der Pariser Regierungskrise im Raum. Doch gerade die dreiwöchige außenpolitische Handlungsunfähigkeit des Quai d'Orsay sollte die zum 26. und 27. Februar anstehende 2. und 3. Lesung der Westverträge – anders als von Bonn zunächst befürchtet[121] – positiv beeinflussen. Die für den Ratifizierungsprozeß im Bundestag so fatalen bilateralen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Paris und Saarbrücken wurden nämlich erst einmal bis Ende Februar unterbrochen. Gleichzeitig hatten die Franzosen sehr zu ihrem Leidwesen eine erkennbare „Versteifung" in der saarländischen Haltung zu verzeichnen. Hoffmanns Wirtschaftsexperten ließen jetzt erkennen, daß sie die bisherige „Wirtschaftsunion" mit Paris hin zu einer weniger bindenden „wirtschaftlichen Zusammenarbeit" revidieren wollten und dafür hinter den Kulissen auch bereits Unterstützung bei den Amerikanern suchten. Grandval warnte den saarländischen Ministerpräsidenten freilich sofort, daß derartige Vorstellungen „nicht die geringste Chance" hätten[122]. Doch vorläufig lagen die bilateralen Wirtschaftsgespräche bis zum 23. Februar auf Eis, und selbst die Regierungserklärung von Edgar Faure wählte dann eine für Bonn wie Saarbrücken relativ ungefährliche Formel, daß seine Regierung eine Lösung anstrebe, „die den wohlverstandenen Interessen der mit Frankreich wirtschaftlich vereinten Saar ebenso konform ist, wie den Interessen Frankreichs und Deutschlands"[123].

---

[120] Adenauer, Erinnerungen, S. 427.

[121] Die US-Hochkommission meldete Mitte Februar, daß man in Bonn sogar überlegte, ob man das Saarabkommen nicht bis zum Abschluß der frz. Regierungskrise ganz aus den Ratifizierungsdebatten im Bundestag nehmen sollte, in: NA, RG 59, 762.022/2-1455.

[122] Grandval aus Saarbrücken, 17. 2. 1955, in: DDF 1955, S. 177 ff.; zum Kontakt von Hoffmanns außenpolitischem Berater Lorscheider zum US-Konsul in Straßburg, siehe: NA, RG 59, 762.022/2-1755.

[123] KAG 1955, S. 5030 H.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer konnte sich somit im Februar von Außeneinflüssen weitgehend unbedrängt auf den Abschluß der Ratifizierungsdebatten im Bundestag konzentrieren. Das knappe Votum des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten[124] hatte indes am 17. Februar erkennen lassen, daß FDP und BHE ihrer Ablehnung des Saarabkommens voraussichtlich auch im Plenum treu bleiben würden. Ein außerordentlicher Parteitag des BHE in Bonn und eine Erklärung der FDP-Fraktion untermauerten dies schon wenige Tage später mit überwältigenden Mehrheiten[125]. Der wachsenden Unlust in der eigenen Partei zur Fortsetzung der Koalition mit den Liberalen, die sich zunehmend nur noch an der Gewinneinbringung bei den Westverträgen beteiligten, die saarpolitischen Kosten dagegen allein auf die Kanzlerrechnung setzten, konnte Adenauer allerdings schon deshalb nicht folgen, weil er an die künftigen Mehrheiten für die Wehrgesetzgebung denken mußte[126]. Daher unternahm er in letzter Stunde einen Versuch zur Disziplinierung der beiden wichtigsten Saarrebellen, Kaiser und Dehler. Seinen Gesamtdeutschen Minister stellte er ziemlich unverhüllt vor die Alternative einer Rückkehr unter die Partei- und Kabinettslinie oder seiner Entlassung als Minister. Doch Kaiser beugte sich dem Druck ebensowenig wie der FDP-Vorsitzende, für dessen Beeinflussung der Kanzler sogar den Bundespräsidenten gewonnen hatte. Kaiser und die Bundesminister der FDP wichen in den entscheidenden Abstimmungen am 26. und 27. Februar in die Stimmenthaltung bzw. in das Fernbleiben von der Sitzung aus, während FDP- und BHE-Fraktion bei Zustimmung zu den übrigen Pariser Verträgen mehrheitlich gegen das Saarabkommen votierten. Allein Vizekanzler Blücher (FDP) folgte seinem Kanzler in die Zustimmung[127].

Bei aller Erleichterung im Westen über das Gesamtergebnis verhehlten sich insbesondere die britischen Beobachter daher nicht, daß der Verlauf der Debatten mit den harten Angriffen Dehlers und Beckers auf die Saarpolitik des Kanzlers erkennbare Spuren im Koalitionsklima zurückgelassen hatte. Wohl wollten wichtige Teile der Partei den Konflikt begrenzt halten. Die breite Gegnerschaft gegen das Saarstatut in den FDP-Landesverbänden wie die wachsende Ungeduld in der Gesamtpartei über die deutschlandpolitische Stagnation der Regierungspolitik ließen im Kanzleramt aber für die Zukunft einige Beunruhigung aufkommen. Ein Gespräch des Kanzlers mit Dehler bereinigte die krisenhafte Zuspitzung in der Koalition jedoch Anfang März fürs Erste[128].

---

[124] Während die übrigen Pariser Verträge mit 20:9 Stimmen an das Plenum überwiesen wurden, votierten im Falle des Saarabkommens nur 16:13 Stimmen für die Regierungsvorlage, in: ebenda, S. 5024 C.

[125] Zum Parteitag des BHE: ebenda, S. 5030 B; zur Erklärung der FDP-Fraktion: ebenda, S. 5033 C.

[126] Zur Koalitionsmüdigkeit in der CDU: Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 347.

[127] Zum Vorgehen gegen Kaiser: ebenda, S. 346 ff.; zur Einschaltung des Bundespräsidenten bei Dehler: Theodor Heuß, Lieber Dehler! Briefwechsel mit Thomas Dehler, Hrsg. v. Friedrich Henning, München/Wien 1983, S. 108 ff.; zu den Abstimmungen: KAG 1955, S. 5041 A.

[128] Berichte Hoyer Millars, 28. 2. und 5. 3. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 259/WG 1074/36 bzw. 53; zur

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In seiner parlamentarischen Bedrängnis hatte sich der Kanzler indes zu einer problematischen Bemerkung hinreißen lassen. Bereits vor dem Bundesvorstand seiner Partei hatte er als einen seiner Erfolge die vertrauliche Zusage der Angelsachsen herausgestellt, daß beide Mächte nunmehr ihre früheren Saarzusagen an Frankreich „als erledigt betrachten"[129]. Während der Ratifizierungsdebatte hatte Adenauer dies jetzt auch öffentlich wiederholt. Die Situation war aus britischer Sicht doppelt mißlich, weil der Kanzler die Haltung Londons zwar in der Tendenz richtig, im Ton aber überzogen hart wiedergegeben hatte. London hatte nämlich Bevins Zusage von 1947 nie offiziell zurückgenommen, sondern lediglich ins Positive gewendet, die künftige Unterstützung auf eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung ausgeweitet. Da mithin zu erwarten war, daß Paris dieser Desavouierung durch den Kanzler ebenso öffentlich entgegentreten würde, stand das Foreign Office wieder einmal vor dem Dilemma, entweder Adenauer korrigieren oder die Franzosen kurz vor Beginn der Ratifizierungsdebatte im Senat düpieren zu müssen.

Der neue französische Außenminister Pinay hatte sich in der Tat noch während der laufenden Bundestagsdebatte beim US-Geschäftsträger in Paris, Achilles, über die Kanzleräußerung erkundigt und erfahren, daß eine so weitgehende Zusicherung auch vom State Department nicht abgegeben worden sei. Gleichzeitig hatte Blankenhorn sofort versucht, Adenauers Einlassung als Stegreifbemerkung herunterzuspielen, und die Angelsachsen gebeten, darüber in der Öffentlichkeit möglichst mit Stillschweigen hinwegzusehen[130]. Da mit dem Bundesrat in Bonn und dem Senat in Paris beiderseits des Rheins noch eine weitere Hürde für die Pariser Verträge zu nehmen war, wollten London und Washington nirgends Öl ins Feuer gießen. Deshalb wurde die Sprachregelung ausgegeben, daß man von sich aus zunächst nicht auf die Kanzlerbemerkung reagieren wollte. Da aber absehbar war, daß man die Sache am Quai d'Orsay nicht auf sich beruhen lassen würde, wollten beide Mächte auf öffentliche Anfragen ihre nach allen Seiten ausgewogenen Erklärungen wiederholen, daß sie auf einer Friedenskonferenz nur eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung unterstützen würden[131].

Wie ungelegen Adenauer derzeit jeder internationale Gegenwind in der Saarfrage kommen mußte, verdeutlichte zur selben Zeit ein Hilferuf des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten an den Kanzler. Da sich im Mainzer Landtag eine Mehrheitsentschließung von SPD und FDP gegen das Saarstatut anbahnte, bat Altmeier dringend um Bonner Schützenhilfe, mit der sich einem derartigen Zusammengehen

---

deutschlandpolitischen Kritik innerhalb der FDP: Sebastian J. Glatzeder, Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer, Baden-Baden 1980.

[129] Sitzung des CDU-Bundesparteivorstands, 5. 2. 1955, in: ACDP, VII-001–004/1, Zitat auf S. 41.

[130] Anfrage Pinays bei Achilles, 25. 2., in: NA, RG 59, 762.022/2-2555 und beruhigende Zusicherung des State Department, 4. 3., in: DDF 1955, S. 287 ff. sowie Bitten um Stillschweigen von Blankenhorn an Hoyer Millar, 26. 2. und an Conant, 5. 3. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 273/WG 1082/51 bzw. in: NA, RG 59, 762.022/3-555.

[131] Interne Sprachregelung, 2./3. 3. 1955, in: PRO, ebenda, WG 1082/70. Das State Department schloß sich dieser Auffassung an, Makins aus Washington, 7. 3. 1955, in: ebenda, WG 1082/71.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegensteuern ließ[132]. Doch inzwischen informierte das französische Außenministerium Washington und London bereits von seiner Absicht, mit einem offiziellen Kommunique auf die Kanzlerbemerkung und andere gegen Frankreich gerichtete Äußerungen in der Saardebatte des Bundestages zu antworten[133]. Paris stellte darin erneut heraus, daß es auf einer Friedenskonferenz die dauerhafte Europäisierung der Saar fordern und dazu auch auf die früheren angelsächsischen Zusagen zurückkommen werde. Parallel dazu veröffentlichte Le Monde die entsprechenden Texte aus Washington und London von 1946 bis 1951. Außerdem betonte das Kommunique noch einmal, daß nach dem ersten Referendum jede Agitation gegen den Inhalt des Statuts vertragswidrig wäre.

Da Adenauer im Bundestag in beiden Punkten – den früheren Zusagen der Angelsachsen wie der Reichweite der politischen Meinungsfreiheit für die Saarländer – deutlich positivere Akzente zugunsten der deutschen Interessen gesetzt hatte, bestand damit kurz vor Beginn der Ratifizierungsdebatte im Bundesrat am 18. März erneut die Gefahr eines deutsch-französischen Schlagabtausches in aller Öffentlichkeit. Der Kanzler, der dem Durchgang der Verträge durch die Länderkammer unmittelbar nach den Abstimmungen im Bundestag noch ausgesprochen zuversichtlich entgegengesehen hatte[134], mußte bei derart offensichtlichen Unklarheiten über die Auslegung des Saarabkommens jetzt um seinen Zeitplan fürchten. Immerhin konnte der Bundesrat zusätzliche Klärungen fordern und die Verträge dazu erst einmal an den Vermittlungsausschuß überweisen. Die Auffassungsunterschiede zwischen Bonn und Paris durften daher nicht weiter in der Öffentlichkeit vertieft werden. Deshalb ließ der Kanzler die angelsächsischen Hochkommissare durch Blankenhorn bitten, die Frage ihrer früheren Zusagen möglichst nicht mehr zu erörtern. Gleichzeitig unternahm die Bundesregierung über ihren Vertreter Hausenstein in Paris eine offizielle Démarche beim Quai d'Orsay, in der sie die französischen Auslegungen zurückwies. Um keinen weiteren Schaden anzurichten, beließ es Bonn aber beim Publikmachen des eigenen Vorstoßes in Paris ohne inhaltliche Erläuterungen[135].

Trotz dieser zurückhaltenden Bonner Reaktion blieb die Stimmung in der französischen Presse jedoch gereizt und gewann zunehmend Einfluß auf die Haltung im Senat[136]. Dabei konzentrierte sich die Diskussion immer mehr auf die Frage der früheren angelsächsischen Zusagen. Der britische Botschafter Jebb war daher skeptisch, ob sich die zunächst von Foreign Office und State Department eingenommene

---

[132] Altmeier an Adenauer, 2. 3. 1955, in: Zwischenarchiv Hangelar, B 136/937.

[133] Weisung Pinays, 4. 3. 1955, in: DDF 1955, S. 286 f.

[134] Gespräch Hoyer Millars mit Blankenhorn, 3. 3. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 260/WG 1074/47.

[135] Hausenstein, Pariser Erinnerungen, S. 143 ff. und Rundtelegramm Pinays, 5. 3. 1955, in: DDF 1955, S. 290 f.; zu den brit. Einwirkungen auf beide Konfliktparteien: Hoyer Millar aus Bonn, 5. 3. und Jebb aus Paris, 7. 3. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 273/WG 1082/64 bzw. 74; die Erklärung für die Öffentlichkeit ist abgedr. in: KAG 1955, S. 5054 A.

[136] Hausenstein aus Paris, 7. 3., in: PAA, BStS, sowie Jebb aus Paris, 8. 3. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 273/WG 1082/76.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Position des Stillschweigens noch allzu lange durchhalten ließ. Seine Kontakte zum Quai d'Orsay signalisierten nämlich wachsende Nervosität in der französischen Regierung, da in der Presse die angelsächsische Zurückhaltung bereits als indirekte Bestätigung von Adenauers Äußerung im Bundestag gewertet wurde. Er empfahl daher der britischen Regierung zumindest eine schnelle öffentliche Klarstellung der eigenen tatsächlichen Haltung. Im französischen Außenministerium wurde dies jedoch wegen der fortschreitenden Stimmungsverschlechterung im Senat als nicht mehr ausreichend betrachtet. Paris drängte vielmehr auf eine Erweiterung der auf Jebbs Anraten in Aussicht gestellten britischen Regierungserklärung. Darin sollte London ein verdecktes profranzösisches Signal etwa in dem Sinne absetzen, daß die britische Regierung die jetzige Saarlösung auch als Grundlage für einen Friedensvertrag befürworten würde, falls ihr die Saarländer, was allgemein angenommen wurde, im bevorstehenden Referendum zustimmten.

Trotz Jebbs Befürwortung dieser Zusatzformel ging das Foreign Office jedoch nicht auf den französischen Wunsch ein. Als Grund ließ Kirkpatrick seinen Botschafter wissen, daß man zum einen Adenauers innenpolitische Position immer noch für zu fragil hielt. Eden blieb daher am 9. März im Unterhaus sehr zur Enttäuschung der Franzosen und zur Zufriedenheit Adenauers bei seiner bisherigen Haltung, daß Großbritannien jede Saarlösung unterstützen werde, die französische, deutsche und saarländische Interessen gleichermaßen einschloß[137].

Um auch den zweiten wunden Punkt, die Frage der politischen Freiheiten nach dem ersten Referendum, noch vor der Debatte im Bundesrat auszuräumen, schickte Adenauer seinen Sonderminister Strauß am 11. März nach Paris. Zwar lehnte die französische Regierung weiterhin jede Neuverhandlung darüber kategorisch ab. Im Gespräch mit Außenminister Pinay erreichte Strauß aber wenigstens eine Formel, mit der beide Seiten leben konnten. Danach sollte die Meinungsfreiheit im Grundsatz für die gesamte Laufzeit des Statuts gewahrt sein. Wo sie allerdings das Prinzip der Saarautonomie oder den inneren Frieden an der Saar berührte, sollte der künftige Saarkommissar unter der Kontrolle des WEU-Ministerrats über die Einhaltung der Statutsbestimmungen wachen[138]. Für die deutsche Seite war die Einhaltung der Meinungsfreiheit damit der Willkür einseitiger Regierungsmaßnahmen aus Paris oder Saarbrücken entzogen, während für Frankreich noch einmal der Grundsatz seitens der Bundesregierung bestätigt wurde, daß das Statut selbst nach dem ersten Referendum nicht mehr in Frage gestellt werden durfte.

Da der ständige deutsch-französische Dissens über Auslegungsfragen somit bis Mitte März seine störende Wirkung in der Öffentlichkeit etwas verloren hatte, blieb der Kanzler bei den Abstimmungen im Bundesrat am 18. März vor äußeren Überra-

[137] Edens Regierungserklärung: KAG 1955, S. 5061 D; Reaktionen darauf: Jebb aus Paris, 9. 3. und Johnston aus Bonn, 10. 3., in: PRO, F.O. 371/118 274/WG 1082/90 bzw. 100; zum vorausgegangenen Tauziehen um eine Nachbesserung zugunsten Frankreichs: Jebb aus Paris, 8. und 9. 3., Makins aus Washington, 9. 3. und Kirkpatrick an Jebb, 9. 3. 1955, in: ebenda, WG 1082/81, 87, 88 und 99.

[138] Frz. Übersetzung des Briefes vom 14. 3. 1955, in: DDF 1955, S. 313 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schungen sicher. Zwar fiel auch hier die Mehrheit für das Saarabkommen knapper aus als für die übrigen Verträge. Das Grundanliegen des Kanzlers war aber gesichert: an deutschen Bedenken würde das Pariser Vertragswerk nicht mehr scheitern. Die Entscheidung lag jetzt allein in Paris.

Für ihre Kritiker hatte die französische Regierung in den zurückliegenden Wochen aber zu viel Entgegenkommen an deutsche Wünsche gezeigt, ohne andererseits in der Frage der angelsächsischen Zusagen Boden gutgemacht zu haben. Deshalb kam für die auf den 23. März angesetzte Vertragsdebatte im Senat jetzt alles darauf an, daß vorher wenigstens die bilateralen Wirtschaftsverhandlungen mit Saarbrücken unter Dach und Fach gebracht werden konnten. Sie hatten am 31. Januar in Paris begonnen, waren dann aber im Strudel der französischen Regierungskrise den ganzen Februar über ausgesetzt und erst am 9. März wieder aufgenommen worden[139]. Sollten sie zunächst bis zum Abschluß des gesamten Ratifizierungsverfahrens, also voraussichtlich bis Anfang Mai, zum Erfolg geführt werden, so mußte Pinay gegenüber der saarländischen Delegation jetzt allerdings den Zeitdruck zumindest für eine vorzeigbare Zwischenlösung verschärfen. Mit dem Druckmittel, daß ohne eine in den Grundzügen festliegende Übereinkunft bis zum 22. März die folgende Senatsdebatte in der Luft hänge, wurde für die Regierung Hoffmann mit ihrem vorrangigen Ziel politischer Autonomie praktisch ein Junktim zwischen den Pariser Wirtschaftsverhandlungen und der Ratifizierungsdebatte im Senat aufgestellt[140].

Dies lief andererseits den Intentionen der saarländischen Wirtschaftsexperten zuwider, die durchaus im Sinne von Adenauers langfristigen Hoffnungen eine Auflockerung der engen französisch-saarländischen Wirtschaftsunion anstrebten. Der Grund dafür lag in zwei immer drückenderen Grundübeln für die Saarwirtschaft aus ihrer allzu engen Verflechtung mit genuin französischem Interesse. Einmal beeinträchtigten die Pariser Handelsbeschränkungen den Zugang der Saarindustrie zu ihren „natürlichen Märkten" in Süddeutschland, ohne daß dies durch die Öffnung zum französischen Binnenmarkt ausgeglichen worden wäre. Hier traf die Montanindustrie der Saar vielmehr auf die Konkurrenz der lothringischen Schwerindustrie, wobei die Regierung in Paris naturgemäß die Interessen der eigenen Industrieregion bevorzugte. Daneben aber führten die Importrestriktionen im Verkehr mit der Bundesrepublik zu einer wachsenden Überalterung der an westdeutsche Maschinen gebundenen Saarbetriebe und zu einem überhöhten Investitionsbedarf für die notwendigen Modernisierungen, der wegen der französischen Kapitalschwäche wesentlich aus bundesdeutschen Quellen gestillt werden mußte[141].

---

[139] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 119ff.

[140] Ebenda, S. 117 und Hoffmann, Ziel, S. 390.

[141] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 69 und 110 sowie Gespräch Grandvals mit Hoffmann, 29. 3. 1955, in dem der saarländ. Ministerpräsident außerdem dringend die baldige Aufnahme dreiseitiger Verhandlungen, also unter Einschluß Bonns, forderte, um vor der westdeutschen und saarländischen Öffentlichkeit nicht mit dem Makel eines Abschlusses unter frz. Druck belastet zu sein, in: DDF 1955, S. 361f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diesem Ziel, die bisherige Wirtschaftsunion zugunsten einer weniger bindenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Paris aufzuweichen, stand freilich das französische Junktim zwischen der Sicherung der eigenen Saarinteressen und der Ratifizierung der Pariser Verträge im Senat gegenüber. In zeitweilig erregten Verhandlungen ließ sich daher in der Nacht vom 19. auf den 20. März schließlich Ministerpräsident Hoffmann aus seinem übergeordneten Autonomieinteresse zu einem Protokoll bewegen, das schon im Artikel I festhielt: „Frankreich und das Saarland bilden eine Währungs- und Zollunion, aus der sich eine Wirtschaftsunion ergibt."[142] Zwar war in einigen Passagen formal die Zusage an Bonn berücksichtigt, daß Raum für ein späteres Einbringen der im Statut festgelegten Möglichkeit zu gleichartigen Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik bleiben sollte. Bei der Hartnäckigkeit der französischen Verhandlungsführung war indes schon jetzt der Startvorteil unverkennbar, den Paris mit diesem Protokoll für die künftigen Dreierverhandlungen gewonnen hatte.

Da die Westverträge in den am 23. März begonnenen Senatsdebatten aber bei den Senatoren immer noch erheblichen Bedenken begegneten, mußte sich Faure zu ihrer Sicherung in einer verbindlichen außenpolitischen Regierungserklärung am 26. März neben anderem auch in der Saarfrage noch einmal ausdrücklich festlegen. Danach sollten die bilateralen Wirtschaftsverhandlungen ab Ende März so forciert werden, daß die im Protokoll vom 21. März niedergeschriebenen Grundsätze noch vor Inkrafttreten der Pariser Verträge in einem französisch-saarländischen Wirtschaftsvertrag fixiert und dabei außerdem der immer stärker in den Blickpunkt rückende „Fall Röchling" zufriedenstellend geregelt werden konnten[143].

Mit dem Problem der jahrelang unter französischer Zwangsverwaltung stehenden Völklinger Stahl- und Hüttenwerke war ein letzter schwerer Brocken vor die Lösung der Saarfrage gewälzt worden[144]. Als Ergebnis eines Kriegsverbrecherprozesses gegen die Firmenleitung in Rastatt 1948 war das Röchlingsche Familienunternehmen unter französische Sequesterverwaltung gestellt worden. Nach jahrelangen erfolglosen Versuchen zur Freigabe ihrer Eigentumsrechte hatte die Familienspitze schließlich seit 1953 Verhandlungen zum Verkauf ihrer Werke eingeleitet und damit einen Wettlauf um die Mehrheitsanteile ausgelöst. Da direkte Verkaufsversuche nicht zum Erfolg führten, hatte die Familie Ende 1954 einer Schweizer Bank die Option auf die Werke zum Kaufpreis von 200 Millionen Schweizer Franken erteilt. Doch auch die neuen Bemühungen, in die sich die französische Regierung über den lothringischen Konzern Schneider-Creuzot eingeschaltet hatte, waren erfolglos geblieben. Andererseits stand Paris Anfang 1955 unter Handlungsdruck, da Mendès France dem Bundeskanzler bei den Saarverhandlungen im Oktober 1954 die Aufhe-

[142] Abgedr. in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7533 f.; zu den Nachtverhandlungen: Hoffmann, Ziel, S. 392 und Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 123.

[143] Faures Erklärung im Senat: KAG 1955, S. 5089 A.

[144] Ausführliche Darstellung des „Falls Röchling" bei Schmidt, Saarpolitik 3, S. 73–109 und Hoffmann, Ziel, S. 409–413; die frz. Stellungnahmen vom Januar bis Mai 1955 sind inzwischen veröffentlicht in: DDF 1955.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bung aller Sequesterverwaltungen versprochen hatte. Damit bestand die Gefahr, daß die für die französische Öffentlichkeit als „Kriegsverbrecher" ausgewiesenen Röchlings an die Saar zurückkehrten.

Hinter der psychologischen Vorbelastung des Problems steckte indes die gewichtigere Frage nach der wirtschaftlichen Gewichtsverteilung im Saarland, wobei das Völklinger Schmuckstück mit dem Übergang an seine ursprünglichen Eigentümer den Schwerpunkt erheblich zugunsten der deutschen Interessen verschoben haben würde. Umgekehrt mußte die von Paris durchgängig geforderte 60%-Mehrheit an den Besitzanteilen aber auch die Hoffnungen des Bundeskanzlers auf ein langfristiges Ausgewichten des französischen Einflusses an der Saar nachhaltig beeinträchtigen. Von unterschiedlichen Endzielen her trafen sich zudem Bonner und Saarbrükker Interessen, da auch der moderate Kurs wirtschaftlicher Eigenständigkeit der Regierung Hoffmann von einer dauerhaften französischen Hand auf Völklingen erschwert werden mußte. Hinzu kamen bekanntgewordene Stillegungspläne der Franzosen für die Völklinger Produktion im Falle einer französischen Anteilsmehrheit, um die Konkurrenzbedingungen für die lothringische Stahlindustrie zu verbessern. Dies wiederum wäre mit schweren Beschäftigungseinbußen an der Saar verbunden gewesen und alarmierte daher selbst die mit einer Autonomielösung im Saarland sympathisierenden Teile der Arbeiterbewegung.

Die Situation verhärtete sich, als die Bundesregierung während der Saardebatte im Senat am 24. März Kenntnis von Pariser Absichten erhielt, den gordischen Knoten mit einer „Gewaltlösung" zu durchschlagen. Danach sollte die französische Sequesterverwaltung die Familienanteile ohne Rücksicht auf die Röchlings an ein französisches Konsortium verkaufen und den Erlös zur Abgeltung der Eigentumsrechte bei der beauftragten Schweizer Bank hinterlegen. Auf deutsche Bitten wurde die Frage einer derartigen Radikalkur zwar zunächst bis zum Abschluß der Senatsdebatten verschoben. Als Drohung sollte sie jedoch in den folgenden Wochen über Saarbrücken und Bonn hängen bleiben. Für die Bundesregierung ergaben sich daraus Schwierigkeiten in mehrfacher Hinsicht: Bonn wollte die „Schlüsselposition des deutschen Einflusses an der Saar" nicht preisgeben, gleichzeitig aber auch den Ratifizierungsprozeß für die Westverträge in Paris nicht gefährden und schließlich den Röchlings keine Handhabe für den öffentlichen Vorwurf mangelnder nationaler Interessenvertretung liefern[145].

Einen heilsamen Effekt verzeichnete die französische Drohung aber bereits jetzt. In einem Gespräch Pinays mit dem Familienvertreter Ernst Röchling erklärte dieser am 24. März sein grundsätzliches Interesse an einer Drittelung der Firmenanteile beim künftigen Verkauf. Ein Drittel sollte an ein französisches Konsortium, ein weiteres Drittel an eine internationale Interessengruppe und das letzte Drittel an die Familie Röchling fallen. Für Frankreich war damit die Rückkehr der Röchlings als Mehrheitseigner an die Saar vom Tisch, während die deutsche Seite eventuell versu-

[145] Aufzeichnung Blankenhorns, 24. 3., in: PAA, BStS; vgl. auch Conants Gespräch mit B., 19. 3. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/3-1955.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen konnte, ihre Position zusätzlich zu den in Familienbesitz verbleibenden Anteilen durch möglichst breite Beteiligung deutscher Interessenten an dem Aktiendrittel der noch nicht näher bestimmten internationalen Gruppe zu verbessern. Eine Blokkade der Senatsdebatten über die Pariser Verträge durch die Saarfrage war jedenfalls erst einmal vermieden. In der Nacht vom 27. März passierten die Verträge insgesamt ihre letzte Hürde in Paris[146].

Dennoch gestaltete sich die letzte Stufe des Ratifizierungsverfahrens, die Hinterlegung der Vertragsurkunden, wegen der Saarfrage noch den ganzen April über schwieriger als angenommen. Das erste Problem stellte sich in Bonn, wo die SPD-Fraktion mit den eigenen und einigen Stimmen von Saarkritikern aus der Koalition Ende März ein Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht beantragt hatte. Darin sollte überprüft werden, ob das Saarabkommen nicht einen Verstoß gegen das grundgesetzliche Verbot zum Abschluß von Verträgen durch die Bundesregierung darstellte, die Einfluß auf die deutschen Grenzen haben konnten. Das Bundesverfassungsgericht nahm den Antrag am 28. März zwar an, im Bundestag lehnte die Koalitionsmehrheit jedoch gleichzeitig einen weitergehenden SPD-Antrag auf Aussetzen der Ratifizierung bis zum Abschluß neuer deutsch-französischer Verhandlungen über Interpretationsunterschiede ab. Da Blankenhorn den angelsächsischen Hochkommissaren gegenüber außerdem zu erkennen gab, daß Adenauer den Bundespräsidenten dafür gewonnen habe, die Westverträge notfalls noch vor einem Urteil des Verfassungsgerichts in Kraft zu setzen, war von dem SPD-Vorstoß zumindest keine unmittelbare Verzögerungswirkung mehr zu befürchten[147].

Trotzdem geriet das Ratifizierungsverfahren schon Anfang April erneut ins Stokken. Wohl hatte die französische Regierung sofort nach Abschluß der Senatsdebatten die Wirtschaftsverhandlungen mit der Saarregierung wieder aufgenommen. Auf angelsächsisches Drängen stellte man ihren Abschluß zunächst sogar noch vor Ostern, also bis Mitte April in Aussicht. Doch dann verlangsamte sich das Verhandlungstempo sehr zum Leidwesen von Frankreichs Partnern schon wenige Tage später erheblich. In der ersten Aprilwoche wurden die Gespräche gar für zwei Wochen ganz unterbrochen und ihre Fortsetzung erst nach Ostern ins Auge gefaßt, womit sich auch der voraussichtliche Vertragabschluß frühestens zum Monatsende bewerkstelligen lassen würde[148]. Für Washington, London und Bonn war diese Verzögerung umso mißlicher, als sich auf einer anderen Ebene, den sowjetisch-österreichischen Gesprächen über einen Staatsvertrag, ein bedeutsamer Wandel zum Positiven abzeichnete. Während man mithin westintern wieder einmal mit den eigenen Westverträgen auf der Stelle trat, begannen sich über die Entwicklung im Falle Österreichs zusätzliche

[146] KAG 1955, S. 5089 A.

[147] Der gesamte Vorgang ist dokumentiert; in: ebenda, S. 5101 C; zur Haltung von Heuß: Hoyer Millar aus Bonn, 6. 4. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 262/WG 1074/122.

[148] Jebb aus Paris, 2. 4. 1955, in: ebenda, 118 205/WG 1071/331; vgl. auch Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 124.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Störwirkungen aus den Ost-West-Beziehungen spürbar zu machen. Die erneute Enttäuschung in der Bundesrepublik über die Stagnation beim westlichen Einigungswerk konnte sich nur zu rasch mit wachsenden Hoffnungen aus ostpolitischer Bewegung in der deutschen Öffentlichkeit bündeln und der abflauenden Gegenbewegung gegen das Pariser Vertragswerk neue Kräfte zuführen.

Ungünstige Nachrichten hatte unterdessen auch Bundesminister Strauß von einer Sondermission aus Paris Anfang April mitgebracht, daß nämlich mit verschärftem Druck von außen keine Beschleunigung zu erreichen sein würde[149]. Deshalb sah man in Bonn bereits eine Verzögerung im Ratifizierungsverfahren von sechs bis acht Wochen voraus. Blankenhorn drängte daher trotz der entgegenstehenden Informationen von Strauß bei den angelsächsischen Hochkommissaren auf eine gemeinsame Intervention in Paris. State Department und Foreign Office folgten einer entsprechenden Empfehlung ihrer Bonner Diplomaten und suchten in Paris den 2. Mai als spätesten Termin für den Abschluß des Ratifizierungsverfahrens durchzubringen. Der Druckversuch verpuffte jedoch wirkungslos, da sich Pinay jede Einmischung der Angelsachsen verbat[150].

Um dem eigenen Verhalten die nötige Festigkeit zu verleihen, bestellte Faure außerdem die angelsächsischen Botschafter am 14. April zu sich und eröffnete ihnen seine Terminvorstellungen. Danach sollten die offenen Saarprobleme bis Anfang Mai bereinigt sein. Da Dulles seines Wissens ohnehin erst für die NATO-Außenministerkonferenz am 9./10. Mai in Europa verfügbar sei, reiche eine Hinterlegung der Vertragsdokumente am 7. Mai vollständig aus. Seinen angelsächsischen Kritikern hielt der Ministerpräsident im übrigen vor, daß seine Regierung nach ihrem Erfolg im Senat mehr Vertrauen in ihren guten Willen verdiene. Andererseits fühle er selbst sich aber auch an seine Zusagen an die Senatoren gebunden[151]. Immerhin setzten Paris und Saarbrücken aber die Wiederaufnahme ihrer Wirtschaftsverhandlungen früher als ursprünglich geplant bereits auf den 15. April fest. Der Grund dafür lag allerdings weniger in der Wirkung des angelsächsischen Drängens, als vielmehr am französischen Interesse nach einem Abschluß mit der Saarregierung noch vor dem Treffen Pinays mit Adenauer am 29. und 30. April[152]. War vorher nämlich eine französisch-saarländische Übereinkunft erreicht, dann würde der ungeheuere Zeitdruck bis zum Beginn der NATO-Konferenz am 9. Mai dem Kanzler kaum noch großen Spielraum zur Anmeldung gegenläufiger deutscher Interessen lassen.

In Bonn erkannte man natürlich die Zwickmühle, in die man durch die französischen Terminpläne zu geraten drohte. Mit dem Hinweis auf die immer bedrohlicheren Rückwirkungen der parallelen Österreichverhandlungen auf die Stimmung in der Bundesrepublik suchte Hallstein daher im Auftrag des Kanzlers erneute Unter-

[149] Bericht von Strauß an Adenauer, 5. 4. 1955, in: PAA, BStS.

[150] Hoyer Millar aus Bonn, 6., 7. und 12. 4. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 262/WG 1074/123, 124 und 129; zur Reaktion Pinays: Jebb aus Paris, 7. 4. 1955, in: ebenda, 118 206/WG 1071/356.

[151] Jebb und Dillon aus Paris, 14. 4. 1955, in: ebenda, WG 1071/385 bzw. 386 und in: NA, RG 59, 762.022/4-1455.

[152] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 124.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützung bei den Angelsachsen. Der Staatssekretär betonte insbesondere die sachlichen Probleme, denen Bonn im Fall Röchling gegenüberstand. Griff die französische Regierung zu ihrer angedrohten Gewaltlösung, dann kam dies nach Bonner Rechtsverständnis einer kaum verdeckten Enteignung gleich, zu der die Bundesregierung keinesfalls ihr Einverständnis geben konnte[153]. Die britische Regierung wandte sich deshalb mit dem Argument der vergleichsweise untergeordneten Bedeutung dieses Einzelfalles beim Blick auf das größere Ganze des Pariser Vertragswerks an das französische Außenministerium, mußte sich aber sagen lassen, daß London offenbar die Zumutung der Rückkehr einer durch „Kriegsverbrechen" belasteten Familie an eine Schaltstelle der Saarindustrie für die französische Öffentlichkeit fehleinschätzte[154].

Der Bundeskanzler drängte indes weiter auf angelsächsische Entlastung, da er sich von zwei Seiten unter zunehmendem Druck fühlte. Von außen entfalteten die Österreichfortschritte bei gleichzeitiger Stagnation der eigenen Deutschlandpolitik ihre volle Wirkung auf die westdeutsche Öffentlichkeit[155], während die Saarfrage innerhalb seiner Koalition weiterhin als kritische Masse wirkte. Blankenhorn warnte Hoyer Millar daher am 20. April dringend vor jeder neuen Verzögerung im Ratifizierungsverfahren, da die Bundesregierung täglich mit einer sowjetischen Deutschlandinitiative rechnen müsse, „die die gesamte Politik des Kanzlers gefährden könnte". Adenauer selbst ventilierte inzwischen bei der US-Hochkommission den Plan einer schiedsgerichtlichen Lösung für das verwickelte Problem Röchling. Greife Paris nämlich zu einer einseitigen Lösung, dann werde auch die Bundesregierung derart unter parlamentarischen Druck geraten, daß sie noch in letzter Stunde möglicherweise das Saarabkommen von einem Inkraftsetzen der übrigen Pariser Verträge abtrennen müsse[156].

In der britischen Hochkommission machte man sich jedenfalls einen Teil von Adenauers innenpolitischen Sorgen über ein Umkippen der Stimmung zu eigen, wenn man auch nicht alle Alarmnachrichten zum Nennwert nahm. Staatssekretär Kirkpatrick stellte daher jetzt eine zusätzliche britische Kompromißlösung zur Diskussion, da er die Kanzleridee einer schiedsgerichtlichen Regelung für nicht durchsetzbar hielt. Unklar war nämlich zum einen, welche Organisation die Funktion eines derartigen Schiedsgerichts übernehmen sollte, und zum anderen ließ sich absehen, daß Frankreich einem solchen Weg nie zustimmen würde. Deshalb dachte das Foreign Office an einen Dreistufenplan. Frankreich sollte seine angedrohte Zwangs-

[153] Hoyer Millar über sein Gespräch mit Hallstein, 15. 4. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 207/WG 1071/404.

[154] Reilly aus Paris, 16. 4. 1955, in: ebenda, 118 276/WG 1082/142.

[155] Zum Echo der Österreich-Verhandlungen im Frühjahr 1955 auf die Deutschland-Diskussionen in der Bundesrepublik vgl. Bruno Thoß, Modellfall Österreich? Der österreichische Staatsvertrag und die deutsche Frage 1954/55, in: ders., Hans-Erich Volkmann, Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, Boppard/Rh. 1988, S. 123–134.

[156] Hoyer Millar und Conant aus Bonn, 20. 4. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 275/WG 1082/136 bzw. 138 und in: NA, RG 59, 762.022/4-2055.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einziehung der Firmenaktien zunächst ruhig durchführen, um den Kompromißdruck auf der Familie Röchling lasten zu lassen. Die Anteile sollten dann aber einem Treuhänder der WEU übergeben werden, der die weiteren Verkaufsverhandlungen aus neutraler Position führen würde. Gelang ihm kein für Bonn und Paris akzeptables Ergebnis, dann sollte sein Auftrag schließlich an den WEU-Ministerrat zur weiteren Kompromißsuche übergehen[157].

Hallstein begrüßte den Vorschlag, da er der französischen Regierung die Einhaltung des Versprechens über ein Vorantreiben des Falles Röchling erlaubte, die Lösung selbst aber zugleich in europäische Hände legte und bis nach Abschluß des Ratifizierungsverfahrens vertagte. Mit der deutschen Zustimmung im Rücken trug der neue britische Außenminister Macmillan den Gedanken daher Pinay bei dessen Besuch in London am 22. April vor. Der französische Außenminister zeigte sich der Idee einer „europäischen Lösung" gegenüber nicht abgeneigt, behielt sich eine endgültige Stellungnahme jedoch bis nach seinen Gesprächen mit Adenauer vor[158]. Bis zu seiner Reise nach Bonn gelang es aber immerhin, die französisch-saarländischen Wirtschaftsverhandlungen bis zu unterschriftsreifen Vertragsbestimmungen voranzubringen[159].

Deshalb konzentrierten sich die folgenden Bonner Gespräche auch hauptsächlich auf eine Lösung des Falls Röchling als dem letzten Stolperstein. Da die französische Seite sich öffentlich darauf festgelegt hatte, eine Rückkehr der Familie in die Völklinger Werke unter allen Umständen zu verhindern, hatte die Bundesregierung noch vor Beginn der Besprechungen mit Pinay die Idee einer paritätischen Lösung (je 50% Firmenanteile an ein französisches und ein deutsches Konsortium) in die Diskussion gebracht. Der Vorschlag war jedoch am Vorabend des Pinay-Besuchs von den Familienvertretern zunächst einmal abgelehnt worden. Der französische Außenminister akzeptierte ihn dagegen unter der Maßgabe, daß eine Blockade von Werksentscheidungen im künftigen Direktionsrat durch das Votum des Generaldirektors aufgehoben werden konnte. Der Posten sollte für die ersten fünf Jahre an einen Franzosen fallen, sein Nachfolger dann aber ohne Festlegung der Nationalität mit Dreiviertelmehrheit gewählt werden. Die Familie Röchling sollte dazu ihre Anteile für 200 Millionen Schweizer Franken zu gleichen Teilen an das deutsche und französische Konsortium abtreten.

In einer erneuten Gesprächsrunde mit Mitgliedern der Bundesregierung und den Finanzberatern des Kanzlers, Pferdmenges und Abs, stimmten die Familienvertreter der Übereinkunft schließlich noch am Abend nach Pinays Abreise zu[160]. In der Bun-

---

[157] Hoyer Millar aus Bonn, 21. 4. 1955, in: PRO, ebenda, WG 1082/141.

[158] Foreign Office an Bonn, 22. 4. 1955, in: ebenda und Notiz über Gespräche Pinays bei seinem Besuch in London, 22. 4. 1955, in: ebenda, WG 1082/146; Unterredung Pinay-Macmillan: Réunions des Ministres des Affaires Etrangères de la France, du Royaume Uni, des Etats-Unis, de l'U.R.S.S. et de la République fédérale d'Allemagne (Janvier–Juin 1955), Paris 1956 (jetzt wiederabgedr. in: DDF 1955, Annexes), S. 23.

[159] Bewertung bei Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 125–131; der Vertragstext S. 694–714.

[160] Gespräche Adenauer-Pinay, 29. 4. 1955, Réunions des Ministres des Affaires Etrangères ... (wie Anm. 158); vgl. auch Adenauers Bericht vor dem CDU-Bundesparteivorstand und Dillon aus Paris, beide 2. 5. 1955, in: ACDP, VII-001–004/2 bzw. in: NA, RG 59, 762.022/5-255.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

destagsdebatte vom 6. Mai 1955 erntete der Kanzler für das Ergebnis und die Umstände seines Zustandekommens zwar nochmals Kritik aus den Reihen der FDP, für die damit ein weiterer Beleg für die ungleich verteilten Konzessionen in der Saarfrage vorlag[161]. Als Hindernis für die Ratifizierung der Pariser Verträge war das Problem einer vorhergehenden Saarlösung dagegen endgültig ausgestanden. Am 3. Mai wurde der französisch-saarländische Wirtschaftsvertrag unterzeichnet, der durch den Ausgang des folgenden Referendums allerdings keine Bedeutung mehr gewinnen sollte. Am 9. Mai fand die Bundesrepublik daraufhin nach Hinterlegung der französischen Vertragsurkunden Aufnahme in die NATO.

IV.

Daß die Saarfrage als innerwestliches Sorgenkind allerdings auch nach Inkrafttreten der Pariser Verträge nicht zur Ruhe kam, dafür sorgte schon in den ersten Maitagen das sofort einsetzende Tauziehen um eine Verbesserung der Ausgangspositionen für das bevorstehende Referendum. Konkret ging es dabei um die Einrichtung einer WEU-Kommission zur Überwachung des Abstimmungskampfes, die Befugnisse eines künftigen Saarkommissars und den Kreis der Abstimmungsberechtigten beim Referendum selbst[162]. Die Aussichten der Bundesregierung für die Durchsetzung ihrer Auffassungen schienen zunächst nicht schlecht zu stehen. Zum einen würde die Beschlußfassung der WEU erst nach Inkrafttreten der Pariser Verträge bei der Sitzung des WEU-Ministerrates am 11. Mai, also bereits mit einer souveränen Bundesrepublik am Verhandlungstisch, erfolgen. Außerdem hatte Adenauer beim Besuch Pinays für seine wirtschaftlichen Zugeständnisse insbesondere für die Kompetenzausstattung des Saarkommissars Entgegenkommen gefunden.

Pinay blies der Wind dagegen nach seiner Rückkehr innenpolitisch wie seitens der Saarregierung heftig ins Gesicht, da er mit seinem Zugeständnis an Bonn die Position des Saarkommissars durch umfassende Weisungsbefugnisse gegenüber dem Kabinett in Saarbrücken zu stark gemacht hatte. Das kam in den Augen seiner Kritiker der Installierung einer Art „Oberregierung" gleich und höhlte damit die innere Autonomie der Saar aus. Der Außenminister konnte sich allerdings auf einen Formulierungsunterschied zwischen deutschem und französischem Kommunique über seinen Bonn-Besuch zurückziehen. Danach war die Absichtserklärung beider Regierungen über die Vorlage gemeinsamer Saarvorschläge an die WEU in der französischen Fassung durch den Passus „nach Konsultierung der saarländischen Regierung" eingeschränkt[163]. Innerfranzösische und saarländische Kritik führten denn

[161] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. WP 1953, Stenographische Berichte, 81. Sitzung, 6. 5. 1955, S. 4462–4480.

[162] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 159–164 und Hoffmann, Ziel, S. 400–409.

[163] Gemeinsames Kommuniqué, 30. 4. 1955, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7562 f.; der Textunterschied wird bei Schmidt, ebenda, S. 162 dokumentiert.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch sofort zu einer härteren Haltung des Quai d'Orsay, die Adenauer im Gegenzug noch vor dem WEU-Ministerrat zu einem telefonischen Alarmruf an London veranlaßte. Das Foreign Office müsse sich mit seinem ganzen Gewicht für einen „Mann mit wirklicher Macht" als Saarkommissar einsetzen, wenn man für die Zukunft eine extensive Handhabung des Saarstatuts durch die Regierung Hoffmann und daraus folgend eine dauerhafte Vergiftung der deutsch-französischen Beziehungen verhindern wollte[164].

Dem WEU-Rat und seinem turnusmäßigen ersten Vorsitzenden Macmillan blieb es deshalb vorbehalten, in seiner ersten Sitzung am 11. Mai eine Kompromißformel für die offenen Saarprobleme zu finden, die schließlich nach einer persönlichen Unterredung des britischen Außenministers mit Hoffmann zwei Tage später auch von Saarbrücken angenommen wurde. In der Frage der Abstimmungsberechtigten sollten auch diejenigen Saarländer zum Referendum zugelassen werden, die wegen ihrer prodeutschen Einstellung nach 1945 von der französischen Besatzungsmacht ausgewiesen worden waren. Lediglich in begründeten Einzelfällen konnte die Saarregierung Einspruch gegen eine Rückkehr erheben, der dann durch die WEU-Überwachungskommission zu entscheiden war. Wie Macmillan in seinem Gespräch mit Hoffmann betonte, war es nämlich für den Westen gänzlich ausgeschlossen, einem eingeschränkten Stimmrecht an der Saar zuzustimmen, während man sich gleichzeitig gegenüber der Sowjetunion auf die Wiederholung der eigenen Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland festlegte[165].

Dafür fand die WEU aber bei den Befugnissen für den Saarkommissar eine für Saarbrücken zuträglichere Regelung. Statt eines generellen Vetorechts sollte dieser nur noch „in dringenden und schwerwiegenden Fällen ... die Durchführung der angefochtenen Maßnahmen (der Saarregierung; Anm. d. Verf.) aussetzen" können, und auch dies lediglich kurzzeitig für fünf Tage, bis der WEU-Rat eine endgültige Entscheidung in der Streitfrage getroffen hatte. Auf dieser Kompromißbasis konnte der WEU-Rat schließlich am 11. Mai drei Entschließungen zur Saarfrage annehmen. Er billigte alle Bestimmungen im Saarabkommen vom 23. Oktober 1954 offiziell, die wegen künftiger WEU-Verantwortlichkeiten seiner Zustimmung bedurften, legte Aufgaben und Befugnisse des Saarkommissars fest und setzte eine Kommission zur Überwachung des Referendums ein[166]. Alle diese Vorgeplänkel für den eigentlichen Abstimmungskampf standen freilich immer noch unter der Annahme einer gesicherten Mehrheit für das Statut. Nach einer Allensbach-Umfrage hatten sich im April 21% der Saarländer für und 20% gegen das Saarabkommen ausgesprochen, wobei allerdings die überraschend hohe Prozentzahl von 59% unentschieden geblieben war[167]. Selbst beim Treffen der Saar-CDU zur Vorbe-

[164] Telefongespräch Kirkpatrick-Adenauer, 8. 5. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 277/WG 1082/180; vgl. auch Gespräch Adenauers mit Robert Schuman, 7. 5. 1955, in: DDF 1955, S. 600 f.

[165] Vgl. Hoffmann, Ziel, S. 402 f.

[166] Saarbeschlüsse des Rates der WEU vom 11. 5. 1955, in: Europa-Archiv 10 (1955), S. 7924–7927.

[167] Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 106.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reitung ihrer Wiederzulassung, zu dem Jakob Kaiser am 9. Juli nach Trier einlud, zeigte sich deren Führung daher über ihre endgültige Haltung unschlüssig, da man eine Mehrheit von Nein-Stimmen auch weiterhin für unwahrscheinlich hielt[168]. Auch Außenminister v. Brentano rechnete noch Ende Juli mit einem Erfolg für das Statut, da es insbesondere die Christdemokraten an der Saar „schwierig finden würden", gegen ein Kernstück Adenauerscher Westpolitik, die Aussöhnung mit Frankreich, zu stimmen. In Bonn setze man seine Hoffnungen erst auf die kommenden Landtagswahlen, bei denen kaum noch eine absolute Mehrheit für die Regierung Hoffmann zu erwarten sei. Danach werde sich der Einfluß der prodeutschen Parteien innerhalb einer neuen Koalition kontinuierlich steigern[169]. Dies gab präzise die Kanzlerlinie wieder, der zunächst über eine Annahme des Statuts die Dauerbelastung der deutsch-französischen Beziehungen ausgeräumt wissen wollte, um danach eine langfristige Herauslösung der Saar aus der französischen Abhängigkeit durch allmähliche Erweiterung des deutschen Einflusses, speziell über die Wiederherstellung der traditionellen saarländisch-westdeutschen Wirtschaftsbindungen, zu erreichen.

Die Stimmung an der Saar veränderte sich jedoch von dem Augenblick an schlagartig, da mit der Zustimmung der WEU zu den saarländischen Abstimmungsgesetzen am 23. Juli der Weg für die Wiederzulassung der prodeutschen Parteien frei wurde. Schon in der zweiten Augustwoche ermittelte eine Emnid-Umfrage 52% Gegner und nur noch 14% Befürworter des Statuts[170]. Da sich die bisher verbotenen Sozialdemokraten (DSP) und Liberalen (DPS) schon Ende Juli eindeutig für eine Ablehnung des Saarabkommens ausgesprochen hatten, kam nunmehr alles auf das Votum der zum 7. August einberufenen Gründungsversammlung der CDU Saar an. Um jeden Verdacht westdeutscher Einmischung zu vermeiden, ließ Adenauer am Vortage nicht nur den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmeier zum Fernbleiben von dem Gründungsakt auffordern, weil dessen Funktion als Bundesratspräsident „einen politisch schädlichen Eindruck" bei den westlichen Partnern hinterlassen mußte. In seinem eigenen Grußtelegramm warnte er seine Parteifreunde sogar ausdrücklich vor einem Nein zum Statut[171]. Ein einstimmig gefaßter Beschluß der CDU Saar ging jedoch darüber hinweg, wobei ihr Vorsitzender Ney bei der Verlesung des Kanzlertelegramms dessen Mahnung allerdings bewußt verschwiegen hatte. Adenauer ließ den vollständigen Text deshalb wenige Tage später im „Rheinischen Merkur" veröffentlichen. Einen Stimmungsumschwung bei seinen Parteifreunden an der Saar konnte er damit freilich ebensowenig herbeiführen wie ähnliche Erklärungen im „Deutschland Union Dienst" zugunsten des Statuts am 4. und 26. August[172].

---

[168] Vgl. Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 349.

[169] Hoyer Millar aus Bonn, 29. 7. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 282/WG 1082/305.

[170] Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 106.

[171] Hallstein an Altmeier, 6. 8. 1955, in: PAA, BStS sowie Kosthorst, Jakob Kaiser, S. 349f.

[172] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 277–281; vgl. auch die wachsende Besorgnis der angelsächsischen

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Abstimmungskampf brach vielmehr schon Anfang August mit jener emotionalen Heftigkeit los, wie sie vom Bundeskanzler gegenüber Mendès France im Herbst 1954 als Grund für seine Abneigung gegen ein Referendum befürchtet worden war. Für Adenauer und seine Außenpolitik war dieses Aufwallen nationaler Leidenschaften nicht nur wegen der erneuten Belastung der deutsch-französischen Beziehungen besonders bedrückend, da er auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Genf schließlich auf die einheitliche westliche Unterstützung seiner Deutschlandpolitik angewiesen war. Auch bei den übrigen westlichen Partnern wurden in den Auswüchsen mancher Veranstaltungen der prodeutschen Kräfte nur zu schnell kaum vergessene Reminiszenzen an die gerade zehn Jahre zurückliegende deutsche Vergangenheit wach. So berichtete etwa der britische Generalkonsul in Straßburg, der seine Regierung ständig über den Abstimmungskampf auf dem Laufenden zu halten hatte, schon am 9. August von einer Versammlung des DPS-Vorsitzenden Heinrich Schneider in Saarbrücken, die in ihren Formen fatal an „seine frühere Nazizugehörigkeit" erinnert habe: zur Einstimmung zwanzig Minuten Marsch- und Volksmusik einer Kapelle in weißen Hemden und schwarzen Hosen und zum Abschluß das gemeinsame Absingen des Liedes „Deutsch ist die Saar" und – der ersten Strophe des Deutschlandliedes! Mitte September erhielt der britische Botschafter Jebb vom Quai d'Orsay als schlimmstes Beispiel für bewußte Anleihen am „Volkstumskampf" von 1935 eine Wahlkampfnummer der DPS-Zeitung „Deutsche Saar" vom 6. August. Darin war auf dem Titelblatt ein Foto des DPS-Vorsitzenden abgebildet, auf dem er in NS-Uniform beim sogenannten „Schwur der Saarbevölkerung" neben Vizekanzler v. Papen stand und den Arm zum Hitlergruß erhoben hatte[173]. Das mochten Auswüchse in einer auch von den Statutsbefürwortern nicht eben zimperlich geführten Auseinandersetzung sein. In einer äußerst sensiblen internationalen Öffentlichkeit gegenüber allen Anzeichen eines wiedererwachenden deutschen Nationalismus belasteten sie die immer noch mühsame Suche nach politischem Vertrauen in die zweite deutsche Republik aber erheblich.

Wesentlicher für die Sorgen in den westlichen Partnerländern als solche Entgleisungen war indes die zunehmende Erkenntnis über den Stimmungsumschwung an der Saar. Schon Ende August wandte sich daher der belgische Außenminister Spaak an die britische Regierung, um sie zu gemeinsamen Überlegungen über eine Entwicklung zu veranlassen, die über eine deutsch-französische Krise schnell wieder zu einer allgemeinen Belastung der westlichen Allianz werden konnte. Im Foreign Office sah man diese Gefahr wohl, nur setzte man hier seine Hoffnungen zunächst noch auf die verbleibenden acht Wochen, in denen sich das Blatt vielleicht noch

Beobachter im August, in: NA, RG 59, 762.022/8-955 (Butterworth aus London, 9. 8.) bzw. /8-1755 (Thomasson aus Straßburg, 17. 8. 1955).

[173] Hillier-Fry aus Straßburg, 9. 8. und Jebb aus Paris, 14. 9. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 282/WG 1082/336 bzw. 118 286/WG 1082/408.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wenden ließ. In der aufgeheizten Situation des Augenblicks hielt man jede Einmischung von außen durch die Westmächte allerdings für kontraproduktiv[174].

Die Nachrichten von der Saar alarmierten wegen ihrer Rückwirkungen auf die Bonner Außenpolitik natürlich auch Adenauer. In einem eingehenden Gedankenaustausch mit dem früheren französischen Hochkommissar François-Poncet äußerte er sich daher bereits am 1. September außerordentlich kritisch über die Statutsgegner und versprach, nach seiner Rückkehr aus Moskau „seinen ganzen Einfluß" für eine Annahme ins Spiel zu werfen. Aus seiner Sicht überlagerte die allgemeine Aversion der Saaarländer gegen Ministerpräsident Hoffmann und seinen Innenminister Hector, die jahrelangen Hauptexponenten des profranzösischen Kurses, alle zukunftsweisenden Aspekte des Saarabkommens. Am Quai d'Orsay sah man diese Belastung durchaus ähnlich, nur konnte man schwerlich die Hand zu einem gemeinsamen Vorstoß für ihren Rücktritt reichen, wie dies dem Kanzler vorschwebte[175]. Da andererseits auch die letzte Stellungnahme im Deutschland Union Dienst vom 26. August zugunsten des Statuts wenig bewirkt hatte, ging Adenauer bei der Zehnjahresfeier des CDU-Landesverbandes Westfalen am 2. September mit seiner Bochumer Rede ein zusätzliches innenpolitisches Risiko ein. Mit der Warnung, „daß wenige Wochen vor der Genfer Konferenz in Europa zwischen Frankreich und Deutschland ein Unruheherd entstehe", setzte er sich erneut in aller Öffentlichkeit für seine Abfolge in der Saarpolitik ein: zuerst eine Annahme des Statuts und dann bei den folgenden Landtagswahlen eine Abwahl Hoffmanns[176].

Das persönliche Hervortreten des Kanzlers wirkte indes ebensowenig beruhigend auf die Gemüter wie Versuche hinter den Kulissen, Hoffmann doch noch zum Rücktritt zu bewegen, dadurch die Aussichten für das Statut zu verbessern und eventuell sogar den Weg für eine spätere Fusion seiner Christlichen Volkspartei mit der CDU Saar freizumachen[177]. Bereits am 1. September schlossen sich statt dessen die prodeutschen Parteien im „Deutschen Heimatbund" zusammen und verstärkten durch die Koordination ihres Abstimmungskampfes das Gewicht ihrer Neinstimmenkampagne zusätzlich. Da erbrachte auch Pinays Vorstoß beim Vatikan wenig Erleichterung, da sich die katholische Kirche auf Bonner Anraten neutral verhielt und über ihre Bischöfe Ende September lediglich eine Mahnung an die Gläubigen ergehen ließ, die Religion nicht in die politischen Auseinandersetzungen hineinziehen zu lassen[178].

---

[174] Boothby aus Brüssel, 29. 8. und Antwort des Foreign Office, 30. 8. 1955, in: ebenda, 118 284/WG 1082/364.

[175] Gespräch Blankenhorn-Kirkpatrick sowie Reilly aus Paris, beide 2. 9. 1955, in: ebenda, 118 285/WG 1082/380 bzw. 376; vgl. auch Conant aus Bonn, 3. 9. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/9-355.

[176] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 282 ff. und Repgen, Saar-Frage, S. 108.

[177] Zum Versuch des Fabrikanten Kindt-Kiefer, hinter den Kulissen in Saarbrücken für einen Rücktritt Hoffmanns zu wirken: Schmidt, ebenda, S. 285–290; zu einer ähnlichen Mission des CDU-Politikers Heck: Conant aus Bonn, 3. 9. und 9. 9. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/9-355 bzw. /9-955.

[178] Vgl. Schmidt, ebenda, S. 312–331.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

An der Saar selbst trat zwar Mitte September eine leichte Trendverschiebung durch ein erneutes Anwachsen der Unentschiedenen ein, die wohl wesentlich auf Adenauers massives Einwirken durch seine Bochumer Rede zurückzuführen war. Der Prozentsatz von immer noch 49% Gegenstimmen machte indes nach wie vor einen negativen Ausgang des Referendums wahrscheinlicher[179]. Der Kanzler und sein Außenminister blieben daher gegenüber Hoyer Millar weiterhin äußerst besorgt über die möglichen Rückwirkungen einer deutsch-französischen Klimaverschlechterung auf die bevorstehende Genfer Außenministerkonferenz. Um endlich aus dieser Nervenprobe herauszukommen, überlegte Adenauer deshalb sogar, ob man Paris nicht eine Art Schocktherapie gegen die Saarländer empfehlen sollte. Das Mittel dazu mochte eine harte öffentliche Erklärung der französischen Regierung abgeben, die im Falle eines negativen Votums die Rückkehr zum Status quo ante an der Saar androhte[180].

Genau um diese Frage kreisten zur selben Zeit auch interne Vorüberlegungen im Foreign Office. Rechtlich würde durch eine Ablehnung des Statuts aus britischer Sicht in der Tat der ursprüngliche Zustand vor dem 23. Oktober 1954 wiederhergestellt, und das Quai d'Orsay hatte bereits erkennen lassen, daß Paris sich auf diesen Standpunkt stellen würde[181]. Wesentlicher für die Analytiker im Foreign Office war indes die politische Bewertung eines voraussehbar negativen Ausgangs des Referendums. Letztlich würde die Entwicklung an der Saar dann nämlich einen „toten Punkt" erreichen, an dem die Saarländer gleichermaßen gegen das Statut wie gegen ihre Regierung votiert hatten, diese aber wegen des nächsten Wahltermins für den Landtag erst 1957 abwählen konnten. Dies mußte zu einer „explosiven Situation" führen, in der „Streiks, Unruhe und Gewalt" zu befürchten waren. Da Frankreich andererseits die Bereitstellung einer internationalen Polizeitruppe für solche Fälle bisher durch sein Veto verhindert hatte, würden dann voraussichtlich auf Anforderung der Regierung Hoffmann französische Truppen die Lage wiederherstellen müssen. Das mußte umgekehrt zu heftigen emotionalen Gegenreaktionen in der Bundesrepublik führen und die deutsch-französischen Beziehungen ausgerechnet unmittelbar vor Genf endgültig vergiften.

Während die Briten sich bereits Gedanken für den Tag danach zu machen begannen, sah sich Außenminister v. Brentano während der UNO-Vollversammlung in New York Ende September von seinem Kollegen Pinay zu einer zusätzlichen gemeinsamen Unterstützungsmaßnahme gedrängt. Danach sollten beide Regierungen mit einer gemeinsamen Erklärung zugunsten des Statuts vor die Öffentlichkeit treten, um den Trend im Abstimmungskampf vielleicht doch noch in seiner letzten heißen Phase umzukehren. Brentano, der die wachsende interne Kritik an Adenau-

[179] Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 107.

[180] Hoyer Millar über Gespräche mit Adenauer, 19. 9. und Brentano, 23. 9. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 182/WG 10338/137 bzw. 118 287/WG 1082/420.

[181] Dillon aus Paris, 14. 9., in: NA, RG 59, 762.022/9-1455 sowie Analyse von Johnston „The Saar" und interne Stellungnahmen im Foreign Office, 23./24. 9. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 288/WG 1082/432.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ers Bochumer Rede bis in die Reihen der Unionsparteien hinein vor Augen hatte, hielt ein neuerliches Hervortreten des Kanzlers dagegen nicht mehr für vertretbar. Selbst die nunmehrige Bereitschaft Pinays zu einem gemeinsamen Antrag von Paris und Bonn an die WEU, als Warnung an alle Hitzköpfe jetzt doch eine internationale Polizeitruppe aufzustellen, fand der deutsche Außenminister im derzeitigen Stadium bereits als zu provokativ[182].

Wie richtig sein Außenminister die innerparteiliche Stimmung einschätzte, sollte der Bundeskanzler schon einen Tag später im CDU-Parteivorstand am 30. September zu spüren bekommen. Während die Außenpolitiker der Union mit Adenauer die belastenden Auswirkungen eines negativen Votums an der Saar in den Vordergrund stellten, setzte die wachsende Zahl der Kritiker mit Altmeier an der Spitze dagegen, daß „an einer Mehrheit von 60 bis 65% ... in demokratisch regierten Ländern einfach niemand vorbeisehen" könne[183]. In immer gereizterer Stimmung mußte der Kanzler, der sich in seiner persönlichen Erregung auch taktisch nicht mehr voll unter Kontrolle hatte, einen Kompromiß hinnehmen. Zwar wollte sich der Bundesvorstand noch einmal hinter den mit dem Statut beschrittenen Weg stellen, dies aber weder als Aufruf an die Saarländer deklariert noch als bindend für den zum folgenden Tag einberufenen CDU-Parteiausschuß als Vertretung der Gesamtpartei verstanden wissen. Und selbst auf dieser Linie folgten nur noch 15 von 26 Vorstandsmitgliedern (5 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen) ihrem Vorsitzenden, der mithin bei weiterem Entgegenkommen an französische Wünsche nicht nur mit einer gespaltenen Koalition, sondern nunmehr auch mit einer zerrissenen Partei zu rechnen hatte.

Dennoch erfuhr Hoyer Millar aus dem Auswärtigen Amt, daß sich Adenauer bei den deutsch-französischen Gesprächen am 5. Oktober in Luxemburg trotz aller innenpolitischen Kritik einer Bitte Faures und Pinays für eine Unterstützungsaktion zugunsten des Statuts nicht verschließen werde. Besser als eine gemeinsame Saarerklärung der beiden Regierungen, die nur als äußere Einmischung empfunden werden mußte, wäre aber in deutschen Augen nach wie vor ein Rücktritt Hoffmanns oder eine Rückkehr zu Adenauers ursprünglicher Reihenfolge – zuerst Landtagswahlen, dann Referendum – gewesen, da in beiden Fällen wenigstens der Konnex mit der Frage pro oder kontra Hoffmann schon einmal vom Tisch gewesen wäre[184]. Die Franzosen lehnten in Luxemburg jedoch beide Vorschläge mit der Begründung ab, daß es zu einer derart tiefgreifenden Umstellung der Taktik bereits zu spät sei. Deshalb verständigten sich Bonn und Paris lediglich auf eine Erklärung, in der die

[182] Rundtelegramm des State Department über die Unterredung Pinay-Brentano in New York, 4. 10. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/10-455. Bereits vorher hatten sich die Außenminister der Montanunion in Nordwijk am 6. 9. und der WEU-Rat in London am 22. 9. 1955 ebenfalls skeptisch über den Gedanken an eine WEU-Polizeitruppe und dessen frühzeitiges Bekanntwerden geäußert, in: ebenda, /9-1055 bzw. /9-2255.

[183] Sitzung des CDU-Bundesparteivorstands, 30. 9. 1955, in: ACDP, VII-001-004/4, Zitat auf S. 89; erstmals verwendet von Repgen, Saar-Frage, S. 108–112.

[184] Hoyer Millar aus Bonn, 4. 10. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 289/WG 1082/449.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

positiven Möglichkeiten aus einem angenommenen Statut herausgestellt, die Respektierung der „Neigung der Saarbevölkerung" zugesagt und als Angebot für die Zukunft schon für Januar 1956 die ausstehenden dreiseitigen Wirtschaftsverhandlungen in Aussicht gestellt wurden. Trotzdem gab sich keine der beiden Seiten übertriebenen Hoffnungen über die Wirkungen der Luxemburger Erklärung hin. Am Quai d'Orsay sah man immerhin noch eine minimale 50:50 Chance, während Hallstein und seine Saarexperten bereits von einem Scheitern des Referendums ausgingen[185].

Im Foreign Office gingen unterdessen unterschiedliche Prognosen über den Ausgang des Referendums ein. Während der britische Generalkonsul in Straßburg noch Aussichten für einen Pendelschlag nach beiden Richtungen sah, warnte die WEU-Überwachungskommission an der Saar selbst bereits vor einem wahrscheinlich negativen Votum. Einigkeit bestand lediglich darin, daß die Luxemburger Erklärung beruhigend auf die Gemüter gewirkt habe. Für London war dies jedenfalls Grund genug, die eigenen Notmaßnahmen bei einem Scheitern des Statuts voranzutreiben. Noch am 6. Oktober ging ein Memorandum auf der Basis der britischen Vorüberlegungen seit Mitte September an das State Department, um die Koordination mit Washington zu beschleunigen. Sollte das Statut abgelehnt werden, dann erklärte sich Großbritannien bereit, sofort zwischen die streitenden Parteien zu treten und dem am Tag nach dem Referendum tagenden WEU-Rat eine Interimsphase zur Abkühlung vor neuen deutsch-französischen Verhandlungen vorzuschlagen. Der Plan lief auf ein Vierpunkteprogramm hinaus:

1. Dem französischen Standpunkt einer Rückkehr zum Status quo ante sollte zwar im Grundsatz Rechnung getragen, Paris und Saarbrücken aber von einem möglichen Verbot der prodeutschen Parteien und Medien abgebracht werden.
2. Ministerpräsident Hoffmann sollte zum sofortigen Rücktritt zugunsten einer Übergangsregierung bewogen werden, um vorgezogene Landtagswahlen ansteuern zu können.
3. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sollte so schnell wie möglich ein WEU-Saarkommissar eingesetzt werden.
4. Für den Fall innerer Unruhen sollten die Saarbehörden auf eine WEU-Polizeitruppe zurückgreifen können, um einen einseitigen Einmarsch französischer Truppen zu verhindern.

Um einer emotionalen Verhärtung in der französischen Öffentlichkeit vorzubeugen, schlugen die Briten zudem vor, daß sich die USA zunächst im Hintergrund halten und dem britischen Mäßigungsplan lediglich indirekte Rückenstärkung geben sollten. Außerdem mußte die britisch-amerikanische Abstimmung unter strengster Geheimhaltung vor sich gehen, da jedes Bekanntwerden als vorzeitige Preisgabe des Statuts durch die Angelsachsen negativ auf das bevorstehende Wählervotum durch-

[185] Hoyer Millar aus Bonn, Reilly aus Paris, beide 6. 10. und Wilkinson aus Bonn, 8. 10., in: ebenda, WG 1082/454 und 455 sowie 118 290/WG 1082/471; ähnlich Dillon aus Paris, 6. 10. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/10-655.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlagen und entsprechende französische Schuldzuweisungen nach sich ziehen konnte[186].

Wie berechtigt diese Sorge war, sollten die Briten schon einen Tag später erfahren. Ein Leitartikel in der „Times", der Bonns Luxemburger Eintreten für das Statut wohl als „tapfer und ehrenhaft" herausstellte, nach den eigenen Informationen aber trotzdem ein negatives Votum voraussagte und deshalb schon jetzt Überlegungen für einen Vermittlungsplan der WEU anmahnte, rief nämlich eine sofortige Intervention der französischen Botschaft beim Foreign Office hervor. Da Paris hinter dem Artikel zu Unrecht die Federführung der britischen Regierung vermutete, forderte man London dringend auf, derartigen Pessimismus zu unterlassen, der nur Wasser auf die Mühlen der Statutsgegner leite. Pinay ging vielmehr immer noch von einer unentschiedenen Lage an der Saar aus und erbat deshalb von seinen angelsächsischen Partnern flankierende öffentliche Unterstützung für die Luxemburger Erklärung. Botschafter Jebb in Paris teilte zwar die Skepsis des Foreign Office über den Ausgang des Referendums und unterstützte das vorausschauende Memorandum an Washington, empfahl aber dennoch ein Eingehen auf den französischen Wunsch. Nur bei einer letzten großen Anstrengung seiner Partner zugunsten des Statuts werde Pinay nämlich dann auch für eine Vermittlerrolle Londons bei negativem Ausgang empfänglich sein. Andernfalls drohe eine allgemeine nationalistische Trotzreaktion mit allen ihren Folgen für das deutsch-französische Verhältnis und die westliche Einheit[187].

Unter diesen Umständen bemühte sich London in den letzten beiden Wochen vor dem Referendum um zweierlei: um eine weitere Vorklärung für seine Sofortmaßnahmen wie um die Aufstellung einer WEU-Truppe für den Fall innerer Unruhen im unmittelbaren Gefolge der Abstimmung. Dabei gingen von nun an alle Überlegungen von der kaum noch ernsthaft bezweifelten Annahme einer Ablehnung des Statuts aus. Wie bei Jebb in Paris fand das britische Memorandum an Washington deshalb auch bei Hoyer Millar in Bonn generelle Zustimmung. Unabdingbar für eine Stabilisierung der westdeutschen Stimmung schien auch ihm ein sofortiges Einschalten der WEU und die Ersetzung Hoffmanns durch eine Übergangsregierung bei gleichzeitiger Ankündigung vorgezogener Landtagswahlen.

Sicher schien dem britischen Diplomaten freilich schon jetzt, daß nach einem negativen Votum allenfalls noch eine fünfjährige Autonomielösung für die Saar als Übergang zur dann letztlich unvermeidlichen Rückgliederung an Deutschland durchzuhalten war, selbst wenn dies „den deutschen Appetit für eine Wiederherstellung aller ihrer Grenzen von vor 1937 anregen mochte". Als Entschädigung blieb allein, „die Pille für Frankreich so weit wie möglich zu versüßen". Dazu zeichnete

[186] Positionspapier „The Saar Referendum" sowie Harrison an Makins, 6. 10. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 290/WG 1082/472.

[187] Positionspapier „The Saar", 7. 10. und Berichte Jebbs aus Paris, 11. 10., in: ebenda, 118 289/WG 1082/467, 118 291/WG 1082/553 und 118 292/WG 1082/556 sowie Dillon aus Paris, 13. 10. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/10-1355.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich offenbar Bonner Konzessionsbereitschaft auf drei Ebenen ab: Die wirtschaftlichen Positionen Frankreichs ließen sich insbesondere in den Bereichen Kohle und Stahl zunächst weiter aufrechterhalten; durch Kanalisierung der Mosel mit deutscher Unterstützung ließen sich die Wettbewerbsbedingungn für die lothringische Industrie durch direkteren Marktzugang nach Westdeutschland und in die Niederlande verbessern; schließlich war für eine Übergangszeit an eine ähnliche Regelung begrenzter Bindung an die Bundesrepublik wie im Falle Westberlins durch ein eingeschränktes Stimmrecht der Saarabgeordneten zu denken, um mehr Zeit für die Gewöhnung der französischen Öffentlichkeit an die faktische Rückgliederung zu gewinnen[188].

Die erste Reaktion aus Washington auf das britische Memorandum war ebenfalls positiv. Nur war man hier skeptischer über die Reaktionsschnelligkeit der WEU, die sich schließlich bisher immer auf den Standpunkt gestellt hatte, erst nach einer Einigung der unmittelbar Betroffenen aktiv zu werden. Daher werde man wohl auch diesmal Paris und Bonn wenigstens eine Mindestfrist für eigene Reparaturmaßnahmen ihres bilateralen Verhältnisses einräumen müssen. Im übrigen teilte Washington die britische Ansicht über einen notwendigen Rücktritt Hoffmanns, ohne dafür im Londoner Memorandum einen gangbaren Weg vorgezeichnet zu sehen, falls Saarbrücken nicht freiwillig mitspielte[189].

Wenn auch nicht in allen Einzelfragen, so hatte der britische Plan damit doch generell Zustimmung gefunden. Weniger erfolgreich war London dagegen beim parallelen Bemühen um seine exekutive Absicherung über eine WEU-Polizeitruppe. Eine erste interne Übersicht des Foreign Office hatte schon am 12. Oktober in Benelux-Kreisen erhebliche Reserve gegen das Vorhaben erkennen lassen. Im britischen Verteidigungsministerium tendierte man außerdem von vornherein zur Übertragung eventuell notwendiger Ordnungsaufgaben an der Saar auf eine in der Bundesrepublik stationierte eigene Brigade unter britischem Oberkommando, an die bei entsprechender Bereitschaft andere WEU-Kontingente angegliedert werden konnten. Hoyer Millar widersetzte sich jedoch aus politisch-psychologischen Gründen einem so einseitigen Hervortreten seines Landes, das die britischen Soldaten für die westdeutsche Öffentlichkeit in eine Schutzrolle zugunsten des obsolet gewordenen Regimes Hoffmann drängen und daher negativ auf das Verhältnis der Bundesbürger zur britischen Rheinarmee durchschlagen konnte. Wurde ein Ordnungseinsatz notwendig, dann mußte er von Anfang an als Gemeinschaftsaktion der WEU erfolgen. Da auch Frankreich bei seiner Ablehnung blieb, annullierte das Foreign Office schließlich bereits am 17. Oktober seine Pläne[190].

---

[188] Hoyer Millar aus Bonn, 13. 10. und 15. 10. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 292/WG 1082/558 und 118 290/WG 1082/495.

[189] Makins aus Washington, 15. 10. und 18. 10., in: ebenda, 118 292/WG 1082/557 bzw. 118 291/WG 1082/514 sowie Protokoll der Besprechung brit. Botschaft/State Department und dessen anschließendes Rundtelegramm, 14. 10. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/10-1455.

[190] Zu den Auseinandersetzungen um eine WEU-Polizeitruppe: Positionspapier Harrison, 12. 10., Hoyer Millar aus Bonn, 15. 10., Jebb aus Paris, 16. 10. und Antwort Foreign Office, 17. 10. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 290/WG 1082/489, 496, 497 und 499.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einen letzten Versuch zur Beeinflussung der saarländischen Öffentlichkeit unternahm schließlich am Vorabend des Referendums der belgische Vorsitzende der WEU-Überwachungskommission, Dehousse, in seinem Rechenschaftsbericht über den Saarländischen Rundfunk. Sein Verweis auf die im Abstimmungskampf erkennbar gewordenen Verbesserungen aus dem Statut im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren fruchtete indes nichts mehr[191]. Am 23. Oktober 1955 entschied sich eine deutliche Zweidrittelmehrheit an der Saar gegen das Statut. In den westlichen Hauptstädten starrte man daher nunmehr mit einiger Beklommenheit auf die unmittelbaren Auswirkungen auf die Stimmung in Saarbrücken, Paris und Bonn.

Erste allgemeine Erleichterung machte sich indes schon am Abend des Abstimmungstages breit, als Hoffmann zurücktrat und einer Übergangsregierung sowie Landtagsneuwahlen für den Dezember 1955 Platz machte[192]. Damit erfüllte er eine Voraussetzung, die Hallstein noch vor Bekanntwerden dieses Schrittes als Grundbedingung für eine weitere Entwicklung ohne Eruptionen bezeichnet hatte, da ihm für den Fall eines erneuten Verbotes der prodeutschen Kräfte offenbar Nachrichten aus saarländischen Gewerkschaftskreisen über einen sofortigen Generalstreik vorlagen. Gleichzeitig wiederholte der Staatssekretär die Auffassung der Bundesregierung, daß alle weiteren Schritte zur Lösung der Krise in bilateraler deutsch-französischer Absprache zu klären sein würden[193]. Das entsprach ganz dem ersten Presseecho in Paris, in dem zwar von einem Sieg des deutschen Nationalismus gesprochen, das Votum aber als so eindeutig qualifiziert wurde, daß eine Rückkehr zum Status quo ante an der Saar schlechterdings nicht mehr möglich sei.

Unterdessen bekam auch Jebb am 24. Oktober aus dem Quai d'Orsay zu hören, daß eine Einschaltung der WEU als Vermittler nicht notwendig sei, weil Faure und Adenauer sich schon in ihren ersten Telegrammen an die Öffentlichkeit für einvernehmliche deutsch-französische Schritte zu einer neuen tragfähigen Saarlösung verstehen würden. Ähnliche Signale erreichten auch die Deutsche Botschaft in Paris noch am gleichen Tag. Die darin enthaltenen positiven Hinweise gaben zu erkennen, daß Frankreich keine Rückkehr zu seiner früheren Saarpolitik beabsichtigte, sondern sich in künftigen Verhandlungen vorrangig um die Sicherung seiner wirtschaftlichen Interessen an der Saar bemühen werde[194]. Im Bundeskabinett konnte Außenminister v. Brentano denn auch bereits am 27. Oktober Entwarnung bezüglich einer eventuellen deutsch-französischen Klimaverschlechterung geben[195].

Für Bonn und seine westlichen Partner waren damit schon unmittelbar nach dem Referendum die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Die Lage an der Saar selbst entspannte sich nach dem Rücktritt Hoffmanns und der moderaten Haltung

[191] Vgl. Schmidt, Saarpolitik, 3, S. 301–304.
[192] Ebenda, S. 371–387 und Hoffmann, Ziel, S. 425 f.
[193] Jebb aus Paris, 24. 10. 1955, in: PRO, F.O. 371/118 292/WG 1082/569.
[194] Zu den Reaktionen in Frankreich: Jebb aus Paris, 24. 10., in: ebenda, WG 1082/570 und 571 sowie Dillon aus Paris, 24. 10. und 26. 10. 1955, in: NA, RG 59, 762.022/10-2455 bzw. /10-2655.
[195] Sitzung des Bundeskabinetts, 27. 10. 1955, BKA, B 136, Bd. 25 A.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frankreichs zusehens. Eine Belastung für die westliche Verhandlungslinie in Genf war daher jedenfalls nicht mehr zu befürchten. Die Saarfrage hatte somit schon im Herbst 1955 ihre hemmende Wirkung auf die westliche Sicherheits- und Deutschlandpolitik endgültig verloren. Ihre vollständige Regelung zugunsten einer Angliederung an die Bundesrepublik würde im Verlaufe des Jahres 1956 von internationalen Schwierigkeiten unbeeinträchtigt im Zuge der allgemeinen europapolitischen Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Wirtschaftsgmeinschaft (EWG) vonstatten gehen.

V.

Verlauf und Ergebnis der Saarauseinandersetzungen werfen für den Zeithistoriker Fragen auf, die im Kern die tages- und interessenpolitischen Diskussionen der Zeitgenossen reflektieren. Zu fragen war und ist, wer sich welche Erfolgsanteile zurechnen durfte, welcher deutsche Handlungsspielraum dabei für die frühen 50er Jahre sichtbar wurde und wie sich nationales Eigen- und westliches Gesamtinteresse bei alle dem miteinander vereinbaren ließen. Schlichtere Erklärungen setzten da an, wo die gegenseitigen Verdächtigungen des Abstimmungskampfes geendet hatten. Für seine Kritiker hatte erst die gemeinsame Saaropposition in Bonn und Saarbrücken einem ganz auf seine Sicherheits- und Westpolitik fixierten Adenauer die saarpolitische Umkehr abtrotzen müssen. Im Gegenzug hielt ihnen der Kanzler das unverantwortliche Spiel mit dem nationalistischen Feuer vor und bemühte sich doch gleichzeitig selbst um nachträglichen Anschluß an den Abstimmungserfolg, wenn er über die Ablehnung des Statuts schrieb: „Hier lag meine Hoffnung."[196] Das komplizierte Wechselspiel zwischen internationalen Rahmenbedingungen, bilateralem deutsch-französischem Mit- und Gegeneinander und den Einwirkungen aus der Innenpolitik auf den drei Ebenen Paris, Saarbrücken und Bonn sperrt sich gegen derartige Erfolgs- wie Schuldzuschreibungen. Weder die Anklage gegen einen zur Preisgabe der Saar bereiten Kanzler noch das suggerierte Selbstbildnis vom vorausschauenden Übertaktiker Adenauer trifft wirklich den Kern des Geschehens.

Zunächst bleibt festzuhalten, daß sich an keiner Stelle des Tauziehens zwischen Paris und Bonn ein Beleg für die Bereitschaft Adenauers zur Hinnahme einer endgültigen Regelung in französischem Sinne ausmachen läßt. Bei aller Konzessionsbereitschaft im einzelnen kämpfte er im Gegenteil für ein rechtliches Offenhalten des Provisoriums einer zeitweilig autonomen Saar und suchte für die Zukunft die Konditionen so zu beeinflussen, daß sich daraus Ansätze für seine Strategie einer langfristigen Verbesserung der deutschen Position entwickeln ließen. Was ihn von seinen Kritikern unterschied, war daher nicht ein Zielkonflikt, sondern die Frage nach der Rangordnung der Saarfrage im größeren außenpolitischen Konnex und die davon abgeleiteten Zeitvorstellungen.

[196] Adenauer, Erinnerungen, S. 377.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer nahm mit einigem Recht für sich in Anspruch, durch seine Politik einer auf Vertrauensbildung basierenden Westorientierung überhaupt erst wieder Bewegung in eine sich bereits zugunsten Frankreichs verfestigende Saarfrage gebracht zu haben. Der damit vorgegebene sicherheits- und westpolitische Rahmen öffnete und begrenzte freilich seinen Spielraum um die Saar gleichermaßen. Gemeinsames Sicherheitsinteresse hob das Problem aus siegerstaatlichem Oktroi auf die Ebene partnerschaftlicher Verhandlungen, setzte rein nationalstaatlicher Interessenvertretung aber auch Grenzen im allianzpolitischen Gesamtziel. Sobald Frankreich nämlich seine Blockade gegen den Einbau der Bundesrepublik in die westliche Sicherheitsgemeinschaft aufgab, konnte sich Bonn mit seiner Prioritätensetzung nur noch begrenzten Widerstand am untergeordneten Einzelfall leisten, wollte es nicht den westpolitischen Rahmen sprengen, in dem allein eine einvernehmliche Lösung erreichbar schien. Wie immer man das Problem von deutscher Seite drehen und wenden mochte, solange Frankreich sein Saarinteresse mit seiner Zustimmung zu den Pariser Verträgen verknüpfte, würde die Saarfrage mithin auf der Kostenseite der Adenauerschen Westpolitik aufscheinen.

Unter diesen Umständen konnte der Kanzler nur versuchen, aus der ungünstigen zeitlichen Zwangsjacke herauszukommen, die ihn anfällig für immer neue Saarkonzessionen machen mußte. Dazu suchte er die Saarfrage zunächst einmal rechtlich offenzuhalten und für die Zukunft auf die Sogwirkung der traditionellen wirtschaftlichen Bindungen der Saar an West- und Süddeutschland zu setzen. Dieses Spiel auf Zeit litt freilich von Anfang an darunter, daß auch Paris sich des Zeitfaktors voll bewußt war. Das rechtliche Offenhalten bis zu einem Friedensvertrag mußte sich wegen seiner Gewöhnungswirkung an ein einmal akzeptiertes Autonomiestatut von Jahr zu Jahr stärker gegen die deutsche Position auswirken, da eine Friedenskonferenz auf absehbare Zeit nicht in Sicht war. Und selbst für diesen Fall machte Paris schon jetzt klar, daß eine Friedensregelung nicht an der vorherigen Sicherung der französischen Saarinteressen vorbeikommen würde. Der einzige Erfolg, den Adenauer daher auf diesem Felde verzeichnen konnte, lag in der Abwehr einer zusätzlichen französischen Positionsverbesserung über eine Erneuerung der angelsächsischen Zusagen an Frankreich. Dabei wirkten schon hier die dringenden Hilferufe des Kanzlers und die Stimmungslage in der westdeutschen Öffentlichkeit indirekt zusammen, da Washington und London gerade mit Blick auf seine innenpolitische Bedrängnis weitere saarpolitische Belastungen Adenauers für unzumutbar erklärten.

Wesentlich ungünstiger entwickelten sich die Verhältnisse dagegen ausgerechnet dort, wo der Kanzler eigentlich den stärksten Hebel für seine langfristige Strategie anzusetzen hoffte: bei den Wirtschaftsbeziehungen im Dreieck Paris-Saarbrücken-Bonn. Schon im Herbst 1954 hatte Mendès France die deutsche Taktik unterlaufen, französisches Einlenken an der Saar durch deutsche Wirtschaftskonzessionen zu erkaufen. Adenauers relativer Verhandlungserfolg, der künftig „gleichartige" Wirtschaftsbeziehungen von Bonn und Paris zur Saar in Aussicht stellte, verlor nämlich in dem Maße an Substanz, wie Frankreich seine bevorrechtigte Stellung unter dem Druck noch nicht ratifizierter Westverträge vorab vertraglich zu sichern vermochte,

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

während die deutschen Hoffnungen auf spätere Dreierverhandlungen verwiesen blieben. Um die eigenen Interessen überhaupt noch im Rennen zu halten, mußte Bonn sogar schrittweise seine bisherige Politik der Nichtanerkennung gegen die Regierung Hoffmann lockern. Im übrigen zeigt gerade das Schicksal der Wirtschaftsfragen, wie wenig sich wirtschaftliche Potenz schon gegenüber einem westlichen Partner in deutschlandpolitische Schubkraft umsetzen ließ. Das hätte eigentlich alle ähnlich gelagerten Erwartungen auf dem noch ungleich schwierigeren Terrain künftiger Ost- und Deutschlandpolitik frühzeitig zurückschrauben müssen.

Da jedenfalls die erhofften Trümpfe des Kanzlers schon im Frühjahr 1955 deutlich in ihrem Wert gefallen waren, verlagerte sich die Saardebatte immer einseitiger auf die Ebene, auf der sie für Adenauer innen- wie außenpolitisch besonders nachteilig zu Buche schlagen mußte. Dem ersten Referendum wuchs schnell die Funktion einer letzten Chance gegen die weitere Verfestigung des rechtlichen Provisoriums zum politisch-faktischen Definitivum zu. Allein ein von den westlichen Demokratien schwerlich zu mißachtendes, eindrucksvolles Votum der demokratischen Öffentlichkeit an der Saar schien deshalb noch geeignet, den negativen Trend gegen die deutschen Interessen umzukehren. In Adenauers Augen driftete die Saarfrage damit jedoch genau in die Emotionalität zurück, die den Regierungen beiderseits des Rheins den nötigen Kompromißspielraum beschneiden, die deutsch-französischen Beziehungen dauerhaft belasten und die westliche Einheit ausgerechnet zur Unzeit während der neuen Viermächterunden in Genf sprengen konnte.

Wohl ist inzwischen zu Recht darauf verwiesen worden, daß auch der Kanzler seine letzten Saarhoffnungen frühzeitig, nämlich schon im Frühjahr 1954, auf eine eindeutige Willensäußerung der Saarländer gesetzt hatte, die von Frankreich vor der Weltöffentlichkeit nicht einfach zu übergehen sein würde[197]. Daraus aber, wie er es selbst in seinen Memoiren andeutet, eine hintergründige Doppelstrategie im Abstimmungskampf abzuleiten, liefe dennoch fehl. Die Stunde der Saarländer sollte nach dem Dafürhalten Adenauers eben nicht beim Referendum, sondern erst in den ruhigeren Fahrwassern nach Annahme des Statuts schlagen. Im Abstimmungskampf selbst stemmte er sich denn auch konsequent und unter vollem Einsatz seiner politischen Autorität gegen ein Ergebnis, das ihm in der Art seines Zustandekommens wie in seinen belastenden Folgewirkungen gleich schädlich für die Standortfindung der jungen Bundesrepublik im Westen erschien. Das zunehmend besorgtere Echo in der westlichen Öffentlichkeit auf Formen und Lautstärke eines wiedererwachten deutschen Nationalismus waren in der Tat kaum dazu angetan, die erst mühsam wiederhergestellten Nachbarschaftsbeziehungen in Westeuropa intakt zu halten.

Und dennoch wird man bei einer Endabrechnung die beiden gegeneinanderlaufenden Haltungen – den nationalen Stimmungsausbruch und seine versuchte Dämpfung durch den Kanzler – in ihrem Zusammenwirken sehen müssen. Für Bonns Partner verwies nämlich beides auf denselben Befund. Indem der Kanzler bei seinem Eintreten für das Statut höchste innenpolitische Risiken auf sich nahm, gewann das

[197] Vgl. Repgen, Saar-Frage, S. 102f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überwältigende Gegenvotum der Saarländer zusätzliches Gewicht. Vervollständigte man das Bild um die seit dem Frühjahr registrierten Stimmungsschwankungen in der Bundesrepublik und ergänzte es um die deutschlandpolitische Ernüchterung nach Genf jetzt im Herbst, dann signalisierte das Ergebnis an der Saar unübersehbar, daß die Bonner Koalition die innen- und außenpolitischen Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht hatte. Die Akzeptanz des Votums durch Paris erhärtet daneben aber auch eine weitere Beobachtung dieses über einjährigen Ringens um die Saar. Trotz aller Härte in den Auseinandersetzungen verloren Bonn und Paris doch nie aus den Augen, wie sehr sie letztlich für ein tragfähiges Ergebnis aufeinander angewiesen waren. Mendès France und Faure wie Adenauer zeigten sich eher als die Getriebenen ihrer nationalen Öffentlichkeiten denn als sture Vertreter unbedingten nationalen Eigennutzes. Die in einer nicht abreißenden Kette bilateraler Gespräche gewonnene Einsicht in die Zumutbarkeitsgrenzen des Partners dürfte daher nicht zum wenigsten bei der erstaunlich problemlosen, partnerschaftlichen Lösung von 1956/57 mitgespielt haben.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTIAN TUSCHHOFF

DER GENFER „WALDSPAZIERGANG" 1982

Paul Nitzes Initiative in den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgesprächen[1]

Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland war und bleibt eines der umstrittensten Politikfelder in der Nachkriegsgeschichte. Dies gilt zum einen deshalb, weil die Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren und die periodisch durchgeführten Modernisierungen der Bundeswehr immer wieder öffentliche Debatten auslösten, bei denen unweigerlich die Opfer des Zweiten Weltkrieges offen oder unterschwellig ins Spiel gebracht wurden. Abrüstung, Rüstungskontrolle und Aufrüstung werden dabei gleichermaßen mit dem übergeordneten Ziel gerechtfertigt, daß ein Krieg auf deutschem Boden nie wieder geführt werden dürfe, sondern verhindert werden müsse. Zum anderen ist die Bundesrepublik in ihren sicherheitspolitischen Entscheidungen nicht uneingeschränkt, sondern in hohem Maße von den Entscheidungen ihrer NATO-Verbündeten – insbesondere den USA – abhängig. Eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele jeder Bundesregierung muß es daher sein, das Informations- und Konsultationsnetz zwischen den Hauptstädten Bonn und Washington sowie mit dem NATO-Hauptquartier besonders eng zu knüpfen. Nur auf diese Weise kann die Bundesregierung sicherstellen, daß sie deutsche Sicherheitsinteressen wirkungsvoll zur Geltung bringen kann, indem sie am außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der USA teilnimmt.

Auf diesem Weg sind seit den Gründerjahren unbestreitbare Fortschritte erzielt worden. Der vielleicht wichtigste war die Einrichtung der sogenannten nuklearen Planungsgruppe in der NATO, in der die USA ihre Bündnispartner über ihre nukleare Militärplanung informieren und in der die wichtigsten Bündnisentscheidungen zur nuklearen Politik der Allianz gefällt werden. Dennoch bleibt die Bundesrepublik auf die Bereitschaft der USA angewiesen, bei ihrer Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik deutsche Sicherheitsinteressen in Rechnung zu stellen. Daß diese Bereitschaft oftmals zugunsten anderer Erwägungen amerikanischer Administrationen in den Hintergrund gedrängt wird, davon handelt der folgende Beitrag über den Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration zum sogenannten „Waldspaziergang" vom Sommer 1982. Es soll gezeigt werden, welche Grundposi-

[1] Für zahlreiche Anregungen danke ich Inga Dittmer, Helga Haftendorn, Ernst-C. Meier, Michael Paul, Jakob Schissler und Karsten Zimmermann.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionen die Reagan-Administration für ihre Rüstungskontrollpolitik entwickelt hatte, wie die Kompromißlösung zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Unterhändler anläßlich eines Waldspaziergangs zustande kam, und wie der anschließende Entscheidungsprozeß in Washington verlaufen ist.

1. Zur Materiallage und Methode von Befragungen

Der Verfasser konnte sich für diesen Aufsatz auf eine Reihe von veröffentlichten Reden, Interviews und Zeitschriftenbeiträge der beteiligten Entscheidungsträger stützen. Hinzu kamen veröffentlichte Protokolle von Anhörungen, die von den Ausschüssen des Kongresses durchgeführt worden sind. An Sekundärliteratur standen einige wissenschaftliche Darstellungen, informierte journalistische Aufarbeitungen in Buchform sowie Zeitungsberichte zur Verfügung. Schließlich konnte der Verfasser im Rahmen eines Forschungsaufenthalts in den USA 1986 mehrere Hintergrundgespräche mit involvierten Beamten und Entscheidungsträgern führen[2]. Die Funktion von derartigen Befragungen beteiligter Akteure besteht zum einen darin, Informationen, die aus Quellen und Sekundärliteratur gewonnen wurden, zu überprüfen. Zum anderen können mit dieser Methode zusätzliche Informationen beschafft werden, die auf andere Weise – zumindest bis zur Öffnung der Archive – nicht gewonnen werden können. Befragungen erweisen sich als wissenschaftlich besonders ertragreich, wenn bestehende Ungereimtheiten, die sich aus veröffentlichten Materialien ergeben, aufgeklärt werden können. Die Nachteile dieser Methode bestehen einmal darin, daß den Befragten in der Regel Vertraulichkeit zugesichert wurde, so daß Informationen aus Hintergrundgesprächen – zumindest vorübergehend – im streng wissenschaftlichen Sinn nicht intersubjektiv überprüfbar sind. Außerdem geben die Befragten natürlich ihre von persönlichen Einstellungen und institutionellen Bindungen sehr subjektiv geprägten Sichtweisen wieder.

Der an Zeitgeschichte interessierte Forscher muß sich bei Befragungen stets dieser Nachteile bewußt sein. Dennoch bleibt er bei der Untersuchung vergleichsweise aktueller Themen auf diese Informationsquelle angewiesen. Die bewußt in Kauf genommenen Nachteile dieser Informationsbeschaffung sind nur durch den Ertrag an neuen Erkenntnissen zu rechtfertigen. Der Forscher ist aber in noch stärkerem Maße als ohnehin üblich gezwungen, die aus Hintergrundgesprächen gewonnenen Informationen unter Zuhilfenahme anderer Interviews und Quellen zu überprüfen. Die Plausibilität seiner Aussagen muß immer wieder im Lichte des vorhandenen Materials quellenkritisch geprüft werden. Wissenschaftliche Verantwortungsbereit-

[2] Für ihre Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft dankt der Verfasser Wolfgang Altenburg, Heinrich Buch, Norman Clyne, Lucas Fisher, Frank Gaffney, Leslie Gelb, Richard Haass, James E. Hinds, Julij Kwizinski, Jack Matlock, John Newhouse, Mark Parris, Richard N. Perle, Eugene V. Rostow, Edward Rowney, Robert Simmons, Strobe Talbott, Greg Tielman und James Timbie. Besonderen Dank schuldet er David Anderson, Uwe Nerlich, Joseph S. Nye und David Yost, die ihm bei der Anbahnung von Gesprächskontakten große Hilfe geleistet haben.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft, Selbstkritik und Selbstzweifel sind die notwendigen Voraussetzungen, die der Forscher bei der Auswertung von Befragungen erfüllen muß. Der Verfasser hat sich redlich bemüht, diesen Kriterien gerecht zu werden. Inwieweit ihm dies gelungen ist, werden andere Wissenschaftler zu einem späteren Zeitpunkt feststellen, die anhand von Archivmaterial seinen Beitrag kritisch prüfen werden.

2. Ronald Reagans Führungsstil

Der persönliche Führungsstil Präsident Reagans war für den außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß nicht ohne Folgen. Reagan war ein innenpolitisch orientierter Präsident. Seine Aufmerksamkeit und sein persönliches Interesse galten in erster Linie innenpolitischen Programmen (domestic policy) und der inneramerikanischen Mehrheitsbeschaffung (politics)[3]. Seine Kenntnisse außenpolitischer Fragen und internationaler Beziehungen waren begrenzt, deshalb stützte er sich in diesen Fragen meist auf die Ratschläge seiner engsten Berater. Hinzu kam, daß Reagan nicht beabsichtigte, ein aktiver Präsident zu sein, sondern erwartete, daß die politischen Initiativen von gesellschaftlichen Interessengruppen, dem Kongreß oder anderen Staaten ausgingen. Für dieses passiv-reaktive Verhaltensmuster eines Präsidenten hat Aron Wildavsky den treffenden Ausdruck von der „last resort presidency" (etwa: letzte-Instanz-Präsidentschaft) geprägt[4].

Trotz seiner eigenen Passivität in der Außenpolitik wollte Reagan zu Beginn seiner Amtszeit aber auch keinem anderen hohen Entscheidungsträger eine führende Rolle zugestehen. Er bestand auf dem Prinzip der Kabinettsregierung[5], von dem schon sein Führungsstil als Gouverneur von Kalifornien gekennzeichnet war. Reagan nutzte deshalb seinen Nationalen Sicherheitsberater und dessen Stab vorwiegend dazu, um sich von außenpolitischen Problemen abschirmen zu lassen. Die Nationalen Sicherheitsberater verfügten aber keineswegs über weitreichende Kompetenzen, die das Leitungs- und Führungsdefizit des Präsidenten aufgewogen hätten. Im Zusammenhang mit der Iran-Contra-Affäre z. B. beklagte Robert McFarlane, daß Reagan sich nur selten auf ihn als den Sicherheitsberater gestützt habe. Oftmals habe Reagan die Ausführungen McFarlanes gar nicht zur Kenntnis genommen. Aus diesem Grunde habe die Reagan-Administration nicht über langfristige außenpolitische Pläne nachgedacht, sondern sich vorwiegend mit den tagtäglich anfallenden Geschäften befaßt. Das erste Jahr der Reagan-Administration habe der

[3] Reagans außenpolitische Unerfahrenheit konnte auch nicht durch hochkarätige außenpolitische Experten in seiner Administration kaschiert werden. Vgl. Carl M. Brauer, Presidential Transitions. Eisenhower through Reagan, New York 1986, S. 254 f.; Strobe Talbott, Raketenschach, München 1984, S. 233; Lou Cannon, Reagan, New York 1982, S. 80.

[4] Vgl. Aron Wildavsky, President Reagan as a Political Strategist, in: Kay L. Schlozman (Hrsg.), Elections in America, Boston 1987, S. 221–238.

[5] Vgl. Jakob Schissler/Christian Tuschhoff, Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik unter Ronald Reagan, in: Beiträge zur Konfliktforschung 3 (1988), S. 18–22.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Frage gegolten, was die präsidentiellen Ziele seien, das zweite sei mit der Behandlung der Probleme vergangen, wie mit der „Parteilichkeit" und dem „öffentlichen Verstehen" der Außenpolitik umgegangen werden sollte. Für ein Überdenken der außenpolitischen Ziele sei keine Zeit mehr verblieben[6]. Dies bedeutete, daß weder der Außenminister noch der Berater für Fragen der nationalen Sicherheit eine herausragende Stellung im Kabinett gewinnen konnten.

Für die Außen- und Sicherheitspolitik hatte dieser Führungsstil vor allem drei Konsequenzen: Erstens wurde durch den Mangel an autoritativen Vorgaben sowohl anderen Institutionen des politischen Systems als auch den untergeordneten Entscheidungsträgern innerhalb der Exekutive die Möglichkeit eröffnet, Initiativen zu ergreifen. Es war unter anderem auf diesen Sachverhalt zurückzuführen, daß Mitarbeiter im Stab des Nationalen Sicherheitsberaters jenen Handlungsspielraum bekamen, um eine eigenständige Politik zu verfolgen, die zu der Iran-Contra-Affäre und zu einer schwerwiegenden Krise in der Administration führte[7]. Auch die im folgenden zu behandelnde Episode des sogenannten „Waldspaziergangs" war ein vergleichbarer Alleingang eines Entscheidungsträgers unterhalb der Kabinettsebene, des Delegationschefs für die INF-Verhandlungen, Paul Nitze.

Die zweite Folge des Mangels an präsidentieller Führung war, daß dem bürokratischen Gerangel zwischen konkurrierenden Institutionen in der Exekutive breiter Raum gegeben wurde. Reagan war eher als seine Amtsvorgänger geneigt, in der Außen- und Sicherheitspolitik „Uneinigkeit und sogar Paralyse zu tolerieren"[8], wodurch die Aussichten auf Umsetzung größerer außenpolitischer Entwürfe verringert wurden. Im Laufe der Jahre versuchte die Administration durch einige institutionelle Umstrukturierungen, diesen Mangel an Führung zu beheben. Ziel dieser institutionellen Reformen war es gewesen, den Abstimmungsprozeß zwischen den an der Außen- und Sicherheitspolitik beteiligten Ministerien und Behörden effektiver zu machen.

---

[6] Vgl. International Herald Tribune vom 3. 3. 1987, sowie Hintergrundinformationen des Verfassers in Cambridge, MA. vom 28. 4. und 24. 6. 1986. Dennoch erreichten unter Präsident Reagan seine unmittelbaren Mitarbeiter im Weißen Haus mehr Einfluß, als ihren Vorgängern eingeräumt worden war. Die Führungstroika, Edwin Meese, James Baker und Michael Deaver, erhielten Kabinettsrang. Vgl. I. M. Destler/Leslie H. Gelb/Anthony Lake, Our Own Worst Enemy. The Unmaking of American Foreign Policy, New York 1984, S. 163–239 und S. 257 ff.; I. M. Destler, National Security II. The Rise of the Assistant (1961–1981), in: Hugh Heclo/Lester M. Salamon (Hrsg.), The Illusion of Presidential Government, Boulder 1981, S. 263–285.

[7] Vgl. John Tower/Edmund Muskie/Brent Scowcroft, The Tower Commission Report. The Full Text of the President's Special Review Board, New York 1987; U. S. Congress. United States Senate. Select Committee on Intelligence, Report on Preliminary Inquiry, Washington D. C. 1987; U. S. Congress. United States House of Representatives. Select Committee to Investigate Covered Arms Transaction with Iran/United States Senate. Select Committee on Secret Military Assistance to Iran and the Nicaraguan Opposition, Report of the Congressional Committees Investigating the Iran-Contra Affair, 100th Congress, 1st session, Washington D. C. 1987.

[8] So der ehemalige Sicherheitsberater Robert McFarlane auf der American Political Science Association Conference 1986; vgl. Washington Post vom 8. 8. 1986, zu Reagans Arbeitsstil vgl. Brauer, Presidential Transitions, S. 222 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das interministerielle Entscheidungssystem für Rüstungskontrollfragen war auf vier Ebenen institutionalisiert worden. Die unterste Ebene nannte sich „Backstopping Group", bestand aus den Fachreferenten und diente vor allem dazu, den Kontakt zu den Verhandlungsdelegationen der USA zu halten. Die nächst höhere Ebene wurde „Interagency Group" (IG) genannt, tagte auf der Ebene der Abteilungsleiter und war das Bindeglied zwischen den Fachreferenten und den hochrangigen Entscheidungsträgern. Hier wurde die eigentliche Abstimmung und Koordination zwischen den konkurrierenden Institutionen geleistet; auch Optionen und Entscheidungsalternativen wurden hier ausgearbeitet. Die nächst höhere Ebene „Senior Interagency Group" (SIG) bestand aus den stellvertretenden Ministern. Sie sollte nur dann in Erscheinung treten, wenn die IGs zu keiner Entscheidung gelangen konnte. Die oberste Ebene war der Nationale Sicherheitsrat (NSC), der unter der Leitung des Präsidenten auf Kabinettsebene tagte[9].

Jedoch erst nachdem der Nationale Sicherheitsberater wieder eine führende Rolle in diesem Entscheidungssystem eingenommen hatte, war der Mangel an Entscheidungsfähigkeit beseitigt worden. Dies war zunächst dadurch versucht worden, daß die zweithöchste Ebene des Entscheidungssystems mehr Einfluß erhalten sollte. Da es sich aber herausstellte, daß die für Rüstungskontrolle zuständige SIG entscheidungsunfähig war, versuchte deren Vorsitzender, der stellvertretende Außenminister Kenneth Dam, ein informelles Gremium einzurichten, das als „Dam-Group" bezeichnet wurde. Ende 1982 erhielt dieses Gremium die offizielle Bezeichnung „Senior Arms Control Policy Interagency Group" (SAC-PIG), wurde dadurch aber nicht effektiver. Der wesentliche Grund dafür war darin zu sehen, daß die personelle Zusammensetzung dieser Gremien immer gleich blieb. Deshalb richtete der Nationale Sicherheitsberater eine weitere informelle Gruppe, die sogenannte „Clark-Group", ein. Auch diese Gruppe erhielt nach kurzer Zeit die offizielle Bezeichnung „Senior Arms Control Group" (SAC-G). Der Fortschritt bestand vor allem darin, daß nunmehr der Sicherheitsberater den Vorsitz führte und als „Schiedsrichter" zwischen den anderen Mitgliedern auftrat. Damit nahm auch die Reagan-Administration die Tradition ihrer Vorgängerinnen auf, den Sicherheitsberater zum Primus inter Pares im Koordinationsprozeß zu machen[10].

Die dritte Folge von Reagans Führungsstil und dem formal durchstrukturierten Entscheidungssystem seiner Administration war, daß im Koordinationsprozeß innerhalb der Administration nur ein Minimalkonsens über die Instruktionen für die Unterhändler hergestellt werden konnte, da jedem Ministerium die Möglichkeit eingeräumt worden war, eine Entscheidung zu blockieren, die nicht ihren *Partikularin-*

---

[9] Vgl. Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan, 1982, Bd. 1, Washington D. C. 1983, S. 19 f.; John H. McNeil, U. S.-USSR Nuclear Arms Negotiations: The Process and the Lawyer, in: American Journal of International Law, Bd. 79 (1985), S. 52–67; Schissler/Tuschhoff, Außen- und Sicherheitspolitik, S. 21; Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 7. 7., 11. und 21. 8. 1986.

[10] Vgl. Talbott, Raketenschach, S. 257; Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 7. 7., 6., 11. und 21. 8. 1986.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teressen entsprach. Es fiel der Administration schwer, Entscheidungen zu treffen, die über diesen Minimalkonsens hinausgingen. Die Folge war, daß die Instruktionen für die Verhandlungsdelegationen so eng abgefaßt waren, daß den Unterhändlern wenig Spielraum für Sondierungen blieb. Das Scheitern der INF-Verhandlungen vor Stationierungsbeginn der amerikanischen Mittelstreckensysteme im November 1983 war zu einem guten Teil auf diesen Umstand zurückzuführen[11].

3. Rüstungskontrollpolitische Prinzipien

Die Reagan-Administration entwickelte im ersten Jahr ihrer Amtszeit Prinzipien und verhandlungstaktische Leitlinien für die Rüstungskontrollpolitik. Die fünf Prinzipien wurden von Außenminister Alexander Haig in einer Rede vor der „Foreign Policy Association" in New York am 14. Juli 1981 verkündet[12]. Erstens sollten die Verhandlungen von einem „realistischen" Standpunkt aus geführt werden, d. h. über die Vorstellungen vom Verhandlungsgegner, der Sowjetunion, dürften keine Illusionen gehegt werden. Mithin sollten die Verhandlungen von seiten der USA pragmatisch, aber ideologisch standpunktbezogen geführt werden. Diese Forderung spiegelte sowohl das manichäische Weltbild der Reagan-Administration wider als auch den Vorbehalt der „Empathie des Realismus"[13], der für die Beziehungen mit der Sowjetunion gelten sollte. Die USA mußten sich immer vergegenwärtigen, so lautete das Credo der Administration, daß das Wesen des kommunistischen Systems mit demokratischen Prinzipien unvereinbar sei, und deshalb die politischen Ziele der USA und der Sowjetunion grundverschieden sein müßten.

Zweitens sollte die nationale Sicherheit der USA durch ein Abkommen verbessert werden. Insbesondere sollte die Verwundbarkeit der nuklearstrategischen Streitkräfte verringert werden. Sicherheit war für die Reagan-Administration weitgehend gleichbedeutend mit der Unverwundbarkeit amerikanischer Streitkräfte. Dementsprechend war Rüstungskontrolle nur ein Instrument, nicht Selbstzweck der Sicherheitspolitik. In diesem Grundsatz kam auch deutlich das Mißtrauen zum Ausdruck, das die Administration gegenüber dynamischen Prozessen in der Geschichte entwikkelt hatte. Diese Prozesse würden die Sowjetunion begünstigen, denn die Zeit arbeite gegen die USA. Unterschwellig hatte die Administration dabei den Präzedenzfall des Münchner Abkommens von 1938 vor Augen. Wenn die nationale

[11] Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Cambridge, MA., vom 24. 6. 1986.

[12] Zum folgenden vgl. United States Arms Control and Disarmament Agency (Hrsg.), Documents on Disarmament 1981, Washington D. C. 1985, S. 264–271; Außenminister Haigs Erklärung vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats am 11. 5. 1982, in: Dies. (Hrsg.), Documents on Disarmament 1982, Washington D. C. 1985, S. 289–293; Department of State Bulletin (DSB), Bd. 82, Nr. 2062 (1982), S. 51 f.

[13] Vgl. Christian Tuschhoff, Einstellungsprofil und Perzeption der Sowjetunion, in: Helga Haftendorn/Jakob Schissler (Hrsg.), Rekonstruktion amerikanischer Stärke. Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan-Administration, Berlin 1988, S. 122 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sicherheit durch ein Abkommen nicht verbessert würde, bestand die Gefahr, daß ein schleichender Prozeß des „appeasement" entstand[14]. Die Einbettung von Rüstungskontrolle in den übergeordneten Kontext der Sicherheitspolitik bedeutete auch, daß ein konzeptioneller Zusammenhang zwischen Streitkräftemodernisierung und Rüstungsbeschränkung hergestellt wurde. Auf diese Weise, so kalkulierte die Administration, war der Vorrang der militärischen Modernisierung vor Rüstungskontrolle politisch leichter durchsetzbar. Ferner spiegelte dieser Grundsatz die Überzeugung Ronald Reagans wider, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion nur dann Erfolg hätten, wenn die USA geduldig und beharrlich verhandelten[15]. Die USA würden am Verhandlungstisch nur dann substantielle Konzessionen machen, wenn dadurch die nationale Sicherheit verbessert würde.

Ein Abkommen sollte drittens ausgewogen sein. Es mußte sichergestellt sein, daß damit zur Schaffung eines gesamtstrategischen Gleichgewichts beigetragen wurde, und es sollte für beide Seiten gleiche Rechte und Pflichten enthalten. Mit dieser Forderung hatten sich in der Administration jene durchgesetzt, die, wie z. B. Richard Perle, behaupteten, die bisherigen Rüstungskontrollabkommen hätten die Sowjetunion einseitig begünstigt. Um bestehende Asymmetrien zu beseitigen, sei es daher notwendig, die sowjetischen Streitkräfte stärker zu reduzieren als die amerikanischen. Ferner trug diese Forderung der von Richard Burt vertretenen Annahme Rechnung, daß durch Rüstungskontrolle ein operatives Gleichgewicht hergestellt werden mußte. Dazu reichten quantitative Maßstäbe nicht aus. Rüstungskontrollabkommen müßten nunmehr qualitative Kriterien enthalten, damit nicht nur die militärischen Potentiale beider Seiten begrenzt wurden, sondern auch deren militärisch-operative Fähigkeiten[16].

Viertens bestand die Administration auf sehr präzisen Bestimmungen eines Vertrages, denn der Sowjetunion sollte jede Möglichkeit genommen werden, Schlupflöcher in den Verträgen zu finden bzw. zweideutige Vertragsbestimmungen zu ihrem Vorteil auslegen zu können. Dieser Vorwurf richtete sich sowohl an die Sowjetunion als auch an frühere Administrationen, die z. B. im SALT-II-Vertrag mehrdeutige Bestimmungen zugelassen hätten, so daß sowjetische Vertragsverletzungen nicht eindeutig zu beweisen seien[17]. Die Forderung nach äußerster Präzision in den Ver-

---

[14] Vgl. Richard N. Perle, Echoes of the 1930s, in: Strategic Review, Bd. VII, Nr. 1 (1979), S. 11–15.

[15] Vgl. Joseph G. Whelan, Andropov and Reagan as Negotiators: Contexts and Styles in Contrast, Congressional Research Service Report, Nr. 83–141 S vom 30. 6. 1983, S. 83–95.

[16] Vgl. Richard Burt, The Relevance of Arms Control in the 1980s, in: Daedalus, Bd. 110 (1981), S. 159–177.

[17] Vgl. Public Papers. Ronald Reagan, 1983, Bd. 1, Washington D. C. 1984, S. 571; Whelan, Andropov and Reagan, S. 93 f.; ders., Propaganda Play or U. S. Negotiation Opportunity, Congressional Research Service Report, Nr. 82–96 S vom 17. 5. 1982, S. 70 und S. 83; United States Department of State, Soviet Noncompliance with Arms Control Agreements, Special Report, Nr. 136, Washington D. C. 1985; United States Arms Control and Disarmament Agency (Hrsg.), Soviet Noncompliance, Washington D. C. 1986. Zur Gesamtdebatte über die Frage der Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen vgl. Jeanette Voas, The Arms-Control Compliance Debate, in: Survival Bd. 28, Nr. 1 (1986), S. 8–31.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tragstexten ging überdies auf das Mißtrauen zurück, das die Administration der Sowjetunion entgegenbrachte. Die Sowjetunion verfolge eine Politik der „Sicherheitsgegnerschaft", die auf die Herstellung einseitiger Vorteile gerichtet sei.

Fünftens sollten die Verhandlungsvorschläge der USA so einfach formuliert sein, daß sie der Öffentlichkeit leicht zu vermitteln seien. Mit dieser Forderung wurde der Ansicht der Reagan-Administration Rechnung getragen, daß der Mehrheitsbeschaffung eine herausragende Bedeutung in der Politik zukäme[18]. Damit wurden aber auch der Kompromißfähigkeit der USA am Verhandlungstisch enge Grenzen gesetzt. In dem Maße, in dem die innenpolitische Akzeptanz in den Vordergrund des Verhandlungsansatzes geschoben wurde, wurde zu einem sehr frühen Zeitpunkt innenpolitischen Akteuren, die vielfach Träger von *Partikularinteressen* waren, ein Mitsprache- oder sogar ein Vetorecht im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß eingeräumt. Die Forderung nach Einfachheit und Vermittelbarkeit bedeutete, daß die Administration die Haltung der Öffentlichkeit, gesellschaftlicher Interessengruppen und des Kongresses in ihre Verhandlungsführung einbringen wollte. Dies spiegelte wiederum die Überzeugung der Administration wider, daß der Innenpolitik Vorrang vor der Außenpolitik eingeräumt werden sollte.

Auf diese Weise wurde gleichzeitig ein anderes Problem in den Vordergrund gerückt. Konzessionen der USA am Verhandlungstisch mußten auch innenpolitisch durchsetzbar sein. Damit wurde zwar den amerikanischen Unterhändlern ein wichtiges Argument an die Hand gegeben, mit dem sowjetische Vorschläge als „in den USA nicht durchsetzbar" zurückgewiesen werden konnten. Aber dieser Vorteil, die Stärkung der Verhandlungsposition der Unterhändler, hatte auch seinen Preis. Die Prärogative der Administration bei der Verhandlungsführung wurde eingeschränkt. Eine Kompromißlösung am Verhandlungstisch setzte voraus, daß die USA Konzessionen machen konnten, die innenpolitisch mehrheitsfähig waren. Diese Konzessionen würden zu Lasten der Träger von Partikularinteressen gehen und waren nur im Lichte eines übergeordneten Kompromisses zu rechtfertigen. In dem Maße jedoch, in dem diesen Trägern von Partikularinteressen mehr Einfluß zugebilligt wurde, verschlechterte sich die Chance, daß ein Kompromiß innenpolitisch durchgesetzt werden konnte. Hinzu kam, daß die Entscheidungsträger in der Administration – mit Ausnahme von Paul Nitze – wenig Neigung zeigten, Prioritäten zwischen verschiedenen rüstungskontrollpolitischen Zielen zu setzen[19]. Die innenpolitische Durchsetzbarkeit eines möglichen Verhandlungsergebnisses war deshalb von der Fähigkeit der Entscheidungsträger abhängig, aus verschiedenen Trägergruppen von Partikularinteressen Koalitionen zu bilden. In der Art, wie die Reagan-Administration diesen Gruppen Mitwirkungsmöglichkeiten bei den Entscheidungen zur Rüstungskontrolle einräumte, wurde wiederum das reaktive Verhaltensmuster sichtbar, von dem der Führungsstil Präsident Reagans gekennzeichnet war.

---

[18] Vgl. Tuschhoff, Einstellungsprofil, S. 121 f.

[19] Vgl. ders., Einstellung und Entscheidung. Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981–1984, Baden-Baden 1990, S. 218 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Frage, inwieweit die NATO-Verbündeten an amerikanischen Entscheidungen zur Rüstungskontrolle mitwirken sollten, wurde nicht ausdrücklich und prinzipiell, sondern eher von Fall zu Fall entschieden. Übereinstimmung bestand in der Administration darüber, daß diese Frage für verschiedene Verhandlungsgegenstände unterschiedlich beantwortet werden mußte. Bei Verhandlungen über eurostrategische Waffensysteme sollte den Verbündeten eine größere Mitwirkungsmöglichkeit zugestanden werden, da dieser Gegenstand die Sicherheit der Verbündeten unmittelbar betraf und die USA auf die Erlaubnis der Westeuropäer angewiesen waren, Mittelstreckensysteme auf deren Territorium zu stationieren. Die nuklearstrategischen Streitkräfte, d. h. SALT-II, START und ABM-Fragen, betrafen aber den Kernbereich der nationalen Sicherheit der USA. Dies schloß aus, daß den Bündnispartnern weitgehende Möglichkeiten der Einflußnahme eröffnet wurden[20].

In der Reagan-Administration gab es darüber hinaus auch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Frage, *wie* die Alliierten konsultiert und damit in den Verhandlungsprozeß einbezogen werden sollten. Die Meinung, daß die USA die politische Führung in der NATO übernehmen sollten und die Verbündeten diese hegemoniale Rolle der USA akzeptieren würden, war von Reagan, Weinberger und Perle vertreten worden. Diese Einstellung soll im folgenden als „unilaterale Führung" der Allianz bezeichnet werden. Haig, Nitze und Burt dagegen hatten die Meinung vertreten, daß den westeuropäischen Verbündeten die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, an den rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen der USA mitzuwirken. Außerdem seien die USA selbst verpflichtet, die Interessen ihrer Bündnispartner angemessen zu berücksichtigen, um den Zusammenhalt in der NATO zu stärken. Diese Haltung, dem Bündniszusammenhalt einen wichtigen Stellenwert im Entscheidungsprozeß der USA zuzuweisen, soll im weiteren als „multilaterale Allianzpolitik" bezeichnet werden[21].

---

[20] Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Cambridge, MA., vom 24. 6. 1986. Außerdem ergaben sich unterschiedliche Einflußmöglichkeiten der Verbündeten einschließlich der Bundesrepublik auf die verschiedenen Verhandlungsgegenstände aus der Institutionalisierung des Entscheidungsprozesses in der NATO. Für den Bereich der Mittelstreckensysteme waren zwei Institutionen, die sogenannte „High Level Group" (HLG) und die sogenannte „Special Consultative Group" (SCG), eingerichtet worden, die den Westeuropäern vielfältige Einflußnahmen auf die INF-Verhandlungen der USA gestatten sollten. Vgl. Thomas Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung? Zur INF-Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970–1983, in: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), Forschungsbericht Nr. 1, Frankfurt 1985, S. 57–60; Ernst-C. Meier, Deutsch-amerikanische Sicherheitsbeziehungen und der NATO-Doppelbeschluß, Rheinfelden 1986, S. 398–403 und S. 429–434. Für andere Verhandlungsgegenstände waren keine vergleichbaren Informations- und Konsultationsorgane im Bündnis eingerichtet worden, so daß in diesen Bereichen keine vergleichbare Mitwirkung der Westeuropäer möglich war.

[21] Vgl. Tuschhoff, Einstellung und Entscheidung, S. 215 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

4. Verhandlungstaktische Leitlinien

Auf der Grundlage dieser rüstungskontrollpolitischen Prinzipien entwickelte die Reagan-Administration vier taktische Leitlinien für die Verhandlungen mit der Sowjetunion[22].

Erstens müßten die Rüstungspotentiale beider Seiten wirklich *reduziert* werden, anstatt diese nur zu begrenzen. Zweitens wurde die Forderung nach *Verhandlungsfähigkeit* amerikanischer Rüstungskontrollvorschläge fallengelassen. Die amerikanische Rüstungskontrollpolitik habe ausschließlich als ein Instrument der nationalen Sicherheit der USA zu dienen[23]. Drittens wurden die amerikanischen Verhandlungsdelegationen in Genf ohne *„Rückfallposition"* gelassen. Kompromißvorschläge bedurften der ausdrücklichen Genehmigung Washingtons; die Verhandlungsführung wurde dadurch zentralisiert, die Kompetenz der Delegationen erheblich eingeschränkt[24]. Viertens schließlich war – im Vergleich zu den SALT-Verhandlungen der Administrationen von Nixon bis Carter – die Instrumentalisierung von Waffensystemen im Verhandlungsprozeß verändert worden: Waffen wie die MX-Rakete oder neue Verteidigungssysteme als Produkt der SDI-Forschung sollten keine *„Tauschobjekte"* mehr sein, die in den Verhandlungen zur Disposition gestellt wurden. Sie dienten eher als taktische *„Druckmittel"*, die die Sowjetunion am Verhandlungstisch halten und ihr Konzessionen abringen sollten, denn mit diesen Druckmitteln demonstrierten die USA ihre Entschlossenheit und ihren Willen zu weiteren Rüstungsmaßnahmen[25]. Diese rüstungskontrollpolitischen Prinzipien und verhand-

---

[22] Zum folgenden vgl. United States Arms Control and Disarmament Agency (Hrsg.), Documents on Disarmament 1981, S. 264–271; dies. (Hrsg.), Documents on Disarmament 1982, S. 289–293; DSB, Bd. 82, Nr. 2062 (1982), S. 51 f.

[23] Vgl. den Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates vom 21. 4. 1982, in: Arms Control Reporter 1982, S. 611, B. 16; Strobe Talbott, Playing for the Future, in: Time Magazine vom 18. 4. 1983, S. 24. Das State Department war im Laufe der Verhandlungen bemüht, das Kriterium der „Verhandlungsfähigkeit" dadurch wieder einzuführen, daß zunehmend von der „Kompromißfähigkeit" amerikanischer Vorschläge gesprochen wurde. Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Cambridge, MA., vom 24. 6. 1986.

[24] Vgl. U. S. Congress. House of Representatives. Committee on Foreign Affairs. Subcommittee on Arms Control, International Security and Science, Fundamentals of Nuclear Arms Control, Part V. Report, 99th Congress, 2nd session, January 1986, Washington, D. C., 1986, S. 32.

[25] Vgl. Talbott, Raketenschach, S. 24; Michael Krepon, Strategic Stalemate. Nuclear Weapons and Arms Control in American Politics, New York 1984, S. 85–101; Public Papers, Ronald Reagan, 1981, Washington D. C. 1982, S. 195, S. 878, S. 957; ebenda, 1982, Bd. 2, Washington D. C. 1983, S. 934, S. 1322, S. 1598; DSB, Bd. 81, Nr. 2056 (1981), S. 59; Public Statements of Caspar W. Weinberger, Secretary of Defense (Weinberger Statements), 1981, Bd. II, Washington D. C. o. J., S. 1100 f.; Why SDI is No Bargaining Chip, in: The Heritage Foundation Backrounder vom 2. 10. 1985; Interview mit Caspar Weinberger, in: Die Welt vom 30. 5. 1983. SDI, so argumentierte die Reagan-Administration, habe die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurückgebracht. Welchen Konzessionsanreiz amerikanische Waffensysteme, die ungeachtet jedweder Rüstungskontrolle disloziert werden würden, für die Sowjetunion haben sollten, blieb unbeantwortet. Der Widerspruch läßt sich nur so erklären, daß es sich bei der beabsichtigten Hebelwirkung ausschließlich um die Steuerung sowjetischen Verhaltens handeln sollte, d. h. Hebelwirkung war die Erzwingung sowjeti-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lungstaktischen Leitlinien wurden in den Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen erstmalig demonstriert.

5. Die Genfer Verhandlungen von Paul Nitze

Am 30. November 1981 begannen in Genf die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen („intermediate range nuclear forces", kurz: INF) zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Delegation. Die USA wurden von dem in sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Fragen seit den frühen vierziger Jahren sehr bewanderten Paul Henry Nitze vertreten. Nitze war zweifellos der in der Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik erfahrenste Politiker, den die USA aufzubieten hatten. Seit dem Zweiten Weltkrieg war Nitze an allen weichenstellenden Entscheidungen zur Sicherheitspolitik der USA direkt oder indirekt beteiligt. Er war es gewesen, der im sogenannten „Strategic Bombing Survey" die militärstrategischen Schlußfolgerungen aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen und die amerikanischen Grundsätze für die moderne Kriegführung unter den Bedingungen des Nuklearzeitalters formuliert hatte[26]. Als Leiter des Planungsstabs im Außenministerium hatte Nitze 1950 die erste umfassende politisch-ideologische und militärstrategische Analyse der Bedrohung durch den Kommunismus verfaßt und empfohlen, die Sowjetunion und China weltweit mit vorwiegend militärischen Mitteln einzudämmen, wozu er ein möglichst breites Spektrum an konventionellen und nuklearen Optionen vorschlug[27].

In Zeiten, in denen er nicht innerhalb einer Administration tätig war, bemühte sich Nitze vor allem darum, die politisch Verantwortlichen und die amerikanische Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Westens einzuschwören. Dabei griff er sehr bewußt zu gezielten Übertreibungen der Bedrohung und formelhaften Vereinfachungen, von denen er sich eine schnelle Mehrheitsbildung versprach[28]. Der Bericht des sogenannten „Gaither Committee" 1957 und die Politik des konservativen „Committee on the Present Danger" in den siebziger Jahren gingen maßgeblich auf Nitze zurück[29]. Ende der siebziger Jahre

---

schen Wohlverhaltens durch amerikanische Rüstung. Es sollte aber in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß der Kongreß möglicherweise Gelder für SDI oder MX gestrichen hätte, wenn die Administration offen zugegeben hätte, daß es sich bei diesen Waffensystemen lediglich um verhandlungstaktische Tauschobjekte handelte.

[26] Vgl. United States Strategic Bombing Survey, Summary Report (Pacific War) vom 1.7. 1946, Washington D. C. 1946; Paul H. Nitze, From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision – A Memoir, New York 1989, S. 25–45.

[27] Vgl. John L. Gaddis, Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy, Oxford 1982, S. 89–126.

[28] Vgl. Robert H. Johnson, Periods of Peril. The Window of Vulnerability and Other Myths, in: Foreign Affairs, Bd. 61, Nr. 4 (1983), S. 950–970.

[29] Vgl. Jerry W. Sanders, Peddlers of Crisis. The Committee on the Present Danger and the Politics of Containment, Boston 1983.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war er der schärfste Kritiker des SALT-II-Vertrages und daher von der Carter-Administration besonders gefürchtet.

In den verschiedenen Administrationen von Kennedy bis Ford diente Nitze als Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium, als Marineminister und als stellvertretender Verteidigungsminister. In der amerikanischen Delegation für die SALT-I-Verhandlungen erwies er sich als ein konzeptionell denkender Kopf, der maßgeblich am Zustandekommen des Vertrages über die Abwehr ballistischer Raketen (ABM-Vertrag) beteiligt war. Dabei hatte er sich auch großen Respekt bei sowjetischen Sicherheitsexperten erworben. Bei ihnen galt Nitze als der einzige Rüstungskontrollfachmann in der Reagan-Administration, der keine Fehler machen würde[30].

Zu Beginn der Genfer Gespräche über INF handelte Nitze nicht nur im Rahmen der beschriebenen rüstungskontrollpolitischen Prinzipien und verhandlungstaktischen Leitlinien der Reagan-Administration, sondern auch auf der Basis eines konkreten amerikanischen Vorschlags, den Präsident Reagan am 18. November 1981 in einer Rede vor dem Nationalen Presseclub verkündet hatte, und der als „Null-Lösung" bekanntgeworden ist. Dieser Eröffnungsvorschlag der USA war erst nach massivem Druck der Westeuropäer, insbesondere des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, zustande gekommen, die damit gedroht hatten, sich nicht mehr an den Doppelbeschluß gebunden zu fühlen, wenn die USA dessen rüstungskontrollpolitischen Teil nicht erfüllen würden. Nachdem es Schmidt gelungen war, den sowjetischen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew anläßlich seiner Moskau-Reise im Sommer 1980 von der Notwendigkeit rüstungskontrollpolitischer Verhandlungen zu überzeugen, hatte er im Vorgriff auch den USA das einfachste Argument gegen Rüstungskontrollverhandlungen – die sowjetische Obstruktionspolitik – genommen. Dennoch kostete es ihn 1981 einige Mühe, die Reagan-Administration zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion zu überreden[31].

Die konzeptionellen Vorarbeiten für die Null-Lösung waren in Bonn mit dem Ziel geleistet worden, die verschiedenen militärstrategischen, rüstungskontrollpolitischen und innenpolitischen Forderungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen[32]. Der entscheidende Satz in Reagans Angebot an die UdSSR vom 18. November 1981 lautete: „Die Vereinigten Staaten sind bereit, auf ihre Dislozierung der Pershing-II und der landgestützten Marschflugkörper zu verzichten, wenn die Sowjetunion ihre SS-20, SS-4 und SS-5 Raketen abbaut."[33]

Die Sowjetunion wies diesen Vorschlag als unausgewogen zurück und präsen-

---

[30] Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Bonn vom 12. 12. 1986.

[31] Vgl. Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987, S. 116 ff.; Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 53; Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart 1987, S. 335 f.; Helga Haftendorn, Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München 1986, S. 148 ff.; Lothar Rühl, Mittelstreckenwaffen in Europa. Ihre Bedeutung in Strategie, Rüstungskontrolle und Bündnispolitik, Baden-Baden 1987, S. 242–246.

[32] Vgl. Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 38; Lothar Rühl, Mittelstreckenwaffen, S. 290.

[33] Europa Archiv, Nr. 24 (1981), S. D 657.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tierte eigene Vorschläge[34]. Die Null-Lösung war aber auch innerhalb der Reagan-Administration umstritten. Vor allem das State Department hatte Kritik geäußert, konnte sich aber gegen das Verteidigungsministerium nicht durchsetzen[35]. Die Null-Lösung wurde vor allem deshalb zur offiziellen Verhandlungsposition der USA, weil sie den rüstungskontrollpolitischen und verhandlungstaktischen Grundentscheidungen in allen Punkten entsprach. Trotz gegenteiliger Äußerungen Nitzes in der Öffentlichkeit wurden bei der ersten Verhandlungsrunde keine Fortschritte erzielt. Bei der Vorbereitung der nächsten Verhandlungsrunde, die am 20. Mai 1982 beginnen sollte, machte Nitze in Washington die Erfahrung, daß das amerikanische Entscheidungssystem der interministeriellen Arbeitsgruppen nicht in der Lage war, konstruktive Lösungen auszuarbeiten[36]. Eine besondere Initiative war vonnöten.

5.1. Nitzes Ausgangsüberlegungen für den „Waldspaziergang"

Die Reagan-Administration hatte die Frage der Mittelstreckenwaffen von ihrer Vorgängerin in Form des NATO-Doppelbeschlusses geerbt[37]. Die entscheidende Frage war, ob die USA entweder ein akzeptables Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion aushandeln konnten, durch das das sowjetische Übergewicht bei den Mittelstreckenwaffen verringert wurde, oder ob die NATO durch eine Nachrüstung den westlichen Abschreckungsverbund wiederherstellen mußte. In beiden Fällen stand dem Bündnis eine interne Belastungsprobe bevor, denn sowohl ein konstruktives Ergebnis der Rüstungskontrollverhandlungen als auch eine mögliche Nachrüstung gefährdeten den aufgrund divergierender Sicherheitsinteressen und -perzeptionen zerbrechlichen Allianzkonsens. Nitze vertrat die Auffassung, daß eine amerikanische Strategie für die achtziger Jahre nur dann erfolgreich sein könnte, wenn sie mit den langfristigen Sicherheitsinteressen der Alliierten in Übereinstimmung zu bringen sei. Der Zusammenhalt des Bündnisses wurde für ihn zum Schlüs-

---

[34] Vgl. NATO Information Service (Hrsg.), Intermediate-Range Nuclear Forces (INF). Progress Report to Ministers by the Special Consultative Group, Brüssel 1983, S. 10 f.; Raymond L. Garthoff, Detente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan, Washington D. C. 1985, S. 1031; Rühl, Mittelstreckenwaffen, S. 262–271.

[35] Zur Debatte über die Null-Lösung vgl. Talbott, Raketenschach, S. 101–125. Zur Haltung des State Department vgl. Alexander M. Haig, Geisterschiff USA. Wer macht Reagans Außenpolitik?, Stuttgart 1984, S. 266; DSB, Bd. 81, Nr. 2056 (1981), S. 50; ebenda, Bd. 82, Nr. 2058 (1982), S. 16; Alexander M. Haig, Equitable Arms Control. The Future of Deterrence, in: Vital Speeches of the Day vom 1. 4. 1987, S. 388; U. S. Congress. House of Representatives. Committee on Foreign Affairs. Subcommittee on Europe and the Middle East, Developments in Europe, March 1983. Hearing, 98th Congress, 1st session, 7. 3. 1983, Washington D. C. 1983, S. 24.

[36] Beim „Waldspaziergang" sei es vor allem darum gegangen, die Entscheidungsschwäche in den beiden (!) Hauptstädten zu überwinden, sagte Nitze bei einem Vortrag am Massachusetts Institute of Technology am 25. 6. 1986, Mitschrift des Verfassers.

[37] Vgl. Text des Doppelbeschlusses, in: Europa Archiv, Nr. 2 (1980), S. D 35 ff.; zur Entstehungsgeschichte vgl. Rühl, Mittelstreckenwaffen, S. 139–208; Helga Haftendorn, Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: VfZ 2 (1985), S. 244–287.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

selelement des INF-Problems[38]. Nur wenn die USA die Ernsthaftigkeit ihrer Abrüstungsbemühungen glaubwürdig unter Beweis stellen konnten, würden ihre Alliierten 1983 notfalls zu einer Stationierung von Mittelstreckenwaffen bereit sein. Die multilaterale Allianzpolitik war für Nitze noch wichtiger als die Rüstungskontrollverhandlungen selbst. Die offizielle amerikanische Verhandlungsposition, die Null-Lösung, schien dafür nicht geeignet, weil sie die Sowjetunion nicht zu ernsthaften Verhandlungen zwang, sondern diese im Gegenteil dazu verleitete, die westliche Uneinigkeit – insbesondere die exponierte Lage der Bundesrepublik – auszunutzen, anstatt konstruktive Verhandlungslösungen anzubieten[39].

In Nitzes Kalkül spielte die SPD eine zentrale Rolle für den innenpolitischen Konsens deutscher Sicherheitspolitik und dadurch für den Zusammenhalt des Bündnisses. Für Nitze war die SPD, gemessen an ihrer Mitgliederzahl, die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik. Sie verkörperte äußerst populäre Ideen, mit denen sich große Teile der Bevölkerung auch dann identifizierten, wenn sie die SPD nicht wählten. Die USA konnten es sich nicht leisten, die SPD als politischen Einflußfaktor zu vernachlässigen, auch wenn diese in Bonn in der Opposition saß. Als besonderes Problem deutete Nitze denn auch die zunehmende Distanzierung der SPD vom NATO-Doppelbeschluß[40]. Diese Sichtweise war Nitze in Gesprächen mit Helmut Schmidt nahegebracht worden. Beide Politiker kannten sich aus unzähligen Begegnungen seit den fünfziger Jahren[41]. Innerhalb der Administration stand Nitze mit seiner von Schmidt inspirierten politischen Lagebeurteilung jedoch allein[42].

Doch die Zeit für eine Kompromißlösung drängte. Der Gesundheitszustand von Generalsekretär Breschnew verschlechterte sich zusehends. Breschnew aber, so hatte Nitze von Helmut Schmidt erfahren[43], hegte den Wunsch, ein historisch bedeutsames Gipfeltreffen mit Reagan zu veranstalten. Darüber hinaus veranlaßte eine zweite Überlegung Nitze, gerade im Sommer 1982 selbst die Initiative zu ergreifen: Am Ende der zweiten Verhandlungsrunde im März 1982 hatte Nitzes sowjetischer Gegenspieler, Julij Kwizinski, ihm mitgeteilt, daß Moskau eine grundlegende Über-

---

38 Vgl. Die Sowjets sind auf Überlegenheit aus. Gespräch mit Paul Nitze, in: Der Spiegel vom 12. 12. 1983, S. 121; Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 69.

39 Vgl. Paul H. Nitze, Strategy in the Decade of the 1980s, in: Foreign Affairs, Bd. 59, Nr. 1 (1980), S. 87 und S. 101; vgl. auch John Barry, Is there a Way Out of Zero-Zero?, in: The Times vom 1. 6. 1983.

40 Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 25. 8. und 2. 9. 1986.

41 Vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 267 und S. 275; Hans-J. Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika, 1945–1966, Düsseldorf 1983, S. 250–255; Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 71.

42 Vgl. ebenda; Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 28. 8. 1986. Zur Haltung der SPD zum NATO-Doppelbeschluß vgl. Haftendorn: Sicherheit und Stabilität, S. 128–131; Jürgen Maruhn/Manfred Wilke (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984.

43 Bei der letzten Begegnung zwischen Schmidt und Breschnew machte der Generalsekretär der KPdSU einen gesundheitlich äußerst angeschlagenen Eindruck, vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 125.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

prüfung seiner INF-Politik plane. Es sei für beide Seiten wichtig, so Kwizinski, möglichst vorher Verhandlungsfortschritte zu erzielen, die das Ergebnis der Beratungen in Moskau positiv beeinflußten, weil eine einmal getroffene Entscheidung des Politbüros nur schwer wieder zu revidieren sei[44]. Nitze entschloß sich, auf eigene Faust einen Vorstoß zu machen, um ein Verhandlungsergebnis zu erzielen. Er konnte sich dabei auf die allgemeine Instruktion Präsident Reagans berufen, daß er ausloten solle, ob ein Abkommen mit der Sowjetunion prinzipiell möglich sei. Nitze interpretierte diese Instruktion so, daß er zu diesem Zweck seinem sowjetischen Gegenspieler durchaus eigene Gedanken und Ideen vortragen durfte. Gleichwohl war er sich des hohen Risikos bewußt, das er mit seiner Initiative einging.

5.2. Die Initiative

Nitzes Aufgabe bestand zunächst darin, einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiß zu finden, der dann in den Hauptstädten der Supermächte und bei den Alliierten mehrheitsfähig gemacht werden konnte. Ohne die Initiative und Kontrolle aus der Hand zu geben, knüpfte er ein Kooperationsnetz mit vier anderen Akteuren in der Hoffnung, eine Kompromißformel aushandeln und politisch durchsetzen zu können. Dabei setzte er sich bewußt über die meisten rüstungskontrollpolitischen Prinzipien und verhandlungstaktischen Leitlinien der Reagan-Administration hinweg und wagte damit einen diplomatischen Alleingang.

In Zusammenarbeit mit dem Vertreter der Joint Chiefs of Staff (JCS) bei der amerikanischen INF-Delegation in Genf, Armeegeneral William Burns, suchte Nitze nach einer militärisch vertretbaren Kompromißformel für INF. Die entscheidende Frage war, auf welche Systeme die NATO am ehesten verzichten könnte, d. h. welche Waffensysteme am Verhandlungstisch preisgegeben werden konnten, ohne die Sicherheit des Bündnisses unannehmbar zu beeinträchtigen. Mit anderen Worten: Nitze suchte nach einem *Tauschobjekt.* Am Ende seiner Überlegungen kam er zu dem Schluß, daß die Pershing-II das System war, auf das die NATO am ehesten verzichten konnte. Folgende Gründe waren ausschlaggebend[45]:

- Für die militärische Zielplanung war die Pershing-II nicht unbedingt erforderlich. Ziele in der Sowjetunion, die innerhalb der Pershing-II Reichweite von 1800 km lagen, konnten auch mit strategischen Systemen oder mit bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM) bekämpft werden.
- Es war wirtschaftlicher, sich für nur ein Waffensystem zu entscheiden, anstatt einen Waffenmix zwischen Pershing-II und GLCM anzustreben.
- Die Pershing-II war nur für eine Stationierung in der Bundesrepublik vorgesehen. Ein Verzicht auf die GLCM hätte dem Prinzip der NATO widersprochen, daß die Bundesrepublik nicht das einzige Stationierungsland sein durfte. Ein Verzicht auf die Pershing-II wäre bündnispolitisch einfacher zu handhaben gewesen.

---

[44] Vgl. DSB, Bd. 84, Nr. 2089 (1984), S. 34 und S. 36.

[45] Vgl. Talbott, Raketenschach, S. 208–214.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– Die Sowjetunion war insbesondere an der Reduzierung der ballistischen Raketen der NATO interessiert. Dies erhöhte den Wert der Pershing-II als Tauschobjekt.

Ohne seine eigenen Überlegungen preiszugeben, sondierte Nitze bei den europäischen Verbündeten – insbesondere in Frankreich und in der Bundesrepublik bei Helmut Schmidt –, ob diese zu einer Kompromißlösung bereit seien. Die Europäer signalisierten Interesse[46]. Wenn eine Lösung des INF-Problems tatsächlich gelingen sollte, so konnte dies in Nitzes Kalkül nur mittels einer Formel geschehen, die beide Seiten entweder annehmen oder ablehnen konnten. Keinesfalls durfte eine Situation entstehen, in der Nitzes Kompromißvorschlag zum Ausgangspunkt weiterer Verhandlungen werden würde, denn dann hätten die USA einseitige Konzessionen gemacht. Mit anderen Worten: Nitze suchte nach einer Kompromißformel, die dem Kriterium der *Verhandlungsfähigkeit* Rechnung trug.

Anläßlich einer der privaten Zusammenkünfte der Delegationsleiter machte er Kwizinski im Juni 1982 den Vorschlag, beide Unterhändler sollten die Punkte benennen, die sie im Rahmen eines Kompromisses aus der Sicht ihrer Regierung für nicht-verhandelbar hielten[47]. Nitze schlug damit implizit vor, daß beide Unterhändler jeweils *Rückfallpositionen* entwickeln sollten. Nach Zustimmung Kwizinskis nannte Nitze selbst vier unverzichtbare Forderungen der amerikanischen Seite für ein INF-Abkommen:

– Ein Vertrag dürfe keine sowjetische Kompensation für britische und französische Nuklearwaffen auf seiten des Westens enthalten.
– Es sollte keine auf Europa begrenzte INF-Lösung sein, die die asiatischen Mittelstreckenwaffen der Sowjetunion unberücksichtigt ließ.
– Ein Abkommen dürfe die konventionelle Kampfkraft der NATO gleichsam als Folge von Verhandlungen über Atomwaffen nicht schwächen. Dies betraf insbesondere die nukleare und konventionelle Doppelverwendbarkeit von Flugzeugen.
– Die Begrenzungen mußten substantiell dem Kriterium des „ungefähren Gleichgewichts" und formaljuristisch dem der „Gleichheit" genügen.

Aus sowjetischer Sicht ergänzte Kwizinski nur, daß es keinen Kompromiß geben würde, der eine Reduzierung der Mittelstreckensysteme beider Seiten auf Null zur Folge hätte. Die Sowjetunion betrachte den amerikanischen Vorschlag der Null-Lösung als einseitige sowjetische Abrüstung[48].

Nitze hatte damit drei der vier verhandlungstaktischen Leitlinien selbständig fallengelassen. Er war sich deshalb bewußt, daß er sich in Washington nach Rücken-

[46] Vgl. ebenda, S. 207. Nitze vermied Konsultationen über spezifische Vorschläge. Ihm ging es mehr um die Frage, ob die Europäer im allgemeinen kompromißbereit waren.

[47] Vgl. Barry, Way Out. Kwizinski hatte Nitze schon frühzeitig signalisiert, daß er nicht bereit sei, seine persönliche Karriere auf das Spiel zu setzen, um einen Verhandlungskompromiß zu erreichen. Zur Schilderung, wie einfühlsam Nitze seinen sowjetischen Gesprächspartner in diesem Zusammenhang behandelte, vgl. Talbott, Raketenschach, S. 200–206.

[48] Vgl. NATO Information Service (Hrsg.), Progress Report to Ministers, S. 16 f. Interessanterweise bestand Kwizinski zu diesem Zeitpunkt nicht auf Einbeziehung der Drittstaatenpotentiale (britische und französische Nuklearwaffen).

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deckung umsehen mußte. Dies würde nicht nur sein eigenes Risiko begrenzen, sondern war auch notwendig, wenn der Kompromiß in Washington mehrheitsfähig werden sollte. Nachdem er eine Kompromißformel ausgearbeitet hatte, zeigte er diese vertraulich seinem Freund Eugene Rostow, dem Leiter der Rüstungskontrollbehörde ACDA. Rostow war der Meinung, daß die USA bei diesem Unternehmen nur gewinnen konnten: Entweder würde die Sowjetunion zustimmen und die Reagan-Administration würde einen beachtlichen Erfolg bei den INF-Verhandlungen erzielen, der sich innenpolitisch durch ein Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Leonid Breschnew hervorragend auszahlen würde. Oder aber die Sowjetunion würde den Kompromiß verwerfen; dann konnten die USA vor allem ihren europäischen Verbündeten beweisen, daß die Sowjetunion nicht an ernsthaften Verhandlungen interessiert war. Eine Stationierung von INF-Systemen würde sich dann innerhalb der NATO leichter durchsetzen lassen. Der propagandistische Zweck des Kompromisses stand in Rostows Überlegungen eindeutig im Vordergrund. Bei seiner Europa-Reise im Oktober 1982 brachte er aus diesem Grunde die Vorgänge um den „Waldspaziergang" gegen den Willen der Reagan-Administration den Verbündeten zur Kenntnis. Rostows Annahme über das grundlegende strategische Ziel der Sowjetunion war, daß diese die USA von ihren Verbündeten abkoppeln wollte, indem die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Westeuropa verhindert wurde, und dazu die Überlegenheit ihres Militärpotentials einsetzen werde. Die Reagan-Administration sollte deshalb dieses Ziel auf propagandistischem Wege dadurch zunichte machen, daß der Sowjetunion die Schuld für das Scheitern der Genfer Verhandlungen zugewiesen wurde[49].

Zwei weitere Gründe dürften zu Rostows Entscheidung beigetragen haben, Nitzes Plan zu unterstützen: Seit Rostow in die Administration eingetreten war, spielte seine Behörde eine seiner Einschätzung nach weitgehend untergeordnete Rolle innerhalb des Gesamtapparates. Alexander Haig hatte noch vor Rostows Eintreten in die Administration die Kompetenzen für Rüstungskontrolle weitgehend an das State Department gezogen und das Büro für politisch-militärische Angelegenheiten sowie die Europäische Abteilung damit betraut. Durch den Wechsel im Außenministerium von Alexander Haig zu George Shultz schien der Zeitpunkt im Sommer 1982 günstig, der ACDA mehr Profil in der Rüstungskontrollpolitik zu verschaf-

[49] Vgl. Eugene V. Rostow, Where We Are Going In the Nuclear Arms Talks?, in: Atlantic Community Quarterly, Bd. 20, Nr. 4 (1982/83), S. 351; Ray Moseley, Secret U. S. atomic-arms talks with Soviets fail, sources say, in: Chicago Tribune vom 22. 10. 1982; John Newhouse, A Reporter at Large. Arms and Allies, in: New Yorker vom 28. 2. 1983, S. 73. Rostow vertritt heute die Auffassung, daß nur die Sowjetunion Nitzes „Versuchsballon" des „Waldspaziergangs" abgelehnt habe. Die USA hätten den Kompromiß – allerdings mit bestimmten Änderungen – akzeptiert und seine Prinzipien in allen ihren darauffolgenden INF-Vorschlägen integriert. Eugene V. Rostow, Intermediate-range Nuclear Force Negotiations – Success or Failure?, in: Atlantic Community Quarterly, Bd. 22, Nr. 4 (1984/85), S. 312 f.; ders., The Russians' Nuclear Gambit, in: The New Republic vom 20. 2. 1984, S. 20; U. S. Congress. United States Senate. Committee on Foreign Relations, United States-Soviet Relations, Part 2. Hearing, 98th Congress, 1st session, 21., 22. und 23. 6. 1983, Washington D. C. 1983, S. 201, S. 213, S. 223, S. 234.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fen[50]. Zweitens ging es Rostow um mehr persönliches Prestige. Mehrmals hatte er vergeblich versucht, direkten Zugang zum Präsidenten zu erhalten. In der Administration wurde er daher als unberechenbar eingestuft[51].

Rostow machte zu Nitzes Vorschlag einige Anmerkungen, die dieser in sein Papier integrierte. Insbesondere schlug Rostow vor, daß auch die in Asien stationierten SS-20 der UdSSR *verringert*, anstatt nur eingefroren werden sollten[52]. Damit sollte der ersten verhandlungstaktischen Leitlinie Rechnung getragen werden. Aus Nitzes Sicht war sein Vorschlag damit von einem ausschließlichen Nitze-Papier zu einem gemeinsamen Nitze-Rostow-Vorschlag geworden. Diese Einbindung des ACDA-Direktors sollte ihm die notwendige Rückendeckung in Washington verschaffen.

5.3. Der Kompromiß[53]

Bei ihrer letzten und entscheidenden informellen Zusammenkunft am 16. Juli 1982 um 15 Uhr, kurz bevor die INF-Verhandlungen wieder vertagt werden sollten, gingen Nitze und Kwizinski an einem bewaldeten Berghang im Schweizer Juragebirge spazieren, um ganz sicherzugehen, daß sie nicht abgehört wurden. Kwizinski begann das Gespräch mit der Bemerkung, daß er den sowjetischen Außenminister, Andreij Gromyko, von den informellen Gesprächen mit Nitze unterrichtet habe. Gromyko billige dieses Unternehmen. Nitze stellte daraufhin fest, Kwizinski wisse ja, daß Eugene Rostow von Nitze ins Vertrauen gezogen worden sei, daß aber über den Kreis dieser vier hinaus niemand von den informellen Gesprächen erfahren sollte, bevor ein Ergebnis erzielt worden sei. Kwizinski berichtete daraufhin weiter, der sowjetische Außenminister habe unbedingt darauf bestanden, daß die Sowjetunion in einem Abkommen eine Kompensation für die Drittstaatenpotentiale erhalten müsse. Diese sowjetische Forderung hatte Kwizinski in den vorhergehenden Gesprächen nicht mehr erhoben. Da aber Nitze gerade am Vortag in den offiziellen Verhandlungen die Gründe dargelegt hatte, weshalb die britischen und französischen Mittelstreckenraketen nicht Gegenstand eines bilateralen Rüstungskontrollabkommens zwischen der Sowjetunion und den USA sein konnten, wies er die Forderung Gromykos mit dem Hinweis zurück, auf dieser Grundlage sei kein Abkommen zustandezubringen. Nitze sagte, er sei nicht bereit, seiner Regierung ein Abkommen vorzuschlagen, das die Anrechnung britischer und französischer Waffensysteme auf das Potential der USA beinhalte. Daraufhin legte Kwizinski dar, daß die amerikani-

---

50 Vgl. ebenda, S. 222.

51 Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 15. 7. 1986.

52 Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 2. 9. 1986.

53 Sofern nicht weiter angegeben, wird die folgende Darstellung auf den sehr detaillierten Bericht von Nitze in seinen Memoiren gestützt. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 376–385. Ferner wurde die weitgehend übereinstimmende Berichterstattung der Journalisten Barry, Way Out; ders., New Men Take Over in Moscow, in: Times vom 2. 6. 1983; Newhouse, Arms and Allies, S. 70 und Talbott, Raketenschach, S. 214–220 benutzt.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Forderung, alle landgestützten Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR weltweit abzuschaffen, von der Sowjetunion als ein Vorschlag zur einseitigen sowjetischen Abrüstung angesehen werde, der nicht akzeptiert werden könnte. Das Gespräch war damit an einem kritischen Punkt angelangt. Nitze erklärte seinem sowjetischen Gesprächspartner deshalb, daß die Null-Lösung aus amerikanischer Sicht zwar ein optimales Verhandlungsergebnis sei, von dem die USA nicht abweichen könnten, ohne ihre Position für den weiteren Verhandlungsprozeß nachhaltig zu schwächen. Er, Nitze, vermute, daß dies auch der Grund dafür sei, daß sich die UdSSR in den zentralen Fragen bislang nicht kompromißbereit gezeigt habe. Kwizinski stimmte zu. Damit hatten beide Unterhändler zugegeben, daß schrittweise Verhandlungen höchstwahrscheinlich zu keinem Ergebnis führen würden.

Nitze fuhr fort, ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen im Herbst könnte auf dem Wege der INF-Verhandlungen nur zustande kommen, wenn es gelänge, ein Verhandlungspaket zu schnüren, das alle Elemente für eine umfassende Lösung des Problems enthielte. Die Verhandlungspositionen der beiden Seiten würden auf diesem Wege nicht geschwächt werden, da die informellen Vereinbarungen der beiden Unterhändler von der jeweiligen Regierung unvoreingenommen geprüft werden könnten. Solange die beiden Regierungen nicht zu der Auffassung gelangt seien, daß die Vorteile einer integrierten Kompromißlösung die Nachteile von Konzessionen überwogen, die das Abweichen von der gegenwärtigen Verhandlungsposition bedeuten würden, gebe es keine Übereinkunft. Dennoch stimmten Nitze und Kwizinski darin überein, daß sie die Reaktionen auf eine Paketlösung in ihren jeweiligen Hauptstädten nicht abschätzen könnten. Aber andererseits wollten beide Unterhändler auch eine mögliche Gelegenheit für eine Kompromißvereinbarung nicht von vornherein ungenutzt verstreichen lassen.

Nitze hatte vier Memoranden – bezeichnet als „paper A–D" – vorbereitet, die er nun nacheinander aus der Tasche zog, Kwizinski zum Lesen gab und sodann mit diesem diskutierte[54]. In „paper A" waren die Grundlagen der prozeduralen Vorgehensweise beschrieben, die zum „Waldspaziergang" geführt hatten und den weiteren Fortgang bestimmen sollten. In „paper B" waren die folgenden sechs Voraussetzungen für einen Kompromiß zusammengefaßt:

„a Die sowjetische Seite wird eine „Null-Null-Lösung" nicht akzeptieren.

b Die USA werden weder der Einbeziehung von britischen und französischen Waffensystemen noch irgendeiner Anrechnung oder Kompensation für diese Drittstaatensysteme zustimmen.

c Die sowjetische Seite besteht auf einer Obergrenze für zweifach verwendbare (d. h. nuklear und konventionell einsetzbare) Flugzeuge mittlerer Reichweite, aber die USA werden keinen einschneidenden Reduzierungen zustimmen.

d Seegestützte Marschflugkörper sind kein geeigneter Gegenstand für die INF-

[54] Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Bonn vom 12. 12. 1986. Der Text dieser Memoranden ist enthalten in Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 378–381. Die Übersetzungen aus dem Englischen wurden vom Verfasser erstellt.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verhandlungen, können aber in den START-(„Strategic Arms Reduction Talks") Verhandlungen diskutiert werden.

e Die sowjetische Seite besteht auf Überlegungen zum China-Problem, aber das europäische Problem darf nicht in den Fernen Osten verlagert werden.

f Rüstungsbeschränkungen müssen quantitativ gleich erscheinen und in ihrer qualitativen Wirkung gerechtfertigt sein."

In „paper C" waren die zehn Konzessionen zusammengefaßt, die die USA zu machen bereit waren:

„1. Der Kompromiß ist keine Null-Lösung.
2. Die Untergrenzen erscheinen quantitativ gleich, sind aber hinsichtlich ihrer Wirkung ungleich: ballistische Raketen für die Sowjetunion, Marschflugkörper mit längeren Flugzeiten für die USA.
3. Die Rüstungskontrollbeschränkungen beziehen sich auf geographische Räume, nicht auf Waffencharakteristiken ohne geographische Beschreibungen.
4. Die Beschränkungen schließen Flugzeuge ein.
5. Die Beschränkungen umfassen nur Flugzeuge mit einem Kampfradius über 1000 km.
6. Die Beschränkungen schließen (amerikanische) Flugzeuge vom Typ FB-111 ein, die nicht in Europa stationiert sind.
7. Die Beschränkungen verbieten nicht vollständig alle gegenwärtigen oder zukünftigen Systeme, einschließlich ihrer Stationierung, Produktion, Erprobung und Auswertung etc.
8. Die begleitenden Maßnahmen werden so ausgedehnt, daß sie die landgestützten Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite vom Typ Pershing-IA der USA in der Bundesrepublik einschließen.
9. Das Kompromißpaket akzeptiert die sowjetische Terminologie, d. h. Systeme „mittlerer Reichweite" (medium range) statt Systeme mit Reichweiten im „Zwischenbereich" (intermediate range).
10. Es sind einige Reduzierungen von Systemen der USA vorgesehen."

Das „paper D" schließlich enthielt das gesamte Kompromißpaket und begann mit dem Hinweis, daß weder Übereinstimmung bestehe noch ein Vorschlag vorliege, solange nicht über *alle* Einzelpunkte Einvernehmen erzielt worden sei. Es folgten dann die 15 Absätze, die Nitzes Kompromißvorschlag bildeten[55]:

„1. Jede Seite verpflichtet sich, ihre in Europa stationierten nuklearen Trägersysteme mittlerer Reichweite in ungefähr gleichen jährlichen Schritten bis zum 31. Dezember 1987 auf eine Obergrenze von nicht mehr als 225 Systeme zu verringern.

[55] Vgl. NATO Information Service, Progress Report to Ministers, S. 17; Arms Control Reporter, 1982, S. 403, B. 33.2; John Halstead, The INF Negotiations: An Interview with Ambassador Paul Nitze, in: Canadian Defense Quarterly, Bd. 14, Nr. 1 (1984), S. 16; Gerhard Wettig, Irrwege journalistischer Berichterstattung über Rüstungskontrollverhandlungen mit Moskau, in: Außenpolitik, Nr. 2 (1986), S. 124; William Beecher, Nitzes privat talks buoyed US officials, in: The Boston Globe vom 20. 1. 1983.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Jede Seite verpflichtet sich bis zu demselben Zeitpunkt, ihre in Europa stationierten nuklearen Raketensysteme mittlerer Reichweite auf eine Untergrenze von nicht mehr als 75 Systeme für jede Seite zu verringern.
3. Bei der Ausübung des Rechts im Rahmen der Untergrenzenbestimmung für Raketensysteme verpflichten sich die USA, nur Marschflugkörpersysteme zu stationieren. Die sowjetische Seite verpflichtet sich bei der Ausübung dieses Rechts, ausschließlich ballistische Raketensysteme zu stationieren.
4. Die sowjetische Seite verpflichtet sich, östlich des Urals und westlich des achtzigsten Grades östlicher Länge keine nuklearen Raketensysteme mittlerer Reichweite zu stationieren sowie nicht mehr als 75 dieser Systeme östlich des achtzigsten Grades östlicher Länge zu stationieren und diese Systeme auch nicht in Reichweite für Ziele im europäischen NATO-Gebiet zu stationieren.
5. „Europa" umfaßt das Gebiet Spaniens und des Festlandes, die Inseln sowie die davon östlich liegenden Binnengewässer bis zum Ural.
6. „Trägersysteme" sind im Hinblick auf Raketen Transporter, Abschußgestelle mit den dazugehörigen Raketen und die Einrichtungen auf Basen; im Hinblick auf Flugzeuge sind Trägersysteme die Flugzeuge und deren unmittelbar dazugehörige Ausrüstung.
7. Nukleare Raketensysteme mittlerer Reichweite umfassen alle Raketensysteme mit einer Reichweite von mehr als 1000 km und weniger als 5500 km. Die Flugzeuge mittlerer Reichweite der Sowjetunion sind gegenwärtig Backfire, Badger und Blinder (nicht Fencer); die Flugzeuge mittlerer Reichweite der USA sind FB-111 und F-111 (nicht F-4 oder F-16).
8. Die Einbeziehung von Backfire und FB-111 in dieses Abkommen schließt nicht aus, daß diese Systeme möglicherweise im weltweiten Zusammenhang eines SALT/START-Abkommens ebenfalls behandelt werden.
9. Neue Flugzeugtypen mit einem Kampfradius von mehr als 1000 km und weniger als interkontinentaler Reichweite werden als Trägersysteme mittlerer Reichweite einbezogen und sind Gegenstand von Vereinbarungen zwischen den Parteien für jeden dieser Typen.
10. Neue Typen von nuklearen Raketensystemen mittlerer Reichweite dürfen die Anzahl der Sprengköpfe von bestehenden Typen nicht übersteigen, d. h. drei für die sowjetischen ballistischen Raketensysteme und vier für die Marschflugkörpersysteme der USA.
11. Die Zahl der nuklearen Raketen mittlerer Reichweite in Lagerstätten etc. wird die Erfordernisse für normale Instandhaltung und Übungen nicht übersteigen.
12. Alle nuklearen Trägersysteme mittlerer Reichweite in Europa, die die Begrenzungen oder Untergrenzen übersteigen, sollen gemäß den in der SCC (Standing Consultative Commission) entwickelten Verfahren vernichtet werden.
13. Die gegenwärtige Summe der Zahl von SS-12/22 und SS-23 Raketensystemen oder der Pershing Raketensysteme (der USA und Deutschlands), die in Europa stationiert sind, darf nicht erhöht werden. Diese Raketensysteme dürfen weder

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Mehrfachgefechtsköpfen ausgerüstet noch deren Reichweite über das gegenwärtige SS-12/22 System hinaus verlängert werden.

14. Es müssen Verifikationsverfahren ausgearbeitet und darüber gegenseitiges Einvernehmen erzielt werden.
15. Beide Seiten stimmen darin überein, die Verhandlungen für weitere Reduzierungen nach Abschluß eines SALT/START-Vertrages wieder aufzunehmen."

Kwizinski las „paper D" sorgfältig Absatz für Absatz und brachte einige Änderungen an. Nachdem Nitze den ersten Änderungswunsch Kwizinskis in seinen Vorschlag integriert hatte, fragte er, ob Kwizinski wisse, daß das Papier dadurch zu einem gemeinsamen Vorschlag beider Unterhändler geworden sei. Kwizinski bejahte dies, und beide setzten ihre Arbeit gemeinsam fort. Mit der gleichen Methode wie gegenüber Rostow, der Einbindung eines anderen Akteurs in seinen Plan durch das Aufgreifen von dessen Vorschlägen, versuchte Nitze auch hier sein persönliches Risiko[56] bei diesem diplomatischen Alleingang zu begrenzen. Auch Kwizinski wurde so verfahrenstechnisch in die Substanz des Kompromißvorschlags eingebunden.

Kwizinskis Änderungswünsche bezogen sich auf den dritten Absatz, der seiner Ansicht nach den USA erlaubte, vor 1987 mehr als 75 Marschflugkörpersysteme zu stationieren. Nitze fügte deshalb noch einen Halbsatz hinzu, daß die USA zu keinem Zeitpunkt mehr als 75 Marschflugkörpersysteme stationieren würden. Weiterhin sagte Kwizinski, daß er in Moskau keine Zustimmung für eine Reduzierung der im asiatischen Teil der Sowjetunion stationierten SS-20 auf 75 Systeme erhalten würde, und schlug vor, diese Systeme auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren. Nitze stimmte unter der Bedingung zu, daß der gegenwärtige Stand in Klammern mit 90 Systemen genau angegeben würde. Damit hatte Kwizinski genau jenen Punkt korrigiert, der von Rostow in Abänderung des ursprünglichen Nitze-Vorschlags eingebracht worden war. Indem Nitze dem Einfrieren der in Asien stationierten SS-20 zustimmte, gab er allerdings die verhandlungstaktische Leitlinie der Reagan-Administration, die Forderung nach Verringerungen, in einer wichtigen Frage wieder auf.

Darüber hinaus verlangte Kwizinski ein Moratorium für den Zeitraum, in dem die beiderseitige Übereinstimmung über den Inhalt des Abkommens in Vertragsform gegossen wurde. Nitze war damit unter der Voraussetzung einverstanden, daß dieser Zeitraum begrenzt sein würde. Somit wurde der folgende 16. Absatz hinzugefügt:

„16. Nach der Unterzeichnung dieser Absichtserklärung durch beide Seiten wird bis zum Abschluß eines Abkommens ein Moratorium wirksam, das alle Konstruktionsmaßnahmen in Zusammenhang mit der Stationierung von nuklearen balli-

[56] Im „paper A" hatte Nitze darauf hingewiesen, daß er bereit sei, ein persönliches Risiko zu übernehmen, das über dem von Kwizinski liege. Dies deutet an, daß sich Nitze durchaus darüber bewußt war, daß sein Vorgehen in Washington möglicherweise nicht gebilligt würde und zu seiner Abberufung hätte führen können.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stischen Raketensystemen mittlerer Reichweite in Europa betrifft. Ein Abkommen wird nicht später als drei Monate von diesem Datum an gerechnet geschlossen."

Die weiteren Diskussionen der beiden Unterhändler dienten der sprachlichen Präzisierung und der Klärung einiger Begriffe. So wurden z. B. die Worte „in Europa" im 12. Absatz gestrichen. Damit wollte Nitze erreichen, daß von der Sowjetunion alle über die Zahl von 90 hinausgehenden sowjetischen SS-20 ebenfalls zerstört werden müßten. Ferner wurde der 13. Absatz in folgenden Wortlaut abgeändert:

„13. Die Summe der Raketensysteme mit einer Reichweite von mehr als 500 km bis zu und einschließlich derjenigen der SS-12/22 darf nicht erhöht werden. Diese Systeme dürfen nicht mit Mehrfachgefechtsköpfen ausgestattet, und ihre Reichweite darf nicht über diejenige der SS-12/22 hinaus erweitert werden. Diese Bestimmung wird auf der amerikanischen Seite die Pershing-Rakete (der USA und Deutschlands) umfassen."

Die sogenannten Drittstaatenpotentiale der britischen und französischen Streitkräfte waren in diesem Vorschlag nicht behandelt worden. Für Kwizinskis Zustimmung war vor allem entscheidend gewesen, daß die USA auf die Stationierung weitreichender ballistischer Mittelstreckenraketen verzichten würden, und Nitze erstmals der Einbeziehung bestimmter nuklearfähiger Flugzeuge in die eurostrategische Gleichung zugestimmt hatte[57]. Der sowjetische Unterhändler wies Nitze noch darauf hin, daß er nicht wisse, wie Moskau auf diesen Vorschlag reagieren würde[58]. Der Kreml würde die Kompromißlösung entweder vollständig ablehnen oder nur mit erheblichen Korrekturen akzeptieren. Sollte Nitze nichts von Kwizinski hören, so könne er davon ausgehen, daß Moskau den Kompromißvorschlag abgelehnt habe. Doch Nitze bestand darauf, noch im August in irgendeiner Form eine Nachricht von Kwizinski zu erhalten[59]. Ferner beschloß er, den Wunsch Kwizinskis überhört zu haben, daß Nitze Washington erst dann ausführlich informieren solle, wenn Moskau den Vorschlag der Unterhändler akzeptiert habe. Eine entsprechende Zusage machte Nitze seinem Gesprächspartner nicht. Über eine abhörsichere Leitung telephonierte Nitze am nächsten Morgen mit Eugene Rostow und erklärte, daß er sich mit Kwizinski getroffen habe und nach seiner Rückkehr in Washington einen detaillierten Bericht abgeben werde.

---

[57] Auf amerikanischer Seite wurden gemäß dem siebten Absatz außer den 165 F-111 auch die in den USA stationierten, aber für den Einsatz in Europa vorgesehenen 63 FB-111 angerechnet. Wie Nitze seinem sowjetischen Kollegen erklärte, war dies notwendig, weil auf diese Weise auch die USA aufgrund der Vertragsbestimmungen zu einigen Reduzierungen (etwa 15 F-111) gezwungen werden würden, wenn sie 75 Marschflugkörpersysteme in Europa aufstellen wollten. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 382.

[58] Vgl. Gespräch mit Paul Nitze, S. 122 (wie Anm. 38).

[59] Vgl. John Barry, New Men Take Over; Yuli Kvitsinsky, Soviet View of Geneva, in: New York Times vom 12. 1. 1984; Hintergrundinformation des Verfassers in Bonn vom 12. 12. 1986.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Der Entscheidungsprozeß in Washington[60]

6.1. Information und vorläufige Bewertungen

Bereits eine halbe Stunde nach Nitzes Telephonanruf setzte Eugene Rostow den amerikanischen Entscheidungsapparat in Gang. Zunächst informierte er Außenminister George Shultz. Im Weißen Haus berichtete der ACDA Direktor anschließend dem Nationalen Sicherheitsberater, William Clark, der das weitere Management des Entscheidungsprozesses unter allergrößter Geheimhaltung übernahm[61].

In Washington wußte man zu diesem Zeitpunkt noch nicht, was Nitze und Kwizinski im einzelnen ausgehandelt hatten. Die Details des „Waldspaziergang"-Kompromisses wurden erst nach Nitzes Rückkehr in die amerikanische Hauptstadt bekannt. In der Sitzung der zuständigen interministeriellen Arbeitsgruppe ging Nitze nicht über seinen telegraphischen Bericht hinaus, den er aus Genf an die ACDA geschickt hatte, der aber keine Einzelheiten enthielt. In der Folge bemühte sich Nitze, Verbündete im Weißen Haus zu finden und insbesondere die Zustimmung Präsident Reagans zu gewinnen. Zu diesem Zweck verfaßte er zwei lange Memoranden. Das erste enthielt eine Beschreibung des „Waldspaziergangs" einschließlich der vier mit Kwizinski diskutierten Papiere. Zusammen mit James Timbie, einem Fachmann der ACDA, auf dessen militärtechnischen Sachverstand Nitze sich stützte, analysierte er im zweiten Memorandum die mit dem „Waldspaziergang" zusammenhängenden Fragen und schloß mit einer positiven Bewertung des Unternehmens, die hauptsächlich auf zwei Argumenten basierte: Erstens würde der „Waldspaziergang" der öffentlichen Debatte in Europa eine andere Richtung geben und den politischen Widerstand gegen die Stationierung von INF-Systemen brechen. Damit wurde die herausragende Bedeutung betont, die Nitze der multilateralen Allianzpolitik und der innenpolitischen Lage der westeuropäischen Partnerstaaten beimaß. Zweitens sei die Verringerung der SS-20 um zwei Drittel des gegenwärtigen Bestandes für den Westen eurostrategisch außerordentlich vorteilhaft[62].

Diese beiden Memoranden übergab Nitze am 27. Juli 1982 dem Nationalen Sicherheitsberater. William Clark entschied, daß der Präsident vor allen anderen Entscheidungsträgern informiert werden müßte, und wies deshalb Nitze und

---

[60] Zum Entscheidungsprozeß in Washington vgl. die weitgehend übereinstimmenden Schilderungen von Talbott, Raketenschach; Barry, Way Out; ders., New Men Take Over und Newhouse, Arms and Allies.

[61] Vgl. Talbott, Raketenschach, S. 220; Bernard Gwertzman, Rostow Defends Arms Agreement Disowned by U. S., in: New York Times vom 17. 1. 1983. Clark verstand wenig von Außen- und Sicherheitspolitik. Er sah seine Aufgabe als Nationaler Sicherheitsberater vor allem darin, die „Philosophie" Präsident Reagans in Politik umzusetzen, und nutzte dazu vorwiegend die Personalpolitik, anstatt auf politische Initiativen seines Stabes zu setzen. Vgl. Destler/Gelb/Lake, Worst Enemy, S. 203 und S. 233.

[62] Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 386.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rostow an, zunächst gegenüber jedermann, einschließlich George Shultz, Stillschweigen zu bewahren[63]. Nitze waren somit die Hände gebunden. Er konnte zu diesem frühen Zeitpunkt nicht um Unterstützung für seine Position innerhalb der Administration werben. Clark beriet sich unterdessen mit seinem Stellvertreter, Robert McFarlane, und mit General Richard Boverie aus dem Stab des Nationalen Sicherheitsrats. Als McFarlane im Anschluß daran Präsident Reagan berichtete, beschränkte er sich nicht nur auf die Darstellung der Fakten, sondern lieferte auch gleichzeitig eine eigene, kritische Bewertung des Verfahrens und der Substanz des Nitze-Kwizinski-Vorschlags mit. McFarlanes Kritik umfaßte drei Argumente: Erstens hatte Nitze ohne Genehmigung aus Washington die politische Linie der Regierung verlassen; er hatte mit der Vorlage eigener Ideen gegenüber der Sowjetunion ohne Not eine *Rückfallposition* entwickelt. Zweitens vertrat McFarlane die Auffassung, daß es nicht besonders zweckmäßig sei, die amerikanische Forderung nach gleichen globalen Obergrenzen für die Mittelstreckensysteme beider Supermächte aufzugeben. Schließlich stellte er infrage, ob es militärisch klug sei, der Sowjetunion bei den ballistischen Mittelstreckenraketen ein Monopol in Europa einzuräumen. Besonders der letzte Punkt leuchtete Ronald Reagan ein[64]. Mit seinen beiden letzten Argumenten hatte McFarlane folglich darauf hingewiesen, daß das rüstungskontrollpolitische Prinzip der *Gleichheit* von dem Nitze-Kwizinski-Vorschlag verletzt wurde.

Anfang August berief William Clark eine streng geheime Sitzung der zuständigen Behördenchefs ein, die jeweils noch einen Rüstungskontrollexperten mitbringen durften. Das Verteidigungsministerium wurde von Caspar Weinberger und Staatsekretär Fred Iklé vertreten. Die Joint Chiefs of Staff waren durch den neuen Vorsitzenden, General John W. Vessey, und General William Burns repräsentiert. George Shultz brachte den Leiter des Politisch-Militärischen Büros im Außenministerium, Jonathan Howe, mit. Eugene Rostow – zusammen mit Nitze – und William Casey vertraten die ACDA und den CIA. Clark als Vorsitzender und McFarlane standen für den Stab des NSC. Ferner nahmen Edwin Meese, James Baker und Michael Deaver vom Stab des Weißen Hauses an dieser Besprechung teil[65]. Diese

---

[63] Vgl. ebenda.

[64] Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 6. 8. 1986. Für Reagan wurde die Fluggeschwindigkeit zum zentralen Unterscheidungskriterium zwischen ballistischen Raketen und Marschflugkörpern. Welche militärische Relevanz diese Unterscheidung haben könnte, wurde offenbar mit dem Präsidenten nicht erörtert. Wichtiger war, ob nach einem Rüstungskontrollabkommen die USA und die Sowjetunion im technischen Sinne gleiche Systeme stationieren durften.

[65] Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 386; Gwertzman, Arms Agreement. Richard Perle und Richard Burt, die eigentlich zuständigen Abteilungsleiter im Verteidigungs- bzw. Außenministerium, waren auf einem Rüstungskontrollsymposium des Aspen Institute in Colorado. Burt war im weiteren Entscheidungsprozeß ohnehin gehandikapt, denn er stand als frisch ernannter Assistant Secretary for European Affairs mitten in den Bestätigungsanhörungen des außenpolitischen Senatsausschusses. Dort hatten sich einige konservative Senatoren auf ihn eingeschossen, denn Burt war ihnen als ein „Rüstungskontrollbefürworter" verdächtig. Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 6. 8. 1986. So lag es auch im Interesse von Außenminister Shultz, Burt

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sitzung verlief weitgehend harmonisch und gipfelte in der Entscheidung, daß Nitzes Initiative eine genauere Prüfung verdiene. Zu diesem Zweck wurde eine Gruppe eingesetzt, die aus den anwesenden Experten und James Timbie von der ACDA bestand. Ihre Aufgabe war es, Nitzes Vorschlag aus militärischer Perspektive zu prüfen und zu beurteilen.

Schon zu diesem frühen Zeitpunkt wurden freilich einige Bedenken geäußert, die im späteren Verlauf des Entscheidungsprozesses an Bedeutung gewinnen sollten: Die zivile Leitung des Verteidigungsministeriums war in ihrer Einschätzung unsicher und ambivalent. Einerseits bewunderte Iklé, wie es Nitze durch ein Tauschgeschäft gelungen war, das Problem der sowjetischen Raketen mit drei Sprengköpfen dadurch zu lösen, daß diese gegen amerikanische Startgeräte für vier Marschflugkörper aufgerechnet werden konnten. Positiv fiel weiter ins Gewicht, daß die Sowjets auf einen großen Teil ihrer europäischen SS-20 und die Rechte würden verzichten müssen, weitere SS-20 zu stationieren und weitreichende Marschflugkörper zu entwickeln. Überdies würden die Sowjets die Aufstellung einer neuen Generation amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa hinnehmen. Dafür würden die USA auf die Aufstellung der Pershing-II verzichten. Das waren zwar gewagte Tauschprozesse, sie boten jedoch auch Vorteile hinsichtlich künftiger militärischer und rüstungskontrollpolitischer Optionen.

Die Joint Chiefs of Staff befaßten sich vorwiegend mit der Frage des Verzichts auf die Pershing-II. General Vessey zog dieser Rakete die Pershing-Ib aus militärischen Gründen vor. Dennoch würde die Aufgabe der Pershing-II ein Opfer des Heeres sein, das nicht einfach durchzusetzen wäre. Vessey äußerte sich in der Sitzung dementsprechend vorsichtig positiv. Das State Department – und vor allem Abteilungsleiter Richard Burt bei seiner späteren Beurteilung – betrachtete die Nitze-Kwizinski-Formel vorwiegend unter dem Blickwinkel, welche Auswirkungen diese auf die europäischen Verbündeten haben würde[66]. Jeder Kompromißvorschlag, der von den Europäern als Ausflucht genutzt werden konnte, um nicht stationieren zu müssen, mußte verhindert werden. Aus dieser Sicht hatte der „Waldspaziergang" einige Mängel aufzuweisen: Die Einführung von Flugzeugen in die Verhandlungsmasse konnte von den Europäern als unnötige Komplizierung der Verhandlungen durch die USA interpretiert werden, so daß die Verbündeten eine Verschiebung des Stationierungsbeginns fordern konnten. Zweitens war die Stationierung der Pershing-II nur für die Bundesrepublik Deutschland vorgesehen. Sie

soweit wie möglich aus dem Entscheidungsprozeß um den „Waldspaziergang" herauszuhalten, um nicht selbst in den Sog konservativer Kritik zu geraten. An der Einstellung des State Department in dieser Frage änderte sich durch die Vertretung Burts durch Howe nichts Grundlegendes.

[66] Zur Kritik von Alexander Haig an der Kompromißformel vgl. Haig, Equitable Arms Control, S. 388. „Ist das Ziel der Verhandlungen eine ausgewogene Reduzierung der Raketen, ist das Ziel der westlichen Politik die Abschreckung, und ist das Ziel Amerikas in Westeuropa, die Befürchtungen unserer Verbündeten zu beruhigen, dann stehen die ‚Waldspaziergang'-Vorschläge in allen diesen drei Punkten in Widerspruch zu unseren Zielsetzungen. Es kann nicht Ziel und Zweck der Vereinigten Staaten und des Westens sein, den Status quo hinzunehmen." (Haig, Geisterschiff, S. 270).

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte nach dem verabredeten Zeitplan 1983 beginnen, während andere Staaten gleichzeitig Marschflugkörper stationieren würden. Erst zu einem späteren Zeitpunkt sollten auch in der Bundesrepublik Marschflugkörper aufgestellt werden. Das State Department befürchtete deshalb, daß sich eine INF-Stationierung in der NATO nicht durchsetzen lassen würde, wenn die Bundesrepublik nicht von Anfang an Stationierungsland wäre. Der „Waldspaziergang" würde folglich eine Veränderung des Zeitplans für die Stationierung nach sich ziehen. Die Europäer könnten Burts Einschätzung zufolge auch diesen Umstand als Schlupfloch nutzen, um sich der Stationierung ganz zu entziehen[67].

Mit diesen Argumenten hatte auch Richard Burt die Erfordernisse der Allianzpolitik zu einem gewichtigen Faktor im Entscheidungsprozeß der USA erhoben. Er war allerdings zu einer anderen Schlußfolgerung gelangt als Paul Nitze. Während Nitze davon überzeugt war, daß ein Verhandlungskompromiß die Voraussetzung für die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa war, meinte Burt, durch ein Verhandlungsergebnis könnte diese Stationierung verhindert werden. Die von Nitze befürwortete multilaterale Allianzpolitik und die durch Burt repräsentierte unilaterale Führung der NATO stießen an dieser Stelle sichtbar aufeinander.

Die Sicherheit Westeuropas hatte sich für Burt Anfang der achtziger Jahre aus zwei Gründen verschlechtert. Erstens war die relative Stärke der USA auf nuklearstrategischem Gebiet verringert und zweitens das eurostrategische Gleichgewicht zu Lasten des Westens von der sowjetischen Rüstungspolitik verschoben worden. In Westeuropa hatten sich angesichts der veränderten Bedrohungslage zwei gegenläufige Sicherheitsstrategien herausgebildet, wie das Problem beseitigt werden könnte: Konservative Europäer setzten auf nationale Nuklearstreitkräfte in Europa, die die amerikanische Abschreckung ersetzen sollten. Linke Kreise wollten die erodierende amerikanische Nukleargarantie beseitigen, um eine Politik der politischen Annäherung an die Sowjetunion verfolgen zu können. Wenn die USA nicht die politische Führung in der Allianz übernahmen, bestand die Gefahr, daß die Uneinigkeit der Europäer zu einer Lähmung des Bündnisses führte. Burt ließ keinen Zweifel daran, daß die USA zu diesem Zweck seiner Ansicht nach die Stationierung von eurostrategischen Waffensystemen in Westeuropa durchsetzen sollten[68].

Die Frage, wie Moskau auf Nitzes Initiative reagieren würde, spielte in diesem Stadium des Entscheidungsprozesses eine eher untergeordnete Rolle[69]. Burt konnte

---

[67] Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 28. 8. 1986.

[68] Vgl. Richard Burt, Reassessing the Strategic Balance, in: International Security, Bd. 5, Nr. 1 (1980), S. 48.

[69] Nitze vertrat in seinen Memoiren die Auffassung, die wichtigste Frage im amerikanischen Entscheidungsprozeß sei die sowjetische Reaktion auf seinen Vorschlag gewesen. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 387. Außer Rostow vertrat keiner der vom Verfasser befragten Entscheidungsträger diese Auffassung. Alle anderen waren der gemeinsamen Überzeugung, der Verzicht auf die Pershing-II habe im Zentrum aller Überlegungen gestanden. Nitze gab diesen Sachverhalt nur indirekt zu, indem er auf Instruktionen des Präsidenten als Ergebnis des Entscheidungsprozesses verwies. Darin wurden ballistische Raketen für die USA in Westeuropa gefordert. Vgl. ebenda, S. 388.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich immerhin in seiner Befürchtung bestätigt fühlen, daß die Sowjetunion nunmehr erfolgreich die Chance nutzte, sich in die sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse des Westens einzumischen, die sie aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses erhalten hatte[70]. Außenminister Shultz zog aus der Tatsache, daß Kwizinski sich auf Nitzes Initiative eingelassen hatte, jedoch den Schluß, daß die Sowjetunion einen ernsthaften Kompromiß wünschte.

Die eingesetzte Expertenrunde erstellte einen Bericht, in dem die Vor- und Nachteile des „Waldspaziergangs" aufgelistet waren und empfohlen wurde, den Plan weiter zu analysieren. Überdies sollte Präsident Reagan Nitze bevollmächtigen, die Privatgespräche mit Kwizinski auf der Grundlage des vorliegenden Pakets fortzusetzen. Nitzes Formel hatte die erste Hürde genommen, und die Chancen standen nicht schlecht, daß Washington zu einem positiven Gesamturteil kommen könnte.

McFarlane faßte die Berichte und Empfehlungen der Experten für Präsident Reagan zusammen und übergab ihm alle Unterlagen zur weiteren Entscheidung. Reagan prüfte die Berichte an einem Wochenende in Camp David und gab sie anschließend an McFarlane mit zwei Fragen zur weiteren Prüfung zurück. Die eine betraf den militärischen Wert der Pershing-II und war an die Joint Chiefs of Staff gerichtet. Die zweite, verhandlungstaktische Frage betraf den geeigneten Zeitpunkt für Konzessionen der USA. War es jetzt Zeit für eine Kompromißlösung, oder würden sich noch bessere Bedingungen erzielen lassen, wenn die USA noch einige Zeit warteten?[71] Diese Fragen gingen zur Prüfung an die Experten zurück, denen aber nicht voller Einblick in Nitzes Memoranden gewährt wurde[72].

6.2. Die Opposition formiert sich

Bei der Beurteilung des militärischen Werts der Pershing-II wurden innerhalb der Joint Chiefs of Staff unterschiedliche Standpunkte sichtbar. Der Chef des Armeestabes, General Edward Meyer, vertrat die Auffassung, daß das Heer keinesfalls auf diese Waffe verzichten könne, denn erstens sei sie geeignet, die Solidarität im Bündnis zu bewahren, und zweitens ließen neueste Geheimdiensterkenntnisse über die Fähigkeiten der sowjetischen Luftabwehr Zweifel aufkommen, ob Marschflugkörper auf Dauer tatsächlich über die ihnen zugeschriebenen militärischen Fähigkeiten verfügten, so daß das Heer die Pershing-II keinesfalls durch Marschflugkörper ersetzen könne[73]. Es zeichnete sich ab, daß das Heer ein starkes *Partikularinteresse*

---

[70] Vgl. Richard Burt, Arms Control, S. 175; Wer austeilt, muß auch einstecken können, Spiegel-Gespräch mit Richard Burt, in: Der Spiegel vom 2. 10. 1984, S. 158.

[71] Vgl. Barry, New Men Take Over.

[72] Rückblickend kritisierte Nitze, daß zu viele Akteure am Entscheidungsprozeß der USA beteiligt gewesen seien. Da aber keinem der beteiligten Experten vollständiger Einblick in seine beiden Memoranden gewährt worden sei, mit denen er den Kompromißvorschlag begründet habe, seien bedauerliche Mißverständnisse entstanden. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 387.

[73] Aus militärischer Sicht hatten die 1982 zur Verfügung stehenden bodengestützten Marschflugkörper der zweiten Generation drei entscheidende Nachteile gegenüber der Pershing-II: Erstens

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entwickelt hatte und keineswegs bereit war, den Verzicht auf die Pershing-II ohne Widerspruch zu akzeptieren. Die militärischen Bedenken von General Meyer wurden zwar von General Vessey geteilt, aber im Lichte sowjetischer Verzichtsleistungen anders gewertet. Als Ergebnis ihrer internen Debatte erstellten die JCS ein Arbeitspapier, das eine Antwort auf Reagans erste Frage enthielt. Darin wurden einerseits die Risiken eines Verzichts auf die Pershing-II-Stationierung herausgestellt und diese Waffe als wichtigstes Druckmittel der USA bezeichnet; andererseits sei aber – im Lichte der sowjetischen Zugeständnisse im „Waldspaziergang" betrachtet – der Verzicht auf die Pershing-II militärisch zu vertreten[74]. Dieses Memorandum übergaben die Joint Chiefs of Staff dem Verteidigungsminister.

Caspar Weinberger wollte erreichen, daß die zivile und die militärische Führung des Pentagon eine gemeinsame Position einnahmen, die der Leiter der Abteilung für internationale Sicherheitspolitik, Richard Perle, für ihn ausarbeiten sollte. Er hatte daher das Memorandum der JCS Perle übergeben, dessen Argumentation die Grundlage für die weitere Haltung des gesamten Verteidigungsministeriums bilden sollte. Perle schrieb ein eigenes Memorandum für Weinberger, das die Nitze-Kwizinski-Formel aus ganz grundsätzlichen Erwägungen heraus verwarf und als „violent" im Ton beschrieben worden ist[75]. Er spitzte die differenzierte Argumentation der JCS zum Problem des Ausgleichs zwischen Marschflugkörpern und ballistischen Raketen einseitig zu: Die Argumente General Meyers wurden aufgewertet, so daß der Eindruck entstand, die USA und die NATO könnten auf die Pershing-II militärisch nicht verzichten. Damit hatte Perle das *Partikularinteresse* des Heeres wieder zum wichtigsten Argument des Verteidigungsministeriums erhoben.

Dieses militärische Kernargument ergänzte Perle durch politische Gedankengänge. Ein erstes Stichwort dazu hatte Präsident Reagan geliefert – „timing". Perle war der Auffassung, daß sich ernsthafte sowjetische Kompromißbereitschaft in den INF-Verhandlungen erst dann einstellen würde, wenn die USA Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert hätten. Die Pershing-II war kein *Tauschobjekt* im INF-Verhandlungsprozeß, sondern diente in Perles Augen als *Druckmittel* zur Erzwingung sowjetischer Kompromißbereitschaft[76]. Mithin sei die Zeit im Sommer 1982 für eine Kompromißlösung noch nicht reif.

Das sowjetische Eingehen auf Nitzes Initiative interpretierten Weinberger und Perle als taktisches Manöver zu Propagandazwecken. Die Sowjetunion würde die

---

bedeutete ihre Fluggeschwindigkeit unterhalb der Schallgeschwindigkeit, daß sie gegenüber Luftverteidigungsmaßnahmen anfällig waren. Zweitens mußten deshalb Luftverteidigungsstellungen des Warschauer Paktes gemieden werden, weshalb die Reichweite der Marschflugkörper verringert wurde. Drittens war der Zielkreisradius (CEP) der Marschflugkörper größer als bei der Pershing-II. Bei den heutzutage verfügbaren Marschflugkörpern der dritten Generation bestehen diese Nachteile nicht mehr. Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Brüssel vom 5. 12. 1986.

[74] Vgl. Leslie H. Gelb, U. S. Was Less Emphatic in Rejecting Missiles Proposals, Aides Say, in: New York Times vom 21. 1. 1983.

[75] Vgl. Newhouse, Arms and Allies, S. 70.

[76] Vgl. Richard N. Perle, Clearing the Air on Arms Control, in: Defense, 1983, S. 23 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachricht von einem „Waldspaziergang" sehr bald in Europa durchsickern lassen, um die ohnehin steigende Unsicherheit innerhalb der NATO zu fördern und den Stationierungswillen der Westeuropäer zu brechen. Denn würde in Westeuropa der Verdacht aufkommen, daß die Pershing-II für die NATO verzichtbar sei, würde ihre Stationierung unmöglich gemacht[77]. In diesem Punkt traf sich Perles Argumentation ausnahmsweise mit der von Richard Burt und des State Department[78]. Des weiteren wandte sich Perle in seinem Memorandum auch gegen den Plan, auf *globale* Obergrenzen für Mittelstreckenwaffen zu verzichten. Dieser Verzicht würde bedeuten, daß die USA ihr rüstungskontrollpolitisches Prinzip aufgaben, daß ein Abkommen ausgewogen sein und ein *gesamt*strategisches Gleichgewicht festgeschrieben werden sollte. Zudem vertrat er die Auffassung, Nitze habe seine Befugnisse überschritten, indem er die offizielle amerikanische Verhandlungsposition, die Null-Lösung, aufgegeben und mit dem „Waldspaziergang" eine schädliche *Rückfallposition* errichtet habe. In diesen beiden letzten Punkten stimmte er mit Robert McFarlanes Argumentation überein. Zwischen dem Stab des Nationalen Sicherheitsberaters, dem State Department und der zivilen Führung des Pentagon bildete sich allmählich auf der Arbeitsebene eine Koalition heraus, die eindeutig gegen Nitze, Rostow und die Formel des „Waldspaziergangs" gerichtet war.

6.3. Die Entscheidungen des Präsidenten

William Clark war unter dem maßgeblichen Einfluß von McFarlane und Boverie zu dem Schluß gelangt, Nitze habe unter Mithilfe von Rostow weit überzogen, die ACDA betreibe unkontrolliert eine eigenständige Rüstungskontrollpolitik. Folglich sollte die Aufsicht des Außenministeriums über die Rüstungskontrollverhandlungen und den Genfer Delegationsleiter wieder hergestellt werden. Im Namen Reagans schickte Clark am 24. August 1982 ein Memorandum an Außenminister Shultz, das, ohne Namen zu nennen, Nitzes Verhalten rügte, in Genf ohne hinreichende Beachtung seiner Instruktionen verhandelt zu haben. In dem Memorandum wurde außerdem Rostows Wunsch, die ACDA solle den Vorsitz in den interministeriellen Arbeitsgruppen, übernehmen und er als ihr Direktor müsse direkten Zugang zum Präsidenten erhalten, unzweideutig abgelehnt. Als ranghöchstes Kabinettsmitglied trage der Außenminister, so argumentierte Clark, nach dem Gesetz die oberste Verantwortung für die Rüstungskontrollpolitik. Shultz wurde unmißverständlich aufgefordert, die ACDA und Nitze sorgfältig zu beaufsichtigen und die Einhaltung des

[77] Vgl. Weinberger Statements 1983, Bd. III, S. 2126 f. und Bd. IV, S. 2680.

[78] Vgl. Richard Burt, Strategic and Political Lessons of INF, in: James R. Woolsey (Hrsg.), Nuclear Arms, San Francisco 1984, S. 128; U. S. Congress. United States House of Representatives. Committee on Foreign Affairs. Subcommittee on Europe and the Middle East, Developments in Europe, February 1984, Hearing, 98th Congress, 2nd session, 7. 2. 1984, Washington D. C. 1984, S. 21. Etwas früher im gleichen Hearing hatte Burt jedoch argumentiert, er habe die INF-Stationierung niemals zur Voraussetzung für ernsthafte Verhandlungen gemacht; ebenda, S. 18.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dienstweges zu gewährleisten[79]. Auch Shultz war mit dem „Alleingang" Nitzes nicht einverstanden gewesen. Doch seine Berater – vorwiegend Burt und Howe – bewerteten Nitzes Vorstoß als Verfahrensmodus positiv[80]. Möglicherweise ging Clarks Memorandum auf seinen Wunsch zurück, die Kompetenzen in der Rüstungskontrollpolitik klarzustellen und Rostows Versuch abzuwehren, der ACDA mehr Einfluß in der Administration zu verschaffen.

Doch Nitzes INF-Kompromiß wurde noch durch eine zweite, vom amerikanischen Entscheidungsprozeß unabhängige Entwicklung geschwächt: Die erwartete positive Antwort Kwizinskis blieb aus[81]. Nach seiner Rückkehr nach Moskau hatte Kwizinski seinen Vorgesetzten berichtet. Doch die Initiative kam offenbar bereits zu spät, denn die grundlegende Prüfung der INF-Politik durch das Politbüro hatte bereits stattgefunden und die entsprechenden Entscheidungen waren bereits gefallen. Die zwischen Nitze und Kwizinski ausgehandelte Kompromißformel wurde von Außenminister Gromyko nur dem Gremium vorgetragen, das unter seinem Vorsitz die tagtägliche Rüstungskontrollpolitik des Kreml koordinierte. Darin waren die Streitkräfte, das Außenministerium, der Geheimdienst KGB und die außenpolitische Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU vertreten. In diesem Koordinationsgremium stießen die Substanz des „Waldspaziergangs" und die außergewöhnliche Verfahrensweise auf Ablehnung und sogar Verärgerung. Das Kompromißangebot wurde im Politbüro der KPdSU nicht einmal diskutiert. Nitzes Kalkül, daß der Vorschlag Breschnew vorgelegt werden könnte und dieser die Chance für ein Gipfeltreffen ergreifen würde, hatte sich als Wunschtraum erwiesen[82].

Nitzes Position innerhalb der Administration wurde so natürlich nicht besser. Da er nichts von Kwizinski gehört hatte, sah er sich zu vorsichtigerem Taktieren veranlaßt[83]. Würden die USA den „Waldspaziergangs"-Kompromiß akzeptieren, die Sowjetunion ihn aber ablehnen, so bestand die Gefahr, daß dieser zu der neuen Ausgangsbasis für die amerikanische Verhandlungsposition werden würde. Wie er

---

79 Vgl. Talbott, Raketenschach, S. 231 f.; Gelb, Missiles Proposals; Murray Marder, Feuds Cloud U. S. Policy on Arms Control, in: Washington Post vom 12. 9. 1982; Rostow Denies Charges He Overstepped Bounds In Soviet Weapons Talks, in: Washington Post vom 14. 9. 1982.

80 Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 28. 8. 1986.

81 Nitze hielt die Reaktion der Sowjetunion rückblickend für die zentrale Frage im amerikanischen Entscheidungsprozeß. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 387. Siehe hierzu auch Anmerkung 69.

82 Vgl. DSB, Bd. 84, Nr. 2089 (1984), S. 36; Hintergrundinformation des Verfassers in Bonn vom 12. 12. 1986; Paul Nitze anläßlich eines Vortrages am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, MA., vom 25. 6. 1986, Mitschrift des Verfassers.

83 Gespräch mit Paul Nitze, S. 122 (wie Anm. 38). Am Rande der regulären Verhandlungen hatten beide Delegationschefs eine Kommunikationsverbindung für die Sommerpause vereinbart, falls Kwizinski Nitze eine Nachricht zukommen lassen wollte. In diese Verbindung sollte ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Washington, Oleg M. Sokolow, und bei Bedarf Nitzes persönlicher Mitarbeiter, Norman Clyne, eingeschaltet sein. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 385; Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 2. 9. 1986.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kwizinski schon in „paper A" dargelegt hatte, wollte Nitze jedoch seiner Regierung den „Waldspaziergang" nicht als eine verhandelbare Zwischenlösung, sondern nur als Endprodukt empfehlen[84].

Am 1. September 1982 beriet die für INF zuständige interministerielle Arbeitsgruppe über die „Waldspaziergangs"-Formel, ohne eine Einigung zu erzielen. Robert McFarlane bestand darauf, daß der Nationale Sicherheitsrat unter Leitung des Präsidenten abschließend beraten, die Haltung der USA zum Nitze-Kwizinski-Vorschlag festlegen und über die weitere amerikanische Marschroute in den INF-Verhandlungen entscheiden sollte. Die Sitzung des NSC fand am 13. September 1982 statt[85]. Die Debatte in dieser Besprechung blieb jedoch im wesentlichen auf jene zwei Fragen beschränkt, die Reagan schon zuvor an die Expertenbürokratien gerichtet hatte: Wie hoch war der militärische Wert der Pershing-II, die die USA als ihre Konzession an die Sowjetunion betrachten mußten, und welcher Stellenwert kam daher dem *Partikularinteresse* des Heeres an diesem Waffensystem zu? Die zweite Frage betraf den richtigen Zeitpunkt, zu dem die USA Konzessionen machen sollten. Nitze vertrat die Auffassung, daß die Pershing-II nicht unbedingt notwendig sei, und begründete seine These mit den bekannten militärischen und wirtschaftlichen Argumenten.

Verteidigungsminister Weinberger vertrat in Übereinstimmung mit Richard Perle die Gegenposition[86]. Dieser hatte behauptet, daß der „Waldspaziergang" ein „ungleicher" Kompromiß sei, denn die USA würden auf weitreichende ballistische Mittelstreckenraketen verzichten, während die Sowjetunion ihre behalten könnte.

---

[84] Vgl. Gespräch mit Paul Nitze, S. 123 (Anm. 38); Barry, New Men Take Over. Einige Wissenschaftler machten sich Nitzes Argumentation zueigen und behaupteten, die sowjetische Ablehnung des „Waldspaziergangs" sei der ausschlaggebende Grund für Washington gewesen, den Kompromißvorschlag ebenfalls abzulehnen. Vgl. Wettig, Irrwege; Halstead, INF Negotiations, und Rühl, Mittelstreckenwaffen, S. 300 folgten den Rechtfertigungsversuchen, die Reagan im Wahlkampf gegen Walter Mondale 1984 geliefert hatte. Vgl. Weekly Compilation of Presidential Documents, 1984, Bd. 20, Nr. 43, S. 1600. Angesichts der anderen Argumente, die innerhalb der Reagan-Administration vorgetragen wurden, ist diese einseitige Sichtweise weit überzogen. Im amerikanischen Entscheidungsprozeß spielte die sowjetische Ablehnung der Kompromißformel sogar eine eher untergeordnete Rolle. Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 25. 7., 6., 11. und 28. 8. 1986. Letztlich wurde der „Waldspaziergang" durch Washington unabhängig von der sowjetischen Reaktion als nicht im amerikanischen Interesse liegend bewertet. Der Pressesprecher des Weißen Hauses antwortete auf eine entsprechende Frage eines Journalisten: „Our judgement of it (der Kompromißformel, d. Verf.) was that it was not the basis for an agreement." Zit. nach Bernard Gwertzman, Informal Agreement Is Called Inadequate by U. S., in: New York Times vom 18. 1. 1983. Gleichwohl hatte die sowjetische Entscheidung zwei Konsequenzen für den Fortgang der Beratungen in den USA: Sie veränderte Nitzes persönliches Kalkül und unterminierte seine Position innerhalb der Bürokratie. Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers vom 2. 9. 1986.

[85] Vgl. Talbott, Raketenschach, S. 239 f.; Nitze verlegte diese Besprechung in seinen Memoiren auf den 7. September 1982; Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 387.

[86] Weinberger erwies sich als äußerst eloquenter Anwalt, der es verstand, sich für die Partikularinteressen seines Ministeriums einzusetzen. Vgl. Weinberger Statements 1983, Bd. I, S. 23 f. und Bd. IV, S. 2859; vertrauliches Hintergrundmaterial im Besitz des Verfassers; Interview mit Caspar Weinberger, in: Die Welt vom 30. 5. 1983.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser Punkt leuchtete dem Präsidenten ein, denn warum sollten die USA ohne ballistische Raketen auskommen müssen, wenn die Sowjetunion dies nicht vermochte? Im Kern verlangte Reagan von der Sowjetunion das Gegenteil dessen, was Kwizinski Nitze gegenüber als einzige Bedingung für einen INF-Kompromiß genannt hatte: keine Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenwaffen auf Null. Nitze versuchte dem Präsidenten zu erklären, daß eine derartige Forderung nicht verhandlungsfähig sei[87]. Doch dieses Argument zog bei Reagan nicht, zumal hier die zweite zentrale Frage der Sitzung ins Spiel kam – der richtige Zeitpunkt für amerikanische Konzessionen.

Nitze argumentierte – und wurde darin von Außenminister Shultz unterstützt –, daß die Sowjetunion durch Kwizinskis Eingehen auf die Kompromißformel Flexibilität gezeigt habe, ernsthaft verhandele und ein INF-Abkommen anstrebe. Es sei daher wichtig, daß auch die USA eine flexiblere Haltung demonstrierten. Rostow und Nitze wußten freilich zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht, ob die Sowjetunion Nitzes Initiative zurückweisen würde. In einer Rede Rostows vom 10. September 1982 vor dem „World Affairs Council" in Los Angeles fand sich ein versteckter Hinweis auf den „Waldspaziergang": „It is clear that a potentiality exists for accommodating the analytic concepts used by both sides. What is not yet clear is whether the Soviet Union is willing to accept an agreement based exclusively on the principle of deterrence."[88] Doch dieses Signal an die Sowjetunion, Nitze im amerikanischen Entscheidungsprozeß zu unterstützen, blieb ohne Antwort.

Reagan vertrat zusammen mit Weinberger gegen Nitzes Forderung nach mehr Flexibilität in der amerikanischen Verhandlungsposition die Auffassung, daß sich die sowjetische Konzessionsbereitschaft weiter steigern ließe, wenn die USA mit Zähigkeit auf ihrem Standpunkt, der Null-Lösung, beharrten. Substantielle sowjetische Konzessionen seien erst nach einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa zu erwarten. Nitzes wichtigstes Motiv für seine Initiative zum „Waldspaziergang", die Gefahr der Erosion des sicherheitspolitischen Konsenses in den europäischen Partnerländern und damit der NATO, spielte in dieser Debatte offenbar keine Rolle mehr.

Die westeuropäischen Verbündeten und auch die Bundesrepublik Deutschland, auf deren Boden die Pershing-II stationiert werden sollte, erfuhren vom „Waldspaziergang" und dem anschließenden Entscheidungsprozeß in Washington erst, als die Dinge schon entschieden waren[89]. Diese Tatsache wurde von amerikanischer Seite nicht bestritten. Nitze äußerte dazu gegenüber dem „Spiegel": „Als die US-Regie-

---

[87] So jedenfalls unter den damaligen Rahmenbedingungen für politische Entscheidungsfindung in der UdSSR.

[88] U. S. Department of State, Current Policy, Nr. 425, Washington D. C. 1982.

[89] Vgl. Schmidt, Menschen und Mächte, S. 334; ders., Reykjavik ging viel weiter als der „Waldspaziergang," in: Der Spiegel vom 24. 11. 1986, S. 24; William Drozdiak, Schmidt Questions U. S. Missiles Stance, in: Washington Post vom 22. 5. 1983, S. A 20; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 10. Wp., Bd. 126, Bonn 1983/84, S. 2379; Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 74.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung beriet, was zu tun sei, ging man schon von der beinahe sicheren Zurückweisung des Kompromisses durch die Sowjet-Union aus. Unter diesen Umständen gab es mit den Verbündeten nichts mehr zu koordinieren."[90]

Richard Perle begründete den amerikanischen Verzicht auf Konsultationen mit der Bundesrepublik damit, daß die Reagan-Administration Helmut Schmidt innenpolitisch nicht bloßstellen wollte, der sich zuvor für die Pershing-II eingesetzt habe. Überdies sei der „Waldspaziergang" ein außerhalb des NATO-Konsultationsprozesses zustandegekommener Kompromiß gewesen. Da Nitze mit seinem Alleingang gegen das Konsultationsversprechen der USA verstoßen habe, hätte die Reagan-Administration den Kompromiß verwerfen müssen[91].

Das Ergebnis der Beratung im Nationalen Sicherheitsrat war die Entscheidung, daß die USA an der Null-Lösung als offizieller Verhandlungsposition festhalten wollten. Der „Waldspaziergang" sei keine geeignete Grundlage für ein Rüstungskontrollabkommen. Darüber hinaus wurde dem INF-Delegationschef Nitze zwar gestattet, den inoffiziellen Kanal mit Kwizinski offenzuhalten. Keinesfalls aber dürfe Nitze wieder so weit wie beim „Waldspaziergang" gehen und mit Kwizinski eigene Vorschläge erörtern[92], denn ein solches Verhalten untergrabe nicht nur die amerikanische Verhandlungsposition, sondern schwäche auch den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses. Damit stellte der Nationale Sicherheitsrat die Gültigkeit der rüstungskontrollpolitischen Prinzipien und der verhandlungstaktischen Leitlinien der Reagan-Administration wieder her. Dem abweichenden Kalkül Nitzes und dem Kompromißvorschlag des „Waldspaziergangs" war eine unzweideutige Absage erteilt worden.

Wie aber sollte Nitze sich verhalten, wenn Kwizinski doch noch den „Waldspaziergangs"-Kompromiß annehmen würde? Für den Fall, daß die Sowjetunion Interesse an der weiteren Verfolgung des Nitze-Kwizinski-Ansatzes zu INF hätte, erwarteten die USA, daß Moskau Änderungswünsche vorbringen würde[93]. Die USA entwickelten deshalb mindestens sechs eigene Änderungswünsche zur Nitze-Kwizinski-Formel, zwei substantiell-inhaltlichen Charakters, die restlichen bezogen sich auf sprachliche Klarstellungen. Erstens würden die USA die Pershing-II und damit ihr Recht zur Stationierung weitreichender ballistischer Mittelstreckenraketen nicht einseitig aufgeben. Vielmehr sollten beide Seiten die Freiheit haben, innerhalb der 75 für Europa vorgesehenen Systeme den Waffenmix aus ballistischen Raketen und Marschflugkörpern zu bestimmen. Zweitens müßte die Sowjetunion bereit sein, ihre in Asien stationierten SS-20 möglichst auf 75 Systeme, mindestens aber unter die angebotenen 90 Systeme zu reduzieren. Mit einem bloßen Einfrieren wollten die USA sich nicht zufrieden geben[94].

---

[90] Gespräch mit Paul Nitze, S. 124 (wie Anm. 38).

[91] Vgl. Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 74.

[92] Vgl. Gwertzman, Informal Agreement; Walter Pincus, Nitze's Role Limited in Arms Talks, in: Washington Post vom 18. 1. 1983.

[93] Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 5. und 28. 8. 1986.

[94] Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 388; Halstead, INF Negotiations, S. 16.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch zu diesen Verhandlungen kam es nicht mehr. Die UdSSR war ebenfalls zu der Auffassung gelangt, daß der Kompromiß des „Waldspaziergangs" nicht in ihrem Sicherheitsinteresse lag[95]. Das sowjetische Kalkül war vermutlich, daß die NATO-Regierungen ohnehin nicht in der Lage seien, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung in Europa durchzusetzen. Im schlechtesten Fall würde die Sowjetunion neue amerikanische Waffen in Europa hinnehmen müssen, aber das westliche Bündnis würde ihre Dislozierung mit einem Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses zu bezahlen haben. Die Sowjetunion beabsichtigte, diesen Preis soweit wie möglich in die Höhe zu treiben[96]. Erst gegen Herbst 1983 stellten amerikanische Experten in Moskau fest, daß in den unteren Rängen des sowjetischen Entscheidungssystems Zweifel an der Richtigkeit dieser Einschätzungen aufkamen. Nennenswerter Einfluß auf die sowjetische Verhandlungstaktik bei INF konnte aber nicht ausgemacht werden[97].

Beide Supermächte hatten mit der Ablehnung der zwischen ihren Unterhändlern abgestimmten Kompromißformel die Chance verpaßt, kooperative Lösungen europäischer Sicherheitsprobleme mit größerer Flexibilität in Angriff zu nehmen. Aus unterschiedlichen Motiven heraus gedachten sie, die europäische und insbesondere die deutsche Bündnistreue einem Härtetest zu unterziehen, wobei beide Seiten sich in ihren gegenseitigen Schuldzuweisungen bestätigt sehen konnten.

7. Die Rolle der Bundesrepublik

Die Bundesregierung wurde erst am 14. Oktober 1982 über die Vorgänge um den „Waldspaziergang" informiert. Rostow stellte Nitzes diplomatischen Alleingang als einen amerikanischen „Versuchsballon" dar, um die sowjetische Kompromißbereitschaft zu testen. Doch habe Moskau keine Flexibilität in seiner Verhandlungsposition gezeigt. Deshalb hätten die USA keine andere Wahl gehabt, als den „Waldspa-

[95] Vgl. Hintergrundinformationen des Verfassers in Bonn vom 12. 12. 1986. In den Instruktionen für Kwizinski, die er Nitze später zeigte, wurde gefordert, die britischen und französischen Systeme in einem Abkommen zu berücksichtigen, das Abkommen auf Europa zu beschränken, land- und seegestützte nuklearfähige Flugzeuge in Europa erheblich zu verringern und „gleiche Sicherheit" zu gewährleisten. Vgl. Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 388 f. Zum sowjetischen Entscheidungsprozeß vgl. Barry, New Men Take Over; Wettig, Irrwege. Barry sah den maßgeblichen Grund für die sowjetische Ablehnung des „Waldspaziergangs" in Breschnews Gesundheitszustand. Dieser Interpretation schloß sich Paul Nitze an. Vgl. dessen Vortrag am Massachusetts Institute of Technology vom 2. 6. 1986, Mitschrift des Verfassers. Wettig behauptete, der wichtigste Grund für die ablehnende Haltung der Sowjetunion sei gewesen, daß die für den Sommer 1982 angekündigte Grundsatzentscheidung über die INF-Politik bereits gefallen war und deshalb von den Entwicklungen in Genf nicht mehr beeinflußt werden konnte.

[96] So auch Nitze, From Hiroshima to Glasnost, S. 389.

[97] Vgl. Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 23. 7. 1986.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ziergang" ebenfalls abzulehnen[98]. Beinahe wären die Ereignisse um den „Waldspaziergang" schon damals an die Öffentlichkeit gedrungen[99].

Damit war Rostow dazu übergegangen, die Frage der Verantwortung für das Scheitern von Nitzes Alleingang in den Vordergrund der Debatte im westlichen Bündnis zu stellen, wie er dies von Anfang an geplant hatte. Die USA hätten Kompromißbereitschaft und Flexibilität gezeigt, während die Sowjetunion stur auf ihren Positionen beharrt habe. Mithin sei die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Westeuropa unumgänglich geworden. Nitze schloß sich dieser Interpretation an, nachdem sein Vermittlungsversuch gescheitert war[100]. Daß die Reagan-Administration den Nitze-Kwizinski-Kompromiß unabhängig von der sowjetischen Entscheidung verworfen hatte, weil man in ihm keine geeignete Grundlage für ein Abkommen erblickte, wurde in dieser Interpretation bewußt verschwiegen.

An diesem Punkt machte Helmut Schmidt – seit Oktober 1982 nicht mehr Bundeskanzler – seine Kritik an der Reagan-Administration fest. Aus seiner Sicht lag die von Nitze und Kwizinski gefundene Kompromißformel im westeuropäischen und insbesondere im westdeutschen Sicherheitsinteresse, selbst wenn die NATO den Zeitplan für die Stationierung der Marschflugkörper dadurch hätte ändern müssen[101]. Schmidt warf der Reagan-Administration mehrfach vor, in Genf nicht ernsthaft zu verhandeln, und drohte – wie schon 1981 – unverhohlen, notfalls sein persönliches Gewicht in die Waagschale zu werfen und eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik zu verhindern[102]. Ebenso deutlich zeigte Schmidt seine Enttäuschung, daß die Reagan-Administration ihren Konsultationsverpflichtungen nicht nachgekommen war, sondern eine Politik der unilateralen Führung der Allianz betrieben hatte. Als Beispiele für dieses Versäumnis nannte er neben dem „Waldspaziergang" die Differenzen um das Erdgas-Röhren-Geschäft der Westeuropäer mit der Sowjetunion[103]. Das politische Gewicht sowie der Einfluß Westeuropas und der Bundesrepublik in Washington waren gesunken.

Doch dafür war nicht nur die Entscheidung der Reagan-Administration verantwortlich, die westliche Allianz durch unilaterale Entscheidungen führen zu wollen, anstatt die Verbündeten vorab zu konsultieren. Die Administration hatte unter anderem aus den Erfahrungen der Carter-Administration bei der Entscheidung über

[98] Vgl. Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 75; Süddeutsche Zeitung vom 16./17. 10. 1982; Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 5. 8. 1986.

[99] Vgl. Moseley, Secret U. S. atomic-arms talks.

[100] Vgl. Gespräch mit Paul Nitze, S. 122 ff. (wie Anm. 38); Halstead, INF Negotiations.

[101] Vgl. Schmidt, Der Doppelbeschluß ist nach wie vor richtig, in: Die Zeit vom 3. 6. 1983, S. 4; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, S. 2379 (wie Anm. 89).

[102] Vgl. Schmidt, Der Doppelbeschluß ist nach wie vor richtig; Drozdiak, Schmidt Questions, S. A 20; Schmidt äußerte Zweifel an Reagans Verhandlungswillen, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. 5. 1983, S. 6.

[103] Vgl. Drozdiak, Schmidt Questions, S. A 20; Schmidt, Menschen und Mächte, S. 302, S. 313, S. 332 ff. Besonders verbittert muß Schmidt darüber gewesen sein, daß sein Freund George Shultz ihn nicht vom „Waldspaziergang" informierte, als Schmidt den amerikanischen Außenminister Ende Juli 1982 in dessen Privathaus in Paulo Alto besuchte. Vgl. ebenda, S. 199.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Bau und die Stationierung der Neutronenbombe den Schluß gezogen, daß zur Führung der Allianz ein klarer amerikanischer Standpunkt erforderlich sei[104]. Hinzu kam, daß in Frankreich und Großbritannien ein Regierungswechsel stattgefunden hatte. Schmidt mußte erkennen, daß weder Paris noch London unter neuer Führung „so konfliktbereit gegenüber Washington waren wie seinerzeit Giscard d'Estaing"[105]. In dem Maße, wie die Einigkeit Westeuropas in außenpolitischen Fragen zerfiel, sank dessen politischer Einfluß auf Washington. Schließlich war der Reagan-Administration auch nicht verborgen geblieben, daß die sozial-liberale Koalition in Bonn im Sommer 1982 unaufhaltsam ihrem Ende zustrebte. Zwar tat die Reagan-Administration alles, um den Eindruck zu vermeiden, sie favorisiere den Christdemokraten Helmut Kohl als Bundeskanzler, doch achtete sie andererseits auch peinlich darauf, nicht den Eindruck zu erwecken, als wolle sie durch einen außenpolitischen Verhandlungserfolg Helmut Schmidt aus der innenpolitischen Krise helfen[106]. In dem Maße, wie Schmidt an innenpolitischer Unterstützung verlor, konnte die Administration in Washington es sich leisten, den Standpunkt der Bundesregierung bei ihren Entscheidungen unberücksichtigt zu lassen.

8. Zusammenfassung und Bewertung des Entscheidungsprozesses zum „Waldspaziergang"

Das rüstungskontrollpolitische Entscheidungssystem der Reagan-Administration war nur dann zu konstruktiven Beschlüssen fähig, wenn durch eine präsidentielle Entscheidung ein Einigungszwang erzeugt wurde. Ohne eine solche Richtlinienentscheidung gingen Initiativen der unteren Ebenen und konstruktive Lösungsansätze im bürokratischen Gerangel verloren. Der präsidentiellen Initiative zur Stimulanz der Bürokratien kam folglich zentrale Bedeutung zu. Wegen des außenpolitischen Desinteresses und der Passivität von Präsident Ronald Reagan war damit freilich nur in Ausnahmefällen zu rechnen. Er ließ neue Rüstungskontrollvorschläge im allgemeinen nur dann entwickeln, wenn er innenpolitisch vom Kongreß oder der Öffentlichkeit unter Erfolgsdruck gesetzt wurde. Reaktives Handeln war Reagans bevorzugtes Verhaltensmuster in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Stärke von Nitzes diplomatischem Alleingang war, daß er es verstand, die Spielräume, die die passiv-reaktive „Präsidentschaft der letzten Instanz" bot, für seine Initiative zu nutzen. Es war ihm auf diese Weise gelungen, mit Kwizinski eine Kompromißformel für INF zu finden. Damit hatte Nitze gezeigt, daß es aus der Sicht der Unterhändler eine Möglichkeit zur Konfliktregelung gab, sofern die poli-

[104] Vgl. Meier, Sicherheitsbeziehungen, S. 408–413.
[105] Schmidt, Reykjavik, S. 24.
[106] Vgl. ders., Menschen und Mächte, S. 127 f.; Risse-Kappen, Fahrplan zur Abrüstung?, S. 74 f.; Hintergrundinformation des Verfassers in Washington vom 5. 8. 1986; zum Zerfall der sozialliberalen Koalition vgl. Jäger/Link, Republik im Wandel, S. 234–251.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Entscheidungsträger ihre Zustimmung gaben. Die prinzipielle Schwäche des Alleingangs von Nitze bestand in der ungenügenden Absicherung innerhalb der amerikanischen Exekutive. Allein schon die unkonventionelle Vorgehensweise von Nitze war ein gewichtiges Argument gegen den Kompromißvorschlag selbst. Außer Rostow, der von Nitze, wenn auch spät, in seinen Plan einbezogen wurde, war in Washington niemand bereit oder verpflichtet, den Genfer Unterhändler zu unterstützen bzw. ihm den notwendigen institutionellen Rückhalt zu geben[107]. Die zentralen institutionellen Bedingungen für den Erfolg einer Initiative waren erstens die Entscheidung des Präsidenten, daß ein Rüstungskontrollabkommen geschlossen werden soll, und zweitens die Verpflichtung der Bürokratien hierauf.

Diese beiden Anforderungen erfüllte Nitzes Initiative nicht. Nitzes Motive und Kalküle standen im Gegensatz zu den rüstungskontrollpolitischen Prinzipien und verhandlungstaktischen Leitlinien der Administration[108]. Aber auch in den Detailfragen gelang es der Administration nicht, einen Konsens über Nitzes Kompromißformel herzustellen, wie insbesondere der interne Dissens im Verteidigungsministerium belegt. Nitzes Initiative scheiterte im amerikanischen Entscheidungssystem letztlich deshalb, weil es ihm in diesem System der Koalitionsbildung nicht gelang, eine durchsetzungsfähige Mehrheit für seine Kompromißformel zu schmieden und sich gegen den Widerstand des *Partikularinteressen* verfolgenden Verteidigungsministeriums durchzusetzen. Für das Nicht-Zustandekommen einer denkbaren Koalition zwischen dem State Department und der ACDA war ausschlaggebend, daß Nitze und Burt unterschiedliche Positionen vertraten, welches die beste Allianzpolitik sei, obwohl beide von deren Notwendigkeit überzeugt waren.

Aus der Sicht der westeuropäischen Alliierten war der „Waldspaziergang" ein Ausnahmefall, weil er nicht im Rahmen der in der NATO bestehenden Konsultationsverfahren behandelt wurde. Nach Nitzes Alleingang schien es der Reagan-Administration zu risikoreich, ihre Bündnispartner zu informieren, bevor die Sowjetunion ihre Entscheidung getroffen hatte[109]. Dennoch war die Haltung der Westeuropäer und insbesondere die von Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht ohne Einfluß auf den Entscheidungsprozeß in Washington geblieben. Erstens ging das ausschlaggebende Motiv für Nitzes Alleingang auf Schmidt zurück, der Nitze von der Notwendigkeit einer diplomatischen Initiative überzeugt hatte. Mehrfach hatte Schmidt mit seiner Drohung, die Bundesrepublik würde sich an der Modernisierung des eurostrategischen Potentials der NATO nicht beteiligen, wenn die USA ihren Verhandlungswillen nicht glaubhaft unter Beweis stellten, Erfolg. Die Reagan-Administration erklärte sich zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit und übernahm die Null-Lösung als westliche Eröffnungsposition. Dennoch sank der

[107] Schon insoweit ist Nitzes Behauptung (Halstead, INF Negotiations, S. 17) fragwürdig, er hätte Washington vom Wert des „Waldspaziergangs" überzeugen können, wenn die Sowjetunion bereit gewesen wäre, den Kompromiß in toto zu akzeptieren. Hintergrundinformationen des Verfassers in Washington vom 25. 7., 6., 11. und 28. 8. 1986.

[108] Vgl. zu diesem Ergebnis ebenfalls Rühl, Mittelstreckenwaffen, S. 301.

[109] Vgl. Meier, Sicherheitsbeziehungen, S. 531.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einfluß Schmidts auf Washington danach rapide ab. Der Bundeskanzler war wegen der Regierungswechsel in Großbritannien und Frankreich einerseits und dem Zerfall der sozialliberalen Koalition andererseits ausschließlich auf sich alleine gestellt. Im Sommer 1982 war Schmidts Einfluß auf die Reagan-Administration ziemlich gering geworden[110].

Darüber hinaus bleibt festzuhalten, daß der Nationale Sicherheitsberater und sein Stab im Entscheidungsprozeß der USA über herausragenden Einfluß verfügten, obwohl Präsident Reagan mit dem Anspruch angetreten war, nach den Erfahrungen der Nixon- und Carter-Administration die machtpolitische Stellung des Sicherheitsberaters einzugrenzen. Der Einfluß von William Clark und seinen Mitarbeitern hatte zwei Ursachen: Erstens hatte sich schon im Laufe der ersten eineinhalb Jahre von Reagans Präsidentschaft abgezeichnet, daß die Administration keine Erfolge erzielen würde, wenn keine Institution die außenpolitische Federführung übernähme. Die institutionellen Umstrukturierungen des Koordinations- und Abstimmungssystems liefen allesamt darauf hinaus, das von Reagan bevorzugte System der Kabinettsausschüsse (SIGs) und -unterausschüsse (IGs) dadurch zu umgehen, daß einer Institution die außenpolitische Leitungskompetenz übertragen wurde. Die Rolle des „Schiedsrichters" zwischen den verschiedenen Ministerien und Behörden fiel schließlich dem Stab des Nationalen Sicherheitsrats zu. Zweitens ging der Einfluß des Sicherheitsberaters darauf zurück, daß William Clark ein persönlicher Freund und Vertrauter des Präsidenten war. Er verfügte gegenüber seinem Vorgänger, Richard Allen, über den Vorteil, persönlichen Zugang zum Präsidenten zu haben. Durch diesen Umstand wurde Clark auch in den Augen der übrigen Akteure politisch aufgewertet.

Das Scheitern des Vorschlags innerhalb des amerikanischen Entscheidungssystems hatte aber auch substantielle Gründe: In der zwischen Nitze und Kwizinski ausgehandelten Kompromißformel wurden die von der Administration beschlossenen verhandlungstaktischen Grundsätze nicht beachtet. Die „Waldspaziergangs"-Formel konnte als amerikanische *Rückfallposition* interpretiert werden, instrumentalisierte die Pershing-II zu einem *Tauschobjekt* im Verhandlungsprozeß und fror die asiatischen SS-20 lediglich bei 90 Systemen ein, anstatt sie zu *reduzieren*. Eine mit diesen „Mängeln" behaftete Kompromißformel stieß auf die Kritik der amerikanischen Rüstungskontrollgegner, amerikanische Vorschläge trügen einseitig der Forderung nach *Verhandlungsfähigkeit* Rechnung. Ferner verstieß der „Waldspaziergang" in zweifacher Hinsicht gegen die Vorstellungen vom richtigen Zeitpunkt für amerikanische Konzessionen: Ohne Not wurden im Sommer 1982 Konzessionen gemacht und Reagans Vorstellung von Geduld und Beharrlichkeit in Verhandlungen verletzt. Außerdem wurde seiner Auffassung, Rüstungskontrollpolitik würde nur aus einer „Position der Stärke" heraus Erfolg haben, nicht hinreichend Rechnung getragen. Nitzes zentrale Überlegungen zum richtigen Zeitpunkt – der Gesundheitszustand Breschnews und die kritische innenpolitische Lage der Bünd-

[110] Vgl. Jäger/Link, Republik im Wandel, S. 429.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nispartner – gingen am Kern der von Präsident Reagan vertretenen Vorstellungen vorbei.

Darüber hinaus gab die Reagan-Administration im NATO-Bündnis der unilateralen Führung den Vorzug vor einer multilateralen Allianzpolitik. Die Verbündeten würden den Vormachtanspruch der USA schließlich auch ohne amerikanische Konsultation und Rücksichtnahme auf europäische Rüstungskontrollinteressen akzeptieren. In dieser Frage hatte sich das Verteidigungsministerium durchgesetzt, zumal das Außenministerium den richtigen Zeitpunkt noch nicht für gekommen hielt, um in dieser Frage Widerstand zu leisten. Nach der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, so argumentierte Richard Burt, würde der Zeitpunkt für eine multilaterale Politik günstiger sein. Und schließlich war 1982 auch die Sowjetunion an kooperativen Lösungen der Mittelstreckenproblematik nicht interessiert und vermied es, Nitzes Initiative zu unterstützen. Erst mit der Amtsübernahme von Generalsekretär Michail Gorbatschow änderten sich die Rahmenbedingungen für die Mittelstreckenverhandlungen in fundamentaler Weise.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

BRADLEY F. SMITH

DIE ÜBERLIEFERUNG DER HOSSBACH-NIEDERSCHRIFT IM LICHTE NEUER QUELLEN

Im September 1946 schränkten die Richter des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg – während einer Beratung *in camera* – die unter dem Oberbegriff „Verbrechen gegen den Frieden" definierten Anklagepunkte „gemeinsamer Plan" und „Verschwörung" auf die Zeitspanne zwischen November 1937 und Mai 1945 ein. Diese Entscheidung befreite die vor Gericht gestellten Angehörigen der politischen und militärischen Führungsgruppen des nationalsozialistischen Deutschland von allen Beschuldigungen, die von den Vertretern der Anklage wegen irgendwelcher Handlungen in den ersten viereinhalb Jahren des Dritten Reiches erhoben worden waren, und begrenzte das Nürnberger Verfahren praktisch auf eine gerichtliche Untersuchung der anschließenden siebeneinhalb Jahre nationalsozialistischer Herrschaft.

Daß der Militärgerichtshof als Termin für den Beginn strafrechtlicher Haftbarkeit den November 1937 wählte, beruhte allein auf der Überzeugung der Richter, daß Hitler am 5. November 1937, in einer in der Reichskanzlei gehaltenen internen Ansprache vor seinen höchstrangigen Mitarbeitern, seine Entschlossenheit klargemacht hatte, einen Angriffskrieg zu führen. Die Richter zogen den 5. November 1937 besser bekannten Alternativen wie der Remilitarisierung des Rheinlands im März 1936 oder dem „Anschluß" Österreichs bzw. der Sudetengebiete im Frühjahr und Herbst 1938 deshalb vor, weil die grundlegenden Anklagepunkte des Verfahrens als Kern den Vorwurf vorsätzlichen Handelns enthielten und die Mitglieder des Tribunals glaubten, daß jene Paladine des „Führers", die von Hitlers damals unmißverständlich ausgesprochenen „aggressiven Plänen" nachweisbar Kenntnis gehabt und dennoch dem Regime weiterhin gedient hatten, der Beteiligung an einem verbrecherischen Plan oder einer Verschwörung schuldig gefunden werden könnten.

Im tiefsten Grunde basierte also die Urteilsfindung in Nürnberg auf der Annahme, daß Hitler seine „aggressiven Pläne" während der Konferenz im November 1937 offen dargelegt habe und daß seine Untergebenen diese Pläne in den folgenden Jahren bereitwillig ausgeführt hätten. Moralisten, Juristen und Historiker haben vierzig Jahre lang über die Berechtigung jener Annahme gestritten, und um die Frage, wie klar Hitlers Pläne nun wirklich gewesen sind und bis zu welchem Grade sich seine Gehilfen der Absichten des „Führers" tatsächlich bewußt waren, drehen sich einige der lebhaftesten Kontroversen zur Geschichte des Dritten Reiches.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es liegt auf der Hand, daß als Konsequenzen des Nürnberger Urteils und der folgenden historischen Debatten die dokumentarische Überlieferung der Ansprache, die Hitler am 5. November 1937 gehalten hat, für Historiker des Dritten Reiches und des Nürnberger Prozesses eine große Rolle gespielt hat. Die zwölfseitige maschinenschriftliche Wiedergabe der Rede, die von der Anklagevertretung als Beweisdokument PS-386 vorgelegt wurde, wies maschinenschriftlich „Oberst Friedrich Hoßbach" als Verfasser aus, den damaligen Adjutanten der Wehrmacht bei Hitler, aber anders als die meisten sonstigen derartigen Dokumente, die in dem Verfahren Verwendung fanden, enthielt sie keine Hinweise auf den Fundort, und kein Experte der Anklage machte Aussagen zu ihrer Genauigkeit und Vollständigkeit. Drei der Angeklagten, Hermann Göring, Erich Raeder und Konstantin v. Neurath, die in PS-386 als Teilnehmer an der Besprechung in der Reichskanzlei aufgeführt waren, behaupteten, das Dokument gebe das Geschehen nicht richtig wieder, weil es die Klarheit der aggressiven Darlegungen Hitlers übertreibe und die meisten Gegenargumente nicht enthalte, die von den Anwesenden in der Hitlers Ausführungen folgenden Diskussion vorgebracht worden seien.

PS-386 war in der Tat ein ungewöhnliches Dokument mit einer höchst seltsamen Herkunft. Im Mai 1945 einem der zur Beschaffung von Dokumenten und Akten ausgeschwärmten Teams des Alliierten Oberkommandos (SHAEF) in die Hände gekommen, hatte der Repräsentant des State Department bei General Eisenhower, Robert Murphy, eine Mikrofilmaufnahme herstellen lassen und am 25. Mai nach Washington ans State Department geschickt. Inhaltsangaben gingen dann an den in Washington residierenden Stab der zur Verfolgung von Kriegsverbrechen gebildeten Anklagebehörde, und weitere Kopien solcher „abstracts" wurden an die anglo-amerikanischen Teams geschickt, die in London das Beweismaterial der Anklage vorbereiteten[1].

Erst im September 1945 hat aber das zentrale amerikanische Team, inzwischen unter der Leitung des amerikanischen Chefanklägers Robert H. Jackson nach Nürnberg verlegt, die volle Bedeutung erfaßt, die Hoßbachs Wiedergabe der Hitlerschen Rede vom 5. November 1937 für den Prozeß besaß. Nachdem sie verstanden hatten, mußten die Mitglieder des Teams jedoch entdecken, daß SHAEF das Original nicht mehr zu finden vermochte, und so telegrafierten sie in Verzweiflung nach Washington, um von der Mikrofilmaufnahme, die Murphy im Mai ans State Department gesandt hatte, eine Kopie machen zu lassen. Die Kopie wurde denn auch hergestellt, von Dean Acheson, der den Außenminister vertrat, beglaubigt und am 25. September an Jackson gesandt[2].

Dieses Dokument wurde von der Anklage als PS-386 in den Prozeß eingeführt, und wenn man von der Kritik der Verteidigung absieht, die Aufzeichnung zur Konferenz vom 5. November 1937 sei unvollständig und kein Wortprotokoll, wurde während des ganzen Verfahrens ihre Echtheit und Genauigkeit nie in Frage gestellt.

[1] B. F. Smith, Der Jahrhundert-Prozeß, Frankfurt a. M. 1977, S. 158 ff.
[2] Ebenda.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1949, zwei Jahre nach der Einlieferung Raeders und Neuraths in die Spandauer Haftanstalt und drei Jahre nach Görings Selbstmord, veröffentlichte dann Friedrich Hoßbach, bis Kriegsende vom Oberst zum General der Infanterie avanciert, unter dem Titel „Zwischen Wehrmacht und Hitler" seine Erinnerungen, in denen er die fragmentarische Natur seiner damaligen Aufzeichnung hervorhob. Hoßbach sagte, daß es sich nicht um eine wörtliche Wiedergabe der Rede Hitlers handle; während der Konferenz habe er nur stichwortartige Notizen machen und diese erst nach Ende der Besprechung in zusammenhängende Form bringen können. Er betonte ferner, daß er keinen vollständigen Bericht über die Hitlers Darlegungen folgende Diskussion angefügt habe, eine „Unterlassungssünde", die ihm schwer auf der Seele liege, weil der Gerichtshof seine Niederschrift als Basis für die Anklage der „verbrecherischen Verschwörung" benutzt und die meisten Angeklagten für schuldig befunden habe[3].

Es ist jedoch kräftig zu unterstreichen, daß Hoßbach nicht behauptete, die alliierten Stellen in Nürnberg hätten seine Aufzeichnung gekürzt oder sonst irgendwie verfälscht. Er erklärte vielmehr, daß er, obschon nicht im Besitz einer Kopie des Originals, nach Inhalt, Abfassung und Stil „in summa" eine Wiedergabe dessen erkenne, was er am 10. November 1937 niedergeschrieben habe[4].

Die nächste Phase in der Geschichte von PS-386 wurde 1957 erreicht, als Gerhard Meincks Buch „Hitler und die deutsche Aufrüstung" erschien[5]. Meinck wies nach, daß Ende 1943 ein Oberst Graf Kirchbach von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Generalstabs das Original der Niederschrift Hoßbachs in den Akten des früheren Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall Walther v. Brauchitsch, gefunden hatte. Graf Kirchbach war, wie er zu Meinck sagte, der Meinung, PS-386 und das Original des Hoßbach-Memorandums stimmten „nicht voll überein"[6]. Meinck nahm das als Anlaß für die Spekulation, daß die Unterschiede zwischen dem Nürnberger Dokument und dem Original auf Eingriffe der Anklagevertretung in Nürnberg zurückzuführen sein „dürften"[7]. Dennoch gebe, so urteilte Meinck abwägend, „das im Druck vorliegende Dokument (d. h. PS-386) doch die Ausführungen Hitlers vom 5. November 1937 richtig wieder"[8].

Elf Jahre nach Meincks Buch – nach elf Jahren, in denen die Zweifel am Hoßbach-Memorandum, die Meinck gesät hatte, in der wissenschaftlichen und populärpolitischen Literatur durchaus aufgegangen waren – unternahm Walter Bußmann einen überaus ernsthaften und um größtmögliche Genauigkeit bemühten Versuch, die Ungewißheiten um das Memorandum zu klären, indem er sich auf Aussagen

[3] F. Hoßbach, Zwischen Wehrmacht und Hitler 1934–1938, Göttingen 1965, S. 191 f.

[4] Ebenda. Im gleichen Sinne hatte er sich 1946 zu amerikanischen Anklagevertretern geäußert; vgl. W. Bußmann, Zur Entstehung und Überlieferung der Hoßbach-Niederschrift, in: VfZ 16 (1968), S. 379.

[5] G. Meinck, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933–1937, Wiesbaden 1959.

[6] Ebenda, S. 236.

[7] Ebenda.

[8] Ebenda, S. 237.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützte, die Hoßbach selbst, Graf Kirchbach und dessen Schwager Viktor v. Martin Anfang der fünfziger Jahre im Archiv des Münchner Instituts für Zeitgeschichte deponiert hatten[9]. Nach seiner eigenen Erklärung hat Graf Kirchbach im November 1943 eine Abschrift des Originals der Hoßbach-Niederschrift angefertigt und diese Abschrift im Januar 1944 seinem Schwager Viktor v. Martin „zur sicheren Verwahrung" übergeben[10]. „Im Herbst 1945" hat dann wiederum Viktor v. Martin das Dokument der britischen „Militärregierung" zur Verfügung gestellt. Sowohl Graf Kirchbach wie Viktor v. Martin behaupteten in diesen einige Zeit nach Kriegsende – und nach dem Nürnberger Prozeß – abgegebenen Zeugnissen, daß PS-386 Abweichungen vom Original aufweise, doch gingen sie nicht ins Detail und hatten auch keine Kopie der Kirchbachschen Abschrift behalten[11].

Bußmann glaubte, daß Kirchbachs und Martins Zweifel an PS-386 erst nachträglich entstanden und wahrscheinlich unberechtigt seien; er kam zu dem Ergebnis, daß das Nürnberger Dokument echt und vollständig sei. Jedoch vermerkte er als verwunderlich, daß Viktor v. Martin nicht zulänglich erklärt hatte, warum das Kirchbach-Hoßbachsche Memorandum im Herbst 1945 von ihm den Briten übergeben worden war (während er die vergleichbare Seltsamkeit überging, daß von Kirchbach nicht deutlich gemacht worden war, vor welcher Gefährdung das Dokument geschützt werden mußte, als er es im Januar 1944 seinem Schwager anvertraut hatte).

Seit Bußmanns gründlicher Untersuchung des Problems bewegte sich die Meinung der Wissenschaftler und Publizisten zwischen der Verwerfung von PS-386 als Präparat der Anklagevertretung und seiner Anerkennung als getreue und komplette Fassung der Hoßbachschen Aufzeichnung vom 10. November 1937; zwischen den beiden Extremen äußerten manche nur gewisse Zweifel und bekannten sich andere zu bedingter Unsicherheit[12].

Der Tiefpunkt wissenschaftlichen Zweifels und Argwohns wurde wohl 1970 erreicht, als Göran Henrikson einen Aufsatz über „das Nürnberger Dokument 386-PS" veröffentlichte. Nachdem er sämtliche offenen Fragen des Falles und sämtliche Ungewißheiten zusammengefaßt hatte, kam Henrikson zu dem Schluß, daß doch alles auf Eingriffe der Anklagevertretung deute[13].

Andere Autoren, darunter David Irving, sind dem Problem aus dem Wege gegangen, indem sie sich mit der Bemerkung begnügten, daß nur „ein Teil" des Hoßbach-Memorandums „überlebt" habe. Doch gab es auch diejenigen, die – wie der noch vor dem Aufsatz Bußmanns schreibende A. J. P. Taylor – das Dokument mit aufrei-

---

[9] Bußmann, S. 380f.

[10] Ebenda.

[11] Ebenda.

[12] Rechtsradikale Autoren haben PS-386, wie den ganzen Nürnberger Prozeß, natürlich zur Gänze verworfen. Bußmann hat 1968 eine Reihe solcher Werke genannt (S. 373 f.), und die Grundlinie, die von den Rechtsradikalen eingehalten wird, hat sich seither nicht wesentlich geändert.

[13] G. Henrikson, Das Nürnberger Dokument 386-PS (Das Hoßbach-Protokoll), Lund Studies in International History (2), Probleme deutscher Zeitgeschichte, Universität Lund 1970.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zenden Wörtern und Phrasen charakterisierten: „vielleicht ‚redigiert'" – „vielleicht gekürzt" – „zusammengebraut"[14].

Oberst Verner R. Carlson von der Armee der Vereinigten Staaten brachte vermutlich die Anfang der achtziger Jahre unter den traditionellen Historikern vorherrschende Ansicht recht gut zum Ausdruck, als er einige Zweifel an der Vollständigkeit und Authentizität des Dokuments äußerte, aber dann zu dem Schluß kam, daß es „keinen verläßlichen Weg" gebe, diese Zweifel „aus den existierenden Quellen" zu erhärten[15].

Heute, in den achtziger Jahren, ist es jedoch möglich, mit Dokumenten, die bislang nicht zur Verfügung standen, einige der wichtigsten Fragen zu PS-386, die im Laufe der letzten vierzig Jahre aufgetaucht sind, zu beantworten. Im Vereinigten Königreich hat der Prozeß der Deklassifizierung kürzlich eine beträchtliche Quantität von Akten britischer Nachrichtendienste aus der Besatzungszeit zutage gefördert, in denen sich auch Material befindet, das für die Forschung zur deutschen Zeitgeschichte von Interesse ist. Dazu gehören neun große Mappen mit Material, das Hugh Trevor Roper bei seiner ersten Untersuchung des Todes von Hitler benutzte, ferner ein Ordner mit der Bezeichnung „Hitler's Will", der weitere Dokumente zu Hitlers Tod und zu Trevor Ropers Untersuchung enthält[16]. In diesem Ordner finden sich aber auch vier Einzelstücke, die für die Geschichte der Hoßbach-Niederschrift von Bedeutung sind: 1.) Der Brief, den Viktor v. Martin am 30. Oktober 1945 an die britischen Behörden gerichtet hat, 2.) die Kirchbachsche Abschrift des Hoßbach-Memorandums (von Graf Kirchbach gezeichnet), 3.) eine aus zwei Schreiben bestehende Korrespondenz zwischen MI4/14 in London und den „Intelligence Group Headquarters" der britischen Rheinarmee vom Dezember 1945[17].

Graf Kirchbachs Abschrift des Hoßbach-Memorandums widerlegt sofort und definitiv die schweren Vorwürfe, die im Zusammenhang mit PS-386 gegen die Anklagevertretung im Nürnberger Prozeß erhoben worden sind. Kirchbachs Abschrift und PS-386 sind bis zum letzten Absatz und bis zum letzten Komma identisch. Die Grundfrage ist damit bereits beantwortet: Die Vertreter der Anklage haben das Dokument weder verändert noch gekürzt oder sonst irgendwie verfälscht.

Viktor v. Martins Brief an Major Thomson von den britischen Besatzungsstreitkräften trägt erheblich zur Klärung der Frage bei, warum die Abschrift des Hoßbach-Memorandums den etwas seltsamen Weg von Kirchbach zu Martin und dann im Oktober 1945 von Martin zu den Briten genommen hat. In seinem Brief an Thomson schildert Viktor v. Martin eindringlich seine und seines Schwagers Geg-

---

[14] D. Irving, The War Path, London 1978, S. 63; A. G. P. Taylor, Origins of the Second World War, New York 1961, S. 28 ff.

[15] V. R. Carlson, Hossbach Memorandum, in: Military Review LIII, nr. 2 (August 1983), S. 15 ff.

[16] WO 208/3781, 3787–3791, 4124, 4304, dazu „Hitler's Will file", 3779, Public Record Office, Kew, Surrey.

[17] WO 208/3779.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nerschaft zu Hitler und ihre unterschiedlichen, doch parallel laufenden Beziehungen zum Widerstand gegen das NS-Regime; er hob dabei hervor, daß er einst der NSDAP beigetreten sei, daß ihn aber die schlechten Erfahrungen, die er in der NS-Bewegung gemacht habe, veranlaßt hätten, sich der Opposition anzuschließen. Zur Abschrift des Hoßbach-Memorandums selbst schrieb er: „Das fragliche Dokument erhielt ich durch meinen Schwager Graf v. Kirchbach, letzter milit. Rang Oberst d. Garnison, Aufenthaltsort: in einem amerikanischen Internierungslager. Ich sollte die Niederschrift aufbewahren, da zu befürchten stand, daß die Nazis das Originaldokument vernichten würden. Der Zeitpunkt mag Herbst 1943 gewesen sein. Mein Schwager war damals Referent (?) in der Kriegswissenschaftlichen Abteilung des Generalstabs, welche dem Generalmajor Scherf unterstand (Beauftragter des Führers für die Schreibung (?) der Kriegsgeschichte)."

Im Einleitungssatz seines Briefes sagt Martin, er gebe seine Erklärungen „auf Ihre Aufforderung hin". Daraus geht klar hervor, daß Martin über das Kirchbach-Hoßbach-Dokument, dazu über seine und vermutlich auch des Grafen Handlungsweise und Anschauungen, mit Thomson schon vor Ende Oktober gesprochen hat. Ob es zu diesen Unterredungen kam, weil Martin auf Grund seiner Parteimitgliedschaft seine Beziehungen zu den Organen der Besatzungsmacht in Ordnung bringen mußte oder weil ihn seine antinationalsozialistische Orientierung 1944/45 dazu bewog, den Briten aus Überzeugung zu helfen, ist ungewiß. Es darf aber als wahrscheinlich gelten, daß regimefeindliche Gesinnung eine Rolle spielte, als sich Graf Kirchbach entschloß, die Abschrift des Hoßbach-Memorandums seinem Schwager zu übergeben, ebenso bei Viktor v. Martin, als dieser das Dokument den Briten zur Verfügung stellte[18].

Die Korrespondenz zwischen Oberst Sanderson von den „Intelligence Group Headquarters" der britischen Rheinarmee und MI4/14, die den weiteren Weg der Kirchbachschen Abschrift und des Briefes von Martin begleitete, illustriert vor allem einen wichtigen Grund, warum eine finstere Verschwörung zur Verfälschung von PS-386 zu keiner Zeit möglich gewesen ist[19]. Am 18. Dezember 1945 schrieb Sanderson: „Vor kurzem erhielten wir vom Militärregierungsdetachement in Westerstede zwei deutsche Dokumente, übergeben von einem gewissen von Martin. Die beiden Dokumente sind beigefügt und betreffen, wie zu sehen, eine vorgebliche Konferenz vom 15. (sic) November 1937, der Hitler präsidierte und die der Zukunft

[18] Das würde mit Bußmanns Ansicht (S. 381) übereinstimmen, daß Martin versucht haben mag, die Entlassung Kirchbachs aus einem Lager in der amerikanischen Zone zu beschleunigen.

[19] Hier könnte man ferner die Schwierigkeiten anführen, mit denen die Alliierten bei der Ordnung der Dokumente nicht so recht fertig wurden. Daß das Hoßbach-Material in einen Ordner mit dem Etikett „Hitler's Will" gesteckt worden war, lag vermutlich einzig und allein daran, daß „der Führer und Reichskanzler" auf dem Dokument als erster der Teilnehmer an der Konferenz vom 5. November 1937 erscheint. Danach wurde der Ordner von den Bearbeitern in der Military Intelligence Branch der britischen Rheinarmee allmählich in eine richtige Hitler-Akte verwandelt, und die Dokumente waren dann praktisch vierzig Jahre lang „verloren", sowohl für die britischen Behörden wie für die Wissenschaftler.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europas galt. Beigefügt ist ferner eine Übersetzung von Martins Begleitschreiben und eine Zusammenfassung des Hauptdokuments. Es war beabsichtigt, diese Dokumente nach Nürnberg zu schicken, falls sie für die ‚British War Crimes Executive' von Nutzen sein könnten, aber ich glaube, daß wir das nicht ohne eine gewisse Prüfung der Authentizität des Hauptdokuments tun sollten. Soweit wir sehen können, gibt es als Grundlage für ein Urteil lediglich die innere Stimmigkeit der vorgeblichen Aufzeichnung über die Konferenz, und wir denken, daß M. I. 4/14, mit seinen tieferen Kenntnissen, am besten geeignet ist, darüber eine Meinung abzugeben. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie die Dokumente in diesem Lichte anschauen und mich dann Ihre Ansicht wissen lassen könnten. Ich sollte hinzufügen, daß diese Dokumente die einzigen Kopien sind, die wir zur Verfügung haben, und um eine Verzögerung und unnötige Arbeit zu vermeiden, übersende ich sie Ihnen, ohne hier Kopien zu behalten. Ich werde daher dankbar sein, wenn Sie dafür sorgen, daß wir sie zurückbekommen." Darauf antwortete Major Chapman von MI4/14 am 27. Dezember 1945: „Ein Dokument, das die Aufzeichnungen von Hitlers Treffen mit den Oberbefehlshabern der Streitkräfte am 10. November 1937 enthält, ist von J. I. S. vor einigen Monaten untersucht worden, und soviel wir wissen, wurde es dann nach Nürnberg geschickt. Es steht praktisch fest, daß das Dokument, das von Martin übergeben hat, ein Duplikat der Aufzeichnungen von jenem Treffen ist."

Die alliierten Besatzungsbehörden, das wird hier ganz deutlich, hatten Ende 1945 ein so miserables Kommunikationssystem und standen vor so vielen Anforderungen an ihre Zeit und Aufmerksamkeit, daß sie niemals zu jener Art von Verfälschung des Kirchbach-Hoßbachschen Memorandums imstande gewesen wären, die ihre Kritiker sich vorstellten. Sechs Wochen vergingen, bis die Intelligence Group der britischen Rheinarmee die Dokumente tatsächlich MI4/14 übersandte, und in diesen sechs Wochen begann der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß, hatte außerdem die amerikanische Anklagevertretung – und zwar offenbar ohne daß jemand bei MI4/14 oder bei der in Deutschland stationierten Intelligence Group etwas davon wußte – ihr eigenes Exemplar der Hoßbach-Niederschrift als PS-386 zu ihrem Beweismaterial genommen.

Die Antwort, die MI4/14 Oberst Sanderson zukommen ließ, war ebenfalls recht lässig, wenn nicht gleichgültig, indem Major Chapman Wendungen wie „soviel wir wissen" und „es steht praktisch fest" verwandte, um mitzuteilen, daß die Anklage in Nürnberg das Hoßbach-Memorandum wahrscheinlich schon erhalten hatte. Tatsächlich ist Chapmans Schreiben so beiläufig und wegwerfend, daß man unwillkürlich, ohne sonstige Quellen, anzunehmen geneigt wäre, MI4/14 habe sich gewiß nicht die Mühe gemacht, die von Sanderson übermittelten Dokumente an die britischen Anklagevertreter weiterzuleiten. Indes ist das doch geschehen, und „British War Crimes Executive" hat den Empfang der Dokumente am 9. Januar 1946 auch bestätigt[20], zu einem Zeitpunkt also, da sowohl die amerikanischen wie die briti-

[20] WO 208/3789, PRO. Es verdient jedoch vermerkt zu werden, daß die British War Crimes Executive in Nürnberg noch am 15. Oktober 1945 nicht in der Lage war, London mitzuteilen, wo sich das Ori-

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Ankläger ihre Schriftsätze zu den Punkten Angriffskrieg und Verschwörung fertiggestellt hatten und PS-386 bereits als Beweismittel vorgelegt worden war.

Mithin ist evident, daß die von Graf Kirchbach und Viktor v. Martin stammenden Dokumente gar nicht als Basis für PS-386 Verwendung gefunden und auf den Nürnberger Prozeß überhaupt keine Wirkung gehabt haben. Die Bahn von Kirchbach und Martin zu PS-386 war eine falsche Spur, von Gelehrten und historisch Interessierten seit vierzig Jahren umsonst verfolgt. Wie schon angedeutet, hatten die amerikanischen Anklagevertreter ihr Exemplar der Hoßbach-Niederschrift im Mai 1945 in die Hand bekommen, und im Frühherbst 1945 war daraus PS-386 geworden[21]. Daß PS-386 aus einem amerikanischen Fund kam und nicht von der Kirchbach-Martinschen Verbindung, ändert jedoch nichts daran, daß es sich bei dem in Nürnberg verwendeten Dokument um die vollständige Hoßbach-Niederschrift handelte; wir können ja nun feststellen, daß es sich mit der Abschrift des Grafen Kirchbach genau deckt.

Wer die Fund- und Überlieferungsgeschichte des amerikanischen Exemplars der Hoßbach-Niederschrift klären möchte, wird sich gedulden müssen, bis alle die Dokumente in den Nischen und Spalten der SHAEF-Bestände von der Modern Military Branch der National Archives in Washington endlich freigegeben sind. Doch ist das zu einem Unternehmen von sekundärer Bedeutung geworden, weil die beiden wichtigsten Fragen jetzt definitiv beantwortet werden können:

1.) Vierzig Jahre gelehrter Fährtensuche auf der mit Kniffligkeiten und Zweifeln bepflasterten Kirchbach-Martin-Übermittlungsroute bewegten sich in der Tat stets auf einer falschen Spur.
2.) PS-386 ist und war immer die Niederschrift Hoßbachs.

---

ginal von PS-386 befand, da sie es in Nürnberg nicht lokalisieren konnte; vgl. Barrington an Storey, 15. 10. 1945, FO 1019/98, PRO.

[21] Vgl. Anm. 1 und 2.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

RICHARD BREITMAN/SHLOMO ARONSON

EINE UNBEKANNTE HIMMLER-REDE VOM JANUAR 1943

Am 30. Januar 1943 hielt Heinrich Himmler, der Reichsführer SS, eine Geheimrede vor den höheren Funktionären des Reichssicherheitshauptamts, und zwar in dem neuen Raum im RSHA-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße, den der von tschechischen Partisanen im Juni 1942 getötete Amtschef, Reinhardt Heydrich, kurz vor seinem Tode noch selbst eingerichtet hatte. In dieser bislang unbekannten Rede verriet Himmler viel über sich und über seinen Führungsstil, was zum Teil an seiner auserlesenen Zuhörerschaft und zum Teil an seinem Thema lag.

Die versammelten RSHA-Funktionäre waren an einigen der heikelsten Unternehmen des nationalsozialistischen Deutschland beteiligt, z. B. an der „Endlösung der Judenfrage". Bei ihnen handelte es sich um politische Soldaten par excellence, und sie mochten besorgt sein. Die militärische Lage hatte sich erheblich verschlechtert, und drei Tage später sollte Generaloberst Paulus mit den Resten seiner 6. Armee in Stalingrad kapitulieren. Angesichts solcher Umstände wollte Himmler seine Zuhörer daran erinnern, daß Partei und SS schon mit früheren und gleich ernsten Krisen fertiggeworden seien. Es komme nur darauf an, jene Energie und jene Eigenschaften zu mobilisieren, die seinerzeit zum Siege geführt hatten, und im Dienste dieser Aufgabe stellte Himmler den umgekommenen Heydrich als Vorbild hin. Die Rede des Reichsführers SS markiert den Beginn einer Idealisierung Heydrichs, von der sogar noch in den Memoiren und in der Literatur der Nachkriegszeit Spuren zu entdekken sind. Zugleich warf Himmler neues Licht auf die Rolle Heydrichs in der Geschichte des Sicherheitsdienstes (SD). Auf der anderen Seite enthüllte Himmler erstaunlich wenig über sein Verhältnis zu Kaltenbrunner, obwohl dessen Ernennung zum Nachfolger Heydrichs den Anlaß zu der Rede lieferte.

Am 10. Dezember 1942 hatte Himmler – wie er das auch bei anderen wichtigeren Entscheidungen zu tun pflegte – die Zustimmung des „Führers" zur Berufung Kaltenbrunners eingeholt[1]. Die formelle Einsetzung des neuen Amtschefs wurde jedoch aufgeschoben, bis sich die passende Gelegenheit für eine entsprechende Zeremonie bot, nämlich der 30. Januar, der zehnte Jahrestag der „Machtergreifung". In der Sammlung erbeuteter deutscher Dokumente, die sich in den National Archives der

[1] Aktennotiz v. 10. 12. 1942, Kaltenbrunner SS File, Berlin Document Center, zitiert von Peter R. Black, Ernst Kaltenbrunner: Ideological Soldier of the Third Reich, Princeton 1984, S. 128, Anm. 72.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vereinigten Staaten befindet (T-175, Papers of the Reichsführer SS and Chief of the German Police), ist Himmlers Rede vom 30. Januar 1943 nicht enthalten, und sie taucht auch in dem umfassenden Verzeichnis der Himmler-Reden nicht auf, das Bradley F. Smith und Agnes Peterson 1974 veröffentlicht haben[2]. Indes war ein Exemplar der Ansprache (mit Kaltenbrunners kurzer Erwiderung) in einer amerikanischen Nachkriegs-Akte zu Kaltenbrunner vergraben, die erst vor kurzem deklassifiziert wurde[3]. Da der Text die Bezeichnung „Reichsführer SS Persönlicher Stab, Amt Presse" trägt, müssen wir annehmen, daß dieses Exemplar aus den Akten des Persönlichen Stabs Himmlers stammt und daraus kurz nach Kriegsende von amerikanischen Stellen entnommen wurde.

Himmlers Bericht über seine Rekrutierung Heydrichs deckt sich in mancher Hinsicht mit dem, was wir, zum Teil aus der Erinnerung Lina Heydrichs, bereits wissen. Wie Himmler erzählte, hatte er im Jahre 1930 (tatsächlich war es 1931) versucht, einen Nachrichtendienst ins Leben zu rufen, der ihm ein besseres Bild von den Gegnern verschaffen sollte, also von den Kommunisten, Juden, Freimaurern und Reaktionären. Der damalige SA-Gruppenführer (1931 in Wirklichkeit Oberführer) Karl v. Eberstein habe ihm einen verabschiedeten Oberleutnant zur See empfohlen, der bei der Kriegsmarine „Nachrichtenoffizier" gewesen sei. Er, Himmler, habe seinerzeit angenommen, daß ein Nachrichtenoffizier Informationen sammle, doch sei Heydrich in Wahrheit einfach Funkoffizier gewesen.

Heydrich stand damals, was seine Karriere betraf, vor einem Scherbenhaufen. Ein Ehrengericht hatte ihn aus der Marine ausgestoßen, weil er sich gegen den Ehrenkodex des Offizierkorps vergangen hatte. Seine Mutter wandte sich daraufhin an Eberstein, 1931 Chef der Münchner SA, und bat ihn, für ihren Sohn eine Stelle zu finden. Die SA verfügte bereits über einen Nachrichtendienst unter Graf Leonhardt du Moulin-Eckardt, den allerdings die politische Polizei Bayerns und diverse gegnerische politische Organisationen schon unterwandert hatten. Eberstein erwähnte Heydrichs Namen gegenüber Himmler, der gerade die SS aufbaute[4]. So kam im Juli 1931 Heydrichs Besuch auf Himmlers Hühnerfarm in Waldtrudering zustande.

Laut Lina Heydrich hat der verabschiedete Marineoffizier, als er auf der Farm erschien, so getan, als sei Himmlers Annahme richtig und er tatsächlich Nachrichtenmann[5]. Aber in diesem Fall ist Himmler wahrscheinlich die bessere Quelle. Heydrich, so berichtete der Reichsführer seinen Zuhörern, habe einfach eingestanden, daß er bloß ein Funkoffizier gewesen war. Himmler erzählte, er habe den großen, blonden, eindrucksvollen Mann, den er vor sich hatte, ins Auge gefaßt und ihm dann gesagt, er solle sich wegen seines Mangels an Erfahrung keine Gedanken machen. Nach der Aufforderung, seine Vorstellungen von einem Nachrichtendienst

[2] Heinrich Himmler, Geheimreden 1933 bis 1945, hrsg. v. Bradley F. Smith und Agnes Peterson, Frankfurt 1974, S. 269 ff.

[3] National Archives, Washington, D. C., Record Group 319, IRR Files 1903, Ernst Kaltenbrunner, XE 000440.

[4] Vgl. Shlomo Aronson, Heydrich und die Anfänge des SD und der Gestapo, Berlin 1967, S. 53 ff.

[5] Aronson, Heydrich, S. 57 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der NSDAP zu skizzieren, schrieb Heydrich, von Himmler allein gelassen, fünfzehn Minuten lang. Himmler kam wieder ins Zimmer, las den Entwurf und engagierte den Autor vom Fleck weg. Der Mangel an Erfahrung wurde übersehen, und etwas, das Himmler vor den RSHA-Funktionären natürlich nicht aussprach, fiel erheblich zugunsten Heydrichs ins Gewicht: Sein Scheitern in der Marine erhöhte seine Abhängigkeit von Himmler.

Der Reichsführer schilderte danach, wie Heydrich fast sofort seine Fähigkeiten und seinen Wert bewies. Damals gehörte zu Himmlers Stab ein Major a. D. „H". Etwa eine Woche nachdem Heydrich seine Tätigkeit als Ic (Nachrichtenoffizier) beim Aufbau einer Organisation aufgenommen hatte, aus der bald der Sicherheitsdienst (SD) werden sollte, brachte die „Münchner Post", eine sozialdemokratische Zeitung, die Meldung, daß die Nationalsozialisten einen Nachrichtenoffizier angestellt hätten, der – so in Himmlers Bericht – Reinhard Heydrich heiße. Heydrich habe sofort, so Himmler, „H" dieser Indiskretion bezichtigt, was er, Himmler, zunächst nicht habe glauben wollen. Doch sei tatsächlich ans Tageslicht gekommen, daß „H" als Informant für die Münchner Polizei gearbeitet habe. Diese Entdekkung, vermutlich im Jahr 1931 gemacht, hat Himmler offensichtlich tief beeindruckt. Im Jahr 1933, nach der Machtergreifung, wurde „H" eingesperrt und erhängte sich dann in der Haft. Himmler erwähnte den Vorfall als Beweis dafür, mit welch feiner Nase Heydrich Feinde gewittert habe.

Die Darstellung Himmlers ist eine wesentliche Ergänzung unserer Kenntnis dieser frühen Vorgänge. Lina Heydrich hatte schon berichtet, daß zu Himmlers Stab ein verabschiedeter Polizeihauptmann namens Horninger gehört habe, der beim Aufbau des Nachrichtendienstes der SS Heydrichs Rivale gewesen, dann aber als Polizeispitzel entlarvt worden sei. Horninger – oder einer seiner Verbindungsleute bei der bayerischen politischen Polizei – zeichnete vermutlich für die Unterrichtung der „Münchner Post" verantwortlich, die am 26. November 1931 die Meldung veröffentlichte, ein entlassener Marineleutnant „Heyderich" sei dabei, einen Nachrichtendienst der SS zu organisieren[6]. Offenbar hatte Horninger zwar Heydrichs Namen gehört, aber nie auf Papier vor Augen gehabt. Er wußte nicht, wie der Name genau zu buchstabieren war, und das führte zu der falschen Schreibweise in der Meldung der „Münchner Post".

Ab November 1931 enthalten die Akten der bayerischen politischen Polizei nichts mehr über Heydrich und den SD. Es sieht mithin so aus, als sei Horninger tatsächlich von Heydrich unmittelbar nach der Zeitungsmeldung neutralisiert worden. Als Heydrich im März 1933 die politische Polizei Bayerns übernahm, war eines der Resultate der Selbstmord oder der arrangierte Selbstmord Horningers.

In seiner Rede erinnerte sich Himmler an den allgemeinen Ablauf der Dinge und an den Eindruck, den Heydrich damals auf ihn machte, aber nicht an alle Einzelheiten. So erzählte er den RSHA-Funktionären, daß in der Zeitungsmeldung Heydrichs Vorname (nicht der Familienname) falsch geschrieben gewesen sei, nämlich

[6] Ebenda, S. 83 f.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit einem schlichten „d" am Ende und nicht, wie es richtig sei, mit „dt". Himmlers Irrtum trägt dazu bei, eine eigenartige Inkonsequenz in den Quellen zur „Aktion Reinhard" zu erklären, unter welchem Decknamen die Deportation der Juden des Generalgouvernements in Vernichtungslager wie Belzec, Sobibor oder Treblinka und die Erfassung und Verwertung ihrer Kleidung und ihrer sonstigen Effekten ablief.

Die Bezeichnung „Aktion Reinhard" soll zu Ehren Heydrichs, nachdem er dem Prager Anschlag zum Opfer gefallen war, gewählt worden sein, doch wird der Deckname in vielen zeitgenössischen Dokumenten „Aktion Reinhardt", also mit „dt", geschrieben. Sogar Odilo Globocnik, lange Zeit der offizielle Leiter der Aktion, verwandte in Briefen an Himmler die Schreibweise „Reinhardt"[7]. Niemand vermochte bisher zu erklären, wieso Heydrichs Vorname falsch geschrieben wurde, und Uwe Dietrich Adam hat sogar, jedenfalls zum Teil auf Grund der unterschiedlichen Schreibweisen, vermutet, der Deckname beziehe sich gar nicht auf Heydrich, sondern auf Fritz Reinhardt, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium[8]. Jetzt dürfte jedoch klar sein, daß sich, wenn selbst Himmler irrte, jeder zu irren vermochte und „Aktion Reinhard(t)" tatsächlich nach Heydrich benannt worden ist.

Trotz – oder gerade wegen – seiner gegenteiligen Erklärung scheint es Himmler noch immer als Wunde gespürt zu haben, daß ihm noch relativ lange nach der Machtergreifung, im März 1933, erst ein weniger glänzendes Amt, nämlich das Amt des Münchner Polizeichefs, zugefallen war. Von München ausgehend und dann zunächst ganz Bayern erobernd, waren Himmler und Heydrich indes dennoch in der Lage, die Polizei ihrer Kontrolle zu unterwerfen, indem sie die vorhandenen Berufsbeamten heranzogen und benutzten, z. B. Heinrich Müller, später zum Chef der Gestapo aufgestiegen, dem Himmler besonderen Tribut zollte.

In seiner Rede behauptete Himmler, nach dem 30. Juni 1934 hätten Juden und andere Reichsfeinde versucht, Armee und Partei gegen die SS zu hetzen. Dieser Bezug ist von Bedeutung. Himmler verstand jede Bedrohung des NS-Regimes automatisch als eine jüdische Bedrohung und jeden Rückschlag des Regimes als einen jüdischen Sieg. Für Himmler – wie für Hitler – stand die jüdische Gefahr stets hinter allen Feinden, ob es sich nun um Sowjetrußland handelte und den Westen oder um einheimische Elemente wie den Kommunismus, die Sozialdemokratie, den Konservativismus, die „Plutokraten" und sogar die Katholische Kirche. In Himmlers Augen mußten am Ende die Juden die Nutznießer sein, wenn solche einheimischen Kräfte, von denen manche antisemitisch, andere gegenüber dem Schicksal der Juden jedenfalls indifferent waren, zurückkehren und wieder Einfluß gewinnen sollten.

Wenn Himmler sagte, es habe großer Zurückhaltung, guter Nerven und Klugheit bedurft, um am 30. Juni 1934 die Situation unter Kontrolle zu halten, so wies er

[7] Yitzhak Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka: The Camps of Operation Reinhard, Bloomington 1987, S. 13, 377 ff. Globocnik an Himmler, 4. 11. 1943, NA, RG 238, NO – 056.

[8] Uwe Dietrich Adam, The Gas Chambers, in: François Furet (Hrsg.), Unanswered Questions: Nazi-Germany and the Genocide of the Jews, New York 1989, S. 144, 352, Anm. 70.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit auf Vorzüge hin, die nach seiner Meinung ihn selbst auszeichneten. Er ging nicht so weit, Heydrich einfach als sein Geschöpf hinzustellen, doch sprach er beziehungsvoll von den vielen Stunden, die er mit Heydrich verbracht habe, alle Probleme und die große Linie erörternd, von den Stunden, in denen Heydrich gelernt habe, welche Ziele dem Reichsführer für seine SS vorschwebten. Himmler setzte hinzu, daß Heydrich während des Krieges zu wahrhafter Größe gefunden habe. Er ging dabei nicht in Details, aber seine Zuhörerschaft wußte natürlich, daß Heydrich die „Einsatzgruppen" geschaffen hatte, jene mobilen Mordkommandos, die schon in Polen in großem Stile und dann in noch größerem Stile nach Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion eingesetzt worden waren.

Der Reichsführer SS betonte, daß die Angehörigen eines Sicherheitsdienstes die natürliche Neigung hätten, die negative Seite des Menschen zu sehen, was sehr leicht zur Menschenfeindlichkeit führen könne. Heydrich habe jedoch, so sagte Himmler, diese Menschenfeindlichkeit nicht in sich aufkommen lassen. Im Grunde argumentierte Himmler, daß die Mitarbeiter des RSHA trotz der „Dreckarbeit", die sie leisten müßten, saubere Hände behalten hätten. Er wandte sich dabei natürlich an eine Gruppe von Komplicen, an Männer, die für die schrecklichsten politischen Verbrechen der Neuzeit verantwortlich zeichneten. Er implizierte damit nicht nur, daß sie mit dem Mordgeschäft fortzufahren hätten – wobei ihre Hände weiterhin sauber bleiben würden –, sondern überdies, daß sie alle in einem Boot säßen und daß sie zusammenhalten müßten, auch wenn andere schwankten und von Zeit zu Zeit das Vertrauen verlören. So machte Himmler, indem er Elitebewußtsein und Blutschuld beschwor, aus den Mördern eine feste Gemeinschaft.

Gelegentlich erlaubte sich Himmler Abschweifungen von Heydrichs Rolle und Persönlichkeit auf allgemeinere Probleme. Er sei sich bewußt, sagte er zum Beispiel, daß das deutsche Volk auf Grund falscher Erziehung in mancher Hinsicht nicht die richtige Einstellung habe; man habe zuviele Rechte versprochen und zu wenig über Pflichten gesprochen. Die ganze Religionsfrage müsse noch behandelt werden, und es sei geboten, zu verhindern, daß nach dem Krieg ein neuer „Pfaffendienst" eingeführt werde. Die Maßnahmen zur Förderung der Familie hätten das Bevölkerungsproblem keineswegs gelöst, bemerkte er ferner; die Deutschen seien nach wie vor mit der Frage konfrontiert, ob sie ein sterbendes oder ein wachsendes Volk seien: Hier könne nur eine veränderte, eine religiöse „Einstellung zu diesen Dingen" Abhilfe bringen. Bei anderen Gelegenheiten hatte Himmler bereits zu verstehen gegeben, daß die Vorstellung, wertvolle Kinder könnten nur aus monogamen Verbindungen hervorgehen, in Deutschland zu verschwinden habe[9], und auch hier erlaubte er sich eine Anspielung darauf, daß der Glaube an die dauerhafte Existenz und das Wachsen des „Volkes" die herrschende und christlich fundierte Moral abzulösen habe.

[9] So in seiner Rede vor den Reichsleitern und Gauleitern vom 29. 2. 1940, abgedruckt in: Heinrich Himmler, Geheimreden, S. 119 ff. Vgl. auch Klaus-Jürgen Müller, Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, Stuttgart 1969, S. 459 ff.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Himmler schloß mit einer Betrachtung des SD, den er das „politische Hauptamt der SS" nannte. Ohne selbst Politik zu machen, müsse der SD immer an der Spitze marschieren. Der SD habe den von Heydrich eingepflanzten Grundsätzen zu folgen: Befehlen zu gehorchen, auf „weltanschaulichem Gebiet" gefestigt zu sein, „stur im Willen, stur im Ziel", doch flexibel in der Durchführung, ohne dabei irgendein Element der NS-Weltanschauung preiszugeben. In diesem Zusammenhang wies Himmler jeden Vergleich des SD mit den Jesuiten zurück: „... das verachten wir. Wir werden niemals Sektierer werden." Eine solch ausdrückliche Erwähnung der Jesuiten ist Himmler selten entschlüpft; sie zeigt, daß er selbst durchaus das Gefühl hatte, es gebe da gewisse Parallelen zwischen dem religiösen Orden und seinem SD.

Himmlers Verbindung von Ideologie und Pragmatismus – Flexibilität im Rahmen starrer Prinzipien – erlaubte es den Führern, Hitler und Himmler, sich auf jedes nur mögliche politische Manöver einzulassen und dabei die loyale Gefolgschaft ihrer Untergebenen zu erwarten. Zugleich erhielt sie die Grundwerte und die letzten Ziele als unwandelbar; früher oder später kommt die Verwirklichung.

Die Rede bestätigt Himmlers Position als ideologischer und politischer Stratege der SS unter den gegebenen schwierigen militärischen Umständen. Von Anfang an hatte er eine recht klare Vorstellung von der SS: Er sah sie als eine rassisch auserlesene Garde. Er wußte genug über die Jesuiten, um das Konzept zu übernehmen, doch formte er die SS auch nach seinem eigenen Geschmack und nach seinen eigenen Bedürfnissen. Himmler brauchte sowohl das Grandiose und Geniale des „Führers" wie die aggressiven und kriminellen Ambitionen Heydrichs, um aus der SS eine effiziente Organisation zu machen. Er war sich anscheinend der Tatsache bewußt, daß die beiden Männer Qualitäten besaßen, die ihm selbst fehlten.

Obwohl Himmler zum neuen Chef des RSHA Kaltenbrunner bestellte, einen weniger unabhängigen und weniger energischen politischen Soldaten als Heydrich, enthält die Rede des Reichsführers SS nicht den kleinsten Hinweis darauf, daß er Heydrich nicht recht anerkannt oder daß es überhaupt zwischen den beiden Männern je ernsthaftere Entfremdungen gegeben hätte. Himmler hat Heydrichs Leistung offensichtlich ebenso geschätzt wie den Geist, den er verkörperte, auch wenn Heydrichs Tatendrang und Ehrgeiz manchmal Himmlers eigene Aufgabe komplizierten, die Kontrolle in der Hand zu behalten. Seine Rede vom 30. Januar 1943 erinnert so in erster Linie an die Bedeutung der Persönlichkeit in Politik und Geschichte.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument

Berlin, 30. Januar 1943

Der Reichsführer-SS
bei der Amtseinführung von SS-Gruppenführer Dr. Kaltenbrunner

Meine SS-Führer! Kamerad Kaltenbrunner! Ich habe Sie, die engsten Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes, die Sie die verantwortlichen oberen Stellen innehaben, heute in dieses Zimmer befohlen und bestellt, genauso wie ich im Juni des vergangenen Jahres 1942, als Ihr Kommandeur gefallen war, die Amtschefs in diesem Zimmer versammelt und hier die erste Besprechung abgehalten hatte, in dem vollen und klaren Bewusstsein, so wie der Schöpfer des Reichssicherheitshauptamtes, des Sicherheitsdienstes und der Sicherheitspolizei, der Obergruppenführer Heydrich als eines der letzten Lebenswerke sich dieses geschmackvolle und schöne Zimmer geschaffen hat, das für ihn und seine Art gesprochen hat und das immer für die Art dieses arischen Sicherheitsdienstes der germanischen Nation sprechen möge, so haben der ganze Sicherheitsdienst und die ganze Sicherheitspolizei seinen Stempel getragen, waren sie seines Wesens, von seiner Art.

Zehn Jahre sind wir nun nationalsozialistischer Staat. In einer Stunde oder in zwei Stunden sind es 10 Jahre her, dass wir durch das Brandenburger Tor marschiert sind. Ich glaube, Heydrich ist damals auch mitmarschiert. Lassen Sie mich noch einmal einen Rückblick tun, damit wir dann einen Blick in die Zukunft wenden können.

Im Jahre 1930 war es für die Partei notwendig, einen Nachrichtendienst zu bilden, um über den kommunistischen, jüdischen, freimaurerischen und reaktionären Gegner ins Bild zu kommen. Ich holte mir, empfohlen durch den damaligen Gruppenführer von Eberstein, den Oberleutnant zur See a. D. Reinhardt Heydrich. Dieses Holen beruhte eigentlich auf einem Irrtum. Dies ist etwas, was die wenigsten wissen. Es hiess, Heydrich wäre Nachrichtenoffizier. Ich habe mich damals im Jahre 1930 gar nicht viel darum gekümmert, ich dachte, ein Nachrichtenoffizier ist ein Mann, der Nachrichten holt. Heydrich war Nachrichtenoffizier im Sinne des Nachrichtenmitteloffiziers, er war Funkoffizier, der Nachrichtenmittel als sein Handwerk bedient. Er besuchte mich damals in einem kleinen Häuschen in Waldtrudering und erklärte mir: „Ja, Reichsführer, ich bin gar nicht der, den Sie suchen; ich bin Funkoffizier gewesen." Ich habe ihn mir angeguckt: gross und blond mit anständigen, scharfen und gutmütigen Augen. Ich sagte ihm: „Passen Sie auf, das macht nichts, das stört mich gar nicht; setzen Sie sich in das Zimmer hin, ich komme in einer Viertelstunde wieder, schreiben Sie auf, wie Sie sich einen Nachrichtendienst der NSDAP vorstellen." In dieser Viertelstunde schrieb er auf, wie er sich das vorstellte. Ich sagte: „Ja, ich bin einverstanden; gut, ich nehme Sie." Dann wurde das Gehalt für diesen Leiter des Sicherheitsdienstes, wie wir ihn hiessen, bestimmt. Die 4. Standarte in Schleswig-Holstein verpflichtete sich, monatlich 80 RM zu zahlen; das war der eine Teil. Aus dem übrigen Etat nahm ich, glaube ich, noch einmal 40 RM. In der ersten Zeit bekam er noch etwas von der Marine. Ich sagte mir, in der nächsten Zeit wirst du ihm schon weiterhelfen können, jedenfalls wagen wir es einmal. Mit den 120 zusammengepumpten Mark fing der Untersturmführer Heydrich an, nachdem er vorher

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Hamburg in die Schutzstaffel eingetreten war, mit den Hamburger Jungens, die erwerbslos waren, im Hafen herumgelungert war, brav seinen Dienst gemacht und sich als früherer Oberleutnant prima eingelebt hatte.

Dann haben wir die Tätigkeit begonnen. Es war sehr eigenartig. Ich hatte damals in meinem Stab einen Sturmbannführer, Major a. D., H. Kaum war Heydrich da, 6 oder 8 Tage später, erschien in der „Münchener Post", dem sozialdemokratischen Blatt, die Nachricht, dass ein Nachrichtenoffizier da wäre. Heydrich war sehr misstrauisch und sagte damals mit seinem Riecher, den er immer hatte: „Das ist der H." Das liess ich nicht zu. Ich sagte: „Sie können doch nicht damit anfangen, dass Sie einen Mitarbeiter von mir angreifen." Heydrich hatte seinen Vornamen mit einem dt geschrieben, er (H.) schrieb Reinhard nur mit d. Wie sich später im Jahre 1933 herausstellte, war H. tatsächlich im Dienste der Münchener Polizei, ich glaube, für 100 RM monatlich. Er hat sich dann in seiner Zelle erhängt.

Nun haben wir jahrelang miteinander gearbeitet. Aus kleinsten, kleinsten Verhältnissen wuchs der Sicherheitsdienst empor. Wie sehr er gross gehungert worden ist, wieviel Opfer auf diesem Wege gewesen sind, ahnt heute kaum mehr jemand. Kaum einer von den Jungen, die später hinzugekommen sind, ahnt etwas davon. Deswegen müsst ihr es denen sagen, die heute Regierungsrat und Kriminaldirektor sind. Wir haben die schwierigen Jahre 1931 und 1932 durchgemacht. Wer weiss heute noch – das hat Dr. Goebbels heute sehr richtig gesagt –, wie elend wir im Jahre 1932 dran waren! Die Partei verlor nach der Augustwahl eine Menge ihrer Anhängerschaft. Die Pfaffen, das Zentrum und die Reaktion versuchten, uns durch Wahlen kaputt zu machen. Wir kamen nicht in die Regierung, in der Papen Kanzler war. Der Treibsand und der Flugsand, den wir angesammelt hatten, schwamm wieder weg. Gewachsen ist in diesem Zeitpunkt allein die Schutzstaffel. Es blieben die Unterstützungen, die freiwilligen Spenden und sehr viele Beiträge von der Partei aus. Es wurde weniger und weniger. Durchgehalten haben wir die Schutzstaffel – das kann ich heute ruhig sagen – in der Zentrale genauso wie draussen in den einzelnen Standarten (den heutigen Oberabschnitten) Weichsel, Sepp Dietrich, Daluege dadurch, dass wir von unseren Reichstagsdiäten von 550 RM, von denen wir lebten, 350 RM hereingaben. Weihnachten 1932 war es so schlimm, dass den Männern, den damaligen Angestellten des Sicherheitsdienstes nur ratenweise eine Mark, zwei Mark, drei Mark gegeben werden konnten. Von Frau Heydrich, die mutig und tapfer mitgedarbt und mitgefochten hat, wurde gemeinsam eine dicke Suppe gekocht, so dass die Männer einmal am Tage etwas Essen bekamen. Wir hatten Weihnachten 1932 noch soviel Gelder, dass wir die Männer heimfahren lassen konnten. Das Geld, um sie rückfahren lassen zu können oder gar ihnen Gehalt für Dezember oder Januar zu zahlen, hatten wir nicht.

Mit dieser kleinen Mannschaft gingen wir in den Januar 1933. Es wurde damals schon besser. Es kam der Lippesche Wahlkampf, und wir bekamen Auftrieb. Dann gingen wir an die Machtergreifung. Nun waren wir damals an München gebunden, für uns war München massgebend. In München kamen wir erst am 12. März dazu – ich habe mich nie darüber aufgehalten und mir nie darüber einen persönlichen Gedanken gemacht –, ich wurde Polizeipräsident von München und übernahm das Polizeipräsidium, Heydrich bekam die Politische Abteilung in München, die Abteilung 6a. So fingen wir an. Wir erwarben uns bei diesem Anfangen einige unendlich brave und tüchtige Mitarbeiter, voran Sie, lieber (SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei) Müller, und Ihren

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

toten Kameraden Flesch, der neulich nach langem Leiden gestorben ist. Aus der Politischen Abteilung des Polizeipräsidiums machten wir eine Bayrische Politische Polizei. Die politischen Polizeien wuchsen in den Ländern wie die Pilze nach dem Regen. Ich wurde ein juristisches Unikum – mit der Untersuchung dieser Frage kann sich jemand später einmal eine Doktorkrone verdienen –, indem ich in einer Person alle deutschen Staatsangehörigkeiten, die es damals nur gab, vereinte. Ich war Bayer, Badenser, Württemberger usw., ich war dort überall zu Hause. Die Staatsangehörigkeiten erwarb ich, indem ich politischer Polizeikommandeur von Hessen, Bremen, Lübeck, Lippe – den beiden Lippe –, Anhalt usw. und dort Staatsbeamter wurde. Wir schufen in München eine Zentralstelle: der Politische Polizeikommandeur der Länder. Damit wuchs eine Art Sicherheitspolizei.

Ein Jahr später, am 20. April 1934, machte der damalige preussische Ministerpräsident Göring nach einer langen Aussprache, die wir als alte Parteigenossen hatten, mich zum stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei. Heydrich wurde Inspekteur. Damit waren die politischen Polizeien der Länder ganz Deutschlands in einer Hand, und es konnte allmählich begonnen werden, einen Reichsapparat zu schaffen. Er wuchs in verschiedenen Organisationsformen. Es war einsteils der SD, andernteils die Sicherheitspolizei, damals die Stapo.

Ich will nicht versäumen, den 30. Juni 1934 mit seiner Bitterkeit, dem bitteren Muss, der bitteren Pflicht zu erwähnen. Das Ereignis hatte Nachwehen und brachte den Versuch der jüdischen und sonstigen Gegner, uns mit der Wehrmacht und mit der Partei in Feindschaft zu bringen. Die Wehrmacht sollte uns kaputtmachen. Die damalige Situation erforderte ein so hohes Maß von guten Nerven, von Zurückhaltung und von Klugheit, um die Lage zu steuern. Die Lage wurde gesteuert.

Es kam das Jahr 1936, in dem ich am 17. Juni Chef der Deutschen Polizei wurde, mit der Bezeichnung Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei. Der jetzige Oberst-Gruppenführer Daluege hat damals in wirklich großzügiger Weise die ihm unterstehende Kriminalpolizei als wesensverwandt und als unabdingbares Teil einer Sicherheitspolizei an den Gruppenführer Heydrich abgetreten. In diesem Jahre kam die ganze Kriminalpolizei mit Nebe an der Spitze zu uns. Nun wuchs der Gesamtapparat. Staats- und SS-Apparat wuchsen mehr und mehr zusammen. Die Zahl der treuen Mitarbeiter stieg. Wir haben die Dinge in den ersten Jahren wirklich sehr gemeinsam gemacht. Ich habe viele, viele Stunden mit dem Obergruppenführer Heydrich über alle Probleme gesprochen. Im Laufe der Jahre kannte er meine Ansicht, kannte den Weg, den ich gehen wollte, kannte die Zielsetzung, die ich in der Organisation hatte, wusste, wie ich mir die Gesamt-SS dachte.

Gerade in den Jahren des Krieges ist Heydrich dann zu der Grösse emporgewachsen, die ich in seinem Nekrolog Ihnen vor der ganzen deutschen Nation bestätigen und vor der Öffentlichkeit bezeugen konnte. Seine Grösse bestand – das möchte ich hier noch einmal herausstellen – darin, dass er immer zuerst ein Deutscher und ein Germane war, dass er an alle Dinge als Nationalsozialist heranging, dass er bei allem Ehrgeiz und bei aller Verantwortung, die er für sein Reichssicherheitshauptamt hatte, alle treuen Kommandeureigenschaften besass, indem er für Sie und die Männer eintrat. Ich kann ruhig sagen, ich bin über manche Dinge nicht zufrieden gewesen. Ich habe genau gewusst, das hat dieser oder jener verbockt. Sie wissen vielleicht heute noch nicht, was für einen treuen Chef Sie hatten, was der auf seine Kappe nahm. Es gab Fälle, wo ich sagte: „Sie,

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heydrich, das glaube ich nicht." Angelogen hat er mich nicht. Er ist aber erst immer, unendlich ritterlich, vor euch Männer getreten. Bei allem Ehrgeiz, den er für seine Sicherheitspolizei und sein Reichssicherheitshauptamt hatte, hat er alle Dinge zuerst vom Blickwinkel der Gesamt-SS aus gesehen. Er hat im Laufe der Jahre alles sehr weise abgewogen, damit dieser gesamte Apparat erstens niemals menschenfeindlich wurde, wozu ein solcher Apparat naturgemäss eigentlich neigen müsste. Wir sehen die Menschen immer nur von der negativen Seite. Wenn jemand zu uns kommt, kommt er nicht, um zu erzählen, dass etwas Schönes passiert ist, sondern er will erzählen, dass etwas Häßliches passiert ist. Es muss zweitens so sein, dass dieser gesamte Service – um diesen Ausdruck einmal zu nehmen – der deutschen Nation niemals pessimistisch ist, dass wir uns selbst von den schlechten Nachrichten – wir bekommen praktisch keine guten Nachrichten – und von den negativen Dingen niemals überrumpeln lassen, dass alles eisern in unserer Brust bleibt. Wir müssen uns eisern klar sein, dass 1000 negative Dinge da sein können. Alles Negative, alles Schädliche habt ihr euren Kommandeuren zu melden, diese wieder melden es mir. Wenn ihr aber etwas meldet, dann, bitte, meldet es nie so mit tränenerstickter Stimme und gesenkten Hauptes: Es ist etwas Furchtbares passiert, es ist ungefähr die Welt zerbrochen, der Nationalsozialismus ist zerstört und liegt bereits in Scherben am Boden, wir sind die einzigen lichten Gralsträger, wir haben noch den Gral der nationalsozialistischen Weltanschauung in unseren reinen Händen, aber alle anderen sind an und für sich Schweine. Führen Sie vielmehr den Stil weiter, den Heydrich eingeführt hat und in dem er viel bei Ihnen korrigiert hat; das wissen Sie selbst. Was an Schlechtem, an Niederlagen, an Nachteilen da ist, wird nüchtern festgestellt und nüchtern, ohne gesenkten Kopf und ohne Priestertum mitgeteilt. In Meldungen wird gesagt: Das halte ich für wahrscheinlich, das für übertrieben; Resultat, so wird wohl diese und jene Lage draussen sein; mein Vorschlag zur Abänderung ist der und der. Oder: Ich habe hier keinen Vorschlag zu machen, ich fühle mich lediglich verpflichtet, diese Meldung abzugeben. Nicht aber sollen Sie melden: Die ganze Bewegung ist in Gefahr, oder jenes ist in Gefahr. Wir überstehen den Krieg. Wir überwinden, dessen können Sie sicher sein, alle unsere Feinde, ob Pfaffen oder Juden. In diesem Europa überstehen wir die Schwierigkeiten, das ist meine feste Überzeugung. Wir werden es noch wahnsinnig schwer haben. Aber durch kommen wir, und am Ende steht ein germanisches Reich.

Es war auch an Heydrich so unübertrefflich – und in dem Sinne hat er Sie erzogen –, dass er immer stand, dass er nie nachgab und dass er von einem unbeugsamen Willen und einer unbeugsamen Angriffslust war. Wir sind angetreten und wir werden – ich weiss, das ist bei Ihrem neuen Chef nicht anders – immer wieder antreten, geistig und tatsächlich im Kampf, genauso wie unsere Divisionen an der Front. Es wird angegriffen. Wenn 10mal angegriffen worden ist, wird das 11. mal angegriffen. Wenn 70mal angegriffen worden ist, wird auch das 71. mal angegriffen. Ich greife hier nicht lediglich eine Zahl heraus, sondern nehme einen Fall, der bei einer unserer Divisionen vorgekommen ist, die im Laufe eines Jahres 72 Angriffe mit ihrem Kommandeur an der Spitze gemacht hat. Und wenn ein 73. mal angegriffen werden muss, wird es getan. Solange ein Mann noch den Finger am Hahn krumm machen kann, wird der Hahn krumm gemacht und wird gefochten. Wenn man so kämpft und angreift, ist man unüberwindlich. Genau dasselbe gilt für uns SS-Männer alle geistig. Es werden unendlich viele Probleme auftauchen. Es tauchen heute Probleme auf. Ich kenne die Probleme der Wirtschaft, die Probleme der Plutokratie. Ich kenne die Probleme, dass unser Volk, in manchen Dingen

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

falsch erzogen, zur Arbeit nicht die richtige Einstellung hat, dass wir an manchen Stellen zuviel Rechte versprochen haben und zu wenig von Pflichten gesprochen haben, dass wir die ganze Religionsfrage aufzurollen haben, dass es da mit dem Negativen nicht getan ist, dass wir uns hüten müssen, irgendeinen neuen Pfaffendienst nach dem Kriege einzuführen. Ich weiss, dass die Frage, ob wir ein sterbendes oder ein wachsendes Volk sind, noch in keiner Weise gelöst ist, dass Kinderbeihilfen, Steuerermässigungen, Häuser usw. noch niemals auf diesem Gebiet geholfen haben, dass nur eine religiöse Einstellung zu diesen Dingen, eine innere Umkehr helfen kann. Seien Sie überzeugt, wenn wir 70 und 80 Jahre alt werden, wenn das Schicksal uns solange leben lässt, haben wir in jedem Jahr unseres Lebens immer wieder anzutreten.

Der Sicherheitsdienst, dieses politische Hauptamt der SS, hat hier an der Spitze zu marschieren, ohne jemals etwas zu überstürzen, ohne jemals selbst Politik zu machen. Es hat vielmehr immer nur politisch zu arbeiten, wie es befohlen ist. Es muss in sich die Männer erziehen, die Heydrich zu erziehen begonnen hat, die Kaltenbrunner weiter erziehen wird, die Männer, die auf dem weltanschaulichen Gebiet fertig sind, die niemals von der Linie abweichen, die aber niemals in der Durchführung stur und ungeschmeidig sind, die stur im Willen, stur im Ziele sind, aber von den wirklichen Dingen unserer Weltanschauung nicht ein bisschen hergeben. Deswegen werden wir niemals Jesuiten; denn das verachten wir. Wir werden niemals Sektierer werden. Wir werden grosszügig sein, wie ein alter Heide nur grosszügig sein kann. Wir glauben an einen Herrgott, und wie einer, der an einen Herrgott glaubt, nur grosszügig sein kann, wollen wir auch grosszügig sein. So seid ihr von Heydrich und von mir in 12 Jahren erzogen worden.

Heydrich ist vor nunmehr fast 3/4 Jahren in seinem Jugendalter aus seinem Schaffen herausgerissen worden. Er war ein Zukunftsmann. Mit dem Schicksal lässt sich nicht rechten, es ist so. Die Monate bis zum heutigen Tag habe ich die Führung des Reichssicherheitshauptamtes selbst übernommen, weil ich eine Zeit dazwischen legen wollte. Das vor uns liegende Jahr fordert sehr viel von uns. Auf jedem Schiff muss die Kommandobrücke besetzt sein. Es kann nicht jemand die Flotte und nebenher ein Schiff führen. Ich habe mir deswegen lange überlegt, wen ich zum Kommandanten des Schiffes machen sollte. Nach langen, reiflichen Überlegungen ist meine Wahl auf einen meiner Ältesten gefallen, auf den Gruppenführer Kaltenbrunner. Wir kennen einander viel länger, als er offiziell den SS-Rock trägt. Ich kenne ihn, und wir kennen uns seit der Zeit, als er aus der Zahl der unbekannten Nationalsozialisten in der Ostmark sich als Führer der illegalen SS herausschälte. Es ist immer eine gute Schule für einen Reichsführer-SS und für einen Hauptamtschef der SS, besonders aber für einen Chef des Reichssicherheitshauptamtes, wenn er lange genug illegal war. Ich glaube, Kaltenbrunner, dass diese Zeit, wo Sie in der Ostmark wirklich erprobt wurden, erprobt in Ihrem Stehvermögen, in Ihrer Art und Ihrer Kraft, mit Ihre beste Lebensschule und – damals unbewusst – die beste Vorbereitung für Ihre neue Aufgabe war, die Sie jetzt übernehmen.

Kaltenbrunner, Sie übernehmen hier ein bewährtes Führerkorps, tadellos erzogen, einwandfrei und lauter in seinem Geist und in seinem Charakter. Sie übernehmen ausgezeichnete Amtschefs und Gruppenchefs. Ich weiss, dass diese Ihre Männer in Ihnen einen ebenso guten Hauptamtschef bekommen. Und ich habe das Wissen, dass Sie dieses Reichssicherheitshauptamt, das in 12 Jahren von einem geschaffen wurde, der heute tot ist, im Geiste der SS und unter Weiterführung des Erbes unseres Kameraden Heydrich führen werden, so dass die SS und der Führer im Sicherheitsdienst ein ebenso gutes,

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bloss charakterlich besseres Instrument haben, als es England in seinem in Jahrhunderten erzogenen Service hat.

Damit, Kaltenbrunner, übergebe ich Ihnen die Urkunde, in der der Führer Sie zum Hauptamtschef des Reichssicherheitshauptamtes ernennt, und übergebe Ihnen das Reichssicherheitshauptamt. Führen Sie es gut!

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ZUM TOD VON HELMUT KRAUSNICK

Das Institut für Zeitgeschichte nimmt Abschied von Helmut Krausnick. Zwei Dinge, das gab er ausdrücklich auf, seien ihm besonders am Herzen gelegen, darauf sei er stolz und das bilde sein bleibendes Verdienst: daß er Hans Rothfels dazu überredet habe, den Gerstein-Bericht 1953, in der zweiten Ausgabe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, zu publizieren und daß er neonationalistische Bestrebungen, wie sie in der „Deutschland-Stiftung" zum Ausdruck kamen, als falsch und schädlich erkannt und öffentlich bekämpft habe.

Diese beiden Aktivitäten stehen symptomatisch für das Lebenswerk Helmut Krausnicks, um den wir heute trauern. Das Gerstein-Dokument ist ein Augenzeugenbericht vom nationalsozialistischen Judenmord, eine Schilderung der Massenvergasungen im Vernichtungslager Belzec, und es sei keine angenehme Aufgabe, „sich mit diesen grauenhaften Vorgängen zu beschäftigen", fügte Hans Rothfels als Herausgeber der Zeitschrift hinzu, aber man fange mit der Verpflichtung der Zeitgeschichte zur Aufklärung und Wahrheitsfindung „wohl sinngemäß am besten vor der eigenen Türe an".

Das hat der Historiker Helmut Krausnick ernst genommen, das gab ihm wissenschaftliche und moralische Autorität. Als Mitarbeiter (seit 1951) wie als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte (von 1959 bis 1972) machte er vielfältigen Gebrauch von dieser Autorität, nach innen wie nach außen. Argumente und Beweise waren dabei die einzigen Mittel, die er zur Auseinandersetzung für tauglich hielt; das Diktieren, Anordnen, Verfügen, Durchsetzen war ihm fremd, widersprach seiner Natur. War er als Redakteur und Forscher akribisch im Detail, so suchte der Gelehrte die Wahrheit mit Leidenschaft. Davon, zugleich von der öffentlichen Wirkung dieses Strebens, ist das große und bleibende Buch über die „Truppe des Weltanschauungskriegs" der beste Beweis. Hatte er als junger Historiker mit Arbeiten über Bismarck und Holstein brilliert, so veröffentlichte Krausnick mit 75 Jahren, gemeinsam mit seinem Schüler Hans-Heinrich Wilhelm, dieses Werk über die Morde der Einsatzgruppen im besetzten Osten, ein Buch, das für viele ein Schock war, weil es die Dimension des nationalsozialistischen Völkermords grell beleuchtete, aber auch weil es keinen Raum mehr ließ für die Legende, die Wehrmacht habe vom Treiben der SS nichts gewußt, an der Barbarei keinen Anteil gehabt.

Im Ausbau des Instituts aus mehr als bescheidenen Anfängen lag Helmut Krausnicks größtes Verdienst, das schrieben alle Laudatoren anläßlich seines 70. Geburtstags. Wie war das möglich? Denn die Qualitäten des überragenden Organisators, des schnellentscheidenden Managers, der „dynamischen Führungskraft" suchte man unter den vielfältigen Gaben Krausnicks eher vergeblich. Zu seinen Maximen gehörte die Sentenz, man wisse doch, zupackende Autorität sei seine Stärke nicht, man möge dies bitte nicht zu arg ausnutzen. Das hatte auf Dauer mehr Wirkung als in Initiativen erstickendes tagtägliches Reglementieren und Projektieren und führte dazu, daß sich viele verantwortlich

---

Ansprache bei der Beerdigung in Stuttgart am 29. Januar 1990

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für das Ganze fühlten, nicht nur derjenige an der Spitze des Instituts. Daß sich die Mitarbeiter als Bürger einer Gelehrtenrepublik verstanden, jedenfalls nicht als Untertanen einer obrigkeitlich gelenkten Wissenschaftsbehörde, prägte die Atmosphäre und das Arbeitsklima des Instituts über die Ära Krausnick hinaus.

Das Fehler jeglicher falscher Prätention, eine stete Bereitschaft zur Ironie, mehr gegen sich selbst als gegenüber anderen, freundliche Würde und Takt, auch sein behender Charme, machten den Umgang mit ihm leicht und angenehm. Er hat keinen gekränkt, niemanden verletzt.

Es war die Konsolidierungsphase des Instituts, in der Krausnick die Geschicke des Hauses mit leichter Hand lenkte, und das Ansehen des Instituts wurde in jenen Tagen begründet.

So zurückhaltend Helmut Krausnick als Direktor im Institut agierte, so sehr prägte er dessen Bild in der Öffentlichkeit, als überzeugender Redner, als telegener Vertreter akademischer Gelehrsamkeit, als Gutachter und Sachverständiger in zahllosen Gerichtsverfahren. In der Frankfurter Allgemeinen wurde an diese Wirkung dieser Tage erinnert: Als Krausnick vor dem Münchner Schwurgericht ein Gutachten über die Verfolgung und Ermordung der Juden vortrug, erlitt der angeklagte ehemalige SS-General einen Herzanfall. Diese Episode sei eines der eher seltenen Beispiele dafür, wie die eigenen Untaten noch das harte Herz der schlimmsten Verbrecher des Jahrhunderts erreichen konnten. Und bezeichnenderweise sei es die nüchterne Sprache der Wissenschaft gewesen, die diesen Schatten von Gerechtigkeit zustande brachte.

Darum ging es dem Gelehrten Helmut Krausnick im eigentlichen: um Aufklärung und Gerechtigkeit, er verstand unsere Wissenschaft auch als moralische Instanz. Und das nicht nur als Referent bei großen Gelegenheiten wie dem Evangelischen Kirchentag 1961 mit dem Thema „Unser Weg in die Katastrophe".

1960 wurde Krausnick in die Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung berufen, 1968 übertrug ihm die Münchner Universität eine Honorarprofessur. Krausnick war nicht nur der exzellente und unerbittliche Schriftleiter der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte vom ersten Heft an für viele Jahrgänge – in Fragen methodischer Sauberkeit verstand er da ebensowenig Spaß wie in stilistischen und sprachlichen Dingen –, er war auch oftmals Autor, der sich mit Aufsätzen, aber mehr noch mit Dokumentationen zum Themenkatalog Widerstand, Antisemitismus, Judenverfolgung, nationalsozialistische Außenpolitik zu Wort meldete.

Sein Schriftenverzeichnis weist aus, was Krausnick im Laufe der Jahre veröffentlichte. Es gibt allerdings keinen Eindruck von der beträchtlichen Wirkung, die Publikationen wie die von Hermann Mau begonnene „Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit" mit ihren zahllosen Auflagen bis hin zur japanischen Übersetzung oder die Edition der Tagebücher Helmuth Groscurths oder die vielen kleineren Arbeiten zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Zeitschriften, Zeitungen und Sammelwerken hatten.

Helmut Krausnick war ein bedeutender Gelehrter, ein Wissenschaftler aus Berufung und Leidenschaft.

Die Bedingungen, die Max Weber 1919 in seinem Vortrag „Wissenschaft als Beruf" nannte, sind in ihrer moralischen Stringenz schwer erfüllbar: „Eine wirklich endgültige und tüchtige Leistung ist heute stets: eine spezialistische Leistung. Und wer also nicht die Fähigkeit besitzt, ... sich hineinzusteigern in die Vorstellung, daß das Schicksal seiner Seele davon abhängt: ob er diese, gerade diese Konjektur an dieser Stelle dieser Handschrift richtig macht, der bleibe der Wissenschaft nur ja fern. Niemals wird er in sich das

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchmachen, was man das ‚Erlebnis' der Wissenschaft nennen kann. Ohne diesen seltsamen, von jedem Draußenstehenden belächelten Rausch, diese Leidenschaft, ... hat einer den Beruf zur Wissenschaft nicht und tue etwas anderes. Denn nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann." Und schließlich, die Forderungen an den Wissenschaftler zusammenfassend, konstatiert Max Weber: „Persönlichkeit auf wissenschaftlichem Gebiet hat nur der, der rein der Sache dient ..."

Soweit menschliches Streben diesen Maximen gerecht werden kann, hat Helmut Krausnick sie erfüllt. Wir nehmen in Trauer und Verehrung Abschied.

Wolfgang Benz

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

DER AUGSBURGER UNIVERSITÄTSPREIS FÜR SPANIEN- UND LATEINAMERIKASTUDIEN

Die Universität Augsburg verleiht aus Mitteln des Erhardt Leimer-Fonds der Augsburger Universitätsstiftung den 1986 neu geschaffenen „Augsburger Universitätspreis für Spanien- und Lateinamerikastudien".

Der Preis in Höhe von insgesamt DM 10000.– wird im zwei- bis dreijährigen Turnus an einen Wissenschaftler und einen Publizisten vergeben. Kriterien der Auszeichnung sind herausragende Forschungsleistungen über Spanien und Lateinamerika (für den Wissenschaftler) bzw. besondere Verdienste um die Vermittlung von Kenntnissen über diese Regionen (für den Publizisten).

Die ersten Preisträger des Jahres 1986 waren der frühere Direktor des Geographischen Instituts der Universität Tübingen, Professor Dr. H. Wilhelmy, und Walter Haubrich, der langjährige Spanienkorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

1988 wurde der Preis verliehen an den emeritierten Professor für spanische und iberoamerikanische Kunst- und Kulturgeschichte an der Universität Heidelberg, Dr. Erwin Walter Palm (während seiner Emigrationszeit 1941 bis 1952 Professor für klassische Archäologie und Kunstgeschichte an der Universität Santo Domingo), und an Professor Dr. Alain Rouquié, Forschungsdirektor an der Fondation Nationale des Sciences Politiques, Paris. Er hat u. a. ein wichtiges Buch über das Militär und die politische Gesellschaft in Argentinien geschrieben. 1984–1988 war Rouquié französischer Botschafter in El Salvador, seit Ende 1989 vertritt er sein Land in Mexiko.

Bei der dritten Preisverleihung im Januar 1990 wurden zwei Vertreter der spanischen bzw. lateinamerikanischen Zeitgeschichte ausgezeichnet: Sir Raymond Carr, ehemals Direktor des Latin American Centre und Professor für lateinamerikanische Geschichte in Oxford; er ist vor allem durch mehrere Bücher zur spanischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert bekannt geworden. Zweiter Preisträger ist der Politologe Dr. Wolf Grabendorff; früher bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen und als ARD-Korrespondent in Lateinamerika tätig, ist er seit 1985 Direktor des Institute for European-Latin American Relations (IRELA) in Madrid.

Hellmuth Auerbach

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Elke Fröhlich, Hitler and Goebbels in 1944. From the Diaries of the *Reichspropagandaminister*

The Goebbels diaries provide by far the best insight into the inner circle of the National Socialist régime during the crisis-ridden year of 1944. The *Propagandaminister* depicts the man Hitler who has lost nothing of his nimbus despite his growing physical deterioration, his repeated misjudgements and monstrous errors; he still remains the powerful and charismatic head of the *Reich.* The steps towards radicalisation and total warfare taken in 1944 in response to the military disasters on all fronts, returned Goebbels to Hitler's side and ensured his political comeback. The diaries reveal how Hitler and his Minister of Propaganda viewed the current political and strategic situation. At the same time they openly discuss their personal opinions of fellow-members of the innermost circle of Party and State.

Bruno Thoß, The Solution of the Saar Question 1954/55

From 1953 on, the Saar problem and the question of West German rearmament were closely linked. Paris demanded a long-term guaranty for the close economic ties between the Saar and France, otherwise it would veto the admission of the Federal Republic of Germany to the Western Alliance; Bonn, however, was eager to avoid any precedent regarding a future peace conference about the German frontiers in the West and the East. Therefore, the compromise of October 23, 1954, between Mendès France and Adenauer provided for a "Europeanization" of the Saar, on condition that the people of the Saarland contended by means of a referendum. But hard-liners in both countries found this compromise unacceptable. In order to safeguard the ratification of the Paris treaties of 1954, both governments tried to overcome their internal difficulties by narrowing down their own interpretations of that agreement. During this French-German tug-of-war for the most favorable interpretation of the Saar agreement, chancellor Adenauer repeatedly went to the limits of his coalition's breaking-point in 1954/55. The conflict came to an end when the people of the Saarland rejected the agreement and France accepted their decision.

Christian Tuschhoff, The Geneva "Walk in the Woods" 1982. Paul Nitze's Initiative in the American-Soviet Disarmament Talks

The article examines the political guidelines and tactical considerations of the Reagan Administration for arms control negotiations with the Soviets. It further shows how the chief negotiator for intermediate range nuclear forces, Paul Nitze, deliberately circumvented these guidelines in an effort to achieve a compromise together with his Soviet counterpart, Yuli Kvitsinsky. During the following decision making process in Washington the Reagan Administration restored their original guidelines by rejecting the Nitze-Kvitsinsky proposal as did the Soviet Union on similar grounds. The article also explains the reasons for the lack of consultation between the United States and the Federal Republic of Germany during the decision making process in the United States.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bradley F. Smith, The Hoßbach Minutes in the Light of New Sources

For over forty years historians have argued over the "Hossbach Memorandum" (PS 386), a document which purportedly summarized Hitler's aggressive intentions in 1937 and was a major feature of the prosecution's case at the Nürnberg trial. A number of scholars accused the Allies of "doctoring" the document, pruning away mitigating features in order to gain easy convictions. Even the man who made the summary transcript of the document in 1944, Graf von Kirchbach, came to believe, in later years, that the Allies had altered his record for their own purposes. "Revisionist" historians have universally condemned the Hossbach Memorandum as a fake and a fraud. This article briefly sets forth the historiographical record of the case and then provides the original "Kirchbach text" of the Memorandum and three related documents, all just released by the British Government. These records prove conclusively that the Allies did not alter the Hossbach Memorandum, and that historians, both traditionalist and revisionist, have been following a false trail for four decades.

Richard Breitman, Shlomo Aronson, A Previously Unknown Speech of Himmler's from January 1943

On January 30, 1943, Heinrich Himmler gave a secret speech to the higher officials of the *Reichssicherheitshauptamt* at RSHA headquarters, Prinz-Albrecht-Straße. The occasion was the tenth anniversary of the *Machtergreifung* and the formal installation of Ernst Kaltenbrunner as the new head of the organization. In this previously unknown speech just before the surrender at Stalingrad, Himmler reviewed the early history of the Nazi movement and the SD, unveiling new information. He also discussed his own relationship with Reinhard Heydrich, whom he used as a model to encourage the audience to greater efforts under adversity. Himmler wanted to remind the officials how the party and SS had overcome earlier, equally serious crises; they now had to summon up the same energy and traits which had carried them to victory before. There is no sign in the speech of Himmler's repudiation of Heydrich, or even of serious alienation between them in the past.

Jahrgang 38 (1990), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1990_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte